

75. Sitzung

am Mittwoch, dem 23. Januar 2019

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 Satz 1 der Geschäftsordnung.....	6254	Fachkräftesicherung erfordert Taten statt Worte	
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung.....	6255	Antrag der Fraktion der CDU vom 18. September 2018 (Drucksache 19/1823)	
Aktuelle Stunde		Abgeordneter Bücking (Bündnis 90/Die Grünen)	6276
Hartz-IV-Sanktionen vor dem Bundesverfassungsgericht: Politik muss handeln statt abwarten!		Abgeordneter Reinken (SPD)	6278
Abgeordneter Janßen (DIE LINKE).....	6257	Abgeordnete Bergmann (FDP)	6279
Abgeordnete Görgü-Philipp (Bündnis 90/Die Grünen)	6259	Abgeordneter Röwekamp (CDU)	6280
Abgeordnete Grönert (CDU)	6260	Abgeordneter Strunge (DIE LINKE)	6282
Abgeordneter Remkes (BIW)	6263	Abgeordnete Dr. Müller (Bündnis 90/Die Grünen)	6284
Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP)	6265	Abgeordneter Gottschalk (SPD)	6285
Abgeordnete Böschen (SDP)	6267	Abgeordnete Bergmann (FDP)	6286
Abgeordneter Janßen (DIE LINKE).....	6270	Staatsrat Siering	6288
Abgeordnete Dr. Müller (Bündnis 90/Die Grünen)	6272	Abgeordneter Röwekamp (CDU)	6289
Bürgermeister Dr. Sieling.....	6273	Abstimmung	6290
Konsensliste		Fortschreibung des Klimaschutz- und Energieprogramms – Mitteilung des Senats nach § 5 Absatz 4 des Bremischen Klimaschutz- und Energiegesetzes (BremKEG)	
Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 22. Januar 2019	6276	Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2018 (Drucksache 19/1974)	
Innovationsstrategie für Bremen und Bremerhaven stärker mit der Fachkräftestrategie verbinden		Abgeordnete Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)	6290
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP vom 29. Mai 2018 (Neufassung der Drucksache 19/1619 vom 11. April 2018) (Drucksache 19/1692)		Abgeordneter Janßen (DIE LINKE)	6292
		Abgeordneter Crueger (SPD)	6293
		Abgeordneter Strohmam (CDU)	6295
		Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP)	6296

Abgeordnete Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen).....	6297
Abgeordneter Strohmann (CDU)	6298
Senator Dr. Lohse	6299

**Feststellungen und Bewertungen des staatlichen Controllingausschusses zur Veräußerung der bremischen Anteile an der Bremer Landesbank
Bericht des staatlichen Controllingausschusses vom 20. August 2018
(Drucksache 19/1776)**

Abgeordneter Gottschalk, Berichterstatter	6303
Abgeordneter Röwekamp (CDU).....	6304
Abgeordneter Rupp (DIE LINKE)	6307
Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen)	6309
Abgeordneter Gottschalk (SPD).....	6311
Abgeordnete Steiner (FDP)	6313
Abgeordneter Rupp (DIE LINKE)	6315
Abgeordneter Schäfer (LKR)	6316
Abgeordneter Gottschalk (SPD).....	6317
Abgeordneter Röwekamp (CDU).....	6318
Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen)	6320

Abgeordneter Gottschalk (SPD)	6321
Bürgermeisterin Linnert	6322
Abgeordneter Rupp (DIE LINKE)	6326

**Fürsorgepflicht für Polizeibeamtinnen und -beamte endlich ernst nehmen – Sofortprogramm „Überstundenabbau bei der Polizei“ auf den Weg bringen!
Antrag der Fraktion der FDP vom 17. Januar 2019
(Drucksache 19/2001)**

Abgeordnete Steiner (FDP)	6327
Abgeordneter Timke (BIW).....	6328
Abgeordneter Senkal (SPD)	6330
Abgeordnete Vogt (DIE LINKE)	6332
Abgeordneter Fecker (Bündnis 90/Die Grünen).....	6333
Abgeordneter Hinners (CDU)	6334
Senator Mäurer	6336
Abgeordnete Steiner (FDP)	6337
Abstimmung	6338

Anhang zum Plenarprotokoll

Konsensliste.....	6340
-------------------	------

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Kastendiek, Möhle, Özdal, Frau Schnittker, Weber, Frau Wendland.

Vizepräsidentin Dogan

Vizepräsident Imhoff

Schriftführerin Ahrens

Schriftführer Dr. Buhkert

Schriftführerin Böschen

Schriftführer Mustafa Öztürk

Schriftführer Senkal

Schriftführer Tuncel

Bürgermeister Dr. Sieling (SPD), Präsident des Senats, Senator für Angelegenheiten der Religionsgemeinschaften und für Kultur

Bürgermeisterin **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen), Senatorin für Finanzen

Senator für Inneres **Mäurer** (SPD)

Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz **Professor Dr. Quante-Brandt** (SPD)

Senator für Umwelt, Bau und Verkehr **Dr. Lohse** (Bündnis 90/Die Grünen)

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und für Justiz und Verfassung **Günthner** (SPD)

Staatsrat **Lühr** (Senatorin für Finanzen)

Staatsrat **Strehl** (Senatorin für Finanzen)

Staatsrat **Siering** (Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen)

Bremer Landesbeauftragte für Frauen **Wilhelm**

Vizepräsidentin Dogan eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr.

Vizepräsidentin Dogan: Die 75. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Medien.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich den Politikkurs „pol 3“ der Oberschule an der Egge und einen Politik-Leistungskurs des Gymnasiums Am Markt in Achim.

Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Zur Reihenfolge der Tagesordnungspunkte wurde vereinbart, dass die Sitzung heute Vormittag mit der Aktuellen Stunde beginnt und heute Nachmittag regulär fortgesetzt wird.

Zu Beginn der Sitzung am Donnerstagmorgen nach der Fragestunde wird der Tagesordnungspunkt 55 aufgerufen.

Die Sitzung am Donnerstagnachmittag beginnt mit dem Tagesordnungspunkt 20.

Die übrigen interfraktionellen Absprachen können Sie dem Umdruck der Tagesordnung mit Stand von heute, 9.00 Uhr, entnehmen. Diesem Umdruck können Sie auch die Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung entnehmen, bei denen interfraktionell vereinbart wurde, diese nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich insoweit um die Tagesordnungspunkte 79, 80, 81, 82 und 83.

Meine Damen und Herren, Sie haben für diese Sitzung die Konsensliste übermittelt bekommen. Es handelt sich um die Zusammenfassung der Vorlagen, die ohne Debatte und einstimmig behandelt werden sollen. Auf dieser Liste sind die Tagesordnungspunkte 41, 44, 51 bis 53, 62, 65, 66, 68 bis 70 und 73 bis 75. Um diese Punkte im vereinfachten Verfahren zu behandeln, bedarf es eines einstimmigen Beschlusses der Bürgerschaft (Landtag).

Ich lasse jetzt darüber abstimmen, ob eine Behandlung im vereinfachten Verfahren erfolgen soll.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit dem vereinfachten Verfahren einverstanden.

(Einstimmig)

Die Konsensliste wird dann entsprechend § 58a der Geschäftsordnung nach der Aktuellen Stunde aufgerufen.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten weiteren Umdruck zu entnehmen.

I. Eingänge gemäß § 21 Satz 1 der Geschäftsordnung

1. Umsatzsteuerliche Gleichstellung von gedruckten Büchern und E-Books
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 15. Januar 2019
(Drucksache [19/1998](#))
2. Rechte von Menschen mit psychischen Erkrankungen in öffentlich-rechtlicher Unterbringung stärken
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 16. Januar 2019
(Drucksache [19/1999](#))
3. Endlich die Situation für Hebammen in der klinischen Geburtshilfe verbessern!
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 16. Januar 2019
(Drucksache [19/2000](#))
4. Polizei endlich in das 21. Jahrhundert führen – Flächendeckende Ausstattung mit Smartphones und Tablets
Antrag der Fraktion der FDP
vom 18. Januar 2019
(Drucksache [19/2002](#))
5. Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften zur Anpassung an die Datenschutz-Grundverordnung sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften
Mitteilung des Senats vom 22. Januar 2019
(Drucksache [19/2005](#))
1. Lesung
6. Gesetz zum Zweiundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag
Mitteilung des Senats vom 22. Januar 2019
(Drucksache [19/2006](#))
1. Lesung

7. Vermögensabschöpfung im Jugendstrafrecht
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 22. Januar 2019
(Drucksache [19/2013](#))

Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der Februar-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Öffentliche Finanzierung des ÖPNV, SPNV und Bahnverkehrs
Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 17. Oktober 2018
Dazu
Antwort des Senats vom 8. Januar 2019
(Drucksache [19/1990](#))
2. Bremen und Bremerhaven: Lebenswerte Stadträume für alle schaffen!
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD
vom 23. Oktober 2018
Dazu
Antwort des Senats vom 22. Januar 2019
(Drucksache [19/2008](#))
3. Gewalt an Kliniken im Lande Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
vom 30. Oktober 2018
Dazu
Antwort des Senats vom 22. Januar 2019
(Drucksache [19/2009](#))
4. Bahnlärm verringern – bundesweit einheitliche Grenzwerte festlegen
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD
vom 6. November 2018
Dazu
Antwort des Senats vom 15. Januar 2019
(Drucksache [19/1994](#))
5. Fischmehlimport aus der besetzten Westsahara in Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD
vom 6. November 2018
Dazu
Antwort des Senats vom 15. Januar 2019
(Drucksache [19/1995](#))
6. Therapien für Sexualverbrecher
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
vom 8. November 2018
Dazu
Antwort des Senats vom 18. Dezember 2018
(Drucksache [19/1980](#))
7. Gewährleistung medizinischer Notfallversorgung von Menschen ohne Papiere
Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 8. November 2018
Dazu
Antwort des Senats vom 18. Dezember 2018
(Drucksache [19/1981](#))
8. 25 Jahre Bremer Modell – das Gesundheitsprogramm des Bremer Gesundheitsamts für Geflüchtete und Asylsuchende
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 13. November 2018
Dazu
Antwort des Senats vom 18. Dezember 2018
(Drucksache [19/1982](#))
9. Interkulturelle Begegnungsmöglichkeiten für Frauen
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD
vom 20. November 2018
Dazu
Antwort des Senats vom 8. Januar 2019
(Drucksache [19/1991](#))
10. Doppelnutzung des Übergangwohnheims „Blaues Dorf“
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD
vom 26. November 2018
11. Kosten der Strafverfolgung infolge der Kriminalisierung von Cannabis
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 29. November 2018
12. Förderung von leistungsstarken und potenziell besonders leistungsfähigen Schülerinnen und Schülern im Rahmen inklusiver Beschulung
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 29. November 2018
Dazu
Antwort des Senats vom 22. Januar 2019
(Drucksache [19/2010](#))

13. Bremer Toto Lotto GmbH (BTL) in die öffentliche Verwaltung eingliedern?
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 4. Dezember 2018
Dazu
Antwort des Senats vom 22. Januar 2019
(Drucksache [19/2011](#))
14. Wie gut ist das Bremer Verwaltungsverfahren bei der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen?
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 4. Dezember 2018
15. Erfahrungen mit dem Gesetz zur Behandlungseinleitung bei Infektionen mit übertragbaren Krankheiten durch Dritte
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 6. Dezember 2018
Dazu
Antwort des Senats vom 15. Januar 2019
(Drucksache [19/1996](#))
16. Abschiebungshaft und Amtshilfe
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 6. Dezember 2018
17. Zukunft des Modellprojekts JAMIL am Schulzentrum Walle Lange Reihe
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 10. Dezember 2018
18. Dachausbau bzw. Dachaufstockung als geringen und abrundenden Zusatzbeitrag im Wohnungsbau nutzen?
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 10. Dezember 2018
Dazu
Antwort des Senats vom 15. Januar 2019
(Drucksache [19/1997](#))
19. Schülerinnen und Schüler aller Klassen politisiert euch – welche Beiträge der Bremer Exekutive und Legislative hierzu sind möglich?
Kleine Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, DIE LINKE und der FDP vom 13. Dezember 2018
20. Beratung von Schwangeren mit einem genetisch erkrankten Kind stärken!
Kleine Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 9. Januar 2019
21. Partnerschaftsgewalt im Jahr 2017 im Land Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 9. Januar 2019
22. Scoring-Verfahren für Mehrfachtäter – Abschiebung nach Punkten?
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10. Januar 2019
23. Ausleihe von E-Books in Bibliotheken
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 15. Januar 2019
24. Vorkurse im Schuljahr 2018/2019 an den Schulen im Land Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 16. Januar 2019
25. Zeitnah studentischen Wohnraum durch produktives Zusammenwirken der öffentlichen Stakeholder schaffen
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 21. Januar 2019
26. Lebensmittelverschwendung einschränken, sich an europäischen Nachbarn orientieren
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 21. Januar 2019
27. Umsatzsteuerbetrug auf Onlineplattformen
Kleine Anfrage der Fraktion der FDP vom 22. Januar 2019

Nachträglich wurde interfraktionell vereinbart, den Tagesordnungspunkt 9 für die Januarsitzung auszusetzen und den Tagesordnungspunkt 76, Drucksache [19/1987](#), ohne Debatte aufzurufen.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Aktuelle Stunde

Meine Damen und Herren, für die Aktuelle Stunde ist von der Abgeordneten Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE folgendes Thema beantragt worden:

Hartz-IV-Sanktionen vor dem Bundesverfassungsgericht: Politik muss handeln statt abwarten!

Dazu als Vertreter des Senats Herr Bürgermeister Dr. Sieling.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Janßen.

Abgeordneter Janßen (DIE LINKE)¹⁾: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Gäste! 424 Euro stehen mir seit dem 1. Januar zu, wenn ich im Hartz-IV-System als Alleinstehender gemeldet bin. Darin enthalten sind unter anderem, das kann man ja nachsehen, etwa 4,50 Euro am Tag für Essen und Trinken. Weniger sind es, wenn ich in einer Bedarfsgemeinschaft lebe. Dann werden reduzierte Sätze angewandt. Wenn irgendetwas außer der Reihe passiert, der Kühlschrank entzwei geht, ich Allergien oder Unverträglichkeiten habe, wenn Weihnachten vor der Tür steht und ich Geschenke kaufen möchte, dann wird dieser Satz noch knapper, als er ohnehin schon ist.

Der Regelsatz gilt als der Satz, der ein menschenwürdiges Existenzminimum in unserer Gesellschaft gewährleisten soll. Der Regelsatz ist damit die Untergrenze. Wer darunter liegt, hat offensichtlich zu wenig Geld, um menschenwürdig in dieser Gesellschaft zu existieren und zu wenig Geld, um seinen Alltag zu bestreiten. Im Land Bremen liegt der Anteil der Leistungsberechtigten nach dem Sozialgesetzbuch II, die sogenannte SGB-II-Quote, bei 18,8 Prozent. Im Bundesschnitt liegt sie bei 9,1 Prozent.

Bremen ist also bundesweit Spitzenreiter bei dieser Quote. In keinem anderen Bundesland wird die Realität der Menschen so stark von den Gesetzen des Sozialgesetzbuches geprägt. Das Thema Hartz IV ist für das Bundesland ein zentrales Thema, denn es prägt die Lebensrealität von einem knappen Fünftel der Menschen unter 65.

Auch wenn der Begriff Existenzminimum so tut, als ob das die Grenze ist, unter die nichts gehen kann,

als ob das die Grenze ist, die wir einem jeden in unserer Gesellschaft zugestehen, gibt es in Deutschland eine Praxis, die sich Sanktion nennt, die es im Hartz-IV-System ermöglicht, Menschen zu bestrafen und unter dieses eigentlich abgesicherte Existenzminimum zu drücken. Diese Praxis liegt nun in einem Verfahren dem Bundesverfassungsgericht zur Prüfung vor. Diese Praxis verstößt aus unserer Sicht gegen das Grundgesetz und den Fürsorgegedanken des Staates, den Sozialstaatsgedanken. Ich glaube, es wird Zeit, dass wir über diese Praxis diskutieren und zu einer Änderung kommen.

(Beifall DIE LINKE)

Anlass für die Aktuelle Stunde ist dabei nicht eine grundsätzliche Frage, wie sieht eigentlich das Hartz-IV-System aus oder was ist eigentlich mit den Sanktionen? Grundlage für die heutige Aktuelle Stunde ist ein Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht, in dem es um den § 31a des Sozialgesetzbuches II geht. In diesem Paragraphen ist festgelegt, dass Menschen, die Maßnahmen, nein, die Beschäftigungen, die vom Jobcenter vorgeschlagen werden, nicht nachkommen oder nicht antreten, sanktioniert werden können, und die Leistungen um 30 Prozent, 60 Prozent oder sogar vollständig gekürzt werden können.

Das Sozialgericht in Gotha legt nun dem Bundesverfassungsgericht einen Beschluss vor, in dem in drei Punkten infrage gestellt wird, ob dies mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Der erste Punkt bezieht sich auf die Frage: Kann das überhaupt mit dem Gedanken des Sozialstaats zusammenpassen, nämlich dem im Grundgesetz verankerten Sozialstaatsgedanken?

Stellen wir uns vor, jemandem werden 100 Prozent der Leistung gestrichen. Das ist durchaus möglich, 100 Prozent der Leistungen, die vorgesehen sind, um den Lebensunterhalt zu bestreiten, um Essen zu kaufen, um Wasser zu kaufen, um Strom zu bezahlen. Wenn diese Leistungen alle gestrichen werden, kann dann noch davon ausgegangen werden, dass dieser Mensch eine menschenwürdige Existenz im Sinne des Sozialstaates in unserer Gesellschaft führt? Aus unserer Sicht – da geben wir dem Sozialgericht in Gotha Recht – ist das ein Zustand, den wir so nicht nachvollziehen können und der so auch nicht mit den Grundsätzen des Sozialstaates vereinbar ist.

(Beifall DIE LINKE)

Der zweite Punkt, der liest sich recht drastisch und ist es aus meiner Sicht auch, ist die Frage, ob Sanktionen im Hartz-IV-System eigentlich mit dem Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit vereinbar sind. Diese Frage stellt sich, wenn Menschen aufgrund reduzierter Leistungen nicht mehr in der Lage sind, beispielsweise zuzahlungspflichtige Medikamente zu bezahlen, für ihren ganz normalen Lebensalltag aufzukommen und damit ihre Gesundheit, ihre körperliche Unversehrtheit gefährdet wird. Kann das in einem Land, das so reich ist wie Deutschland, eigentlich zulässig sein? Wie ist das mit den Menschenrechten, die wir doch auch hier immer wieder betonen, überhaupt zu vereinbaren?

Der dritte Punkt ist auch ein interessanter Punkt – dabei schaue ich einmal ein bisschen Richtung Liberale – ist die Frage der freien Berufswahl. Im Grundgesetz und auch in § 23 der Allgemein Menschenrechtserklärung ist das Recht auf die freie Berufswahl fest verankert. Das Recht auf die freie Berufswahl gilt aber offensichtlich in Deutschland nicht, wenn ich mich im Hartz-IV-System befinde, das Jobcenter mir eine Beschäftigung vermittelt und ich gezwungen bin, diese anzunehmen. Wenn ich diese nicht annehme, hat das Jobcenter nach § 31a Sozialgesetzbuch II die Möglichkeit, mich so weit zu sanktionieren, dass ich unter die gesellschaftlich verankerte Existenzgrenze falle. Wo, meine Damen und Herren, ist hier bitteschön das Recht auf die freie Berufswahl? Wo, meine Damen und Herren, ist hier das Grundrecht? Wo sind hier die Menschenrechte, die wir doch eigentlich immer so hochhalten?

(Beifall DIE LINKE)

Es gibt mehrere Punkte im Hartz-IV-System und mehrere Sanktionen, die heute nicht zur Diskussion stehen. Wir reden beispielsweise nicht über Terminverstöße, über Sanktionen bei Terminverstößen. Auch das wäre ein weiteres Thema. Wenn wir uns aber einmal vorstellen, was eigentlich in dieser Gesellschaft passiert, was in Bremerhaven und in Bremen häufig passiert, bedeutet das, dass eine Bedarfsgemeinschaft –. Sagen wir, eine Frau mit einem Kind, alleinerziehend, ist vorher einem Job nachgegangen, dann, weil sie alleinerziehend ist, vorübergehend aus dem Job ausgeschieden, im Hartz-IV-System gelandet. Das Kind ist in der Kita und nun vermittelt das Jobcenter eine Beschäftigung als Lageristin, die überhaupt nichts mit ihrer Qualifikation zu tun hat. Sie nimmt die Beschäftigung nicht an. Das heißt, die Leistungen werden gekürzt. Das Kind bekommt aber eine reduzierte

Leistung. Das heißt, die Berechnung der Bedarfsgemeinschaft richtet sich nach der Ausgangslage, dass die Bedarfsgemeinschaft gemeinsam für die Güter der Bedarfsgemeinschaft aufkommt, daher gibt es eine reduzierte Grundlage für das Kind.

Wenn aber die Mutter in vollen Umfang sanktioniert werden würde, würde damit immer jedes Mitglied der Bedarfsgemeinschaft reduziert werden, selbst wenn der übrige Satz ausschließlich dem Kind zur Verfügung gestellt werden würde, weil dieser Satz ja niedriger als das eigentlich Existenzminimum ist. Eine Sanktionierung in Bedarfsgemeinschaften ist immer eine Sanktionierung der gesamten Bedarfsgemeinschaft und somit eine Kollektivstrafe, für die das Kind keine Verantwortung trägt. Das, meine Damen und Herren, ist ein Skandal in einem Staat, der sich Sozialstaat nennt.

(Beifall DIE LINKE)

Der aktuelle Prozess findet nicht in einem luftleeren Raum und nur in Gerichtssälen statt. Schon seit Monaten äußern sich Wohlfahrtsverbände, schon seit Monaten äußern sich Kirchen, Gewerkschaften und Teile des Parteienspektrums zunehmend kritisch zur derzeitigen Sanktionspraxis und zur Hartz-IV-Gesetzgebung. So spricht die Diakonie in einem Papier vom letzten Jahr von „menschenechtlich fragwürdig“. Der Paritätische Wohlfahrtsverband forderte vergangenes Jahr die vollständige Abschaffung der Sanktionen. Auch der DGB-Bundesvorstand hat zu diesem Prozess ein Papier veröffentlicht, in dem er sich zunehmend kritisch zu dem derzeitigen System äußert und offen verlangt, über Alternativen zum Hartz-IV-System nachzudenken.

Diese Äußerungen zeigen, dass wir in einer veränderten gesellschaftlichen Lage sind, dass wir eine wachsende Unzufriedenheit mit den sozialen Härten und den Ungerechtigkeiten des Hartz-IV-Systems haben, dass wir in einer veränderten Situation sind und dass wir Politischen nun aufgefordert sind, nicht nur darauf zu warten, dass rechtlich überkommene Normen überarbeitet werden, sondern auch politisch gegengesteuert wird. Ich glaube, es tut uns als Bundesland Bremen, als das Bundesland mit der höchsten SGB-II-Quote, gut, hier Farbe zu bekennen und eine überfällige Reform des Systems anzustoßen.

(Beifall DIE LINKE)

Der eine Punkt ist immer, sich als Bundesland auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Lebensrealität der Menschen in dem Bundesland verbessert wird, dass wir uns entschieden dafür einsetzen, dass hier der Senat auch auf Bundesebene als politische Vertretung des Landes einschreitet und deutlich macht, welche Bedürfnisse die Kommunen haben. Auf der anderen Seite gilt es aber auch, die Handlungsspielräume des Landes entschieden auszunutzen.

Die Kommunen sind Teile der Trägerversammlung, die in gemeinsamer Trägerschaft mit der BA, der Bundesagentur, die Jobcenter verwaltet. Ich erwarte von diesem Senat, ich erwarte eigentlich von jedem Senat, dass er im Rahmen der Trägerversammlung alle Spielräume nutzt, um eine Sanktionspraxis, die den Menschen die Existenzgrundlage entzieht und sie unter das Existenzminimum drückt, das einzuschränken, dass wir hier davon sprechen können, dass wir den Menschen zumindest das Minimum dessen gewähren, was derzeit eigentlich vorgesehen ist. Ich erwarte, dass hier die Kommunen und der Senat in seiner Trägerschaft ihre Spielräume ausreizen.

(Beifall DIE LINKE)

Aufgrund der veränderten Diskussionslage, glaube ich, ist es jetzt Zeit, dass auch SPD und Grüne, die in der Vergangenheit an der ein oder anderen Stelle zumindest zu erkennen gegeben haben, dass man darüber nachdenkt, wie dieses System jetzt verändert werden kann, hier in Bremen und auch über die Bremer Landesregierung im Bund deutlich machen: Dieses System kann so nicht weitergehen.

Unsere Position ist plausibel. Wir sind für die Abschaffung der Sanktionen. Wir sagen, wir brauchen eine Neuberechnung von Hartz IV, die tatsächlich an den Bedarfen orientiert ist und nicht an 15 Prozent der Haushalte, die das geringste Einkommen haben – welche Berechnungsgrundlage ist das? Daher glauben und hoffen wir, dass dieser Prozess ein weiterer Anstoß ist, die gesellschaftliche, die politische Debatte voranzutreiben, darüber zu diskutieren, wie das soziale Sicherungssystem in Deutschland aufgestellt sein kann, dass den Menschen wirklich ein existenzwürdiges Leben in dieser Gesellschaft gewährleistet wird.

Wer, wenn nicht Bremen, kann angemessen beurteilen, was es heißt, im Hartz-IV-System zu leben? Wer, wenn nicht Bremen, weiß, wie die tagtägliche Sanktionspraxis aussieht? – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächste Rednerin hat die Abgeordnete Görgü-Philipp das Wort.

Abgeordnete Görgü-Philipp (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! In unserem Land Bremen lebt jedes dritte Kind von Hartz IV. Das müssen wir uns deutlich vor Augen halten. Deshalb ist es gut und richtig, die heutige Debatte zu führen.

Die anstehende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hat in den letzten Wochen bereits bundesweit zu einer Diskussion über Hartz IV geführt. Das unterstützen wir Grüne und sehen auch dringenden Handlungsbedarf. Auf den werde ich später noch eingehen. An dieser Stelle sei aber erwähnt, dass es bei der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nicht um die grundsätzliche Frage geht, ob Sanktionen rechtmäßig sind oder nicht. In der Entscheidung geht es eigentlich nur um die Sanktionen gegen diejenigen, die eine Beschäftigung nicht antreten oder abbrechen, eine kleinere Gruppe also.

Dennoch zeigt das öffentliche Interesse, auch die heutige Debatte, dass wir längst bei der Frage angekommen sind, ob nicht alle Sanktionen auf den Müllhaufen der Vergangenheit gehören.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Ich meine schon, denn es geht um Menschen, die ernsthaft unter der Reduzierung der staatlichen Leistungen leiden, weil kaum noch etwas zum Leben bleibt. Die Kürzungsquote beim Jobcenter Bremen lag in den letzten Jahren für unter 25-Jährige bei 26 Prozent, beim Jobcenter Bremerhaven bei 24 Prozent, also rund ein Viertel wird gekürzt.

Auch aus diesem Grund halten wir die Diskussion über die Sanktionspraxis für zwingend geboten. Hier ist Politik gefragt, neue Antworten zu geben. Das ist gerade für uns in Bremen wichtig. Es kann und darf nicht sein, dass eine sozialstaatliche Institution wie das Jobcenter zunehmend als angstmachend erlebt wird, wie es Untersuchungen von Bertelsmann, Böckler, Böll und Ebert belegen. Das hohe Maß an Fremdbestimmung, das an Hartz IV geknüpft ist, ist mit Kontrollverlust verbunden und daher angstausslösend.

Zudem scheint mir, dass hier immer noch ein veraltetes Erziehungsideal am Werk ist: Wer nicht hören will, muss fühlen! Das erschreckt mich wirklich.

Gerade, wenn es um die jungen Heranwachsenden geht, denn sie haben ihr Leben noch vor sich. Ihnen müssen wir eine Perspektive bieten. Dafür benötigen wir keine Bestrafungen, sondern verlässliche und gezielte Begleitung.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Diese müssen an den Bedürfnissen der Jugendlichen ansetzen und sich zum Beispiel dem Thema Übergang Schule/Ausbildung widmen. Wir Grüne wollen Anreize schaffen, den Jugendlichen verdeutlichen, welche Wege zum Ziel führen und zu ihnen passen. Wir wollen diese Jugendlichen nicht verlieren. Die Praxis aber zeigt: Junge Erwachsene, denen die Leistungen gestrichen werden, brechen häufig den Kontakt zum Jobcenter ab und suchen den Weg in die Schwarzarbeit. Das darf nicht passieren!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Die jüngsten Zahlen für Bremen zeigen, zuletzt gab es im Land Bremen mehr Sanktionen gegen Hartz-IV-Empfänger als im Bundestrend. Im ersten Halbjahr 2018 wurden knapp 6 500 Personen in Bremen/Bremerhaven die Leistungen gekürzt. Den Ursachen müssen wir dringend nachgehen. Den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes das Existenzminimum zu nehmen, geht gar nicht! Das Existenzminimum ist ein Grundrecht, und ein Grundrecht darf nicht gekürzt werden!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Zum Thema Existenzminimum, das sei nur am Rande noch einmal erwähnt, haben wir in der letzten Bürgerschaftswoche einen Antrag verabschiedet, der eine Neuberechnung einfordert. Das halte ich nach wie vor für zwingend nötig. Mit Blick auf das Jobcenter braucht es aus unserer Sicht einen Kulturwandel. Wir benötigen eine Beratungs- und Betreuungskultur auf Augenhöhe und ohne Erpressbarkeit. Wir Grüne setzen auf positive Erwerbsanreize anstatt auf ein Klima der Angst.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sehen eine echte Chance darin, zukünftig den Beratungsauftrag des Jobcenters von der Auszahlung der Leistungen zu trennen. Arbeitslosengeld II, Wohngeld und Kinderzuschlag sind so eng verknüpft, dass sie zusammengefasst und automatisch vom Finanzamt ausbezahlt werden sollten. Das würde eine reale Entbürokratisierung bedeuten.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Das wird aber leider nicht von heute auf morgen gehen. Wir brauchen auf dem Weg, Hartz IV zu überwinden, Zwischenschritte, die auch, das gebe ich zu, etwas kosten werden. Wir brauchen eine Kindergrundsicherung, die für alle Kinder gleich hoch ist und eine Garantie für das Existenzminimum gibt. Das umfasst für mich unbedingt auch die gesellschaftliche Teilhabe, die für Kinder und Jugendliche so wichtig ist. Mit einer Kindergrundsicherung für jedes Kind wird sich Erwerbsarbeit auch bei Geringverdienern wieder deutlich mehr lohnen als noch heute.

Damit schaffen wir mehr Sicherheit für die Eltern. Diese Sicherheit kommt, da bin ich mir sicher, bei den Kindern an. Am Thema Kindergrundsicherung arbeitet unsere Sozialsenatorin bereits mit ihren Amtskollegen aus Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Hier ist der Bund nun gefragt. Wir brauchen dringend die Zusammenführung der verschiedenen familienpolitischen Leistungen in eine Kindergrundsicherung. Ebenfalls brauchen wir auf Bundesebene die Einführung einer neuen Garantiesicherung. Da sehen wir Grüne die Zukunft.

Zum Schluss möchte ich an die Zusammenhänge von Hartz IV und eine mangelnde Altersabsicherung erinnern. Altersarmut ist zudem überdurchschnittlich weiblich. Gerade aus sozialpolitischer Sicht ist dieses Thema nicht zu vernachlässigen. Es geht hier um die Absicherung aller Altersgruppen. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Grönert.

Abgeordnete Grönert (CDU): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Erst im Dezember haben wir hier über die Hartz-IV-Sanktionen debattiert und das war auch nicht das erste Mal. Alle Argumente sind eigentlich schon ausgetauscht und jeder weiß inzwischen recht gut, wo die politischen Mitsstreiter stehen. Das hat aber die Fraktion DIE LINKE nicht aufgehalten, das Thema heute erneut aufzurufen.

(Abgeordnete Leonidakis [DIE LINKE]: Es ändert sich ja nichts! Es geht immer weiter!)

Ich kann letztlich auch nichts anderes sagen, als ich die letzten Male gesagt habe und werde auch

heute zu keinem anderen Ergebnis kommen. Natürlich ist es nie falsch, die Praxis von Hartz IV in Bezug auf die Höhe, der Umsetzung vor Ort und mitsamt den Sanktionen auf den Prüfstand zu stellen. Da bin ich auch gern dabei. Aber weder ich noch die CDU sind grundsätzlich gegen Sanktionen bei fehlender Mitarbeit.

(Beifall CDU)

Das, was die LINKEN, die Grünen und auch Teile der SPD für erwerbslose Menschen fordern, entspricht quasi bereits dem bedingungslosen Grundeinkommen. Das lehnen wir entschieden ab, weil wir der festen Überzeugung sind, dass niemandem, ohne eigene Anstrengung oder wenigstens dem Willen zur eigenen Anstrengung, eine solidarische Versorgungsleistung zugestanden werden kann.

(Beifall CDU, BIW)

Im Dezember haben sich die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen deshalb auch nur für eine Entschärfung und für eine weitere Reduzierung von Sanktionen ausgesprochen, statt deren komplette Abschaffung zu fordern. Das haben die Grünen aber heute anders gemacht.

(Abgeordnete Bösch [SPD]: So ist das manchmal! – Abgeordnete Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja! Wir bewegen uns weiter!)

Da die Sanktionsquote deutschlandweit bei nur rund drei Prozent liegt, in Bremen aktuell sogar darunter, sprechen wir auch nicht über ein Massenphänomen. Von Sanktionen sind demnach gerade einmal drei von 100 Langzeitarbeitslosen betroffen. Bei den unter 25-Jährigen sind es etwas mehr, aber meines Wissens nicht 25 Prozent, Frau Görgü-Philipp. Doch, und das ist die zweite Seite der Medaille, wissen alle, dass es die Sanktionen gibt, und das halten wir grundsätzlich auch für sinnvoll. Denn dadurch können kaum Zweifel daran aufkommen, dass Mitarbeit, Zuverlässigkeit und auch der Wille zur Aufnahme einer Arbeit wichtig sind.

Ich sage aber in jeder dieser Debatten ganz deutlich, so auch heute, dass ich mich von ganzem Herzen gegen willkürliche und ungerechtfertigte Sanktionen ausspreche.

(Beifall CDU, BIW)

Sanktionen sind mit Augenmaß einzusetzen, doch nach den gesetzlichen Vorgaben regelmäßig dort, wo Leistungsempfänger Regeln unentschuldig

verletzen. Man kann von Menschen, die nicht arbeiten, nicht krank sind und auch keine anderweitigen Hindernisse vorweisen können, erwarten, dass sie Verabredungen mit dem Jobcenter einhalten oder sich rechtzeitig entschuldigen.

Anfang des Jahres 2017 hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, das IAB, die Sinnhaftigkeit von Sanktionen durch seine Forschungsarbeit sogar bestätigt. Die Forscher stellten fest, dass der Nutzen von verhängten Sanktionen weitaus größer sei, als hier und dadurch leider auch entstehende Nachteile. Bereits nach der ersten Leistungskürzung wurde die Suche nach einer Arbeit von vielen Betroffenen viel intensiver betrieben als vorher.

Diese Forschungsarbeit hat sich zwar auf den Kreis der unter 25-Jährigen beschränkt, lässt sich aber mit gewissen Einschränkungen sicher auch auf viele über 25-jährige Hartz-IV-Empfänger übertragen. Selbst Fachleute, wie der Chef der Bundesagentur für Arbeit, Detlef Scheele, Sozialdemokrat und ehemaliger Sozialsenator von Hamburg rät strikt von einer Abschaffung der Sanktionen ab. Er sagt ganz überzeugt: Wenn Sie falsch parken, werden Sie auch abgeschleppt.

(Abgeordnete Ahrens [CDU]: Ja!)

Das hat mit Gängelung nichts zu tun.

(Beifall CDU, FDP, BIW)

Einige Punkte muss man aber genauer anschauen.

(Abgeordneter Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Mit Kinderexistenzminimum ist das schon ein toller Vergleich! – Unruhe)

Zum Beispiel: Ist es wirklich sinnvoll, und wenn ja, in welchen Fällen, auch die Kosten für die Unterkunft zu sanktionieren und somit womöglich Obdachlosigkeit zu fördern, statt sie zu verhindern? Inwieweit können Sanktionen eventuell durch Sachleistungen aufgefangen werden? Ist es sicher, dass Sanktionen nur gegenüber Menschen ausgesprochen werden, von denen man das gewünschte Verhalten auch wirklich erwarten kann? Offensichtlich psychisch – –.

(Unruhe)

Soll ich abwarten, bis Sie fertig sind?

(Zuruf Abgeordneter Fecker [Bündnis 90/Die Grünen] – Zuruf Abgeordnete Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen])

Offensichtlich psychisch völlig überforderte Menschen, die, aus welchen Gründen auch immer, keine oder noch keine Krankschreibung vorlegen können, sollte man nicht ohne Aussicht auf Erfolg sanktionieren. Eine Frage ist auch, wie man es alleinerziehenden Müttern ermöglichen kann, sich trotz Arbeit angemessen um ihre Kinder zu kümmern, weshalb sie über längere Zeit auch nur Teilzeit oder vielleicht sogar nur im Minijob arbeiten können.

Sanktionen sollten nach meiner Meinung auch möglichst immer nach dem Vier- oder besser sogar Sechs-Augen-Prinzip verhängt werden. Man kann auch prüfen, ob sie in der jetzigen Form, in der sie verhängt werden, mit Blick auf die Länge und auf die Prozente angebracht sind. Man muss auch prüfen und immer wieder hinschauen, ob schärfere Sanktionen bei unter 25-Jährigen auf Dauer mehrheitlich ihr Ziel erreichen.

Ich bin zudem auch der Überzeugung, dass wir noch stärkere Instrumente brauchen, um verstärkt positive Anreize für eine Arbeitsaufnahme zu schaffen. Die Hinzuverdienstgrenze für Hartz-IV-Bezieher könnte zum Beispiel gleitend gestaltet werden, um das Argument – Mehr arbeiten lohnt sich nicht! – gezielt auszuhebeln. Ich fände auch verstärkte finanzielle Anreize zum Durchhalten für Langzeitarbeitslose, die eine Weiterbildung, Umschulung oder Ausbildung machen, dringend nötig.

Wir sollten aber mit keiner Maßnahme den Abstand zwischen denen, die arbeiten und denen, die nicht arbeiten, noch mehr verkleinern. Wer arbeitet, muss deutlich mehr im Portemonnaie haben als jemand, der nicht arbeitet.

(Beifall CDU)

Mit dem neuen Teilhabechancengesetz oder manche sagen auch einfach, sozialem Arbeitsmarkt, hat der Bund mit Beginn dieses Jahres ein Instrument geschaffen, mit dessen Hilfe die Wiedereingliederung von langzeitarbeitslosen Menschen in den ersten Arbeitsmarkt, bis zu fünf Jahre, erheblich gestärkt wird. Arbeitgeber, die jemanden aus der Zielgruppe einstellen, erhalten auf Grundlage des gesetzlichen Mindestlohns oder eines gezahlten Tariflohns in den ersten beiden Jahren 100 Prozent

erstattet. Danach wird die Lohnübernahme langsam gesenkt. Im Bundeshaushalt stehen dafür 4 Milliarden Euro für mehr als 100 000 Plätze zur Verfügung. In diesen fünf Jahren wird man erkennen können, wie erfolgreich das Programm ist und sich dann auch Gedanken über eine Fortsetzung machen.

Solche Instrumente sind eine gute Chance zur Überwindung von Langzeitarbeitslosigkeit, denn sie eröffnen ganz reale Möglichkeiten für einen, die ganze Zeit gut begleiteten, Neustart in Arbeit. Nur durch die Abschaffung von Sanktionen gelangt aber noch niemand wieder in Arbeit und lernt auch nicht, wieder auf eigenen Füßen zu stehen.

(Beifall CDU, FDP)

Da braucht es erheblich mehr Anstrengung. Gerade von den LINKEN aber auch von den Grünen wird mit Blick auf die Sanktionen auch immer wieder die Vorstellung geäußert, dass es ein Grundrecht auf soziokulturelle Teilhabe gebe, das man sich nicht erst durch Leistungsbereitschaft verdienen müsse. Das ist aber nur die halbe Wahrheit, meine Damen und Herren, denn es gibt in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte auch noch den Artikel 29. Hier wird nach 28 Artikeln, in denen alle wichtigen Grundrechte beschrieben werden, doch auch noch etwas zu den Grundpflichten gesagt.

Dort steht erstens: Jeder hat Pflichten gegenüber der Gemeinschaft, in der allein die volle und freie Entfaltung seiner Persönlichkeit möglich ist. Zweitens: Jeder ist bei der Ausübung seiner Rechte und Freiheiten nur den Beschränkungen unterworfen, die das Gesetz ausschließlich zu dem Zweck vorsieht, die Anerkennung und Achtung der Rechte und Freiheiten anderer zu sichern und den gerechten Anforderungen der Moral, der öffentlichen Ordnung und des allgemeinen Wohles in einer demokratischen Gesellschaft zu genügen.

Ja, man kann darüber nachdenken, ob der Druck durch das Jobcenter durch drohende Sanktionen immer zielführend ist. Doch für die meisten SGB-II-Empfänger ist das sowieso kein Thema, weil sie sich selbstständig um Arbeit bemühen und von sich aus Termine mit dem Jobcenter einhalten. Und ja, manche machen das vielleicht auch nur, weil sie wissen, dass es durchaus Folgen hätte, wenn sie sich nicht anstrengen würden. Doch wie schon gesagt, betrifft das Thema Sanktionen in der Umsetzung letztlich nur rund drei Prozent der Jobcenter-Kunden.

Bevor ich gleich zum Schluss komme: Mir ist auch bewusst, dass es in den Jobcentern sehr unterschiedliche Kundenbetreuer gibt. Viele sind sehr engagiert und versuchen, sich auf den jeweiligen Kunden einzulassen, um ihm die Unterstützung zu geben, die sie oder er braucht, um wieder eine angemessene Arbeit zu finden. Andere nehmen es dagegen recht locker und lassen die Leute, wider Erwarten, beinahe völlig in Frieden. Dann gibt es auch die, von denen man sich nicht als Mensch, sondern nur als Nummer behandelt und ständig drangsaliert fühlt. Aber auch die Jobcenter-Kunden sind bekanntermaßen nicht alle gleich. Ich muss hier sicher nicht noch näher ins Detail gehen.

Über Vieles muss man unbedingt sprechen. Vieles könnte verbessert werden und nichts sollte unter den Tisch fallen. Aber das Prinzip des Forderns und Förderns werden wir nicht antasten.

(Beifall CDU)

Ich werde mich auch dafür einsetzen, dass das Fordern und Fördern in rechter Weise geschieht, und da sind wir auch noch nicht am Ende der Fahnenstange angelangt. Da muss ich auch Frau Ahlers, der Leiterin des hiesigen Jobcenters Recht geben. Das Interview mit ihr kann man heute im „Weser-Kurier“ nachlesen. Doch wer die Solidarität einer Gesellschaft für die Sicherung seiner Lebenskosten in Anspruch nimmt und nicht nachweisen kann, dass er krank oder anderweitig daran gehindert ist, der hat auch die Pflicht zur Mitwirkung und eine Verantwortung, sich eigenständig oder mit Unterstützung wieder aus diesem Leistungsbezug zu befreien. Diese Pflicht, die muss man aber auch einfordern können. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Remkes.

Abgeordneter Remkes (BIW): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen! Wer in Deutschland keine Arbeit hat, bekommt vom Staat Unterstützung in Form der Grundsicherung für erwerbsfähige Leistungsberechtigte, umgangssprachlich auch Hartz IV genannt. Diese Grundsicherungsleistung ist für eine alleinstehende Person mit 424 Euro Regelbedarf zuzüglich Geld für angemessene Wohnung, Heizung, einem Zuschuss zur Krankenversicherung und möglichen Mehrbedarfen nicht üppig ausgestaltet. Sie ist bei sparsamer Lebensführung aber ausreichend, um den Betroffenen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

Im Gegenzug sind die Leistungsempfänger verpflichtet, alles zu tun, um ihre Arbeitslosigkeit zu beenden und die Vermittlungsbemühungen der Arbeitsagentur zu unterstützen. Kommen sie dieser Pflicht nicht nach, drohen Leistungskürzungen, die bei wiederholten Verstößen bis zu 100 Prozent betragen können. Das Bundesverfassungsgericht muss nun klären, ob diese Sanktionen unzulässig in das verfassungsrechtlich garantierte Existenzminimum eingreifen. Die Linkspartei als Initiator des der Bürgerschaft vorliegenden Antrags will die Entscheidung des höchsten deutschen Gerichts nicht abwarten und fordert, Hartz IV politisch zu überwinden. Betrachten wir die Frage also von der politischen Warte aus. Sind Sanktionen für Bezieher von Arbeitslosengeld II gerechtfertigt, ja oder nein?

Die meisten Leistungskürzungen werden wegen Meldeversäumnissen verhängt, weil der Erwerbslose nicht zu einem Termin beim Jobcenter erschien, ohne dass es dafür einen wichtigen Grund gab. Allerdings führt dieses Versäumnis nicht automatisch zur Streichung von Mitteln. Zunächst erfolgt nur eine Ermahnung. Erst nach wiederholtem Fehlverhalten kommt es zu Sanktionen. Kürzungen treffen also nur die Leistungsempfänger, die sich hartnäckig ihrer gesetzlichen Mitwirkungspflicht verweigern. Dieses Verhalten kann verschiedene Gründe haben. Entweder fehlt es den Betroffenen an Tugenden wie Pflichtbewusstsein und Zuverlässigkeit, die in unserer modernen Arbeitswelt unverzichtbar sind. Dann aber stellt sich die Frage, ob die Leistungsempfänger überhaupt als erwerbsfähig gelten können, was eine zentrale Anspruchsvoraussetzung für den Bezug von Hartz IV darstellt, oder schlicht arbeitsunwillig sind, in Wahrheit also gar keine neue Beschäftigung finden wollen, sondern lieber von den staatlichen Zuwendungen leben.

Ginge es nach dem Willen der Linkspartei und auch der Grünen, dann müssten auch Erwerbslose, die der letztgenannten Gruppe zuzurechnen sind und die ich jetzt bewusst einmal provokativ als „Sozialschmarotzer“ bezeichne, bei Pflichtverletzungen keine Konsequenzen mehr fürchten. Das wäre ein Schlag ins Gesicht der arbeitenden Bevölkerung, wie der zuständige SPD-Bundesminister Hubertus Heil zutreffend ebenfalls meint.

(Beifall BIW, Abgeordnete Vogt [DIE LINKE]: Wie erklären Sie sich denn, dass so viele Sanktionen gegen Personen ausgesprochen werden, die arbeiten?)

Die 45 Millionen Menschen, die jeden Morgen aufstehen und zur Arbeit gehen, sind es, die mit ihren Steuern die Sozialtransfers für erwerbslose, Entschuldigung, erwerbsfähige Leistungsbezieher finanzieren. Sie dürfen deshalb auch erwarten, dass vom Staat alimentierte Hilfsbedürftige alles in ihrer Macht Stehende tun, um einen neuen Job zu finden und finanziell wieder auf eigenen Beinen zu stehen. Mit ihrem Antrag setzen sich die Sozialisten also nicht für die Beschäftigten in Deutschland ein, sondern für diejenigen, die das System ausnutzen, um sich auf Kosten der Allgemeinheit ein arbeitsfreies Leben zu gönnen.

(Beifall BIW, Abgeordnete Vogt [DIE LINKE]: Wissen Sie, wie viele Menschen arbeiten und Hartz IV beziehen?)

Das ist mit uns nicht zu machen. Wir bekennen uns ausdrücklich zum Prinzip Fördern und Fordern und das übrigens nicht nur auf dem Feld der Sozialpolitik. Andernfalls wird der Sozialstaat auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung auf kurz oder lang nicht mehr finanzierbar sein. Das Argument, die Arbeitsagenturen würden nur gegen 3 Prozent der ALG-II-Empfänger Sanktionen verhängen, weshalb eine Abschaffung der Leistungskürzungen bei Verletzung der Mitwirkungspflichten kaum Mehrbelastung für den Sozialstaat erwarten lasse, geht fehl. Es wird nämlich übersehen, dass die Androhung solcher Sanktionen einen disziplinierenden Effekt auf alle Leistungsbezieher hat. Verzichtet man darauf, wie es die Antragsteller wollen, stiege absehbar die Zahl derjenigen Erwerbslosen, die sich nicht an die Regeln halten und ihre Vermittlung in den Arbeitsmarkt hintertreiben würden.

(Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP]: Welcher Antrag?)

Man kann deshalb davon ausgehen, dass der Missbrauch von Arbeitslosengeld II und damit die Kosten für den Sozialstaat signifikant steigen würden. Das wäre erst recht der Fall, wenn das Hartz-IV-System durch eine existenzsichernde Garantiesicherung ohne Arbeitszwang ersetzt werden würde, wie sie etwa Robert Habeck, Mitvorsitzender der Grünen fordert. Er will neben Erwerbslosen auch gleich noch Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen in den Kreis der Anspruchsberechtigten einbeziehen. Dann aber hätten, wie Herr Habeck selbst eingeräumt hat, 4 Millionen Haushalte zusätzlichen Anspruch auf Leistungen aus dem steuerfinanzierten Sozialtopf.

Diese Schätzung dürfte noch viel zu niedrig gegriffen sein, denn wenn sich die neue Generosität des deutschen Sozialstaates erst einmal in der Welt herumgesprochen hätte, würden sich alsbald Armutsmigranten, insbesondere aus Osteuropa, in großer Zahl auf den Weg nach Deutschland machen, um gegebenenfalls am sozialen Transfereinkommen ohne Gegenleistung zu partizipieren.

(Beifall BIW)

Möglicherweise wird genau dieses Ziel von einigen Befürwortern der Garantiesicherung oder ähnlichen Modellen insgeheim auch verfolgt. Letztlich geht es den Grünen und der Linkspartei mit ihrer Agitation gegen die Hartz-IV-Sanktionen darum, den Boden für ein bedingungsloses Grundeinkommen zu bereiten, das von linker Seite schon seit langem gefordert wird.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde die Arbeits- und Qualifikationsbereitschaft der Menschen untergraben, was sich Deutschland schon wegen der demografischen Entwicklung und dem Rückgang der Erwerbspersonenzahl und den mit der Digitalisierung verbunden Herausforderung nicht leisten kann, von der Finanzierbarkeit dieses Modells auch mit Blick auf die dann zu erwartenden Migrationsströme nach Deutschland einmal ganz zu schweigen.

Sicherlich weist das heutige System der Grundsicherung für erwerbsfähige Arbeitslose Defizite auf, die es auch zu beheben gilt. Die Bemessung des Regelbedarfs sollte bei Arbeitssuchenden, die langjährig erwerbstätig waren, die Zahl der geleisteten Berufsjahre berücksichtigen, –

(Beifall BIW)

damit diese Anspruchsberechtigten mehr Geld bekommen als beispielsweise junge Menschen nach der Ausbildung, die noch nie gearbeitet haben. Das Schonvermögen für Erwerbslose im rentennahen Alter, also für Menschen ab 50 sollte erhöht werden, um die Betroffenen nicht ihrer finanziellen Vorsorge für den Ruhestand zu berauben. Die Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung sind regelmäßig kritisch auf ihre Effizienz hin zu überprüfen, um Arbeitslose möglichst passgenau zu unterstützen und die Verschwendung von Steuergeldern zu vermeiden.

(Beifall BIW)

Ja, eine Reform von Hartz IV ist sinnvoll und richtig, nicht aber die Abschaffung von Sanktionen für kooperationsunwillige Leistungsbezieher. Nur fördern reicht nicht, es muss auch ein Fordern geben, denn nicht alle Arbeitslosen sind gutwillig. Wer das nicht zur Kenntnis nehmen will, ist realitätsblind und verkennt die Natur der Menschen. Das Bundesverfassungsgericht wird in einigen Monaten, demnächst also, eine grundsätzliche Antwort auf die Frage geben, was der Staat und damit auch die Gemeinschaft von Menschen fordern darf, bevor sie Sozialleistungen erhalten, und was er dann eventuell auch durch Sanktionen erzwingen darf, wie es der Vorsitzende des ersten Senats, Herr Stephan Harbarth, formulierte.

Dieses Urteil gilt es abzuwarten, bevor politische Entscheidungen über die künftige Gestaltung des Systems der sozialen Grundsicherung getroffen werden. Das ist nicht zuletzt dem Respekt vor dem höchsten deutschen Gericht geschuldet. Auch aus diesem Grund lehnt die Gruppe Bürger in Wut den Antrag der Fraktion DIE LINKE ab. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall BIW)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Dr. Buhlert das Wort.

Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir reden in der Aktuellen Stunde darüber, wie sich die Fraktionen zu der Frage positionieren, wie es aussieht mit einem lebenswerten Grundeinkommen für Menschen, die in unserer Gesellschaft das Pech haben, nicht arbeiten zu können, obwohl sie arbeiten könnten. Denn es hat keiner darüber gesprochen, dass wir das Existenzminimum von Kranken und Behinderten absichern, das ist selbstverständlich für alle hier im Haus und gerechtfertigt.

(Beifall FDP, BIW)

Die Frage ist also: Wie gehen wir mit den Menschen um, die Arbeit suchen aber nicht finden oder vielleicht sich auch um Arbeit nicht so ernsthaft bemühen, weil sie nicht das finden, was sie mögen? Natürlich gibt es das Recht auf freie Berufswahl, aber es gibt auch die Pflicht zu schauen, was kann ich in die Gesellschaft einbringen? Muss ich die Gesellschaft nutzen, um meinen Lebensunterhalt zu bestreiten?

Da erklären wir Freien Demokraten doch, wenn ich da entscheiden muss, was die Werte sind, Herr

Janßen, dann sage ich an der Stelle: Ja, es gibt auch eine sittliche Pflicht zu arbeiten, denn man muss auch so solidarisch mit der Gesellschaft sein, dass man ihr nicht auf der Tasche liegt.

(Beifall FDP)

Eins ist klar, die Gesellschaft ist nicht anonym. Es sind doch die Beschäftigten, die im Stahlwerk, bei Mercedes, die im Krankenhaus arbeiten, die die Steuern sowie die Beiträge zahlen, die dazu da sind, um am Ende finanzieren zu können, was hier an Sozialleistungen gezahlt wird. Diese Menschen erwarten zu Recht, dass diejenigen, die keine Arbeit finden, sich um Arbeit bemühen. Das ist doch ein Anspruch, den wir alle an diese Gruppe von Menschen haben können.

(Beifall FDP)

Warum haben wir dann so etwas wie Sanktionen? Warum gibt es dann so etwas, was den Menschen deutlich macht, welche Normen und Werte die anderen haben, die das Ganze bezahlen und welchen Anspruch sie als Gesellschaft an diese Gruppe haben? Ja, damit eben dieses auch deutlich wird! Da muss man natürlich diskutieren, ob sie in Einzelfällen angemessen sind. Muss man da andere Prinzipien haben? Kann man bis zu 100 Prozent kürzen?

All diese Fragen kann man zu Recht stellen, aber man kann doch nicht ernsthaft behaupten, dass das Existenzminimum in der Höhe festgelegt ist, wie es Hartz IV ist. Man kann über die Höhe diskutieren, aber nicht darüber, dass man dann irgendwelche Sanktionsmechanismen, Belohnungsmechanismen braucht, die verdeutlichen, welche Normen und Werte die Gesellschaft hat. Denn da geht es darum zu sagen, wir haben Ansprüche an diese Menschen, und diese wollen wir verdeutlichen.

Natürlich ist es dann so, dass man dort erst einmal im Jobcenter nachfragen muss: Warum hast du den Termin versäumt, warst du vielleicht krank, gab es dafür Gründe, hast du dich vorgestellt, und so weiter und so fort. Jeder, der das System kennt, weiß, dass man da auch bescheinigt, also du warst jetzt gerade bei dem Vorstellungsgespräch, konntest den Termin im Jobcenter deswegen nicht wahrnehmen oder Ähnliches.

Wir müssen jedoch auch feststellen, dass die Erwartungen des Jobcenters an Arbeitsuchende genau die Erwartungen sind, die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber an die Menschen haben, nämlich

dass sie pünktlich kommen, dass sie eine Fortbildung durchhalten, dass sie die Arbeit, die ihnen zugewiesen wird in der Firma, wahrnehmen und nicht sagen: Also heute hätte ich eher Lust auf das und nicht auf jenes, was du, lieber Arbeitgeber mir sagst.

Diesen Anspruch hat doch ein Arbeitgeber/eine Arbeitgeberin auch. Das macht der Arbeitgeber auch mit einer Sanktion im Zweifel deutlich wie beispielsweise mit Mechanismen wie Abmahnungen bis hin zur Kündigung, wenn solche Tugenden nicht eingehalten werden. Insofern, worüber reden wir? Wir reden darüber, dass man ein Wertesystem, das in unserer Arbeitswelt gilt, auch verdeutlicht, indem man entsprechende Möglichkeiten in das System einbaut. Das halten wir als Freie Demokraten genau für richtig.

(Beifall FDP)

Was mich an der Debatte, wir haben sie schon öfter geführt, ein wenig stört, ist, dass wir eigentlich viel zu viel darüber reden, wie es den Menschen in dem System geht und viel zu wenig darüber, wie die Menschen aus dem System herauskommen.

(Beifall FDP)

Das mag daran liegen, dass wir in Bremen leider eine viel zu hohe Quote von Hartz-IV-Beziehern haben. Reden wir aber doch darüber, wie die Menschen es vermehrt schaffen, sich hinauszuarbeiten aus dem Hartz-IV-Bezug, wie sie durch Dazuverdienstmöglichkeiten, die wir dringend erhöhen müssen, mehr von dem haben, was sie leisten, wie sie lernen in dem System und wie sie auch Vorbilder sein können für andere, dass sie arbeiten und sich damit herausarbeiten und dann eine Existenz aufbauen können und sich aus dem Bezug von Arbeitslosengeld herauskämpfen.

Sprechen wir doch darüber, wie wir die Möglichkeiten schaffen, dass Alleinerziehende nicht nur wenige Stunden arbeiten und dann als Aufstocker unterwegs sein müssen, sondern die Möglichkeit haben, ganztags ihren Lebensunterhalt zu verdienen und damit auch Vorbild für ihre Kinder sein können. Die dann auch die Werte, die wir in der Gesellschaft haben, nämlich dass man schaut, wie man sich selbst versorgt, entsprechend vermitteln können. Das ist doch das, worauf wir setzen müssen und wo wir Möglichkeiten schaffen müssen.

Dann schauen wir doch, dass wir Belohnungen für diejenigen geben, die sich engagieren und dass wir

ein positives System haben. Wir müssen sicherlich diskutieren, wie wir das Existenzminimum für alle absichern. Wir diskutieren ja liberales Bürgergeld, Bürgergeldsysteme, nicht bedingungsloses Grundeinkommen bei uns, sondern schon immer noch mit dem Anspruch, dass wir als Staat eine Gegenleistung fordern, nämlich sich zu engagieren und einzubringen von denjenigen, die sich in der Gesellschaft einbringen können.

Wir schauen aber doch bitteschön hin, dass es möglich wird, dass Menschen diese Arbeitsmöglichkeiten bekommen und dass sie einen Leistungsgedanken für sich entwickeln. Der heißt auch, dass man dann Abstriche von dem macht, was man sich als Arbeit wünscht und so weiter.

Ich habe in meiner Arbeitslosigkeit auch erlebt, dass ich beraten wurde und mir deutlich gemacht wurde: Also eine nette Vorstellung, die wird sich im Zweifel nicht realisieren lassen. Das ist dann eben so, dass man dann Abstriche von dem Ganzen machen muss, was man sich gewünscht hat.

Das heißt aber nicht, dass es dann am Ende immer schlecht ausgehen muss, sondern man muss sich daran gewöhnen, dass man, wenn man etwas leistet, an der einen oder anderen Stelle einen anderen Weg nimmt und dort seine Zufriedenheit findet und sich in seinem Leben weiterentwickeln kann.

Es ist angesprochen worden, und das zu Recht, dass wir schauen müssen, wie wir das geschützte Vermögen für Menschen erhöhen, die für ihr Leben nach der Arbeitszeit, also nach der Berufstätigkeit, für ihre Rente etwas zurückgelegt haben. Ja, da müssen wir etwas tun, denn bei älteren Menschen ist es in der Vermittlung wirklich im Moment in Bremen nach wie vor schwer. In dem Bereich gibt es zu Recht Existenzängste. Aber schauen wir mehr, als dass wir darauf achten, wie wir mehr Menschen in Arbeit vermitteln können. Schauen wir, dass es mehr Menschen gibt, die vermitteln, und dass es mehr Menschen gibt, die dazu beitragen, dass wir hier Leute finden, die diese Menschen beschäftigen wollen.

Frau Grönert hat zu Recht darauf hingewiesen, welche finanziellen Möglichkeiten auch von der Bundesagentur für Arbeit gewährt werden, und wir haben doch auch die Möglichkeit, noch einmal zu schauen, wie wir weniger Bürokratie für die Menschen schaffen, die auf Hartz IV angewiesen sind, dass sie sich mit den Ämtern kürzer, knapper und zielführender austauschen können.

Am Ende bleibe ich dabei: Schaffen wir Möglichkeiten, dazuzuverdienen, damit man sich anstrengt, damit wir das Signal setzen, dass man sich anstrengen muss und dass sich Anstrengungen in dieser Gesellschaft lohnen. Denn wenn wir bedingungslose Grundeinkommen zahlen, wenn wir Hartz IV ohne Sanktionen gewähren, dann senden wir das Signal aus: Du brauchst dich nicht anzustrengen, es wird schon bezahlt. Das können wir nicht wollen in unserer Gesellschaft. Wir wollen ein soziales Netz für diejenigen, die aufgefangen werden müssen.

(Beifall FDP)

Über die Behinderten und Kranken habe ich gesprochen. Über die Wechselfälle des Lebens und Schicksalsschläge, Konkurse von Firmen et cetera kann ich sicherlich auch noch ergänzend sprechen. Wir wollen aber doch, dass die Menschen wieder aufstehen können, dass sie sich weiterentwickeln können. Dafür wollen wir ihnen Chancen bieten, und dafür sollten wir ihnen Chancen bieten.

Das muss das Ziel unserer Sozialpolitik sein und nicht die Frage, wie die Menschen mit ihrem Minimum gut abgesichert sind. Sondern wir müssen dafür sorgen, dass möglichst wenige von diesem Minimum überhaupt nur leben müssen, weil wir eine Gesellschaft wollen und schaffen können, in der mehr Menschen Arbeit haben, in der weniger Menschen auf das Existenzminimum angewiesen sind. Daran sollten wir arbeiten, und das muss unser Ziel in Bremen und Bremerhaven sein. – Danke!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Böschen.

Abgeordnete Böschen (SDP): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Tatsache, dass es Sanktionen gibt, bewirkt sehr Unterschiedliches in der Gesellschaft. Auf der einen Seite löst diese Vorstellung Druck und bei vielen sogar Angst aus, nämlich bei denjenigen, die in dem System sind und sich davon gegebenenfalls betroffen sehen. Auf der anderen Seite gibt es aber auch eine Akzeptanz in der Gesellschaft.

Machen wir uns nichts vor: Es gibt eine Menge Menschen in unserer Gesellschaft, die durchaus der Meinung sind, dass auch sie unter einem sehr großen Druck stehen, dass auch sie an verschiedenen Stellen sanktioniert werden und dass, was

ihnen widerfährt, auch bei der Gruppe der Bezieherinnen und Bezieher Hartz IV greifen muss.

Dann muss man sich aber natürlich ansehen: Was will man mit einer Sanktion? Eine Sanktion ist aus meiner Sicht immer dann gerechtfertigt, wenn sie dazu beiträgt, Verhaltensveränderungen zu bewirken. Denn – es ist ja ausgeführt worden – wir wollen, dass die Menschen, die hier in diesem System sind, auch entsprechende Termintreue an den Tag legen, entsprechende Angebote annehmen oder sich auch selbst um eine existenzsichernde Beschäftigung kümmern.

Wenn wir uns aber ansehen, wen diese Sanktionen häufig treffen, stellen wir fest, dass hier eine Verhaltensänderung nicht möglich ist, weil es oft die Schwächsten der Schwachen sind, die Ärmsten der Armen, die sanktioniert werden, während diejenigen, die sich als sogenannte „Sozialschmarotzerinnen oder -schmarotzer“ im System bewegen können, clever genug sind, nicht in die Situation zu kommen, sanktioniert zu werden. Das ist ein Problem.

Wenn wir aber von „Sozialschmarotzerinnen und -schmarotzern“, wie das hier getan wurde, reden, finde ich, sollten wir viel stärker den Blick auf diejenigen lenken, die aus meiner Sicht in sehr viel größerem Umfang der Gesellschaft, dem Staat schaden, indem sie Steuern hinterziehen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich würde gern noch einmal ein Stück in die Vergangenheit blicken. Als die damalige Sozialhilfe durch Hartz IV ersetzt wurde, sollte endlich Schluss mit diesen ganzen komplizierten Berechnungen für diejenigen sein, die Sozialtransfers zum Überleben brauchen. In der Pauschale von 424 Euro für Alleinstehende sollte möglichst alles abgebildet werden und zusätzlich werden die Kosten für Heizung und Wohnung übernommen. Das gibt unter dem Strich für eine alleinstehende Person circa 780 Euro im Monat.

Sie alle wissen, dass es viele Menschen gibt, die 40 Stunden arbeiten und keine 780 Euro netto haben, die ergänzende Leistungen benötigen und die häufig genau diese Erwartungshaltung an den Tag legen, dass es Sanktionen geben muss, die viel und hart arbeiten, so wie sie das empfinden, sich aber trotzdem dieser Situation aussetzen müssen, um mehr Geld zu erbitten. Das ist aus meiner Sicht eine ganz schwierige Situation.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Das, was einmal als Vereinfachung gedacht war, ist heute überhaupt nicht mehr einfach. Das wissen wir auch alle. Das System treibt doch irre Blüten. Es ist so, dass früher einmal davon ausgegangen wurde, dass im Prinzip ein Fünftel aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Jobcenter die Leistungsansprüche der mehr als 6 Millionen Empfängerinnen und Empfänger berechnen, bearbeiten. Heute sind es 50 Prozent der Beschäftigten. Das ist doch enorm!

Dieses System ist für die Beschäftigten im Jobcenter schwierig genug, keine Frage, aber es hat auch zur Folge, dass zwei von drei Bescheiden mehr als 20 Seiten umfassen, manche Monsterbescheide bis zu 200 Seiten. Die durchschnittliche Akte eines Hartz-IV-Empfängerhaushaltes ist circa 650 Seiten dick. Selbst für die Frage, welchen Zuschuss es gibt, wenn sich ein Haushalt mit einem elektrischen Boiler getrennt von der Heizung mit Warmwasser versorgt, existieren Regelkataloge, die dann auch noch spezifiziert sind je nach Alter der Kinder, weil man davon ausgeht, dass ein älteres Kind mehr Wasser verbraucht, öfter duscht als ein jüngeres Kind. Das ist absurd, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Es verursacht einen irren Verwaltungsaufwand, das kann man eindeutig festhalten.

Nun aber zu den Mitwirkungspflichten und Sanktionen: Ich halte es für völlig richtig, dass Leistungsbezieherinnen und -bezieher zur Mitwirkung verpflichtet werden. Das bedeutet, dass sie die Termine wahrnehmen, dass sie im Prinzip den Programmen, den Projekten, die ihnen angeboten werden, folgen, dass sie in Maßnahmen gehen, dass sie sich selbst um einen neuen Job bemühen.

Das tun in der Regel fast alle, nämlich circa 96 Prozent werden nicht sanktioniert und machen genau das, was von ihnen erwartet wird. Aber wir haben tatsächlich bundesweit 3,4 Prozent, in Bremen sind es 3,1 Prozent der Leistungsempfängerinnen und -empfänger, die in der Regel mehrmals Versäumnisse haben und sanktioniert werden.

Das ist glücklicherweise eine sehr kleine Gruppe, aber trotzdem ist es natürlich für die Betroffenen eine ungeheure Härte, wenn in diesem System auch noch Kürzungen vorgenommen werden und wenn diese Kürzungen tatsächlich auch noch in die

Wohnsituation eingreifen, wenn dadurch Obdachlosigkeit erzeugt wird oder eventuell sogar der Schutz der Krankenversicherung verlorengeht. Dort, finde ich, muss man tätig werden. Da gibt es kein Vertun.

(Beifall SPD)

Das ist selbstverständlich auch mitverantwortlich für ganz viele Ängste, Ressentiments gegenüber dem Jobcenter, die sich wiederum auch auf die Mitwirkungsbereitschaft vieler Menschen auswirken. Wenn ich nur aus Angst vor der Strafe irgendwo hingehere, das kann ich als Lehrerin durchaus nachvollziehen, ist meine Bereitschaft als Schülerin durchaus eine andere, als wenn ich das Gefühl habe, ich gehe in eine Institution, in der mir geholfen wird, in der man ein Interesse hat, mich aus dieser Situation herauszuholen.

Hier, finde ich, gibt es noch eine ganze Menge zu tun. Sanktionen dürfen wirklich nur das allerletzte Mittel sein. Machen wir uns nichts vor: Oft genug sind selbst die Bescheide des Jobcenters durchaus fehlerhaft.

(Abgeordnete Dr. Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Eben!)

Wenn Sie einmal so einen Bescheid gesehen haben, oder wenn Sie selbst Menschen begleiten, die im Kontakt mit dem Jobcenter stehen, werden Sie sehen, wie häufig hier zulasten von Menschen entschieden wurde, ohne dass die Menschen das tatsächlich verdient hätten, dass sie es verursacht hätten. Daran sind durchaus andere Schuld.

Ich halte die Grundentscheidung aus dem Jahr 2005 für eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik für völlig richtig. Arbeitslosigkeit darf nicht verwaltet werden. Menschen müssen aus der Arbeitslosigkeit herausgeholt werden. Dabei wird auf Eigenverantwortung gesetzt und es wird auch auf Mitwirkung gesetzt. Das, finde ich, ist durchaus richtig.

(Beifall SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen)

Über die Ausgestaltung dieser Mitwirkung muss man reden. Das tun wir auch. Die Überschrift der Aktuellen Stunden hier, Politik muss endlich handeln, ist völlig überflüssig, denn es gibt derzeit eine intensive Debatte, das ist hier auch von verschiedenen Rednerinnen und Rednern dargestellt worden.

Das Erste ist aus meiner Sicht die Arbeitsfähigkeit. Das, was Voraussetzung ist, dass Sie überhaupt zum Jobcenter kommen müssen, Termine einhalten müssen, sich eventuell qualifizieren müssen oder auch Jobs suchen müssen, ist, dass Sie drei Stunden am Tag arbeitsfähig sind.

Wenn wir uns die Menschen ansehen, die durch Sanktionen belangt werden, dann handelt es sich ganz häufig um Menschen, bei denen wir eigentlich der Meinung sind, ob die wirklich in der Lage sind, dem nachzukommen, da habe ich meine Zweifel. Ich bin nicht die Expertin. Machen wir uns nichts vor: Wenn wir davon abweichen, wissen wir sehr genau, dass das mit immensen Kosten für die Kommunen verbunden ist. Trotzdem haben wir einen Personenkreis im System, der hier auch ein Stück weit drangsaliert wird, ohne die eigentlich angemessene Unterstützung zu erhalten. Das muss geändert werden.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Das fängt schon bei der Eingliederungsvereinbarung an. Diese Vereinbarung braucht eine Vertrauensbasis, in der tatsächlich die Möglichkeiten und Perspektiven der einzelnen Arbeitssuchenden im gegenseitigen Einverständnis eruiert und festgestellt werden.

Dann schauen wir einmal weiter auf die Maßnahmen der Jobcenter: Also im Moment sind sie alle hervorragend, aber ich kenne durchaus, und Sie alle wahrscheinlich auch, Beispiele, in denen noch ein Bewerbungstraining und noch ein Bewerbungstraining und irgendwelche Maßnahmen dazu geführt haben, dass Leute sich schikaniert und entwürdigt fühlen. Das kostet viel Geld und macht keinen Sinn.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Aus meiner Sicht ist es deutlich erfolgsversprechender, wenn man Anreize schafft. Menschen brauchen einen Anreiz, um aus Routinen und aus Situationen herauszukommen. Warum ist es nicht möglich, denjenigen, die eine Qualifizierung durchlaufen, etwas mehr zu zahlen als das, was sie gemeinhin bekommen? Das machen wir durchaus auch mit einem Ein-Euro-Job. Dort ist es möglich, bei Qualifizierungen ist es nicht möglich.

Warum kann man Menschen nicht darin unterstützen, dass sie sich vielleicht tatsächlich besondere Mühe mit Bewerbungen geben? Das ist bisher alles

nicht auf Bundesebene geregelt. Ich finde, hier besteht ein großer Veränderungsbedarf.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Die strikteren Sanktionen für unter 25-Jährige gehören abgeschafft, sage ich ganz klar.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Für mich gehören nicht alle Sanktionen abgeschafft. Denn insbesondere bei den unter 25-Jährigen ist nachgewiesen, dass sie wirken. So leid mir das tut, und so weh mir das auch manchmal tut: Ich habe oft genug die Erfahrung gemacht, dass junge Menschen durchaus auch manchmal einen Schuss vor den Bug brauchen. Es wäre hervorragend, wenn es ausschließlich mit Unterstützung ginge. Ich wäre die Erste, die begeistert wäre. Aber ehrlich gesagt, bis wir dort sind, glaube ich, kommt man ohne diesen Druck auch nicht aus.

Deshalb: Nicht mehr stärker sanktionieren und auf keinen Fall Situationen entstehen lassen, in denen diese jungen Menschen in die Obdachlosigkeit geraten. Das ist doch völlig paradox.

(Beifall SPD)

Insgesamt dürfen die Zuschüsse zum Wohnen nicht gestrichen werden. Das wissen wir alle. Das hat nichts mit positiver Arbeitsmarktpolitik zu tun und hat auch keine arbeitsmarktpolitischen Effekte. Je angespannter der Wohnungsmarkt wird, desto schwieriger wird es, diese Menschen nachher tatsächlich noch in ein normales Leben, in eine eigene Wohnung zu bringen.

Außerdem – darüber diskutieren wir auch schon sehr lange – muss das Arbeitslosengeld länger gezahlt werden. Das Äquivalenzprinzip zu den Beitragsjahren muss wiederhergestellt werden, denn mit der jetzigen Regelung wird das Gerechtigkeitsempfinden vieler gestört und verletzt. Ich muss, wenn ich viele Jahre und Jahrzehnte gearbeitet habe, natürlich länger Arbeitslosengeld I beziehen können.

(Beifall SPD)

Außerdem muss es höhere Regelsätze und Zuverdienstgrenzen geben. Auf der Bundesebene setzen wir uns deshalb für ein faires und der Realität angemessenes Existenzminimum ein. Es muss ein Verfahren – das sage ich ganz deutlich – unter Einbeziehung der Sozial- und Wohlfahrtsverbände

entwickelt werden, das insbesondere auf die Verzerrungen durch das Problem der verdeckten Armut und das Herausrechnen einzelner Bedarfspositionen in der sozialen Teilhabe Antworten gibt. Dann muss tatsächlich das Existenzminimum neu ermittelt werden.

Es muss darum gehen, wo immer es geht, Menschen aus der Grundsicherung zu holen und in Arbeit zu bringen. Dabei ist die Grundsicherung nur eine Stellschraube des Arbeitsmarktes und der Sozialpolitik. Man sollte auch nicht ein einzelnes soziales Sicherungssystem isoliert betrachten. Die Veränderungen in diesem System haben begonnen. Wir sind der Meinung es müssen noch weitere folgen. Das ist zurzeit sowohl auf Landesebene als auch auf Bundesebene in der Diskussion.

Auf Bundesebene sind, finde ich, gute Maßnahmen ergriffen worden. Mit dem sozialen Arbeitsmarkt schaffen wir echte Chancen, neue Perspektiven für langzeitarbeitslose Menschen. Mit dem Gute-KiTa-Gesetz wird Geld in die Hand genommen, um Kinderzuschläge für Geringverdiener auszuweiten, damit sie nicht mehr auf Grundsicherung angewiesen sind. Wir brauchen statt einer Arbeitslosenversicherung eine Arbeitsversicherung. Wir wissen, dass Qualifizierung in der heutigen Gesellschaft das Wesentliche ist. Das heißt, wir müssen unterstützen, wir müssen einen Rechtsanspruch auf Qualifizierung organisieren, damit Menschen gar nicht erst in die Arbeitslosigkeit geraten.

Der Bundesarbeitsminister hat bereits jetzt einen Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern, Praktikerinnen und Praktikern zur Zukunft des Sozialstaates – denn genau darum wird es gehen – initiiert. Bis Herbst sollen konkrete Vorschläge vorliegen, wie wir den Alltag der Menschen verbessern können. Es geht nicht nur um Regelungen in der Grundsicherung. Viele Menschen in der Grundsicherung für Arbeitssuchende sind keine Langzeitarbeitslosen. Das haben wir hier auch schon gehört. Es sind Erwerbstätige, deren Löhne nicht reichen und die mit der Grundsicherung aufstocken müssen. Auch für diese Menschen müssen wir etwas tun. In Bremen mit unserem Landesmindestlohn sind wir, finde ich, vorbildhaft vorangegangen.

(Beifall SPD)

Der Bundesmindestlohn ist nachgezogen. Wir sind in der Debatte, den Mindestlohn insgesamt zu erhöhen. Das ist aus unserer Sicht ein richtiger Schritt. Wir brauchen – das sage ich ganz deutlich,

das haben wir letzten Monat debattiert – mehr Tarifbindung. Das würde natürlich auch dazu beitragen, dass Menschen aus dieser Notsituation einen Ausweg finden. Wir müssen die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen erleichtern, und wir müssen auch Anreize zur Stärkung der Sozialpartnerschaft geben.

Meine Damen und Herren! Sie und ich wissen nicht, wie das Bundesverfassungsgericht entscheiden wird. Ich glaube auch nicht, dass das die zentrale Frage ist. Ich glaube, dass es eine Menge Veränderungsbedarf gibt, an dem wird gearbeitet und ich bin sehr zuversichtlich, dass das System in einem Jahr auch anders aussehen wird. – Vielen Dank!

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dogan: Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, möchte ich auf der Besuchertribüne recht herzlich die Klasse VAT 181 des Technischen Bildungswerkes Mitte begrüßen.

Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Als nächster Redner hat der Abgeordnete Janßen das Wort.

Abgeordneter Janßen (DIE LINKE)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete! Ein paar Anmerkungen noch zur Debatte: Es ist zwischenzeitlich ein bisschen der Eindruck entstanden, vor allen Dingen bei den Reden der CDU und der FDP – wobei, Sie hatten es eingeschränkt, aber bei der CDU zumindest –, dass all die Menschen, die Geld über das SGB II beziehen, zu Hause sitzen und nichts machen. Ein Viertel der Menschen im SGB-II-Bezug arbeitet.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Übrigens, ein Fünftel der Menschen, die arbeitet, bezieht SGB II, auch noch so eine Randnotiz, die man vielleicht zur Kenntnis nehmen müsste, wenn man darüber redet, wer hier auch sanktioniert wird. Wenn die Androhung von Sanktionen bei der Nichtannahme einer weiteren Beschäftigung möglicherweise dazu führt, dass mein erstes Beschäftigungsverhältnis danach nicht mehr ausgeführt werden kann, dann, meine Damen und Herrn, stellt sich sowieso die Frage, was die Sinnhaftigkeit dieser Sanktionspraxis ist.

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Buhlert, Sie hatten es auch angeschnitten: die Frage von Menschen mit Behinderungen. Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat zu Recht darauf hingewiesen, dass insbesondere Menschen im ALG-II-Bezug sanktioniert werden, die psychische Probleme haben.

(Abgeordnete Dr. Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Das ist etwas anders als eine Behinderung, aber Menschen, die Erkrankungen haben und Schwierigkeiten aufwerfen, sind insbesondere von Sanktionen betroffen. Ich glaube, hier muss man noch einmal die Frage stellen: Welchen Erziehungscharakter soll das eigentlich bitte schön haben?

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen)

Weil die Zahl, diese drei von 100 jetzt oft genannt wurde: Ja, das sind drei von 100 Menschen im Leistungsbezug, die sanktioniert wurden. Daran hängen aber oftmals Bedarfsgemeinschaften. Wenn ich in einer Bedarfsgemeinschaft bei einer Person den Regelsatz reduziere, reduziert das selbstverständlich für die gesamte Bedarfsgemeinschaft das zur Verfügung stehende Haushaltseinkommen.

Das heißt, diese Annahme, dass hier nur drei Prozent der Menschen im SGB II betroffen seien, ist einfach schlicht falsch. Wenn wir uns anschauen, wie hoch die Zahl der unter 25-Jährigen ist, die sanktioniert werden, – hatten wir vor Kurzem in einer Fragestunde, in Bremen im Jahr 2017 allein 3 222 Personen – dann wissen wir, dass hier ganz klar über die Sanktionierung der unter 25-Jährigen das Haushaltseinkommen verringert wird, übrigens völlig unverschuldet das der Eltern in dem Fall. Es ist also klar, dass diese Sanktionen über dieses verringerte Haushaltseinkommen viel mehr als nur drei Prozent der Leistungsbeziehenden betrifft.

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen)

Das Interview von heute Morgen von Frau Ahlers ist sehr spannend. Ich finde übrigens eine Passage besonders gut. Darin heißt es: Wie sollen wir als Jobcenter eigentlich Vertrauen zu Menschen aufbauen, die uns in erster Linie als eine Instanz wahrnehmen, die uns im Zweifelsfall bestraft? Wie sollen wir diesen beiden Ansprüchen gleichermaßen gerecht werden. Zum einen den Menschen an die

Hand zu nehmen und auch Möglichkeiten zu eröffnen und auf der anderen Seite aber das Amt sein, das ihnen am Ende des Monats sagen kann: Sie haben jetzt zweimal den Termin verpasst oder sie haben die Beschäftigung nicht angenommen, die wir Ihnen angeboten haben, jetzt kürzen wir Ihnen die Leistung. Dass diese Aufgabenteilung in einem Amt überhaupt nicht mehr funktioniert und das von einer Person, die dafür verantwortlich ist, diesen Ablauf zu organisieren, finde ich bemerkenswert und zeigt für mich auch noch einmal, dass wir uns grundsätzlich mit der Frage der Sanktionen beschäftigen müssen, nicht nur mit der Frage des § 31a.

(Beifall DIE LINKE)

Die Grünen hatten das auch angesprochen: Hartz IV wird als Angstregime wahrgenommen oder es macht den Menschen im Hartz-IV-System Angst. Ich glaube, dass wir nicht vergessen dürfen, Hartz IV macht auch außerhalb des Hartz-IV-Systems Angst. Das ist auch ein Sinn von Hartz IV. Hartz IV ist selbstverständlich auch dafür da, der arbeitenden Bevölkerung deutlich zu machen: Sieh einmal, dass du deinen Job behältst, sieh einmal, dass du dich nicht zu viel beschwerst. Sieh einmal, dass du mit dem zufrieden bist, was du hast, denn sonst kannst du ins Hartz-IV-System geraten. Sonst drohen dir im Zweifelsfall Kürzungen unter das Existenzminimum und sonst droht dir auch eine Form von sozialer Ächtung, die sich in dieser Gesellschaft eingestellt hat, die selbstverständlich einen Druck auf die arbeitende Bevölkerung ausübt.

So zu tun, als ob hier nur ein kleiner Teil der Menschen von der Sanktionspraxis betroffen sei, die real gekürzt werden, ist doch eine Illusion. Dann verstehen Sie nicht, wie diese Gesellschaft mittlerweile reagiert und auch durch diese Form von Hartz-IV-Gesetzgebung strukturiert ist.

(Beifall DIE LINKE)

Ein Punkt einfach nur, um noch einmal zu versuchen, Wissen zu vertiefen: Das BGE hat überhaupt nichts mit Hartz IV zu tun. Es ist einfach strukturell von der Grundidee etwas völlig anderes, weil das BGE nicht an Bedürftigkeit ausgerichtet ist. Wenn hier ein Vergleich angezogen wird, es handle sich um ein BGE, wenn Menschen, die erwerbslos sind, einfach so Geld bekommen, dann hat offensichtlich jemand das BGE nicht verstanden, weil das BGE sogar an alle ausgezahlt werden würde unabhängig vom Beschäftigungsverhältnis oder nicht.

(Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP]: Aber es weiß auch noch keiner, was du mit der Abkürzung meinst!)

Bedingungsloses Grundeinkommen, das hier dreimal genannt wurde! Ich glaube, dass hier nicht deutlich ist, wie das zusammenhängt, und ich will jetzt auch keine Diskussion an dieser Stelle darüber führen. Nur das als bedingungsloses Grundeinkommen zu verkaufen, wenn man sagt, die Sanktionspraxis gehört abgeschafft, zeugt nicht gerade von Fachkenntnis. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächste Rednerin hat die Abgeordnete Dr. Müller das Wort.

Abgeordnete Dr. Müller (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch einmal an den Kollegen Janßen und an die Kollegin Bösch anknüpfen. Ich will für meine Fraktion noch einmal deutlich machen: Die Stereotype von den typischen Hartz-IV-Empfängern, die auch heute wieder erneut in der Debatte vorgekommen sind, will ich nicht benutzen, weil ich sie mir überhaupt nicht zu eigen mache; diejenigen Menschen, die angeblich nicht arbeiten, weil sie sich so großartig und sicher fühlen im sozialen Netz. Dieses Weltbild und dieses Stereotyp von Hartz-IV-Empfängern teilen wir ausdrücklich nicht.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Nelson Janßen hat gerade noch einmal darauf hingewiesen, wie viele Menschen im Hartz-IV-System sind, obwohl und trotzdem sie arbeiten, obwohl und trotzdem sie arbeiten könnten, aber mit sogenannten Vermittlungshemmnissen stigmatisiert sind. Da fällt immer wieder der Begriff der Alleinerziehenden. Kinder zu haben ist ein Vermittlungshemmnis, das muss man sich einmal verdeutlichen. Über diese Menschen sprechen wir hier, und ich lehne das wirklich ab. Es gibt vereinzelte Fälle, da sind wir auch d'accord, aber so zu tun, als ob diese Zielgruppe nicht vermittelbar wäre, weil sie nicht über den Willen zur Arbeit verfügt, das muss ich für meine Fraktion wirklich weit von mir weisen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn man sich die grünen Argumente oder die linken Argumente nicht zu eigen machen will, dann

hört man doch vielleicht oder liest intensiv ein Interview mit derjenigen Dame, die ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Jobcenter und auch ihren Kundenstamm besser kennt als wir. Man kann es doch gar nicht falsch verstehen, denn sie hat es auf eine sehr kurze Formel gebracht: Sanktionen schaden mehr als sie nützen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Ich meine, noch deutlicher kann man es nicht sagen als die Leiterin vom Jobcenter.

Auch hier hat Nelson Janßen noch einmal darauf hingewiesen, dass die Sozialstruktur des Jobcenters für alle Beteiligten wirklich ein riesiger Konstruktionsfehler ist, sowohl für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in eine Doppelrolle gezwängt werden, nämlich zu motivieren und zu bestrafen – ich weiß nicht, wer das gern macht, also solch eine Rolle zu übernehmen –, als auch für die Kundinnen und Kunden, die in der Tat, selbst wenn sie nicht unter Sanktionen leiden, tatsächlich aber immer unter dem Damoklesschwert hängen und sich sehr genau überlegen müssen, ob sie eine Maßnahme, die sie eigentlich für ihre eigenen Perspektiven nicht für zielführend halten, ablehnen, weil sie dann eventuell oder ganz sicher mit Sanktionen zu rechnen haben.

Das ganze Konstrukt an sich – ursprünglich als Idee, als aktivierende Arbeitsmarktpolitik – fanden wir als Grüne gut, das wissen auch alle. Es hat sich aber nun einmal so nicht bewährt, das muss man heute einfach konstatieren. Deswegen sind wir schon sehr, sehr deutlich dahin unterwegs, zu sagen: Im Grunde müssen wir es wieder trennen. Auch das konnte man heute im Interview mit Frau Ahlers lesen: Wir brauchen sehr viel mehr sozialpädagogische Kompetenz auch in der Betreuung vieler Kunden und Kundinnen.

Darauf möchte ich noch einmal genauer eingehen. Wer sich die Lebenslagen von Hartz-IV-Empfängern, die nicht arbeiten, die nicht aufstocken, anschaut, der wird sehen, dass wir es dort vor allem bei den Langzeitarbeitslosen mit Menschen zu tun haben, die chronische Erkrankungen haben, die wirklich langzeiterkrank sind und lange psychische Erkrankungen haben. Die psychischen Erkrankungen nehmen massiv zu.

Wir haben es hier mit Menschen zu tun, da können wir noch so sehr auf unsere Norm bestehen, dass wir alle 40 Stunden die Woche mindestens arbeitsfähig sein müssen, diese Menschen werden unsere

Norm nicht erfüllen können. Wir brauchen eine Idee für genau diese Menschen, zu sagen, wir kleben nicht weiter das Stigma Hartz IV an dich, und wir versuchen dich auch nicht in einer Richtung zu erziehen, die uns genehm ist, sondern wir überlegen uns gemeinsam mit dieser Zielgruppe: Welche Beschäftigungsmöglichkeiten können wir finden, die dir einen Sinn und Struktur in deinem Leben geben, die aber nicht immer auf lange Sicht das Ziel formuliert, und das tut dieses System bisher, Integration in den ersten Arbeitsmarkt?

Davon müssen wir hinwegkommen, davon sind wir überzeugt. Deswegen sind wir natürlich sehr froh über das neue Teilhabechancengesetz, glauben aber, dass es noch Lücken hat und dass eine Maßnahme oder eine Struktur, die darin verankert ist, nämlich, du kannst zwei, drei, vier Jahre einer Beschäftigung nachgehen, und dann gibt es aber keine Anschlussmöglichkeiten, dass dort immer noch ein Defizit ist, das viele, viele Menschen dann wieder in die gewohnte Weise zurückfallen lässt.

Dann fängst du in diesem System wieder von vorn an und handelst dich von einer Maßnahme zur anderen. Das kann nicht im Sinne der Kundinnen und Kunden des Jobcenters sein, davon sind wir überzeugt. Wir glauben, dass es andere Möglichkeiten der Beschäftigung geben muss, und wir meinen auch, dass die Sanktionen genau das Gegenteil in Menschen bewirken und, das ist von Frau Grönert erstaunlicherweise vorhin angesprochen worden, –

(Abgeordneter Dr. vom Bruch [CDU]: Was heißt denn hier erstaunlicherweise?)

dass es deswegen vielmehr positive Bestärkung von Tätigkeit geben muss. Wir gehen daher davon aus, dass der Selbstbehalt bei Tätigkeiten, auch bei geringfügigen Beschäftigungen, viel höher ausfallen muss, sodass Menschen sich auch bestätigt fühlen, wenn sie nur zwei Stunden, drei Stunden, fünf Stunden pro Woche arbeiten und dann aber den Lohn auch wirklich behalten dürfen und nicht auch noch zusammengedrückt wird, sodass man wieder am Ende bei einem geringen Existenzminimum verbleibt.

In dem Sinne, das hat meine Kollegin auch schon deutlich gemacht, sind wir inzwischen soweit zu sagen, Sanktionen nützen niemandem, sondern lasst uns lieber über Anreizsysteme und über neue Formen, angemessene Formen von Beschäftigungen im Arbeitsmarkt reden. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort Herr Bürgermeister Dr. Sieling.

Bürgermeister Dr. Sieling: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland formuliert in Artikel 1 die Unantastbarkeit der Menschenwürde. Die Menschenwürde ist damit eine Grundlage auch für unseren Sozialstaat. Sanktionen finden da ihre Grenze, wo sie die Antastbarkeit der Menschenwürde beinhalten, wo sie die Menschenwürde verletzen. Das ist die Grenze, und das ist der Punkt, der nicht überschritten werden darf, und zwar nicht im Großen und Ganzen, sondern in jedem Einzelfall für jeden Menschen in unserem Land.

(Beifall SPD)

Nun sind hier in der Debatte eine Reihe von Wünschen formuliert worden, von Anforderungen auch an Verhalten von denen, die in den Institutionen unseres Sozialstaats arbeiten, und natürlich auch Verhaltensanforderungen an diejenigen, die Leistungen wahrnehmen. Ich will aber hier sehr deutlich sagen: Wenn wir das, was hier diskutiert und beklagt worden ist, verändern wollen, und ich will es verändern, dann müssen Gesetze wieder verändert werden.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Die Regeln müssen verändert werden, meine Damen und Herren, darum geht es. Verhaltensänderungen werden allein nicht helfen. Warum diskutieren wir das so regelmäßig? Vorhin hat jemand gesagt, das sei erst in der letzten Sitzung oder in der vorletzten Sitzung hier beraten worden. Ja, denn es ist deutlich geworden, dass ein Riss durch Deutschland geht. Auf der einen Seite haben wir eine starke Wirtschaftsentwicklung, eine gute Entwicklung an den Arbeitsmärkten mit einer Abnahme der Arbeitslosigkeit bundesweit und auch in Bremen mit guten Schritten. Wir sind in der Stadt Bremen unter 9 Prozent, wir sind deutlich unter 10 Prozent im Land. Fachkräfte werden gesucht, wir alle lesen es täglich auch heute wieder in der Zeitung.

Auf der anderen Seite bleibt die Verfestigung nicht nur der Langzeitarbeitslosigkeit, sondern auch die Tatsache, dass Familien, ganze Familien, Straßenzüge in Grenzen sind, von denen sie sich nicht wieder lösen können.

(Beifall SPD)

Dieser Riss muss überwunden werden, meine Damen und Herren, und er wird durch die gute Entwicklung jetzt sichtbarer und stellt deshalb die Anforderung, dass wir auch an die gesetzlichen Grundlagen herangehen. 80 000 Menschen sind im Leistungsbezug, und wenn man sich das anschaut, und das ist für mich eine Grundlage und das Herangehen: Wir müssen dazu kommen, auf die einzelnen Bereiche zu schauen. Ich nehme als erstes Beispiel die Tatsache, dass in Bremen nicht nur 80 000 Menschen im Bezug sind, sondern insgesamt 35 000 Kinder in diesem Bezug sind, meine Damen und Herren. Was haben die Kinder für eine Schuld daran, –

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

dass die Situation für ihre Familien so ist? Deshalb ist der erste wichtige Punkt, dass es zu einer vernünftigen Kindergrundsicherung in Deutschland kommt, die dazu führt, dass auch diese Kinder aus den Hartz-IV-Systemen kommen.

(Beifall SPD)

Wenn man das will, muss man als Erstes Leistungen bündeln. Ich bin ganz froh über diesen ersten Schritt, den die Bundesregierung jetzt mit dem Gesetzentwurf von Familienministerin Franziska Giffey in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsminister macht, nämlich das „Starke-Familien-Gesetz“, bei dem Bürokratie abgebaut wird, bei dem Leistungen zusammengefasst werden. Ich sage ganz deutlich, aus Sicht des Senats ist das erst ein erster Schritt.

Die Konferenz der Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Arbeit und Soziales befasst sich mit der Frage der Kindergrundsicherung und den unterschiedlichen Vorschlägen. Senatorin Stahmann arbeitet dort mit den anderen Sozialministerinnen und Sozialministern daran, dass eine Grundlage dafür geschaffen wird, eine Kindergrundsicherung zu schaffen, die wirklich die eigenständige Möglichkeit beinhaltet. Eins will ich sehr deutlich sagen, weil es das wichtigste und gefährlichste Missverständnis an der Stelle ist: Diese Kindergrundsicherung muss die Leistungen zusammenfassen, die heute auch zum Beispiel als Kindergeld gezahlt werden.

Das ist keine Grundsicherung nur für Kinder von Menschen und aus Familien, die im Bezug sind, sondern für alle Kinder in Deutschland. Auch die Erwerbstätigen bekommen das. Aber wir kommen heraus aus der Situation, dass, wenn ich arbeite, ich

das Kindergeld bekomme, wenn ich ein gewisses Einkommen und sogar weitere Vorteile im Steuersystem habe, wenn ich aber Grundsicherung erhalte, wird mir das Kindergeld angerechnet. Das ist eine Ungleichbehandlung.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Aus der müssen wir heraus, aber nicht durch neue Ungleichbehandlung, sondern dadurch, dass alle Kinder wirklich auf eine vernünftige Grundlage gestellt werden. Die einzige im Grundgesetz abgesicherte Ungleichbehandlung, die ich an der Stelle akzeptabel und wirklich sinnvoll finde, ist die Tatsache, worauf unsere Steuergesetze aufbauen, nämlich auf die Leistungsfähigkeit.

(Beifall SPD)

Leistungsfähigkeit heißt, wer höher verdient, höhere Einkommen erzielt, Vermögen hat, darf und muss und soll stärker herangezogen werden als die Menschen mit niedrigerem Einkommen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Das Grundprinzip darf auch im Rahmen einer Kindergrundsicherung greifen, aber dann stellen wir das System endlich vom Kopf auf die Füße, weil nicht mehr die mit den niedrigen Einkommen, nicht mehr die, die in Grundsicherung sind, bestraft werden, nicht deren Kinder bekommen das Kindergeld abgezogen, sondern die, die es sich – –. Ich selbst würde davon auch betroffen werden, natürlich werde ich heute steuerlich privilegiert behandelt, weil die Gesetze so sind. Ich kann das jedoch vertreten, und ich glaube, viele hier im Raum könnten das ebenfalls, wenn Kindern insgesamt geholfen werden würde, meine Damen und Herren!

(Beifall SPD)

Das ist die erste Säule, die diese schlimme Situation in unserem Land reduzieren würde. Das Zweite ist: Wer arbeitet, muss von seiner Arbeit leben können! Darum müssen die Löhne gerade im unteren Bereich erhöht werden. Darum ist es richtig, den Mindestlohn zu erhöhen in Richtung 12 Euro.

(Beifall SPD)

Darum machen wir auch den Vorschlag für Bremen, denn wir müssen immer schauen, wie können wir auch bei uns handeln und nicht nur sagen – da nehme ich jede Kritik der Opposition oder jeden Hinweis der Opposition gern auf. Aus der Koalition

kommt dieser Hinweis sowieso sehr regelmäßig: Handelt in Bremen und appelliert und arbeitet natürlich auch auf der Bundesebene dafür. Beim Mindestlohn ist genau das ein solches Beispiel. Darum bitte ich sehr, auch in diesem Hause, dass die Beratungen weiter so geführt werden.

Wir können Menschen aus der Grundsicherung, aus der Aufstockung herausholen, wenn wir in Bremen einen ersten Schritt wenigstens dort machen, wo wir Steuergeld einsetzen. Darum der Vorschlag, hier mit einem eigenen Landes-Mindestlohngesetz mehr zu machen.

(Beifall SPD)

Der dritte Bereich ist natürlich die Tatsache, dass die Gruppe der Langzeitarbeitslosen, das sind 16 000 Menschen in Bremen, herausgenommen oder reduziert wird, dass die endlich eine Chance haben und die gute Dynamik am Arbeitsmarkt für sie auch genutzt werden kann. Dafür muss man Brücken bauen. Dafür muss man Wege schaffen.

Wir haben das gemacht. Dieser Senat hat 2015 die eigene Arbeitsmarktpolitik wieder in Gang gebracht. Diese Koalition hat dies auf den Weg gebracht. Wir haben 500, 600 Menschen, die lange ohne Arbeit waren, wieder in Arbeit gebracht und schaffen für sie eine Perspektive. Diesen Weg wollen wir weitergehen. Mit den bundesgesetzlichen Veränderungen, dem neuen Programm des Teilhabechancengesetzes haben wir erweiterte Möglichkeiten. Ich will, dass wir das verstärken, dass wir auch da die Abhängigkeit von Grundsicherung reduzieren und den Menschen eine Perspektive geben, dass sie mit ihren Händen und ihrem Kopf Geld verdienen können.

(Beifall SPD)

Der vierte Punkt, der hier angesprochen ist, und ich habe mich über die Breite gefreut, mit der das getragen wird, ist die Tatsache, dass es nicht weiter angehen kann, dass man so schnell aus dem normalen Arbeitslosengeldbezug herausfällt, –

(Zurufe SPD, Bündnis 90/Die Grünen: Ja!)

dass man so schnell aus dem ALG I herausfällt. Da sind die Fristen und die Rahmensetzungen zu extrem. Gleichzeitig muss man derzeit zu lange einzahlen, das ist die große Hürde für junge Leute, um einen wirklich dauerhaften Anspruch zu haben.

Das ist schon erweitert worden. Das muss stärker erweitert werden. Das Thema Vermögensanrechnung ist hier genannt worden. Das muss verändert werden, und die Brücken im Alter müssen gebaut werden. Meine Güte, wer viele, viele Jahrzehnte gearbeitet hat und dann aus welchen Gründen auch immer in die Arbeitslosigkeit gerät, der darf nicht in eine Situation kommen, dass er nach einem oder zwei Jahren in Hartz IV in den SGB-II-Bezug fällt, sondern da müssen Brücken gebaut werden im Rahmen des ALG I.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist eine weitere wichtige gesellschaftliche und gesetzliche Veränderung, die dort greifen muss. Dann sind wir am Ende natürlich bei den Menschen, für die es immer noch keine Perspektive gibt. Dann reden wir aber wirklich darum, wo wir mit den Instrumenten, mit der Beratungskraft der Agentur und dem Jobcenter beginnen können, aber auch da müssen wir genau hinsehen. Auch bereits in der letzten Legislaturperiode haben die Koalition und der Senat die Jugendberufsagentur auf den Weg gebracht.

Warum haben wir das denn gemacht? Damit junge Leute möglichst gar nicht erst in die Situation hineinfallen, sondern früh angesprochen werden und früh die Möglichkeit bekommen, in die richtigen Phasen gebracht zu werden.

(Beifall SPD)

Das ist eine schwere Arbeit, meine Damen und Herren, da gibt es datenschutzrechtliche Probleme. Wo wir in Bremen eher vorbildlich sind und versuchen, möglichst viel zu zustande zu bringen, gibt es viele weitere Probleme. Das ist aber ein erster Weg, den wir angehen, und ich bin dringend dafür und freue mich über jedes Wort. Frau Grönert hat es angesprochen, dass die unter 25-Jährigen anders behandelt werden müssen.

Frau Grönert, das ist wichtig. Machen Sie eine Initiative innerhalb Ihrer Partei. Es ist auf der Bundesebene ja leider immer die Union gewesen, die die Erleichterungen in dem Bereich blockiert haben. Wir brauchen weniger Sanktionsregelungen für unter 25-Jährige, meine Damen und Herren, damit dort Motivation gesteigert und geschaffen wird.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb will ich an der Stelle sehr deutlich sagen: Das Grundprinzip! Wir werden uns die Sanktionsregelungen ansehen müssen. Man muss sie anders formulieren, und zwar so, das hat Sibylle Bösch hier deutlich gemacht, dass motiviert wird und dass die Mitwirkung, die man natürlich bei Arbeitsmarktmaßnahmen braucht, die man braucht bei der Jugendberufsagentur, aber wirklich motiviert wird und dass wirklich in Richtung der Mitwirkung gefördert und auch dann gefordert wird. Das aber bitte nicht in einem Maße, dass hinterher junge Menschen, und das ist insbesondere die Gefahr bei jungen Menschen, die sagen: Meine Güte, dann kündige ich doch lieber und verlasse über den Sommer einmal meine Wohnung, und dann kommen sie im Herbst nicht wieder aus dieser Situation und landen in Obdachlosigkeit. Das ist unwürdig. Das kann keine Sanktion sein, meine Damen und Herren! Deshalb müssen wir auch das an dieser Stelle verändern.

(Beifall SPD)

Ich bin Herrn Janßen sehr dankbar, dass er hier deutlich gemacht hat, dass das alles nichts mit dem Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens zu tun hat. Das hat auch Herr Dr. Buhlert von der FDP sehr deutlich gesagt, was er davon hält, nämlich gar nichts. Dem will ich mich hier einmal sehr deutlich anschließen.

Ich bin froh, dass heute hier niemand für das bedingungslose Grundeinkommen gesprochen hat. Das ist nämlich Unsinn, meine Damen und Herren!

(Beifall SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP)

Den Weg sollten wir in diesem Sozialstaat nicht gehen.

Wir haben viel vor. Ich fände es nicht schlimm, wenn diese Bürgerschaft sich monatlich mit der Frage befasste, wie wir das System stärken können. Wir sind den Menschen verpflichtet, die in eine Situation gekommen sind, in der sie die Unterstützung des Staates brauchen. Das ist die Aufgabe des Staates, auch unseres Bundeslandes, auch unserer beiden Stadtgemeinden. Das macht den Sozialstaat stark. Das ist unsere gemeinsame Aufgabe, Ihre Aufgabe als Abgeordnete. – Vielen Dank für die heutige Debatte!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Imhoff: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aktuelle Stunde ist geschlossen.

**Konsensliste
Mitteilung des Präsidenten der Bremischen
Bürgerschaft
vom 22. Januar 2019**

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Konsensliste seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste zu.

(Einstimmig)

Innovationsstrategie für Bremen und Bremerhaven stärker mit der Fachkräftestrategie verbinden

**Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP
vom 29. Mai 2018**

(Neufassung der Drucksache [19/1619](#) vom 11. April 2018)

(Drucksache [19/1692](#))

Hiermit verbinden wir:

Fachkräftesicherung erfordert Taten statt Worte

Antrag der Fraktion der CDU

vom 18. September 2018

(Drucksache [19/1823](#))

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Siering.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat der Abgeordnete Bücking das Wort.

Abgeordneter Bücking (Bündnis 90/Die Grünen)*):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir reden über Fachkräftestrategie, Innovationen, Taten und Worte. Das ist unser Thema und keine Frage, Fachkräfte werden knapp. Da sind sich alle einig, die jemanden suchen, den sie einstellen wollen. Gut qualifizierte Fachkräfte sind besonders knapp.

Der Wettbewerb um diese Menschen wird immer schärfer, und die Prämien werden höher, wenn man jemanden gewinnen will. Die Sache wird also auch teurer.

Das ist eine unübersehbare Erfahrung, und wir haben einiges aufgeschrieben, wie wir auf diese Erfahrung vorschlagen, zu reagieren. Zu den einzelnen Möglichkeiten wird gleich Frau Dr. Müller noch ein paar Worte sagen und sicher auch die Kollegen von der SPD. Wir beobachten, dass der Wettbewerb um die Fachkräfte mittlerweile zu einer Bremse für Wachstum und Konjunktur geworden ist, und wir wissen, dass neben der konjunkturellen Entwicklung, die bisher stabil und hoch ist, auch der demografische Wandel dazu einen Beitrag leistet. Das ist die darunterliegende große Veränderung.

Das ist in einem Papier ausreichend aufgearbeitet worden, das der Senat, glaube ich, im Jahr 2013 vorgelegt hat, also schon vor ein paar Jahren, aber das ändert nichts an der Richtigkeit dieser Beobachtung. Falsch an der damaligen Beobachtung war die Erwartung, dass die Stadt hinsichtlich ihrer Einwohnerzahl eher schrumpft. Faktisch ist es so, dass wir konstant sind, ein bisschen zulegen und dass die Zuwanderung im Wesentlichen dazu beigetragen hat, wie in der Statistik zu sehen ist, dass Bremen wächst.

Glücklich ist die Stadt, die über Ausbildungswanderung und vor allen Dingen über das Gewinnen der jungen Leute nach Abschluss ihrer Ausbildung wachsen kann. Wir schauen immer mit einem Neid auf die Städte, die sich Schwarmstädte nennen können und die mit einer großen Anzahl von klugen, jungen Leuten, die ihre Innovationskraft stärken und stützen, beschenkt sind. Diesen Typus Wachstum haben wir bisher nicht erschließen können. Da müssen wir ganz ehrlich sein, und es ist ein richtiges Arbeitsthema. Das muss geändert werden, soweit es in der Macht unserer Stadt steht.

Es gibt ein Stichwort, möglicherweise geht Frau Dr. Müller gleich noch darauf ein. Wir haben in der Universität zu wenige Masterabschlüsse. Masterabschlüsse sind wichtig, um die jungen Leute, die in der Ausbildung an den Hochschulen und Universitäten sind, in der Stadt zu halten, weil sie dann auch ihren Abschluss hier vollenden. Ein zentraler Gedanke in all diesen Strategien ist: Ist es möglich, eine staatliche Strategie zu entwickeln, eine Strategie der Wirtschaftsakteure zu entwickeln, die mehr Frauen für Arbeit, für Ausbildung, für Qualifikation gewinnt und sie dafür gewinnt, für einen

größeren Anteil zur Wertschöpfung unserer Stadt beizutragen? Das ist völlig unumstritten. Alle, die sich zu dieser Frage zu Wort melden, sagen: Wir müssen Arbeit und Familie besser ausbalancieren. Wir müssen dabei Schwerpunkte bilden, Frauen für MINT-Fächer zu gewinnen. Wir müssen Karrieren öffnen und all das. Wir müssen uns des Themas Gender Pay Gap annehmen, bei dem es um die Frage geht, wie groß die Differenz zwischen dem Durchschnittseinkommen von Männern und Frauen ist.

Mitten in dieser Debatte, so ist es nun einmal manchmal in dieser Stadt, findet ein großes Ereignis statt, bei dem sich ungefähr 800 Männer versammeln und ihre Eiswette begehen. Ich glaube, keiner von den hier Anwesenden hat etwas dagegen, dass sich Männer einmal separat treffen oder gar Frauen einmal separat treffen. Das ist nicht das Thema, aber einmal ehrlich, wenn es 800 sind, dann ist das ein gesellschaftliches Ereignis, das über die Gestaltung der Freizeit hinausgeht.

(Zurufe BIW)

Dann hat das eine Bedeutung, dann ist es eine Demonstration. Diese Demonstration ist unübersehbar folgende: Wir bestimmen hier. Anders ist das nicht zu lesen. Diese große Versammlung von 800 Männern, in der Regel sehr wohlhabend, in der Regel sehr einflussreich, sagt: Wir unter uns wollen hier einen wesentlichen Punkt setzen. Dann ist das auffällig, wenn sie die Bürgermeisterin vor die Tür komplementieren und sagen: Sie nicht!

Was glauben sie denn, wie in der Republik unter den klugen Frauen dieses Landes dieses Ereignis kommentiert wird? Was glauben sie denn? Etwa so: Geh einmal nach Bremen. Hier haben wir alle Chancen, hier können wir uns entwickeln. Hier sind die Türen offen. Oder ist das ein Signal von Gestrigen, die sagen, diese Stadt bleibt in unserer Hand?

(Abgeordneter Dr. vom Bruch [CDU]: Was hat das denn jetzt mit dem Thema zu tun?)

Ich sage Ihnen, hier müssen wir etwas ändern. Herr Röwekamp, Sie sind im Präsidium der Eiswette. Der nächste Antrag aus Ihrer Feder würde mich interessieren. Herzlichen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Reinken.

Abgeordneter Reinken (SPD): Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, zur Eiswette ist das Wesentliche gesagt in dieser Stadt.

(Abgeordneter Tschöpe [SPD]: Auch von Robert Bücking! – Abgeordneter Dr. vom Bruch [CDU]: So richtig mit dem Thema hat das auch nichts zu tun!)

Auch von Herrn Bücking, genau! Ich glaube, es gibt einen großen gesellschaftlichen Konsens in dieser Frage, und ich bin fest davon überzeugt, dass sich diejenigen, die an Schaltstellen sitzen, bewegen werden oder nicht, egal.

Ich möchte etwas zu dem Antrag sagen, den wir gestellt haben, der von einem Antrag der CDU-Fraktion sozusagen begleitet worden ist. Ich teile mir meinen Beitrag mit dem Kollegen Arno Gottschalk, weil wir in unserem Antrag ja zwei Gesichtspunkte benennen: nämlich den Teil der beruflichen Bildung und zum anderen den Teil der akademischen Bildung. Ich glaube, es ist wichtig, zu beiden Teilen etwas zu sagen.

Passende Fachkräfte zu finden, das ist Konsens, ist zentrale Aufgabe für die Unternehmen. Es ist aber auch zentrale eigene Aufgabe, ich glaube, das muss man gelegentlich auch noch einmal betonen. Ausbilden, Qualifizieren, gute Arbeitsbedingungen, Aufstiegsmöglichkeiten, das sind Parameter, entlang derer Menschen sich in einem enger werdenden Arbeitsmarkt für Betriebe heutzutage entscheiden. Die Frage der Entlohnung spielt dabei auch eine zentrale Rolle. Das sind Hausaufgaben, die die Unternehmen machen müssen.

Gute Fachkräfte in einer Region zu haben, zu bekommen ist mittlerweile aber auch ein wichtiges Argument für die Ansiedlung von Unternehmen in den Regionen. Bekomme ich die Leute, die ich für mein Geschäft brauche und zu welchen Bedingungen? Hier ist die Schnittstelle zu dem, was wir öffentlich als politische Aufgabe machen müssen. Wir haben diese Erfahrung, dass Unternehmen ihre Ansiedlungsentscheidung auch danach ausrichten, wo sie, wie sie Leute bekommen. In Bremen haben wir diese Erfahrung in letzter Zeit häufiger gemacht: Wenn Betriebe aus dem IT-Sektor wie zum Beispiel Lenze hier in Bremen expandieren, dann auch deswegen, weil sie hier die Bedingungen vorfinden, die nötigen Fachkräfte, die guten Kontakte in Hochschulen, in Institute und Universitäten hinein, weil sie den Zugang zu den entsprechenden Netzwerken finden, weil sie rekrutieren können.

Wir haben diesen Antrag auf den Weg gebracht, weil es positive Erfahrungen gibt, positive Dinge, die wir in den letzten Jahren bewegt haben, gerade auch im Bereich der Bildungspolitik, –

(Abgeordneter Dr. vom Bruch [CDU]: Die einen sagen so, die anderen sagen so!)

aber weil es weiteren Bedarf gibt und weil wir die Instrumente, die wir haben, gerade in der Verknüpfung von Wirtschaftspolitik, von Wirtschaftsförderpolitik, von Hochschulpolitik und Bildungspolitik miteinander weiter schärfen müssen.

Die bildungspolitischen Anstrengungen, die wir zentral auf die schulische Grundbildung gerichtet haben, waren nötig, und das wird auch weiterhin nötig sein. Das ist elementar. Deshalb ist das, was im Antrag der CDU-Fraktion dazu steht, auch ein gewisser Selbstläufer. Aber wir dürfen darüber hinaus natürlich als Standortfaktor das Thema berufliche Bildung, akademische Bildung für berufliche Tätigkeit nicht vernachlässigen. Dazu, wie gesagt, wird Arno Gottschalk gleich noch etwas sagen.

Die Innovationsstrategie der Stadt und des Landes ist erfolgreich. Wir sehen das an zentralen Beispielen im Bereich der Luft- und Raumfahrt, DLR-Institute in Bremen und Bremerhaven, EcoMaT. Das wird eine Ausstrahlung auf Betriebe haben. Das wird vielleicht auch ein bisschen zu dem, was Robert Bücking hier angesprochen hat: Schwarmfunktion haben, nämlich wissenschaftliche Intelligenz nach Bremen zu ziehen, Betriebe nach Bremen zu ziehen.

Wir haben eine Vielzahl von Ansiedlungen im Bereich wissensorientierter Dienstleistungen, wir haben positive Akzente im Strukturwandel gesetzt. Man kann das übrigens immer sehr schön nachlesen in den regelmäßigen Pressemitteilungen, wenn der Bürgermeister oder der Senator durch die Betriebe ziehen. Starke Wirtschaft, starke Betriebe, das sind gute Beispiele, die dort auch für die Öffentlichkeit vorgezeigt werden, Stellen, an denen sich Bremen verändert, an denen Neues nach Bremen kommt, und wir wollen, dass das so weitergeht.

(Beifall SPD)

Was ist die Herausforderung? Wirtschaftsförderpolitik muss nicht nur Flächen anbieten können, Infrastruktur bereitstellen, bei Finanzierung hilfreich sein, sondern auch den Zugang zu Fachkräften mit

organisieren können. Das kann die Wirtschaftsförderung nicht allein, völlig unstrittig, aber sie wird hier auch Funktionen haben. Rekrutierung bleibt Sache der Unternehmen, aber Netzwerke zwischen öffentlicher Bildung und privater Wirtschaft zu schaffen und zu unterstützen kann und muss gemeinschaftliche Aufgabe von Wirtschaftsförderung sein, von Bildungs- und Wissenschaftspolitik, von Kammern, und das wollen wir auch noch stärker in den Fokus der Fachkräftestrategie geführt haben.

Ich will einen letzten Fokus noch einmal auf das Thema berufliche Bildung legen. Die berufliche Bildung, die duale Ausbildung ist Stütze unserer Fachkräfteangebote in den Bereichen Logistik, Industrie, Handwerk Sie wird aber oft unter Wert gesehen, und zwar nicht in der Politik, sondern in der Gesellschaft.

(Beifall SPD)

Sie muss aufgewertet werden. Deswegen sind Entscheidungen, die nach meiner Auffassung in der nächsten Haushaltsperiode getroffen werden müssen, Schwerpunkte von Investitionen im Bereich der beruflichen Bildung zu setzen, –

(Beifall SPD)

Thema Campus, BWK-Gelände und ähnliches, völlig richtig. Das muss sein. Wir müssen so etwas werden wie eine Hochburg der Qualität in der beruflichen Bildung. In der Menge sind wir dort schon gut.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Die berufliche Bildung ist ein gleichwertiges Bildungsangebot. Sie ermöglicht den Einstieg in ein Berufsleben, in ein selbstständiges Leben. Es muss in der Gesellschaft viel deutlicher werden, dass das ein gleichwertiger Bildungsweg ist, der der akademischen Bildung in keinem Falle nachsteht. Unser gemeinsamer Schritt, Aufstiegsfortbildungen zu finanzieren, den wir in der vorletzten Bürgerschaft gemacht haben, ist ja geradezu ein richtiger Schritt, um das auch noch einmal öffentlich zu dokumentieren und die öffentliche Unterstützung dafür zu demonstrieren.

Ich will an der Stelle nur eine aktuelle Anmerkung machen: Ich bezweifle, dass die gegenwärtig von der Bundesbildungsministerin favorisierte Umbenennung der dualen Ausbildung in den „Berufsbachelor“ in irgendeiner Weise dazu beiträgt, unser

System der dualen Berufsausbildung zu heben. Ich glaube eher, dass das falsch ist.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Unser System der dualen Berufsausbildung wird gegenwärtig in vielen Teilen der Welt nachgefragt. Man holt sich Rat aus Deutschland, wie man das machen kann, diese Verbindung von Praxis und Theorie. Jetzt zu sagen: Nein, daraus müssen wir einen Bachelor machen, damit ich auch in meinen Briefkopf schreiben kann, ich bin Bachelor in Heizungs- und Sanitärtechnik – ich glaube, das sind sprachliche Tricks.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Die werden die Überzeugung für berufliche Bildung, die wir in der Gesellschaft brauchen, nicht stärken.

Eine gute Innovationsstrategie Bremen und Bremerhaven geht nur gemeinsam mit einer guten Fachkräftestrategie. Das wollen wir mit unserem Antrag noch einmal untermauern. Unser Antrag konkretisiert die abzuarbeitenden Aufgaben, ohne die im Antrag von CDU, FDP bereits vollzogenen, beschlossenen, abgearbeiteten Ziele zu wiederholen und ohne im Allgemeinen zu verbleiben. Wir wollen, dass unser Antrag in die kommende Senatsstrategie zur Fachkräftesicherung einfließt. Die wird uns ja noch in dieser Legislaturperiode erreichen und die werden wir gemeinsam diskutieren. In diesem Sinne bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag und um Ablehnung des CDU-Antrags. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Bergmann.

Abgeordnete Bergmann (FDP)*: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der War for Talents, also der Kampf um die besten Fachkräfte, dominiert ja heute schon den Alltag in ganz vielen Unternehmen. Vor allem die kleinen und mittelständischen Unternehmen haben es zunehmend schwerer, angesichts der demografischen Entwicklung qualifizierte Fachkräfte für sich zu begeistern. Es gibt zu wenig Personen, die sich für Bremen begeistern lassen. Das können und wollen wir ändern.

Nun hat Bremen ja einiges zu bieten: Hochschulen, Universität Bremen, auch unsere private Universität, die Jacobs University Bremen, sorgt weit über die Landesgrenzen hinaus für einen exzellenten Ruf. Unsere Berufsschullandschaft kann sich auch sehen lassen. Wir haben also sozusagen die Kaderschmieden direkt vor der Haustür. Jetzt müssen wir im Grunde nur noch dafür sorgen, dass die Absolventen am Standort Bremen und Bremerhaven auch gern Wurzeln schlagen und bleiben.

(Beifall FDP)

Bei den jungen und häufig auch exzellent ausgebildeten Personen der sogenannten Y- und Z-Generation zählen nicht mehr Geld und Macht zu den ersten Wahlkriterien bei der Wahl von Berufs- und Lebensmittelpunkt. Ich erlebe das derzeit bei meinen eigenen Kindern und Schwiegerkindern. Sie wollen ein berufliches Umfeld, das Selbstverwirklichung, berufliche Entwicklung, sinnstiftende Arbeit, Rahmenbedingungen für eine gute Work-Life-Balance bietet, natürlich auch Rahmenbedingungen, dass Väter und Mütter gleichzeitig berufstätig sein können. Das sind heute die entscheidenden Attraktivitätsforderungen.

Dazu gehören auch weitere weiche Faktoren wie ausreichend bezahlbarer Wohnraum, natürlich in attraktiver Lage, Carsharing-Angebote, eine lebendige Stadt mit Flair, in der man gern lebt, gern ausgeht, in der man gern seine Kinder zur Schule schickt. Wir glauben, hier ist noch Luft nach oben. Zu diesen Themen muss der Blick der Wirtschaftsförderung auch nach Bremerhaven gehen. Die dortige Hochschule wächst, ist im Grunde ein Leuchtturm der Innovation und auch in puncto Transfer von Erforschung und Wirtschaft.

Ich weiß nicht, ob Sie es mitbekommen, ich bin immer ganz fasziniert, wenn ich in Bremerhaven bin. Ich bin immer fast ein bisschen elektrisiert. Das Wachstum der sogenannten weichen Faktoren muss aber unbedingt Schritt halten, wenn wir die Fachkräfte, die wir dort ausbilden, tatsächlich in Bremerhaven halten möchten. Das ist uns im Dialog und im Gespräch mit den Bremerhavener Wirtschaftsfachleuten in unserer Veranstaltung – diese war vor drei Monaten und hieß von Fischtown to Techtown – ganz deutlich geworden, dass das eine sehr wichtige Voraussetzung ist.

Meine Damen und Herren, unsere schulische Bildungssituation ist aktuell für beide Städte ein mehr als kritischer Faktor. Es darf in Zukunft einfach nicht mehr vorkommen, dass sich Menschen gegen

Bremen entscheiden, weil die Schulbildung für die Kinder zu schlecht ist.

(Beifall FDP)

Hier eine Besserung herbeizuführen, ist nach Meinung von uns Freien Demokraten kein Kann, sondern ein unumgängliches Muss.

(Beifall FDP)

Wenn wir in ein Berufsschulzentrum gehen und wir finden Relikte wie alte Spülkasten auf den Toiletten oder Overheadprojektor oder Tapeten, die von der Wand hängen, dann wirft das erst einmal ein irritierendes Bild auf die berufliche Bildung. Ehrlich gesagt, mir hat es leidgetan für die Lehrerinnen und Lehrer und für die Schüler, die in dieser Schule sind, denn sie haben dort eigentlich eine gute Arbeit geleistet. Bloß so können wir junge Menschen nicht für eine Ausbildung begeistern und ihnen glaubhaft machen, dass eine Ausbildung genauso wertvoll ist wie ein Studium und dass ein Meister genauso wertvoll ist wie ein Master.

Mehr Wertschätzung der dualen Ausbildung führt dazu, dass sich wieder mehr junge Menschen für die Ausbildung entscheiden und dass wertvolle Fachkräfte für die Unternehmen rekrutiert werden. Das brauchen wir

(Beifall FDP)

und nicht noch einen Studiengang Haar- und Bartwissenschaften, damit wir morgen auch noch studierte Friseure haben. Wir glauben, dass mit unserem gemeinsamen Antrag die Verzahnung von Wirtschaft, Berufsschule, Unternehmen ein Stück besser gemacht werden kann und wir die Chancen erhöhen, Fachkräfte für unsere Städte Bremen und Bremerhaven zu gewinnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abgeordneter Röwekamp (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich vertrete heute den Kollegen Kastendiek, der sich überraschend krank melden musste. Ich möchte gleichwohl im Namen der Fraktion der CDU zum Antrag der Koalition, aber natürlich auch zu unserem eigenen Antrag kurz Stellung nehmen.

In der Analyse sind wir uns, glaube ich, noch einig. Wir haben Fachkräfteengpässe überall in Deutschland, aber besonders auch im Land Bremen. Im Land Bremen übrigens nach Auskunft der Arbeitsagentur insbesondere in den Bereichen Metallbau und Schweißtechnik, Mechatronik und Automatisierungstechnik, bei der Fahrzeug-, Luft-, Raumfahrt- und Schiffbautechnik, bei Schutz- und Sicherheitsberufen, im Tiefbau, bei Fahrzeug- und Triebwagenführern, was der ein oder andere von uns auch anlässlich krankheitsbedingter Ausfälle bei Nahverkehrsunternehmen in den letzten Wochen zu spüren bekommen hat, sowie in einigen Berufsfeldern der Gesundheits- und Krankenpflege. Überall dort haben wir nicht genug Menschen, die bereit sind, diese teilweise anspruchsvollen Berufe zu erlernen und später auszuüben.

Tun wir, tut der Senat das Notwendige, um den Fachkräftebedarf in diesen und anderen Mangelberufen auszugleichen? Man könnte aus dem Umstand, dass die eigene Koalition es für notwendig erachtet, einen Antrag einzubringen, um den Senat aufzufordern, dem Parlament eine entsprechende Strategie vorzulegen, schließen: Das, was der Senat bisher gemacht hat, reicht vermutlich selbst der Koalition nicht. So viel will ich auf jeden Fall sagen: Für die Fraktion der CDU ist das, was Sie Strategie des Senats nennen, völlig unzureichend, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall CDU)

Es fängt schon damit an, dass man erst einmal ein bisschen suchen muss, was denn eigentlich dieses Strategiepapier des Senats sein soll. Wenn man es dann findet, dann findet man auch nicht das, was im Antrag der Koalition genannt ist, nämlich eine Strategie des Senats, sondern man findet, ich zitiere, einen „Bericht zur Umsetzung einer Strategie des Senats zur langfristigen Sicherung des Fachkräfteangebots“. Das ist ein Beitrag zum „Strukturkonzept Land Bremen 2020“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt also bisher gar kein entsprechendes Papier zur Strategie des Senats. Selbst, wenn man dieses Papier vielleicht als Grundlage nehmen wollte – das übrigens im Jahr 2015 unmittelbar vor der Bürgerschaftswahl das Licht der interessierten und geneigten Öffentlichkeit erblickt hat, genauso wie jetzt das neue Papier des Senats auch wieder unmittelbar vor der Bürgerschaftswahl die Öffentlichkeit erreichen soll –, was findet man in diesem bisherigen Papier eigentlich als konkrete Maßnahmen des Senats?

Dort heißt es, ich zitiere: „Es gibt bereits zahlreiche erfolgreiche und erfolgversprechende Ansätze, die zur Sicherung des Fachkräfteangebotes beitragen.“ Dann steht darin: „Dazu gehören die zahlreichen Maßnahmen zur Stabilisierung des Erwerbspersonenpotenzials.“ Dann steht darin: „Entscheidend sind auch Rahmenbedingungen, die es den Menschen ermöglichen, am Erwerbsleben zu partizipieren.“ Schließlich steht darin: „Von zentraler Bedeutung sind Initiativen, die gemeinsames Lernen bis einschließlich des zehnten Jahrgangs ermöglichen.“ Und dann steht darin: „Neben diesen bestehenden Initiativen und Strukturen wurden auch Herausforderungen identifiziert, welche in den kommenden Jahren weiterentwickelt werden sollten.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ja einmal eine richtig tolle Strategie.

(Beifall CDU)

Ich glaube, dass das alles nicht reicht. Es reicht auch insbesondere deswegen nicht, weil sowohl dem Antrag, der aus den Koalitionsfraktionen hier gemeinsam mit der Fraktion der FDP vorliegt, als auch in der praktischen Politik eigentlich das Grundlegende fehlt, nämlich die Frage: Sind unsere Schülerinnen und Schüler nach Abschluss ihrer schulischen Ausbildung überhaupt in der Lage, den Anforderungen der hoch verdichteten und auch immer komplexer werdenden Ausbildungsberufe zu genügen, oder nicht? Da ist die Antwort ganz klar: Nein, sie sind es in der Mehrzahl nun einmal gerade nicht.

Wir haben das Problem, dass unsere Schülerinnen und Schüler, unserer Absolventen der Schulen diesen Anforderungen des Arbeitsmarktes häufig nicht gerecht werden. Dazu schweigt sich Ihr Antrag vollständig aus. Es geht nun einmal nicht darum, nur Akademiker zu produzieren, sondern es geht darum, das, was Herr Reinken hier gerade auch angesprochen hat, in die Tat umzusetzen und Wirklichkeit werden zu lassen: Nämlich darauf hinzuweisen, dass nicht jeder Mensch am Schluss seiner schulischen Laufbahn Abitur haben muss, dass ein mittlerer Schulabschluss auch ausreichend ist, um einen Beruf zu ergreifen, von dem man sein Leben lang leben, in dem man sein Leben lang lernen kann und für den man vor allen Dingen ausreichend qualifiziert ist.

Wir wollen Schluss damit machen, dass nur die akademische Ausbildung und nur das Abitur in unserer Gesellschaft etwas zählen, meine Damen und

Herren. Wir brauchen eine Verstärkung der beruflichen Ausbildung auch in unseren Schulen. Das fehlt in Ihrem Antrag vollständig.

(Beifall CDU)

Was wollen Sie eigentlich tun, um die Berufsbildungsreife von jungen Menschen zu verbessern? Wie wollen Sie eigentlich etwas daran ändern, dass bei den unter 25-jährigen Erwerbslosen 70 Prozent keinen schulischen Abschluss haben? Wie wollen Sie eigentlich verhindern, dass pro Jahr mehrere 100 Menschen unser staatliches Ausbildungssystem ohne jeden Abschluss verlassen und ohne, dass wir von ihnen überhaupt wissen, in welchen Maßnahmen sie verbleiben?

Ich sage für die Fraktion der CDU: Wir brauchen in unserem Schulsystem auch klar eine Perspektive und ein Unterrichtsfach, das die berufliche Ausbildung der dualen Ausbildungsberufe in unserem Land in den Blick nimmt, das die Menschen dafür begeistert und das die Schülerinnen und Schüler dafür qualifiziert, am Ende ihrer Schulausbildung eine duale Ausbildung zu ergreifen und Fachkraft für den Arbeitsmarkt in Bremen und Bremerhaven zu werden.

(Beifall CDU, FDP)

Ich glaube deswegen abschließend, dass wir ein Maßnahmenpaket brauchen, das eine verbesserte Berufsorientierung in den allgemeinbildenden Schulen vorsieht, das die duale Ausbildung stärkt, zum Beispiel auch durch Wiedereinführung von Meisterberufen, dass wir die Weiterbildung stärken müssen und dass wir natürlich auch darauf achten müssen, dass wir in Anbetracht der Lebenssituation auch von jüngeren Menschen zu neuen innovativen Maßnahmen kommen, die Teilzeitausbildung beispielsweise für Alleinerziehende ausweiten und ermöglichen.

Es gibt eine Vielzahl von konkreten Maßnahmen, die man ergreifen kann, um den Fachkräftemangel in Bremen und Bremerhaven zu beheben. Leider steht weder in dem Papier des Senats noch im Antrag der Koalition auch nur ein konkreter Vorschlag. Wir werden deswegen den Antrag der Koalition und der FDP-Fraktion ablehnen und dem sehr viel detaillierteren und konkreteren Antrag der CDU zustimmen. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Strunge.

Abgeordneter Strunge (DIE LINKE)*: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Fachkräfteentwicklung ist, das wissen wir eigentlich alle, kein ganz einfaches Thema. Seit langer Zeit wird zwischen Gewerkschaften und Unternehmen um die Frage gestritten: Gibt es denn überhaupt einen Fachkräftemangel?

Die Böckler-Stiftung hat kürzlich einen Report veröffentlicht, der ziemlich scharf behauptet, es gebe vor allem einen verbreiteten Unwillen, Fachkräfte adäquat zu bezahlen. Das ist vielleicht ein bisschen überspitzt, aber ganz falsch ist es auf jeden Fall nicht. Denn natürlich kann man insbesondere im niedrigqualifizierten Bereich – auch da wird von Fachkräften gesprochen – mit einer besseren Bezahlung offene Stellen leichter besetzen.

Unstrittig ist eigentlich aber auch, dass es kein rein demografisches Argument gibt, dass man nicht sagen kann, nur weil die Bevölkerung schrumpft, – davon ist man jedenfalls vor ein paar Jahren ausgegangen – wird es einen Fachkräftemangel geben. Denn wenn die Bevölkerung schrumpft, dann schrumpft letzten Endes auch die Produktion. Die Bevölkerungsentwicklung allein schafft also keinen Fachkräftemangel. Deswegen halten wir auch die Fachkräftestrategie des Senats für dringend überarbeitungsbedürftig, die nämlich genau diese falsche Theorie zum Ausgangspunkt macht.

(Beifall DIE LINKE – Abgeordneter Dr. Buhler [FDP]: Das sind jetzt alternative Fakten, glaube ich!)

Stattdessen heißt Fachkräftemangel in meinen Augen nicht flächendeckend, aber was klar ist, dass es jeden Fall in bestimmten Bereichen und Branchen einen Fachkräftemangel gibt, dass in der Bevölkerung nicht in hinreichendem Maße die Qualifikationen vorhanden sind, die sich auf eine verändernde Produktion und Dienstleistung einstellen. Deshalb ist der Antragstext der CDU-Fraktion näher an dem Problem, wenn er von dem Fachkräftemangel als einer hausgemachten Wachstumsbremse spricht. Genau das sehen wir ja in Bremen und Bremerhaven. Wir haben hier jede Menge Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz finden. Zuletzt waren es mehr als 1 000 Bewerberinnen und Bewerber, die ohne Ausbildungsplatz blieben. Das ist wirklich eine alarmierend hohe Zahl.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Imhoff: Frau Kollegin Strunge, würden Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Buhlert zulassen?

Abgeordnete Strunge (DIE LINKE): Bitte, Herr Buhlert!

Vizepräsident Imhoff: Herr Buhlert, Sie haben das Wort!

Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP): Frau Strunge, um Ihre Einschätzung zum Fachkräftemangel verstehen zu können, frage ich Sie: Wie bezeichnen Sie es denn, wenn uns Personen fehlen, die Altenpflege ausüben, Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger fehlen, wenn Erzieherinnen und Erzieher, wenn Sozialpädagoginnen und -pädagogen fehlen, Leute, die die entsprechende Qualifikation mitbringen, um diese wertvollen sozialen Arbeiten zu erledigen? Wie bezeichnen Sie das und wie wollen Sie dem abhelfen?

Abgeordnete Strunge (DIE LINKE): Das bezeichne ich als einen Fachkräftemangel in bestimmten Bereichen und bestimmten Berufsgruppen.

(Abgeordnete Bergmann [FDP]: Also dann gibt es ihn doch?)

Das habe ich doch gerade eben gesagt. Hätten Sie mir zugehört -- Ich habe gesagt: Es ist unstritten, ob es einen flächendeckenden Fachkräftemangel gibt. Wenn man sich die Prognosen von unterschiedlichen Wirtschaftsinstituten anschaut und dann schaut, was zum Beispiel die Bundesagentur für Arbeit dazu sagt, gibt es dort erhebliche Unterschiede. Unstrittig ist, sagte ich ungefähr vor ein-einhalb Minuten, dass es in bestimmten Bereichen und Branchen – und auch in bestimmten Regionen ist es unterschiedlich – einen Fachkräftemangel gibt. Im Bereich der Pflege und Gesundheit haben wir garantiert einen Fachkräftemangel, da stimme ich Ihnen zu.

(Beifall DIE LINKE)

Aber kommen wir noch einmal zurück zur Situation in Bremen und zu der Situation, dass auf der einen Seite auch hier von einem Fachkräftemangel gesprochen wird, wir aber auf der anderen Seite über 1 000 junge Menschen haben, die keinen Ausbildungsplatz finden. Das zeigt doch, dass ein ganz zentraler Punkt, die Ausbildung von jungen Menschen ist, wenn wir Fachkräftemangel bekämpfen wollen. Das sagt auch die Arbeitnehmerkammer. Sie sagt das ganz deutlich in einem Zitat: „Es ist nur

eine Frage der Zeit, bis die Ausbildungskrise in eine Fachkräftekrise umschlägt.“

Wir brauchen also gerade in diesem Bereich, im Bereich der Ausbildung, neue Steuerungselemente, um hier Abhilfe zu schaffen. Wenn wir uns jetzt die zahlreichen Beschlusspunkte anschauen im Koalitionsvertrag beziehungsweise -antrag mit der FDP jetzt auch, dann sehen wir dort als einzige greifbare Instrumente, die Berufsschulen besser auszustatten und Teilzeitausbildung anzubieten. Das ist in der Tat absolut richtig. Das unterstützen wir auch. Aber die sonstigen Maßnahmen, die hier aufgelistet werden, sind teilweise sehr unkonkret, sie bringen nicht viel oder sie sind zum Teil auch zu konservativ gedacht.

Wir finden, in einer sich derart rasch wandelnden Arbeitswelt darf man die Ausbildungsangebote nicht nur entlang der unmittelbaren Bedarfe der Unternehmen entwickeln. Wir finden auch, dass sich Neueinrichtungen von Masterstudiengängen, die wir prinzipiell natürlich begrüßen, nicht nur an den Bedarfen der Wirtschaft orientieren können, wie das von Ihnen gefordert wird. Das greift einfach zu kurz.

(Beifall DIE LINKE)

Auch der Antrag der CDU-Fraktion fordert, die Berufsschulen besser auszustatten und Teilzeitausbildungen anzubieten. Das heißt, wir hoffen, dass angesichts dieser fraktionsübergreifenden Sichtweise dann auch in den kommenden Haushaltsverhandlungen entsprechende Mittel dafür bereitgestellt werden, denn das ist ja in diesem Haus anscheinend Konsens, was wir sehr begrüßen. Wir finden auch viele Punkte im Antrag der CDU-Fraktion richtig, zum Beispiel wenn Sie den Missstand der verschleppten Anerkennungsverfahren bei der ausländischen Berufsqualifikation benennen oder wenn sie von der Idee der Bildungsprämie sprechen, wenn Arbeitslose Qualifizierungen machen. Selbstverständlich finden wir es auch nicht falsch, wenn Sie davon sprechen, dass beim Übergang von der Einstiegsqualifizierung in die duale Berufsausbildung die Übergangsquote gestärkt werden soll. Wenn man sich aber auch bei Ihnen das Sammelsurium der Punkte anschaut, dann haben wir genau wie bei dem Antrag der Koalition den Eindruck, das wird nicht reichen, das ist am Ende zu wenig. Wir behaupten auch nicht, dass wir das allumfassende Allheilmittel gefunden haben, aber wir sind überzeugt, dass wir die Ausbildungskrise in Bremen lösen müssen,

(Glocke)

wenn wir uns gegen den Fachkräftemangel stellen wollen.

(Beifall DIE LINKE)

Das bedeutet für uns, wir brauchen dringend einen Ausbildungsfonds in Bremen, der es wirklich schafft, dass mehr Ausbildungsplätze hier in Bremen zur Verfügung gestellt werden. Dieser Punkt findet sich in keinem der Anträge. Wir werden morgen Nachmittag eine ausführliche Debatte genau zu diesem Punkt führen, weil er so wichtig für die Zukunft der jungen Menschen, aber auch für die Fachkräfteentwicklung ist. Dem Antrag der Koalition sowie dem Antrag der CDU-Fraktion werden uns an dieser Stelle enthalten, weil er nichts Falsches tut, aber die Fachkräftesicherung sicherlich nicht allumfänglich herstellen wird. – Herzlichen Dank!

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Dr. Müller.

Abgeordnete Dr. Müller (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Strunge, mir ist jetzt gerade eingefallen: Also, unser Antrag ist nicht genug. Daran haben wir uns gewöhnt, dass die koalitionären Anträge nicht genug sind. Der CDU-Antrag ist auch nicht genug.

(Abgeordneter Röwekamp [CDU]: Aber schon besser!)

Der war schon besser, aber nicht genug. Dann wäre es doch jetzt schön gewesen, in dieser Debatte einen Antrag der Fraktion DIE LINKE, der alles umfasst, debattieren zu können und dem zustimmen zu können.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP)

Der liegt leider – –.

(Zuruf Abgeordnete Strunge [DIE LINKE])

Morgen haben wir eine Debatte zu Ausbildungszahlen, nicht zur Fachkräftegewinnung und schon gar nicht zu einer Innovationsstrategie für den Bremer Wirtschaftsstandort. Schade! Ich bin gespannt.

(Abgeordneter Dr. vom Bruch [CDU]: Das erfahren wir morgen!)

Das erfahren wir morgen. Ich glaube nicht. Ich glaube nicht, dass wir das morgen erfahren.

Die Koalition hat Ihnen einen Antrag vorgelegt, der – dazu ist ja auch schon viel gesagt worden – in der Tat den Senat auffordert, eine Strategie zur Fachkräftegewinnung und zum Halten von Fachkräften in Bremen, aber eben auch eine Innovationsstrategie vorzulegen, also beides zusammenzubringen. In der Tat haben wir dazu sehr viele Beschlusspunkte aufgeschrieben, die wir für unabdingbar halten, wenn man sich denn als schon jetzt attraktiver Bremer Standort auch zukünftig attraktiv aufstellen will.

Ich glaube, einig sind wir uns doch alle – das haben wir versucht, in unserem Antrag sehr deutlich zu machen –, dass es nun einmal eine ressortübergreifende Strategie sein muss, dass das nicht nur mit dem Ressort für Wirtschaft und Arbeit abgetan ist – und die anderen befassen sich mit Bildung und die übernächsten mit Wissenschaft –, sondern dass hier Fachbereiche sehr viel enger zusammenarbeiten müssen, um diesen Standort zukünftig so aufstellen zu können, dass sowohl die duale Ausbildung, also der klassische Fachkräftebereich, als auch der akademische und neuerdings wissensintensive dienstleistungsbasierte Bereich besser zusammenkommen. Herr Röwekamp hat ja darauf hingewiesen, welche Wirtschaftsbereiche schon jetzt unter hohem Fachkräftemangel leiden, und die Arbeitnehmerkammer hat, finde ich, eine sehr gute Studie zu diesen wissensintensiven Dienstleistungen dargelegt, die ein Zukunftsmarkt der Bremer Wirtschaftskraft sein werden.

Hierfür brauchen wir wirklich neue Ideen. Ich bin da ganz hoffnungsfroh und gar nicht skeptisch, dass der Senat hier eine hervorragende Strategie vorlegen wird. Was aber wichtig ist, das möchte ich an drei Punkten deutlich machen, denn da hapert es bisher in der Tat an der ressortübergreifenden Herangehensweise und an der – mein Kollege Bücking hat das, wie ich finde, in seiner unnachahmlichen Art vorhin deutlich gemacht – Tatsache, dass man in Bremen endlich verstehen muss, dass dieser Wirtschaftsstandort ohne Frauen nicht funktionieren wird.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Das heißt, dass man sich als Wirtschaftsstandort, als Lebensstandort in Bremen und Bremerhaven in einer Art und Weise aufstellen muss, die Frauen wirbt, als Fachkräfte hierherzukommen, als Mitbürgerinnen in diesem Land. Verschrecken und beleidigen sollte man sie nicht.

An drei Bereichen will ich einmal deutlich machen, wie wichtig die ressortübergreifende Arbeit ist. Dann machen wir einmal den MINT-Bereich auf: Da bekommen wir alles zusammen, die Konzentration auf Frauen- und Mädchenförderung und die ressortübergreifende Arbeit. Der MINT-Bereich ist einer, in dem uns viele Fachkräfte fehlen, aber der MINT-Bereich ist nun einmal auch der, in dem an den Schulen zu wenig passiert. Deshalb sind wir uns da gar nicht uneinig, wenn wir sagen, dass die Schulen besser auf Berufe vorbereiten müssen, und zwar alle, auch die Mädchen. Hier haben wir noch großen Nachholbedarf und da erwarten wir auch, dass für die MINT-Bereiche beide Geschlechter von den Schulen bis in die Hochschulen hinein gut ausgebildet werden. Die Hochschulen haben sehr gute Förderprogramme aufgelegt. Allein der Erfolg bleibt noch aus, hinsichtlich der Absolventinnen- und Absolventenquoten.

Der zweite Bereich, Robert Bücking hat darauf hingewiesen, dass ich dazu noch etwas sagen werde: Auch wir haben uns vor Jahren die Bologna-Idee zu eigen gemacht und haben dort viel Hoffnung hineingesteckt, dass die Bachelor-Ausbildung im akademischen Bereich – nicht in der dualen Ausbildung, sondern im akademischen Bereich – dazu führen wird, dass wir sehr viele grundständig ausgebildete Studierende in den Arbeitsmarkt integrieren können, und zwar mit einem Bachelorabschluss. Das hat nicht funktioniert. Die Vermittlungsquoten von Bachelor-Absolventen und -absolventinnen sind marginal, leider.

Sehr viele Studierende wollen einen Masterabschluss, sehr viele Unternehmen, leider auch der öffentliche Dienst, erwarten oft einen Masterabschluss für die Einstiegsberufe. Das ist schade, das heißt aber auch, dass unsere Hochschulen nachziehen und sagen müssen: Wenn wir junge Absolventen, junge Menschen in Bremen und Bremerhaven halten wollen, müssen wir nun einmal die Masterausbildungen und die Abschlüsse anbieten, die sie dann hier auch verwenden können.

Jetzt muss man ganz strategisch überlegen, wenn wir junge Menschen über die Familiengründungsphase hinweg in Bremen halten, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass sie dann auch wirklich

hier als Fachkräfte verbleiben. Denn das wissen wir – Bildungsföderalismus –, mit kleinen Kindern zieht man nicht so gern in andere Bundesländer. Deswegen müssen wir dafür sorgen, dass diese jungen Menschen hier einen Master machen, hier Kinder bekommen und dann bleiben sie im besten Falle auch hier. Also man muss die Familiengründungsphase mithalten.

(Glocke)

Letzter Punkt, ich komme zum Schluss:

Die ressortübergreifende Arbeitsweise beinhaltet dann auch, dass man sehr viel stärker über familienpolitische Maßnahmen innerhalb einer Innovationsstrategie nachdenken muss. Attraktiv wird dieser Arbeitsmarkt hier auf Dauer nur sein, wenn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Elternteile möglich ist und Unternehmen nicht davon ausgehen, dass einer oder eine vielmehr schon zuhause bleiben wird. So wird es zukünftig hoffentlich bitte nicht mehr ablaufen. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Vizepräsident Imhoff: Also nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Gottschalk.

Abgeordneter Gottschalk (SPD)*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! An den Hochschulen in Bremen und Bremerhaven studieren rund 38 000 Studentinnen und Studenten. Damit sind unsere Hochschulen und die Universitäten eindeutig die wichtigsten Einrichtungen, um den akademischen Nachwuchsbedarf hier im Land Bremen zu decken. Deshalb haben wir gerade auch in unserem Antrag die Weiterentwicklung der Studiengänge, die Weiterentwicklung der Angebote an den Hochschulen und Universitäten deutlich, ich glaube, etwas stärker betont als in dem Antrag der CDU. Wir haben vor allen Dingen auch im Blick, dass dieser Ausbau im akademischen Bereich in eine Offensive Standortpolitik integriert wird, um zusätzliche Unternehmen auch hier nach Bremen anzuwerben.

Einer der Punkte, die wir in diesem Bereich sicherlich machen müssen, ist von Henrike Müller schon angesprochen worden. Ich glaube, wir müssen sehr schnell dem Umstand Rechnung tragen, dass wir gerade im Masterbereich Ausbaubedarf haben, weil wir glauben, dass dort der sogenannte Klebeeffekt oder der Magnetismuseffekt, dass also diejenigen, die hier studiert haben, bleiben, stärker ist und wir es uns nicht leisten können, dass Studierende, die ihren Bachelor abgeschlossen haben,

woanders hin wechseln, um ihre Ausbildung abzuschließen.

Ich denke, dass wir – das haben wir seitens der SPD auch sehr deutlich gesagt – die Kapazitäten unserer Hochschulen, Universitäten auch generell weiter ausbauen müssen. Wir haben das insbesondere für Bremerhaven schon sehr deutlich gesagt, dass wir dort mehr Studienplätze haben wollen. Wir stehen dann natürlich auch immer vor der Frage: Wo wollen wir denn tatsächlich auch weiter ausbauen? Ich denke, man kann sich das Spektrum ansehen und sieht sehr vieles. Trotzdem würde ich gern drei Punkte ansprechen, bei denen ich einen besonders dringenden Bedarf sehe.

Der erste Punkt ist der Pflegebereich. Wir alle wissen, dass dort der Druck, der Engpass mit am größten ist und wir Antworten finden müssen. Es ist klar, dass gerade dort die Ausbildung, vor allen Dingen auch noch die duale Ausbildung gefordert sein wird. Aber wir sehen gleichzeitig, dass auch im Bereich der Pflege die Akademisierung eine neue Bedeutung bekommt. Deshalb ist es für uns wichtig, dass wir gerade auch in diesem akademischen Bereich hier in Bremen einen klaren Akzent setzen. Denn liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, wir sollten nicht den Weg einschlagen, die duale Ausbildung der akademischen Ausbildung entgegenzusetzen.

Gerade vor dem Hintergrund solcher Tendenzen einer Akademisierung wird es ein wichtiger Punkt für diejenigen sein, die sich für den Pflegeberuf und für die Ausbildung entscheiden: Wenn ich irgendwo hingehere, habe ich dann auch gute Chancen, wenn ich erst dual angefangen habe, mich auch später weiter fortzubilden und auch in einen akademischen Bereich zu gehen? Ich denke deshalb, dass wir hier in Bremen sehen sollten, dass wir die Durchlässigkeit in der Ausbildung zwischen dem dualen System und einer später womöglich erwünschten akademischen Ausbildung hinbekommen sollten.

Ich glaube, dass wir in diesem Bereich vor allen Dingen eines machen sollten: Wir sollten auf Basis unserer Möglichkeiten Bremen als eine Hochburg der Pflege profilieren und hier einen Campus der Pflege verwirklichen, der tatsächlich nach außen strahlt und uns hilft, die Fachkräfte hierherzubekommen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Der zweite Bereich liegt auch ziemlich klar auf der Hand. Wenn man in die Bundesrepublik schaut, gibt es schon jetzt eine Lücke von rund 60 000 Informatikern. Die Tendenz ist weiter wachsend und wir stehen natürlich vor der Frage: Wie lautet unsere Antwort darauf? Schon jetzt ist es so, dass Bremen gemessen an der Quote der Studienanfänger bei der Anzahl der Informatikstudierenden hinter Schleswig-Holstein an der zweiten Stelle liegt. Das ist eine hohe Quote. Ich glaube, wir sollten aber weitermachen.

Dieter Reinken hat das schon angesprochen. Wir haben hier ein hohes attraktives Angebot, weil wir gute Informatikstudierende ausbilden und gleichzeitig Unternehmen sehen. Dort gibt es genügend und dort kann ich sie auch noch bezahlen. Ich glaube, dass hier in diesem Bereich die Attraktivität Bremens, die Chance sehr groß ist. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen uns auch Gedanken machen: Wo genau wollen wir ausbauen? Wollen wir im Kern Informatik pur oder wollen wir sehr viel stärker Informatik mit Bindestrich, im Raumfahrtbereich, im Energiebereich oder in anderen Produktionstechniken und dergleichen? Ich glaube, dies ist eine Herausforderung, für die wir Antworten finden müssen, wie ausgebaut werden muss.

(Glocke)

Ein letzter Punkt, Herr Präsident, den möchte ich gern auch noch ansprechen, den wir in den Blick nehmen müssen: Den Fachkräftebedarf der Zukunft werden wir ohne weitere Zuwanderung nicht abdecken können. Ich glaube, wir sollten nicht nur darauf schauen, fertig ausgebildete Fachkräfte von außen zu holen, sondern gerade auch hier in Bremen dazu beitragen, Studierende aus dem Ausland auszubilden. Ich glaube, dass wir hier in Bremen mit unserer liberalen Atmosphäre, mit unserer Willkommenskultur eine große Chance haben, dass wir ein Anlaufpunkt für diejenigen werden, die eine gute Ausbildung suchen und die dann auch einen guten Arbeitsplatz vor Ort suchen. Diese Chance sollten wir wahrnehmen. – Danke!

Vizepräsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Bergmann.

Abgeordnete Bergmann (FDP)*: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn Fachkräftesicherung Realität werden soll, dann ist es zentral, die Unternehmen bei der Konzeption von Anfang an mit einzubinden und nicht, wie so oft, im arbeitsmarktpolitischen

Bereich vermeintlich für sie zu denken und dann hinterher einzubinden. Nur die Unternehmen und ihre Vertreter in den Kammern selbst wissen, welche Fachkräfte sie in Zukunft brauchen und wie man hierfür zielgenau ausbildet. Deswegen halten wir eine Stärkung der Ausbildungsbüros der Kammern für sinnvoll, wie es in dem Antrag auch formuliert ist.

(Beifall FDP)

Investitionen in das aktuelle Berufsschulsystem müssen zukunftsfähig geschehen. In der städtischen Diskussion ist jetzt immer wieder die Idee aufgetaucht, mehrere Berufsschulen zu einem Berufsschulcampus zusammenzufassen, innerhalb dessen die Einzelsysteme unabhängig arbeiten, aber Synergieeffekte nutzen. Zum Beispiel fachliche Angebote oder Fachkraftvertretungen, Nutzung von Materialien, auch Förderunterricht, Spracherwerbsangebote oder Schulsozialarbeit würden von der Bündelung profitieren. So ein Projekt soll jetzt auf dem Gelände der ehemaligen Wollkämmerei entstehen. Wir begrüßen das.

Meine Damen und Herren, wie klingt das in Ihren Ohren? Berufsschulen bieten jede Menge Teilzeitausbildungen an, gezielte Anreize locken Geringqualifizierte oder Arbeitslose in Weiterbildungen, es gibt kompatible Kinderbetreuungsangebote und die Anerkennungspraxis ausländischer Berufsabschlüsse erfolgt einheitlich und transparent. Das wären entscheidende Beiträge, mehr Menschen in den Arbeitsmarkt zu holen und für hoch qualifizierte Tätigkeiten bereit zu machen.

Durch eine intensivere Verzahnung von Unternehmen und Berufsausbildung und Universität kommen wir in der Fachkräftesicherung voran. Die Universitäten sind herausgefordert, Forschungsarbeiten zunehmend so zu gestalten, dass sie für das reale Leben nutzbar sind und nicht im Mülleimer landen. Ich nehme einmal die Themen der Grundlagenforschung aus, da haben die Universitäten noch einmal einen besonderen Auftrag.

(Vizepräsidentin Dogan übernimmt den Vorsitz.)

Aber wenn bereits in der Erstellung der Arbeit kooperiert oder dual ausgebildet wurde, dann ist der Übergang des Masteranden in entsprechende Fachbereiche eines Unternehmens natürlich attraktiver und wahrscheinlicher. Außerdem brauchen wir ein größeres Angebot an Masterstudiengängen, und zwar auch in englischer Sprache. Pa-

ralle laufende Deutschkurse verstärken den gewünschten lokalen Bindeeffekt – wir haben es gehört –, weil es wichtig ist, dass die dann auch hier bleiben.

Wenn wir mit Innovationen und Fachkräftesicherung vorwärtskommen wollen, werden Bildungssysteme und Wirtschaft enger kooperieren müssen. Wir sprechen dabei von äußerst heterogenen Akteuren, von unterschiedlichen Kulturen. Wirtschaft funktioniert nun einmal in ihrer betriebswirtschaftlichen Denkart ganz anders als Hochschule. Um einmal ein Beispiel zu nennen: Transparenzforderungen oder die Zivilklausel sind in der Wirtschaft meist kaum zu vermitteln, weil dort naturgegeben der Wettbewerb den Takt vorgibt und Unternehmen dann auf andere Hochschulen oder Universitäten ausweichen, um nicht im Wettbewerb den Nachteil zu haben. Auf der anderen Seite ist für Wissenschaft und Forschung eine freie, von kommerziellen Interessen unabhängige Forschung ein hohes Gut, was die Praktiker der Betriebe wiederum manchmal nicht nachvollziehen können oder wollen.

(Beifall FDP)

Wir brauchen unbedingt Brückengänger, Leute, die die unterschiedlichen Kultursprachen beherrschen, um ein gutes und erfolgreiches Schnittstellenmanagement leisten zu können. Ganz wichtig sind solche Persönlichkeiten. Ich finde, wir erleben das manchmal auch hier im Parlament: Wenn jemand, der eigentlich für einen anderen Bereich zuständig ist, dann beispielsweise im wirtschaftlichen Bereich oder andersherum debattiert, merkt man manchmal, dass es von der Denkart nicht so ganz passt. Also, es müssen Leute sein, die beides können. Mit unserem mit der Koalition gestellten Antrag fordern wir eine zielgerichtete Weiterführung der Strategie des Senats und dessen Umsetzung.

(Beifall FDP)

Der gemeinsame Antrag ist nicht des Rätsels Lösung, aber ein Schritt in die richtige Richtung. Sicher ist aber auch, und das wissen wir alle: Bremen hat viel zu tun und hat eher ein Umsetzungs- als ein Erkenntnisproblem.

(Glocke)

Das zeigt auch der Antrag der CDU, der noch einige weitere Punkte aufgreift. Wir stimmen daher beiden Anträgen zu und fordern ihre Umsetzung. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat Staatsrat Siering das Wort.

Staatsrat Siering*): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir debattieren hier heute zwei Anträge. Deswegen bin ich ganz dankbar, dass das eben auch noch einmal angeklungen ist. Es geht auf der einen Seite um die Innovationsstrategie Bremens und auf der anderen Seite um die Fachkräftestrategie. Ich bin ganz dankbar, dass der Beginn der Debatte um ein gesellschaftliches Ereignis im Kongresszentrum keine Fortsetzung gefunden hat.

Ich will noch einmal deutlich sagen, Innovation ist natürlich ein ganz zentraler Wirtschaftsmotor für einen Standort und leistet einen wichtigen Beitrag für die Fachkräftesicherung. Das gilt umso mehr für einen Industriestandort wie Bremen und Bremerhaven. Im industriellen Kontext ist Innovation in vielen Bereichen auch mit neuen Investitionen in die bestehenden Standorte verbunden, woraus eine langfristige Sicherung resultiert, von der alle profitieren.

Innovation entsteht ja meist aus der konkreten Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft. Das wird in Bremen seit langer Zeit aktiv unterstützt, sowohl durch die Schaffung von gemeinsamen Infrastrukturen als auch durch direkte Förderung. Für die erfolgreiche Verzahnung von Innovation und Fachkräften gibt es in Bremen und Bremerhaven bereits jetzt eine ganze Reihe von guten Beispielen, die wir weiter stärken wollen, die aber auch durchaus als Vorbild dienen können. Ende Oktober haben wir in Bremerhaven zum Beispiel das DLR-Institut eröffnet: Schutz maritimer Infrastrukturen. Konkret sind da zunächst einmal 20 neue Arbeitsplätze entstanden. Zeitnah werden es 30 sein, perspektivisch 60 neue Stellen. Das gibt zunächst einmal direkte Arbeitsplatzeffekte durch das Institut, aber natürlich sehen wir daran, dass es noch viele weitere indirekte Effekte gibt. In Bremerhaven schafft diese Innovationsinfrastruktur auch einen Anziehungseffekt für weitere Neuan siedlungen und auch für Erweiterungen in genau diesem Fachbereich.

Ich will noch ein zweites Beispiel nennen, das EcoMaT, das wir jetzt im April eröffnen wollen. Hier sollen zukünftig 500 Menschen aus Wirtschaft und Wissenschaft unter einem Dach zusammenarbeiten. Und auch da zeigt sich bereits heute, dass allein die Idee und das Werben für das EcoMaT für

ein solches Projekt eine Sogwirkung erzeugt, so dass wir nämlich heute schon feststellen, dass es dort auch Ansiedlungen anderer Büros in direkter Nähe zum EcoMaT gibt. Ich könnte noch einige mehr dazu anführen. Dabei geht es natürlich neben der Sicherung von bestehenden Arbeitsplätzen um die Schaffung neuer Arbeitsplätze und unmittelbar auch um die weiteren Arbeitsplatzeffekte direkt am Standort.

Wir brauchen jede Menge kluge Köpfe, und wir wollen diese und müssen diese an uns binden, damit wir auch in Zukunft unsere beiden Städte aktiv gestalten können. Mit der Initiative wie dem STARTHAUS und dem ESA BIC bündeln wir beispielsweise ja auch gerade Kompetenzen für Start-ups und schaffen ein entsprechend leistungsfähiges Dienstleistungsangebot, ein Rundumangebot für Gründungsinteressierte für eine durchgehende und intensive Betreuung in Form einer One-Stop-Agency. In Bezug auf die Sicherung von Fachkräften haben wir bereits in den letzten Jahren doch eine ganze Reihe von Erfolgen erzielt. Wichtig ist dabei natürlich auch: Wir müssen heute dafür sorgen, dass wir die Fachkräfte von morgen ausbilden.

Dementsprechend sind ja die Ausbildungsbüros in den Kammern auch noch einmal deutlich gestärkt worden. Es wurde erheblich in die Berufsschulen investiert. Wir haben mit dem Aufbau der Jugendberufsagentur auch die berufliche Bildung an den Schulen weiter gestärkt. Ich möchte auch noch einmal sagen: Gerade an den Schulen ist es wichtig, dass wir nicht nur davon sprechen, dass möglichst viele Abitur machen sollen, sondern dass wir auch die mit anderen Schulabschlüssen brauchen. Es ist kein Muss, das Abitur zu machen, um dann in den weiteren Entwicklungen im Berufsleben voranzukommen.

(Abgeordneter Rupp [DIE LINKE]: Endlich sagt es einmal jemand!)

Für ein verstärktes Standort-Marketing, auch das war in der letzten Woche zu lesen, entwickeln wir eine neue Arbeitgebermarke. Und nicht zuletzt gibt es in Bremerhaven und Bremen seit Anfang des Jahres ja auch die Möglichkeit, eine Prämie für erfolgreich absolvierte Aufstiegsfortbildungen zu beantragen, nicht nur wie von CDU und FDP beantragt für Meisterlehrgänge im Handwerk, sondern tatsächlich für eine Ausbildungsfortbildung in allen Berufsgruppen.

(Beifall SPD – Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP]: Dem haben FDP und CDU sich nicht verschlossen!)

Fachkräfte sind ja ein nationales Problem, vielleicht sogar ein internationales, das ist nicht nur ein bremisches Thema. Aber deswegen ist es umso wichtiger, dass Bremen natürlich ein attraktiver Standort ist. Es ist lebenswert, wir haben eine gute Struktur, insbesondere auch in der Wirtschaftspolitik. Insofern ist der Antrag, den die Fraktion der CDU hier vorgelegt hat, aus unserer Sicht deutlich veraltet, weil wir viele der Maßnahmen bereits umsetzen. Darin findet sich nicht viel Neues. Wir setzen weiterhin auf solche Themen wie Vernetzung der beteiligten Akteure. Wir schauen unsere Cluster an, wir wollen die Beratungsangebote verstärken, wir wollen auch weiter in Infrastruktur investieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mehrfach ist darauf hingewiesen worden, was der Senat bereits gesagt hat. Es überrascht mich insofern, weil derzeit ja die Abstimmung für die neue, nachfolgende Fachkräftestrategie über alle Ressorts läuft, die wir nämlich sehr gezielt anschauen, – auch das ist kurz angesprochen worden – die nun einmal nicht nur der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in den Blick nimmt, sondern die wir ressortübergreifend erarbeiten wollen. Wir werden Ihnen dort in sechs Handlungsfeldern vorstellen, welche unsere Maßnahmen sind, um den Übergang von der Schule in den Beruf konkret in den Fokus zu nehmen, an welchen Stellen wir die Bildungsangebote der Hochschulen weiterentwickeln, wie wir die berufliche Bildung ausbauen, wie wir das wichtige Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Fokus nehmen wollen, in denen wir uns genau anschauen wollen und werden, wie die Beschäftigungsfähigkeit auch erhalten bleiben kann, und natürlich auch, wie wir den Lebens- und Arbeitsstandort Bremen so attraktiv machen, dass wir die Fachkräfte hier halten und auch für Bremen gewinnen können.

Wir verstehen den Antrag der Regierungskoalition als Beitrag für diese zielgerichtete Weiterentwicklung. Diese Strategie werden wir in wenigen Wochen vorlegen. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abgeordneter Röwekamp (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Also, da kommt man ja aus dem Lächeln, sehr geehrter Herr Staatsrat, gar nicht mehr heraus. Das, was Sie am Ende als sechs Handlungsfelder

beschrieben haben, die der Senat in seiner innovativen neuen Ausbildungs- und Fachkräftestrategie benennen will, das ist wortwörtlich das, was Sie 2015 schon einmal aufgeschrieben haben. Dort steht: erstes Handlungsfeld „Übergang Schule und Beruf“, zweites Handlungsfeld „Hochschuldurchlässigkeit des Bildungssystems“, drittes Handlungsfeld „berufliche Weiterbildung“, viertes Handlungsfeld „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“, fünftes Handlungsfeld „Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit“, sechstes Handlungsfeld „Lebens- und Arbeitsort Bremen“.

Das ist wortgleich das Gleiche, was Sie vor vier Jahren hier schon einmal im Parlament gesagt haben. Es enthält nichts Neues und vor allen Dingen nichts Innovatives. Ich würde sagen, Sie haben vier Jahre Stillstand verwaltet und sind nicht einen Moment weitergekommen.

(Beifall CDU, DIE LINKE)

Überhaupt stellt sich ja die Frage, was eigentlich bei Ihnen jetzt neu ist, also was Sie wirklich anders und auch besser machen wollen. Selbst wenn man das, was Sie jetzt gerade beschrieben haben, als eine Strategie bezeichnet, dann müsste man vier Jahre später einmal sagen, wie sich eigentlich die alte Strategie des Senats bewährt hat. Was ist das Ergebnis? Welche realen Verbesserungen sind aus Ihrer glorreichen Strategie aus dem Jahr 2015 für den Fachkräftebedarf entstanden? Da will ich nur kurz sagen, wie die Ausgangslage in Fakten ist, die Sie offensichtlich, Herr Staatsrat Siering, vollständig ignorieren.

Bremen hat 2017 mit 87,5 Ausbildungsplätzen je 100 Bewerbern das ungünstigste Angebot, die ungünstigste Angebot-Nachfrage-Relation aller deutschen Bundesländer. Es gelang nicht, durch eine verbesserte Berufsorientierung in den allgemeinbildenden Schulen die Lösungsquote von neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen zu senken, wie Sie es vor vier Jahren versprochen haben. Sie ist sogar dramatisch gestiegen. Statt 22 Prozent im Jahr 2015 waren es 2016 schon 27,3 Prozent.

Dann haben wir noch die Situation, dass es 2017 nur bei knapp einem Drittel der ausbildungsinteressierten Jugendlichen gelang, ihnen einen Ausbildungsplatz oder eine Alternative anzubieten. Mit rund 1 000 Jugendlichen bleibt in Bremen jeder fünfte 2017 ohne Lehrstelle. 300 Menschen sind gänzlich unversorgt geblieben, auch nicht in Übergangssystemen untergekommen. Und die, die in den Übergangssystemen untergekommen sind, die

haben keine Anschlussverwendung gefunden, sondern befinden sich immer noch in diesen Übergangsqualifikationen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Lage ist so dramatisch und Sie haben die Chuzpe, hier in das Parlament zu kommen und zu sagen, wir beschließen das Gleiche wie vor vier Jahren. Nein, das ist keine Strategie für die Menschen, die auf einen Ausbildungsplatz hoffen, einen Arbeitsplatz wünschen, –

(Beifall CDU, DIE LINKE)

und auch nicht für diejenigen, die bereit sind, in Ausbildung zu investieren. Das ist nichts, das ist eine Nullnummer, das ist Wahlkampf, und deswegen lehnen wir Ihren Antrag auch ab. – Vielen Dank!

(Beifall CDU, BIW)

Vizepräsidentin Dogan: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über den Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP mit der Drucksachen-Nr. 19/1692 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Abgeordneter Öztürk [SPD, fraktionslos])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, BIW, Abgeordneter Schäfer [LKR], Abgeordneter Tassis [AfD])

Stimmenthaltungen?

(DIE LINKE)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Nun lasse ich über den Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nr. 19/1823 abstimmen.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, FDP, BIW, Abgeordneter Schäfer [LKR], Abgeordneter Tassis [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Abgeordneter Öztürk [SPD, fraktionslos])

Stimmenthaltungen?

(DIE LINKE)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

**Fortschreibung des Klimaschutz- und Energieprogramms – Mitteilung des Senats nach § 5 Absatz 4 des Bremischen Klimaschutz- und Energiegesetzes (BremKEG)
Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2018
(Drucksache [19/1974](#))**

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Lohse.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer das Wort.

Abgeordnete Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Klimawandel ist eines der größten globalen Probleme, von dem die ganze Menschheit betroffen sein wird. Dass das nicht nur blanke Theorie ist, was der Klimawandel mit sich bringen kann, das merken wir auch jetzt schon. Wir bekommen die Folgen jetzt schon zu spüren oder zumindest einen Vorgeschmack. Ob es der sehr heiße Sommer im letzten Jahr war oder der extreme Schneefall vor zwei Wochen in Bayern und Österreich, den es in diesem Ausmaß noch nie gegeben hat, wir sehen, die Wetterereignisse werden einfach extremer. Und es gibt auch jetzt zum ersten Mal Menschen weltweit, die ihre Häuser, ihre Heimat aufgrund des gestiegenen Meeresspiegels verlassen müssen. Es ist also Zeit, zu handeln und die Ziele des Pariser Klimaabkommens schnellstmöglich umzusetzen.

Eines ist auch sicher: Es liegt jetzt an uns, an unserer Generation, noch etwas zu ändern. Für unsere

Kinder wird es so sein, dass sie die Folgen dann tragen müssen. Deswegen finde ich es im Übrigen auch gut, dass die Schülerdemonstrationen hier stattfinden, dass Schüler auf die Straße gehen und für mehr Klimaschutz demonstrieren, denn es geht um ihre Zukunft, meine Damen und Herren.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Bremen hat sich 2009 mit dem ersten Klimaschutz- und Energieprogramm vorgenommen, bis zum Jahr 2020 circa 40 Prozent CO₂ im Vergleich zu 1990 einzusparen. Dann muss man jetzt offen und ehrlich, selbstkritisch und auch schonungslos sagen: Bremen hat die Ziele des Klima- und Energieprogramms 2020 einfach stark verfehlt. Das ist eindeutig schlecht und es muss deutlich besser werden.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt gibt es Punkte, mit denen man Erklärungsversuche starten kann. Wir haben ja schon oft in der Deputation darüber diskutiert, warum wir in Bremen nicht so viel CO₂ eingespart haben, wie wir wollten. Das hat unter anderem etwas damit zu tun, dass die Mobilität nicht so ausgelegt war, wie wir es uns gewünscht haben. Aber es hat auch etwas damit zu tun, dass wir zum Beispiel eine sehr moderne Müllverbrennungsanlage haben und viel Abfall aus der Region, aus Niedersachsen, hier in Bremen mit verbrennen. Das ist erst einmal für das Klima global gut, aber es ist schlecht für die Bremer Statistik.

In Wahrheit helfen diese Erklärungsversuche aber auch nicht. Wir brauchen jetzt eine Antwort, wie es mit dem bremischen Klimaschutz weitergehen soll. Die Antwort kann nur sein, dass wir einerseits an den Zielen festhalten und andererseits das KEP bis 2030 fortschreiben und einen Strauß guter Projekte auch umsetzen müssen. Ich sehe da vor allen Dingen drei Komponenten: einmal die Energieversorgung, die Mobilität und die Energieeffizienz für Gebäude.

Wir wissen alle, dass Kohlekraftwerke sehr klimaschädlich sind. Es ist meines Erachtens Wahnsinn, dass diese antiquierte Energieform noch betrieben wird oder für sie sogar noch Wälder wie der Hambacher Forst gerodet werden sollen. Meine Damen und Herren, hinaus aus der Kohle, und zwar jetzt! Das muss eigentlich das Credo für uns alle sein.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Dann möchte ich an dieser Stelle auch einmal sagen, dass es in der letzten Woche im „Weser-Kurier“ einen Gastbeitrag von Herrn Stahmann von der IG Metall gab, in dem er angezweifelt hat, dass es realistisch sei, in Bremen in den nächsten fünf Jahren aus der Kohlekraft auszusteigen. Das ist eine realistische Forderung, die wir aufstellen. Die swb AG sitzt ja selbst daran und plant ihren Kohleausstieg. Wir wissen alle, der Fernwärmeausbau ist dafür absolut notwendig. Er wird deswegen auch von uns befürwortet, auch, und das ist richtig, wenn wir die umwelt- und anwohnerverträglichste Trassenführung dafür haben wollen und darauf beharren.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Im Bereich Gebäudesanierung liegt ein großes Potenzial. In der vorletzten Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft gab es eine Vorlage, aus der hervorging, dass bei einem Investitionsvolumen von 50 Millionen Euro die Hälfte des CO₂ im öffentlichen Gebäudebestand in Bremen eingespart werden kann. Ich finde, es lohnt sich, das ist gut für das Klima und es ist im Übrigen auch gut angelegtes Geld, da die Energiekosten drastisch gesenkt werden könnten. Es rechnet sich.

Was sind weitere Punkte des KEP, also des Klimaschutz- und Energieprogramms? Das ist der weitere Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Wir haben hier schon oft diskutiert, dass es ungünstig ist, wenn der Bund weiter gerade die Offshore-Windenergie deckelt, aber auch jetzt noch einmal im Solar-Energiebereich Einschnitte vornimmt. Das muss der Bund dringend ändern.

Wir brauchen den weiteren Ausbau der dezentralen Kraft-Wärme-Kopplung, die Weiterführung der Aktivitäten zur Minderung der CO₂-Emissionen im Unternehmensbereich durch die Steigerung der Energieeffizienz. Ich werde nicht müde, das Beispiel der Stahlwerke zu nennen, die nämlich in den letzten Jahren wirklich Geld in die Hand genommen haben, um ihr Gichtgas, um das Konvertergas zu nutzen, um den anfallenden Kohlenstaub als Reduktionsmittel zu nutzen. Das zeigt, dass man wirklich viel CO₂ in solchen Unternehmen einsparen kann. Und wir brauchen eine Fortsetzung der Aktivitäten zur Minderung der CO₂-Emissionen im Verkehrssektor.

(Glocke)

Ich komme sofort zum Schluss. Ich könnte jetzt noch viele Beispiele aufzählen, die Glocke hat geklingelt.

(Abgeordneter Strohmann [CDU]: Das wäre ja einmal spannend!)

Aber auf einen letzten Punkt möchte ich trotzdem noch kurz eingehen. Wir finden es richtig, dass der Senat einen ressortübergreifend nutzbaren Fonds zur Co-Finanzierung von Klimaschutzprojekten einrichten will, nämlich Projekte, die aus Mitteln des Bundes und der EU gefördert werden. Da soll ja bis März das Ergebnis der Prüfung vorgelegt werden und wir halten es für sinnvoll, weil damit dann auch größere Klimaprojekte in Bremen gefördert werden. Also, meine Damen und Herren, lassen Sie uns beim Klimaschutz in Bremen an einem Strang ziehen, und zwar jetzt. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, jeder Einzelne kann etwas dazu beitragen.

(Abgeordneter Strohmann [CDU]: Wir sind bereit!)

Aber Bremen auch und da ist vor allen Dingen die Politik gefragt –

(Glocke)

mit mutigen Entscheidungen. – Herzlichen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Janßen.

Abgeordneter Janßen (DIE LINKE)¹⁾: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete! Das Deutsche Rote Kreuz hat im letzten Jahr nach eigenen Angaben die Hälfte ihrer Operationen wegen wetterbedingter Katastrophen durchgeführt. Und nach ihren Angaben sind bereits im Jahr 2016 23,5 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht vor Folgen des Klimawandels, vor Dürren, Sturmfluten, Überschwemmung oder Verwüstung ganzer Landstriche. Die Klimakatastrophe betrifft insbesondere die Menschen des globalen Südens, während der globale Norden unzureichende Anstrengungen unternimmt, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren, und im Zweifelsfall aber auch das Geld hat, die Hochwasserschutzmaßnahmen zu intensivieren, während dem globalen Süden diese Maßnahmen oft in diesem Maße nicht möglich sind.

Das Pariser Klimaschutzabkommen verpflichtet die internationale Staatengemeinschaft auf die Begrenzung der Zunahme der Temperatur auf 1,5 Grad und ruft zu entschlossenen Maßnahmen auf. Der Weltklimarat der UN spricht davon, dass die CO₂-Emissionen zwischen den Jahren 2010 und 2030 um 45 Prozent reduziert werden müssten, um das überhaupt noch zu realisieren.

Kommen wir an dieser Stelle in unser Bundesland. 13,6 Prozent, das ist die letzte Zahl des Zwischenstands der CO₂-Emissionen des Jahres 2016 in dem CO₂-Monitoring aus dem letzten Jahr. Das ist das Zwischenziel auf dem Weg zum eigentlichen Ziel der CO₂-Reduktion um 40 Prozent bis 2020. Aus dem Bremischen Energieschutz- und Energiegesetz aus dem Jahr 2015 ist ja das KEP entstanden, das Klima- und Energieschutzprogramm, in dem Maßnahmen entwickelt wurden, wie hier dieses 40-Prozent-Ziel erreicht werden könnte.

Gewirkt hat das Ganze nur mäßig, denn selbst die Gutachter des Senats, die ja jetzt immer noch überlegen, wie es bis 2020 noch funktionieren könnte, gehen davon aus, dass möglicherweise 16 von 40 Prozent erreicht werden können. Auch wenn wir am Ende bei 18 Prozent liegen, können wir feststellen, mit 16 oder 18 von 40 Punkten würde man in der Schule und an der Universität durch jede Prüfung fallen. Der Senat ist mit seiner Klimapolitik und mit den hier verankerten Zahlen durchgefallen. Das Einfachste ist immer, festzustellen, wenn man ein quantitatives Ziel nicht erfüllt. Das ist erst einmal einfach. Die Frage ist: Woran liegt es? Woran hat es gelegen?

Es sind von Frau Dr. Schaefer gerade schon ein paar Punkte angemerkt worden. Ich will auch nur auf wenige Bereiche eingehen. Ein Bereich ist mit Sicherheit der Verkehr. Hier ist eine Verkehrswende nicht gelungen. Wenn wir weiterhin Spritschlucker wie SUVs auf den Straßen haben, wenn auch der Güterverkehr weiterhin auf der Straße bleibt und weniger auf die Schienen verlagert werden kann, wenn ÖPNV und Radverkehr und Intermodalität nicht so gefördert werden, um eine Verkehrswende zu ermöglichen, dann haben wir auch im Bereich Mobilität und Verkehr nicht die Einsparungen, die eigentlich nötig wären, um ein solches Ziel zu erreichen.

(Beifall DIE LINKE)

Wirklich bemerkenswert ist es ja, wenn man sich die Zahlen des CO₂-Monitorings im Detail an-

schauf, welche Bereiche in der Zeit zugelegt haben. Dort sehen wir, dass das vor allen Dingen die sogenannten sonstigen Wirtschaftsbereiche sind. Das ist in erster Linie die Müllverbrennung. Damit liegt Bremen auch im Bundestrend. Es ist nicht so, dass das nur ein bremisches Problem ist. Ja, es ist richtig, Bremen als Oberzentrum verbrennt natürlich auch Müll, der nicht in Bremen entstanden ist. Aber seit 1994 haben sich unter anderem der Plastikmüll und auch andere Müllsorten in Deutschland verdoppelt. Die Müllmengen sind enorm. Auch wenn wir nicht mehr deponieren wie früher, was gut ist, stagnieren die Recyclingquoten. Die stoffliche Verwertung findet nicht in dem Rahmen statt, in dem es eigentlich nötig wäre, um CO₂-Emissionen durch eine thermische Verwertung, also durch eine Verbrennung, zu reduzieren. Die positiven Effekte, die wir haben, die gibt es ja durchaus auch, also wenn man sich die GEWOBA oder die BREBAU anschaut oder auch die Wärmesparte betrachtet, gibt es dort durchaus Verbesserungen, die auch über den eigentlichen Zielzahlen liegen. Aber das fängt überhaupt nicht auf, wie gravierend die Zielzahlen in anderen Bereichen unterschritten sind und wie gravierend deshalb diese Zielerreichung verfehlt wird.

Deshalb müssen wir auch feststellen, bis 2020 sind natürlich keine dieser Ziele mehr zu erreichen. Aber aus dieser Erkenntnis müssen wir doch jetzt den Blick auf die Zeit danach, auf 2030, auf 2040, legen. Das ist eigentlich auch eine gesetzliche Verpflichtung.

(Beifall DIE LINKE)

Deshalb fand ich es in der Vorbereitung für die Debatte spannend, sich noch einmal dieses tatsächlich sehr umfangreiche Papier anzuschauen, insgesamt 443 Seiten Material. Was sind diese 443 Seiten Material eigentlich? Es handelt sich um ein Gutachten der Prognos AG aus dem Jahr 2017. Es handelt sich um eine Dokumentation des Workshops Klimakonferenz aus dem Februar 2016. Es handelt sich um eine Auswertung der Maßnahmen zwischen 2010 und 2016, außerdem das Klimaschutzprogramm noch einmal als Anlage und das Neueste, das CO₂-Monitoring aus dem Jahr 2018. Ich möchte noch einmal kurz aus dem Gesetz zitieren, das übrigens noch einmal im Anhang ist. Dort heißt es: „Der Senat legt im Rahmen der Fortschreibung – also das, was wir heute machen – des KEP, bis spätestens zum 31. September 2018 für 2030 quantitative Zwischenziele fest, die geeignet sind, das Ziel bis 2050 zu erreichen.“

(Glocke)

Diesen Anspruch erfüllt diese Vorlage einfach überhaupt nicht.

(Beifall DIE LINKE)

Dazu steht gar nichts darin.

Ich fasse mich kurz, in diesem Papier ist so eine Art Best-of dessen, was wir in den letzten Jahren eigentlich einmal aufgeschrieben haben. Das ist ja auch nett, damit habe ich ja gar kein Problem. Dieses Papier erfüllt aber nicht den Zweck, den dieses Papier erfüllen sollte, nämlich eine Fortschreibung des KEP inklusive neuer quantitativer Ziele als Zwischenschritte zur Erreichung der Zahlen bis 2050. Deshalb ist dieses Papier nicht geeignet, auch wenn darin einige gute Maßnahmen stehen. Deshalb ist dieses Papier aber nicht geeignet, den Klimaschutz sinnvoll fortzuschreiben, sondern stellt einfach nur fest, wir erreichen die Ziele bis 2020 nicht. Wie es weitergeht? Völlig offen! – Vielen Dank!

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Crueger.

Abgeordneter Crueger (SPD): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Danke, Kollege Janßen, für diesen flammenden Appell, dass wir bis 2050 denken müssen. Ich glaube, wenn wir einen Fehler in der Debatte über das Klima nicht machen dürfen, dann den, uns zu sehr davon beeindrucken zu lassen, wie das Wetter im letzten und vielleicht vorletzten Sommer war und wie es in diesem und vielleicht dem nächsten Winter sein wird. Denn das ist Wetter, und das schwankt erheblich.

(Beifall SPD, FDP)

Das, worauf es ankommt, ist das Klima, und das ist die Perspektive 30 Jahre und länger. Und ich warne immer davor, dass wir uns, nur weil gerade ein warmer Sommer war, was sehr wahrscheinlich etwas mit dem Klimawandel zu tun hat, argumentativ zu stark darauf verlassen und sagen: Seht her, liebe Leute, deshalb müssen wir etwas für das Klima tun. Wenn die nächsten zwei Sommer verregnet und nass werden – und das erlebt man in Norddeutschland ja häufiger und das wird mit statistischer Wahrscheinlichkeit auch passieren –, dann sagen

all die, denen wir gerade gesagt haben, wegen dieses Sommers muss jetzt etwas für den Klimaschutz passieren: Was wollt ihr denn, es ist doch wieder schön kühl und nass. Also, wir müssen tatsächlich längerfristige Perspektiven haben und dazu gehört auch, bis 2050 zu denken und zu handeln.

Ich glaube, das Vorbild des Landes Berlin ist da ein durchaus taugliches. Die haben in ihrem Klimaschutzgesetz, wenn mich nicht alles täuscht, schon vor zwei Jahren beschlossen, dass sie Berlin bis 2050 zu einer klimaneutralen Stadt, zu einem klimaneutralen Bundesland machen wollen. Und ich glaube, Berlin ist auch deshalb ein gutes Beispiel, weil es sich um einen Stadtstaat handelt, auch einen Stadtstaat, der durchaus Industrien hat, vielleicht im Verhältnis pro Kopf nicht so stark wie Bremen, Kollege Reinken schüttelt schon mit dem Kopf, aber es ist ein Stadtstaat. Sie haben also wenig Fläche, viel Urbanität und sie haben auch Industrie.

(Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP]: Verhältnismäßig wenig!)

Ich glaube, dass das das zweite Problem ist, über das wir uns im Kontext des Klimaschutzes und des Erreichens unserer Ziele Gedanken machen müssen. Nämlich, dass wir als Stadtstaat, der industriestark ist, auf der anderen Seite dieser industriellen Stärke und auch dieser Stärke im verarbeitenden Gewerbe natürlich auch gewisse Schwierigkeiten beim Klimaschutz zu verdanken haben. 6,5 Prozent Zuwachs in den letzten Jahren im verarbeitenden Gewerbe sind toll, aber 6,5 Prozent Zuwachs im verarbeitenden Gewerbe bedeuten nun einmal auch, dass der rechnerische Korridor, der sich einmal ergeben hat, von dem man gesagt hat, wir erreichen unsere Szenarien, wir erreichen unsere Ziele, dass der plötzlich ins Wanken gerät. Das sagt die Vorlage ja auch ganz deutlich. Deshalb müssen wir zum einen das im Blick behalten, müssen uns aber zum anderen auch fragen, was eigentlich der Fußabdruck eines Krankenhauses, eines Krankenhausbettes ist. Was ist der Fußabdruck eines Theaters? Was ist der Fußabdruck eines Arbeitsplatzes im Lande Bremen, wenn wir aus Niedersachsen im Bereich der Arbeitsplätze 44 Prozent Einpendler haben? Wenn wir ungefähr 40 Prozent Belegung unserer Krankenhausbetten mit Patientinnen und Patienten aus Niedersachsen haben?

Da sind wir als Bremer ganz klassisch ein zentraler Ort, erfüllen viele Funktionen für das Umland, die es dementsprechend im Umland so gar nicht gibt.

Aber an all dem hängt auch so ein kleiner klimatischer Preis, den wir in unserer Bilanz wiederfinden, der in der niedersächsischen Bilanz nicht auftaucht. Deshalb, glaube ich, ist es eine ganz wichtige Prämisse für unsere Politik, Bremen und Niedersachsen, diese Stadt-Umlandbeziehung analytisch zu denken und auch ins Handeln einzubeziehen.

(Beifall SPD)

Ich glaube, dass man das direkt aufgreifen kann. Es wurde ja schon erwähnt bei der Müllverbrennung, das ist so ein ganz klassisches Beispiel. Wir verbrennen den Müll des Umlands, sind da aber eigentlich auch auf der guten Seite. Also, wir handeln moralisch richtig, wenn wir mit einer modernen Anlage möglichst viel Müll verbrennen. Zum einen ist eine ausgelastete Anlage immer eine effiziente Anlage, zum anderen ist hoher technologischer Standard immer gut, auch beim Thema Müllverbrennung. Trotzdem ist es natürlich klimatisch eine Aufgabe, das Thema Müllreduktion, das wir hier in der Bürgerschaft auch schon häufiger debattiert haben, weiter energisch voranzubringen. Und siehe da, seit letztem Jahr kommt da von der EU auf einmal viel Rückenwind. Also bleibt das eine Aufgabe. Aber es ist trotzdem gewiss, wenn der Müll aus Niedersachsen kommt, können wir da noch nicht einmal unsere legislatorischen Arme hinstrecken, sondern der Müll, der von dort kommt, wird auch verbrannt werden, solange unsere Anlage hier Kapazitäten hat.

(Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP]: Ich glaube, selbst die wissen, dass man Klimaschutz machen muss!)

Das ist tatsächlich eine Aufgabe, über die wir noch eine ganze Zeit reden werden.

Ein Hinweis vielleicht noch Richtung der FDP-Fraktion. Sie werden ja mit mir sicherlich einer Meinung sein, wir haben beim Thema Klimapolitik manchmal etwas unterschiedliche Positionen. Aber es ist ja auch da gut. Wir haben hier Industrie mit hohem technologischen Standard, die fertigt oder die im Fall der Müllverbrennungsanlage verbrennt. Und es ist ja besser, dass das hier unter guter Aufsicht, mit guten technologischen Standards, auf dem besten technologischen Niveau, das im Moment möglich ist, gemacht wird, als wenn es irgendwo anders auf der Welt gemacht würde. Beim Thema Abfall ist es ja auch gern einmal so, dass Abfälle irgendwohin verschifft werden, wo sie möglichst weit weg sind.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP])

Da sind wir uns ja einig. Besser, es wird hier mit guten Standards gemacht, als dass wir es irgendwohin verschiffen, nur damit unsere Bilanz sauber bleibt.

(Beifall SPD – Glocke)

Ich komme zum Schluss. Ich glaube, die Lösung liegt wie bei so vielem im Bereich Technologie. Und wenn wir hier gleich noch Leidenschaft in der Debatte entwickeln, würde ich das in einer zweiten Runde vertiefen. Ich habe es auch schon ein paar Mal gesagt, Digitalisierung, synthetische Biologie sind die Themen. Dieter Reinken nickt, enge Verzahnung von Wirtschaft und Umwelt macht Sinn. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abgeordneter Strohmann (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt Debatten, die sind so, wie sie sind.

(Abgeordnete Böschen [SPD]: Das ist bei jeder Debatte so, dass sie ist, wie sie ist!)

Man führt sie, glaube ich, auch jedes Jahr aufs Neue, so wie sie sind. Diese Debatte kommt mir so ein bisschen vor wie die vorige. Ich glaube, wir hätten eigentlich auch die Protokolle vor vier Jahren austauschen können, das wäre dann auf das Gleiche herausgekommen. Genau das ist das Entscheidende. Uns ist ja allen klar, wir schalten die Kohlekraftwerke ab, Müllverbrennung erfolgt nicht mehr, wir kippen alles in die Weser, was auch immer, und wir hätten das Problem gelöst.

(Abgeordnete Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hat ja auch keiner gefordert!)

Nein, das wäre ja auch noch schöner, obwohl, zutrauen würde ich Ihnen das, jedenfalls das Erste, Frau Dr. Schaefer. Die entscheidende Frage ist aber, Frau Dr. Schaefer: Wenn man sich höhere Ziele setzt, schon wohl wissend, dass die Wahrscheinlichkeit gering ist, sie einzuhalten, dann muss man sich irgendwann einmal fragen, was wir wenigstens getan haben, um den Trend ein bisschen abzuschwächen. Uns allen war klar, dass die Kohlekraftwerke hier in Bremen nicht so einfach abgeschaltet werden können. Es gibt vertragliche Bindungen. Ich glaube, dass wir uns alle einig sind,

dass wir sie so schnell wie möglich abschalten müssen. Das ist aber auch ein Thema, das wir hier, glaube ich, nicht allein lösen werden.

Dann haben Sie gesagt, Energiegewinnung, das habe ich gerade angesprochen, effizient. Völlig richtig, dort sind die meisten Potenziale, und da müssen Sie sich als Regierung fragen: Was haben Sie in den letzten zwölf Jahren gemacht? An welcher Stelle ist bei Renovierungen intensiv auf das Thema geschaut worden? Dort haben Sie nämlich auch immer – –, am besten noch ein Haus bauen, das noch Energie erzeugt, anstatt lieber einmal in der Fläche zu schauen, in der G-Effizienz zu unterstützen, dass man das stabilisieren und senken könnte. Nein, was machen Sie zum Thema Mobilität? Es gibt einiges, das man machen könnte. Sie diskutieren und schimpfen. Das haben Sie jetzt nicht persönlich gesagt, wahrscheinlich weil Sie den Teil Mobilität nicht mehr geschafft haben, das hat Herr Janßen übernommen, immer so auf den SUV zu schlagen. Herr Senator Dr. Lohse hat es auch in einem Interview der „taz“ vorgetragen. Jetzt nehmen wir einmal an, ab 27. Mai 2019 Rot-Rot-Grün, Sie verbieten SUVs in dieser Stadt. Welchen Effekt hätte das für das Klima? Der wäre nicht vorhanden.

Einfach einmal zu überlegen, an welcher Stelle können wir kleinteilig – – und ich möchte es nicht immer wieder zur Sprache bringen, dass Sie in den letzten zwölf Jahren in dieser Stadt keinen Meter Straßenbahn neu gebaut haben, das wäre zum Beispiel zur Mobilität das Richtige.

(Beifall CDU)

Vielleicht können Sie mir noch einmal erklären, wo es Modellversuche gibt. Auf die Autos und die SUVs zu schimpfen ist das eine. Es blendet aber aus, dass sich die Mobilität komplett verändert hat und dass die Verkehre zugenommen haben. Da reden wir zum Beispiel über die Lieferverkehre, DHL und wie sie alle heißen. Was haben wir da zum Beispiel mit Projekten gemacht? Das wäre zum Beispiel ein Pilotprojekt zum Thema Belieferung, dass nicht jeder Transporter bis zur Haustür fährt, sondern es eine zentrale Anlieferung gibt und weiter mit Fahrrad. Mit solchen Projekten können Sie etwas realisieren.

(Abgeordnete Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Sind wir für DHL zuständig?)

Nein, aber das können Sie einmal anbieten. Was denn sonst? Sie haben es noch nicht einmal versucht. Sie schimpfen nur auf die SUV-Fahrer, dann ist Ihre Welt in Ordnung, reden über das Weltklima und dies und das. Wenn man Sie fragt, was Sie, nicht Sie persönlich, sondern Sie als Koalition, geleistet haben, dann ist kein Ergebnis vorhanden.

(Beifall CDU, FDP, BIW)

Selbst bei solchen Punkten wie dem Aufbau des ÖPNV, Umrüstung. Sie gehen immer auf E-Mobilität.

(Abgeordnete Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das mit der E-Mobilität sind Sie!)

Das wird so nicht funktionieren. Zum Beispiel Projekte wie Bremerhaven-Bus, Gasantriebe, das ist auch ein wichtiges Thema. Haben Sie die einmal unterstützt? Nein, das ist ja Bremerhaven, dann wird das einmal übrig gelassen. Sie reden nur. Gemacht haben Sie nichts. Und das ist im Grunde genommen das Problem. Wenn es nur zwei, drei Prozent besser geworden wäre, hätten wir uns hier alle wenigstens ein bisschen feiern können. Ich will nur sagen, dann hätten wir uns hier ein bisschen gemeinsam feiern können. Ich weiß schon, was Sie reden, und das habe ich schon damals gesagt, als das Gesetz vorgestellt wurde. Sie schreiben hier, dafür müssen Bäume sterben, weil Sie wieder sinnlos Papier vollschreiben. Und im Effekt, im Handeln, was Sie ja fordern – „Zeit zum Handeln“ war Ihre Überschrift –, da muss man sagen, die ist bei Ihnen nicht vorhanden. – Vielen Dank!

(Beifall CDU, BIW)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist deutlich geworden, dass die Anstrengungen, die lokal, national, aber auch international unternommen werden, um den Klimawandel abzuwenden, nicht ausreichen. Wir brauchen nicht darüber zu reden, welche Wetterereignisse es gibt, da bin ich ganz bei Ihnen, Herr Kollege, sondern wir müssen überlegen, welche Entwicklungen es gegeben hat.

Die Zahlen für Bremen kenne ich nicht, aber seit Beginn der Industrialisierung ist es so, dass die durchschnittliche Temperatur in Niedersachsen um 1,5 Grad gestiegen ist. Ich glaube, das war in

Bremen nicht sehr viel anders. Die Blüte der Obstbäume ist im Jahresverlauf vorgerückt – ein eindeutiges Zeichen dafür, dass sich das Klima gewandelt hat.

Solche Ereignisse und Daten machen deutlich, dass sich etwas ändert, und wir müssen uns darauf einstellen. Wir müssen unsere Anstrengungen der Klimaanpassung erhöhen. Küstenschutz ist eines der Themen, das da eine ganz wichtige Rolle spielt. Hierbei kommen wir gar nicht darum herum, aktiv zu werden, weil der Klimawandel schon da ist und wir ihn nur noch auf ein menschenmöglich erträgliches Niveau eindämmen können.

Eines muss bei allen Anstrengungen, die wir unternehmen können, auch klar sein: Wir müssen wissen, dass wir es nicht allein schaffen können. Auf der anderen Seite müssen wir schauen, welche die effizienten Maßnahmen sind, die wir weltweit ergreifen können und die wir auch weltweit unterstützen können. Das heißt aber noch lange nicht, dass wir nicht lokal handeln können und müssen, weil wir natürlich auch hier beispielhaft Technologie einsetzen und nutzen können.

Die Abschaltung der Kohlekraftwerke ist angesprochen worden, die die SWB und EWE gemeinsam anstreben. Das ist eine gute Maßnahme, die aber einige Voraussetzungen hat: Die Notwendigkeit, die Fernwärme dann anders zu erzeugen, ist angesprochen worden. Deswegen ist Müllverbrennung auch kein Übel, denn dabei entsteht die Wärme, die wir an der Stelle brauchen. Die Frage ist nur: Lassen wir aus der Müllverbrennung das CO₂ entweichen oder gehen wir den nächsten technologischen Schritt und nutzen dieses CO₂, indem wir es einfangen, abtrennen und beispielsweise zur Erzeugung von synthetischem Erdgas nutzen? Das wäre eine Maßnahme, die wir perspektivisch ergreifen sollten, damit das CO₂ nicht ungenutzt in die Umgebung entweicht. In der Luft ist es weit weniger konzentriert. Man sollte es nutzen, beispielsweise wenn man es für solche synthetischen Kraftstoffe gewinnen will.

Insofern müssen wir auch dort die nächsten technologischen Schritte denken und überlegen, ob wir sie hier in Bremen mit entwickeln oder ob wir sie dann, wenn sie an anderer Stelle entwickelt worden sind, hier einsetzen wollen. Gleiches gilt für das Mittelkalorik-Kraftwerk.

Aber wenn wir die Kohlekraftwerke ersetzen wollen, brauchen wir auch noch eine andere Voraussetzung: Wir brauchen verlässliche erneuerbare

Energien. Die sind nicht verlässlich, wenn es um Wind und Sonne geht, auch wenn wir sie weiter ausbauen müssen, das wissen wir. Das heißt, wir brauchen Speicher, wir kommen um Speicher nicht herum. Wir müssen uns überlegen, ob die Speicher im Umland dafür ausreichen oder wie wir hierfür selbst Zwischenspeicher schaffen. Wir werden in Bremen sicherlich keine Kavernen im großen Stil für die Speicherung von Wasserstoff errichten, aber ohne Wasserstoff, glaube ich, kommen wir an der Stelle nicht weiter.

Der Verkehrssektor ist angesprochen worden. Der Verkehrssektor hat in der Tat noch nicht zur Treibhausgasreduktion beigetragen. Aber dann verteuern wir doch bitte nicht Elektro- und Wasserstoffmobilität, insbesondere wenn das die Produkte sind, die helfen, Treibhausgase zu vermeiden, und wenn diese Produkte dann bei Mercedes in Bremen gebaut werden.

(Beifall FDP)

Wir wollen doch, dass die genutzt werden können und dann hier auch fahren. Wir brauchen die Technologie und wir brauchen dann entsprechende Sachen.

Erdgasbusse sind angesprochen worden, die werden in anderen Städten mit Biogas betrieben. Da kann man Wasserstoff hinzumischen, wenn es denn der richtige Bus ist. Der Senat könnte sich dafür einsetzen, dass auf den nicht elektrifizierten Strecken, die durch Bremen führen, also nach Soltau oder über Wildeshausen nach Osnabrück, in Zukunft bei den nächsten Ausschreibungen Wasserstoffzüge oder batteriebetriebene Züge ausgeschrieben werden, die erneuerbare Energien einsetzen. All diese Maßnahmen könnte der Senat ergreifen, damit wir beim Klimaschutz vorankommen und diese Möglichkeiten nutzen.

Ebenso sind wir ein großer Luftfahrtstandort. Der Senat könnte sich gemeinsam mit dem Konzern Airbus und den Luftfahrtgesellschaften engagieren, um die Frage zu klären, wie wir den Luftverkehr nachhaltiger und klimafreundlicher gestalten, denn die Verzichtsmethodik, die andere immer wieder predigen, teilen wir Freien Demokraten nicht. Wir wollen weiter ein erfolgreicher und zukunftssträchtiger Luftfahrtstandort bleiben. Aber dann heißt es: Auch dort müssen wir von dem fossilen Kerosin weg und hin zu nachhaltigen Treibstoffen.

(Glocke)

Die kann man synthetisch aus Wasserstoff und Kohlenwasserstoffen erzeugen – ich will hier keine Chemielehrstunde geben –, aber man kann auch batteriebetrieben fliegen.

(Glocke)

Und man kann auch überlegen, ob man mit Wasserstoff fliegen kann. Diese Entwicklungen sind auf dem Weg. Was ich andeuten wollte, und das will ich gern weiter mit Ihnen hier diskutieren: Wir brauchen auch Technologie.

(Glocke)

Wir sind ein Industriestandort und wir wollen das bleiben. Wir können es bleiben, wir können mit Industrie und Klimaschutz weiter Wertschöpfung und Arbeitsplätze haben. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

Abgeordnete Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Jetzt kommt ja doch noch einmal etwas Emotionalität in diese Debatte. Wenn ich mir die Redebeiträge anhöre, von Herrn Buhlert, vor allen Dingen aber auch von Herrn Strohmann, dann habe ich das Gefühl, Sie unterstellen mir, ich würde SUVs verbieten. Das habe ich nicht gemacht.

(Zwischenruf Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP])

Als gebe es nur Schwarz oder Weiß. Wenn man Sie hört, Herr Strohmann – wir haben ja nun deutlich eingestanden, dass wir die Klimaziele stark verfehlt haben –, dann hat man das Gefühl, in Bremen ist kein Gramm CO₂ eingespart worden. Das ist nicht so. Darauf ist Herr Janßen ja sehr dezidiert eingegangen, dass es etwa 13 Prozent sind. Aber wir hätten auch 18 Prozent einsparen können, es würde nicht reichen und das würden Sie uns auch zu Recht vorhalten. Aber dass Sie dann sagen, wir müssten auf die DHL einwirken, das finde ich dann, ehrlich gesagt, schon etwas skurril. Wir können und müssen vor allen Dingen erst einmal nur auf die Bereiche im öffentlichen Bereich einwirken, auf die wir auch Einfluss haben.

Jetzt ist zu Recht die Verkehrswende angesprochen worden, auch der ÖPNV-Ausbau. Sie kennen diese Debatte um den Ausbau der Linien 1 und 8 ganz genau. Einige würden diese gern ausbauen,

andere in Huchting erst einmal nicht, weil der Ausbau der Linien 1 und 8 vor Ort eben nicht überall gut angesehen ist. Zur Wahrheit gehört aber auch, Herr Strohmann, dass das ganze Verfahren in Niedersachsen vor Gericht liegt und deswegen erst einmal nicht weitergeht. Die BSAG fährt schon lange mit Öko-Strom. Sich also hier hinzustellen und so zu tun, als ob alles in Bremen schlecht wäre – –. Denn das ist bei Weitem nicht so.

Zu den SUVs: Ich finde es ehrlich gesagt immer skurril, wenn ich solche großen Jeeps in der Großstadt sehe, als ob man irgendwo mitten im Dschungel oder in der Wüste wäre. Aber wissen Sie, wenn wir schon über Mobilität reden – und ich bin absolut für Mobilität, und die meisten Menschen wünschen sich Mobilität und wollen auch weiter mobil bleiben, aber eben klimafreundlich –, dann muss man doch über neue Antriebe reden. Und wenn hier so getan wird, Elektromobilität und Wasserstoffantriebe – –. Die deutsche Automobilindustrie hat an der Stelle die Entwicklung in den letzten Jahren wirklich verschlafen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Da sind doch andere in Asien sehr viel weiter. Deswegen kommt auch der Bus in Bremerhaven nicht aus einem deutschen Konzern, meine Damen und Herren. Das muss man doch auch einmal sehen und da sitzt die CDU in der Bundesregierung. Nicht nur Offshore deckeln, sondern man muss gerade für solche neuen Zweige viel mehr tun, für diese innovativen Antriebsstoffe, und nicht die ganze Zeit große Autos protegieren, die dann auch noch Dieselfahrzeuge sind und Umweltskandale hervorrufen, mit denen man als Bundesregierung auch nicht gut umgegangen ist.

Ich möchte jetzt als Letztes noch einmal auf etwas eingehen. Ach so, Herr Dr. Buhlert, ich wollte noch zum Thema Flugzeuge sagen: Wenn Sie sich die Debatten hierzu anschauen, dann werden Sie sehen, dass wir da, wo wir Einfluss genommen haben, nämlich auf die Gebühren im Flughafen, genau nach diesen Umwelt- und Klimastandards geschaut haben und die Gebühren danach erhoben werden sollen. Ich bin bei Ihnen, dass vielleicht Wasserstoff der Antrieb der Zukunft ist, aber Kerosin wird seit Jahren nicht ordentlich besteuert und das macht auch Fliegen so billig, das kann man auch einmal in so einer Debatte erwähnen. Hier hat auch niemand gestanden und gesagt, die Industrie müsse nicht ihren Beitrag leisten oder dass es ein Gegensatz wäre.

Ich habe das Beispiel der Stahlwerke genannt. Industrie und Unternehmen können sehr viel machen. Aber wenn wir, und das fand ich gut bei Herrn Janßen, uns noch einmal anschauen, wo zum Beispiel Müll herkommt, und wir auch immer eine Wachstumsdebatte führen, dann haben wir das Problem, dass mehr Konsum, mehr Wachstum auch einfach mit mehr Energieverbrauch und damit mit einer Belastung für das Klima einhergeht. Bei der Produktion, beim Transport und am Ende auch bei der Entsorgung wird CO₂ produziert.

Deswegen geht eigentlich auch Klimaschutz nur, indem wir uns dazu bekennen, dass wir an manchen Stellen einfach einsparen müssen und nicht weiter so wachsen können wie bisher.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte als Letztes sagen: Wir haben hier sehr kritisch diskutiert, auch an welchen Stellen wir vielleicht mehr hätten machen können oder müssen. Zu Recht wurde gesagt: Geprüft wurde jetzt genug. Ich möchte einfach, dass wir die Erkenntnisse aus diesen ganzen Prüfungen in Zukunft in die Umsetzung bringen. Deswegen ist die Zeit des Prüfens vorbei. Meine Stimme ist weg, ich habe mich verschluckt, Entschuldigung.

(Glocke)

Wir müssen jetzt in die Umsetzung kommen. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abgeordneter Strohmann (CDU): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Maike Schaefer! Eigentlich sind wir, was das angeht, ja auf der richtigen Seite. Mir geht es auch alles zu langsam, mich nervt meine Bundespartei auch manchmal, wie sie mit dem Kohleausstieg umgeht.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist einfach so. Das war aber nicht mein Vorwurf. Ich habe hier auch nicht behauptet, dass nichts passiert ist. Es stört mich bloß ziemlich, wenn hier immer groß ausgeholt wird, was man alles machen könnte, also immer der Senat des Konjunktivs, was in der Welt passieren müsste. Wenn man dann aber einmal nachfragt, was habt ihr in euren Städten gemacht, dann wird es ziemlich ruhig. Und

dann noch auf die SUVs zu hauen, es muss nicht jeder einen SUV fahren, –

(Abgeordnete Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie haben mit den SUVs angefangen!)

das ist SUV-Bashing!

(Abgeordnete Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich habe heute kein SUV-Bashing betrieben!)

Sie haben es ja nicht mehr geschafft und beim letzten Mal sind Sie bei der Mobilität ja gar nicht mehr dazu gekommen, aber Ihr Senator hat es in der Zeitung gemacht, Herr Janßen hat es gemacht und man hört es ja auch so.

(Lachen Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist so. Der Senator hat es gesagt. Sie haben es ja auch gerade gesagt, dass Sie das unmöglich finden. Das haben Sie gerade gesagt.

Das kann man ja alles so machen, aber noch sind wir ein freies Land, in dem nicht die politische Klasse bestimmt, welches Auto die Leute fahren. Das ist noch so. Aber man kann als politische Klasse dafür werben, man kann Pilotprojekte starten. Es spricht in dieser Stadt zum Beispiel keiner über die Entwicklung bei den Transportern, bei den Zuliefererverkehren.

(Abgeordnete Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Weil alle im Internet bestellen!)

Genau, das kann man auch nicht verhindern, dass die Leute im Internet bestellen, keine Frage. Man kann aber zum Beispiel – und da könnte das Viertel, wo ja so gute und engagierte Leute wohnen – ein Pilotprojekt machen. Ich glaube schon, dass die Zulieferer – es ist ja nicht nur DHL, es ist ja auch Hermes, wir machen hier ja keine Produktplatzierung – ein Interesse daran hätten, weil es auch betriebswirtschaftlich und hinsichtlich der Arbeitsabläufe vernünftig wäre. So etwas könnte man machen, haben Sie aber nicht gemacht. Jetzt einfach zu sagen: Das mit der Straßenbahn tut uns leid, wir hätten ja gern. Aber Sie haben nicht! Das reicht mir dann auch nicht. Das muss man dann auch sagen. Mich ärgert nur, dass Sie hier immer Weltverbesserungsreden halten.

(Abgeordnete Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie wollen die Welt ja nicht verbessern! Das ist ja das Schlimme!)

Wir haben konkrete Vorschläge gemacht, auch zur Effizienz. Wirklich, die ganze Sanierung der Sporthallen hätte man schon umsetzen können. Versuchen Sie doch einmal, eine Solaranlage auf eine Sporthalle zu bauen! Das ist in dieser Stadt unmöglich. Mit Immobilien Bremen geht es nicht. Das können Sie vergessen.

(Abgeordnete Krümpfer [SPD]: Doch, das geht!)

Frau Krümpfer, reden Sie doch nicht!

(Heiterkeit)

Zum Beispiel Anreize für diese Akteure zu schaffen, das wäre etwas, nach dem Motto: Wenn ihr Folgendes umsetzt, bekommt ihr von uns etwas. Das ist das, was wir machen können. Darum geht es mir im Grunde genommen. In dieser Hinsicht passiert noch zu wenig, da müssen wir viel mehr machen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich verspreche Ihnen, wir sind dazu bereit. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat Senator Dr. Lohse das Wort.

Senator Dr. Lohse: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist in der Tat ein bisschen ermüdend, diese Debatte immer wieder in ähnlicher Form zu führen. Ich möchte trotzdem versuchen, auch noch einmal ein paar neue Aspekte hineinzubringen, auch wenn es schon weit in Ihre Mittagspause gediehen ist.

Ich möchte einmal mit einem Bericht aus dem Dezember anfangen, als ich als Teil der deutschen Delegation bei der Weltklimakonferenz in Kattowitz war. Dort stand man in einem Spannungsfeld, was wirklich sehr bewegend war. Man hatte auf der einen Seite Menschen aus den pazifischen Inselstaaten, von den Fidschi-Inseln und dergleichen, die bewegende Geschichten erzählt haben, wie ihnen die Häuser ihrer Familien zwei- oder dreimal von den Fluten weggerissen worden sind und wie sie versucht haben, Familienangehörige, die an den Stränden verstreut angespült worden sind, wiederzufinden.

Das war die eine Seite, und auf der anderen Seite hat man gesehen, wie eine kleine Handvoll Staaten, insgesamt waren es vier, angeführt von den USA und Saudi-Arabien, vier Tage und Nächte lang die internationale Staatengemeinschaft in

Atem gehalten hat in der Frage, ob man den dramatischen Bericht des Weltklimarats begrüßen oder ihn zur Kenntnis nehmen möchte. Darüber kann man sich vier Tage streiten. Das ist das Spannungsfeld, in dem man sich auch international mit diesem Thema befindet. Das ist auch der Grund, weshalb es hier in Bremen nicht einfach ist, mit diesem Thema voranzukommen. Trotzdem haben wir – und Herr Strohmann, Sie haben danach gefragt, deswegen werde ich es auch noch kurz beantworten – eine ganze Menge gemacht in den letzten Jahren. Es ist auch für mich unbefriedigend, dass es nicht genügend war. Ich möchte noch einmal kurz darauf eingehen.

Sie haben den umfangreichen Bericht bekommen, welche Punkte aus dem Klimaschutzenergieprogramm 2009 alle umgesetzt worden sind. Man kann im großen Ganzen sagen, dass alles, was man sich damals vorgenommen hat, entweder vollständig oder weitestgehend umgesetzt ist. Das bezieht sich auf das Weserkraftwerk, das bezieht sich auf den Ausbau der Windenergie, den Ausbau der Photovoltaik, da sind die damals angenommenen Potenziale inzwischen um das Drei- bis Vierfache übererfüllt. Wir haben es auch durch das Solardachkataster unterstützt, das wir ins Internet gestellt haben, denn wir wissen auch: Es gibt auf bremischen Dächern noch fast hundertmal mehr Potenzial für Photovoltaik, als bisher schon realisiert ist. Dass das nicht alles realisiert ist, hängt natürlich auch mit dem zusammen, was die Bundesregierung mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz gemacht hat, durch das man die Bedingungen für den Ausbau von Photovoltaik für die Menschen sehr erschwert hat, die dazu grundsätzlich bereit sind.

Es ist auch die Stromerzeugung, die Effizienz in der Abfallverbrennung ausgeweitet worden. Gleichzeitig ist auch das Volumen ausgeweitet worden, das haben mehrere von Ihnen angesprochen, welches der bremischen Bilanz dann wieder schadet. Wir haben auch eine ganze Menge im Bereich der dezentralen Kraft-Wärme-Koppelung getan, die wir auch mit Förderprogrammen unterstützen. Was hier beispielsweise auch erwähnt wurde: Die Ökostrombeschaffung, die macht auch eine Menge aus, sei es bei der BSAG, sei es bei der gesamten Straßenbeleuchtung in Bremen, die vollständig mit erneuerbarem Strom CO₂-neutral betrieben wird. All das sind Maßnahmen, die wir durchgeführt haben. Wir haben die Beratungs- und Förderangebote für private Immobilieneigentümer und für Unternehmen. Wir haben im Bereich der „Partnerschaft Umwelt Unternehmen“ sehr viele Initiativen mit 185 Mitgliedsunternehmen gestartet. Über

70 000 Bremer Beschäftigte arbeiten in einem Unternehmen, das dieser Partnerschaft angehört. Dort zeichnen wir Betriebe aus, die es geschafft haben, innerhalb von fünf Jahren 20 Prozent CO₂ einzusparen. Wir haben einzelne Betriebe, die haben das schon fünfmal in Folge geschafft, andere Betriebe haben es leider überhaupt noch nicht geschafft. Da würde ich mir wünschen, dass da noch mehr Aktivitäten stattfinden.

Wir haben auch sehr viele Maßnahmen – und da sind wir mit der Umsetzung tatsächlich nicht dort, wo wir sein wollen – im Verkehrsentwicklungsplan, die auch der Energieeffizienz, dem Klimaschutz dienen, seien es die Premiumradrouten, sei es der Ausbau der Straßenbahnlinien, der auch mir zu langsam geht. Dort haben wir uns sehr viel vorgenommen.

Trotzdem sind die Monitoring-Zahlen so schlecht, wie sie sind. Herr Janßen hat die aktuelle Zahl genannt, die 13,6 Prozent. Ich gehe aufgrund der Überlegungen, die wir haben, der Gutachten, die uns vorliegen, davon aus, dass wir bis zum Jahr 2020 tatsächlich nur zwischen 16 und 18 Prozent CO₂-Minderung als Ergebnis bekommen werden. Wenn wir alles, was im Moment denkbar ist, alles das, was in den Klimakonferenzen erarbeitet worden ist – eine letzte hatten wir im September oder Oktober letzten Jahres –, machen, werden wir nicht besser sein als die voraussichtlichen 18 Prozent. Vielleicht sind es 20, aber mehr wird es nicht sein.

Dann muss man einmal schauen, woran das liegt. Wenn wir alles, was 2009 im Klimaschutzenergieprogramm stand, umgesetzt haben, woran liegt es dann, dass wir es nicht erreicht haben? Die zwei wesentlichen Dinge sind: Man ist damals von einer schrumpfenden Bevölkerung ausgegangen, und die Bevölkerung wächst. Das andere ist: Das Jahr 2009, wenn Sie sich erinnern, war auf dem Höhepunkt der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. In vielen Industriesektoren hatte man eine eingebrochene Produktion. Man ist nicht davon ausgegangen, dass sich die Wirtschaft so schnell erholen würde, wie sie das getan hat. Das ist einerseits erfreulich, auch hier in Bremen. Wir haben die höchsten Wachstumszahlen, wir haben auch die Beschäftigungseffekte, aber wir haben leider auch die CO₂-Effekte. Ich bringe das Beispiel gelegentlich, ich sage es noch einmal: Wenn ein Automobilhersteller 240 000 Fahrzeuge pro Jahr produziert und er wird 25 Prozent effizienter pro Fahrzeug, das er produziert, aber er steigert den Output auf 400 000

Fahrzeuge pro Jahr, dann sinken die CO₂-Emissionen an der Stelle nicht um 25 Prozent, sondern sie wachsen um 25 Prozent.

Das sind die Probleme, mit denen wir zu tun haben. Das ist nicht, weil wir untätig waren, sondern weil es Effekte gibt, die wir damals nicht im Blick hatten. Das heißt aber trotzdem nicht, dass wir uns entmutigen lassen dürfen, sondern dass wir die Anstrengungen steigern und schauen müssen, mit welchen Methoden, mit welchen Instrumentarien wir noch weiter vorankommen können. Das finden Sie in der vom Senat beschlossenen Fortschreibung des Klimaschutz- und Energieprogramms. Dort finden Sie viele Dinge, die wir umsetzen, die wir intensivieren wollen, sei es der Ausbau der Stromerzeugung auf Basis erneuerbarer Energien oder der Ausbau der dezentralen Kraft-Wärme-Koppelung, weitere Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung, auch zur Nutzung von Dächern für regenerative Energien und dergleichen, Maßnahmen im Bereich der Unternehmen, die Energieeffizienzstammtsche, von denen wir inzwischen einige haben, bei denen man aber weitere Dinge durchführen kann, dass Unternehmen im vorwettbewerblichen Bereich miteinander gemeinsam schauen, wie wir besser werden können.

Wir haben uns in der „Partnerschaft Umwelt Unternehmen“ das Thema nachhaltige Mobilität sowohl für die Pendler, die Arbeitskräfte, die in die Betriebe kommen, als auch für das operative Geschäft der Firmen vorgenommen. Wir haben die vielen Maßnahmen im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplans, Stärkung des Umweltverbundes, die wir uns vornehmen.

Nicht zuletzt möchte ich auch die erfolgreiche Arbeit unserer Energieagentur erwähnen, der Energiekonsens, die mit vielen Akteuren auch handlungsfeldübergreifend sehr erfolgreich arbeitet, die inzwischen enger mit den Kammern zusammenarbeitet, mit der Handelskammer, der Handwerkskammer. Das war mir ganz wichtig, dass das nicht ein Expertenkreis neben dem Mainstream ist, sondern dass man zusammenkommt, das Know-how zusammenbringt. All das sind wichtige Dinge.

Was ist jetzt das Neue im Bericht des Senats? Das ist zum einen die Verpflichtung der bremischen Gesellschaften, und zwar aller, jährliche Energieberichte zu erstellen. Ich berichte Ihnen gleich am Beispiel der GEWOBA, was das bedeutet, wenn man dies über Jahre kontinuierlich durchführt. Wir haben auch neu, Frau Dr. Schaefer hat es angesprochen, den Fonds, den wir zur Kofinanzierung

einrichten wollen. Wir wissen bei der Haushaltsaufstellung alle zwei Jahre nicht, welches Programm die Bundesregierung im übernächsten Jahr auflegt, um in bestimmten Sektoren das Klima zu schützen. Deswegen brauchen wir die Flexibilität und haben seitens des Ressorts vorgeschlagen, der Senat ist dem gefolgt, diesen Fonds zu schaffen.

Wir haben auch gefragt, das ist mir ganz wichtig, denn das hängt auch mit den Verfahrensweisen zusammen: Wie kann man eigentlich erfolgreicher an den Themen arbeiten? Eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe, die sich künftige Maßnahmen und Aktivitäten Bremens anschaut und schaut, wie das mit den Wirkungen auf das Klima zusammenhängt und wie man dafür sorgen kann, dass auch dort noch mehr Beiträge zur Erreichung des Treibhausgasminderungsziels geleistet werden. Ob das der Ausbau von Kitas ist, ob das andere Dinge sind, ob es der Ausbau von Ganztagschulen und Mensen ist, es gibt dort viele Dinge, bei denen man mehr durchführen kann. Meine Damen und Herren, auch das muss man hier immer wieder betonen, Bremen allein wird es nicht schaffen. Wir brauchen auch die Bundesregierung beispielsweise bei der Erzeugung, Frau Dr. Schaefer hat es angesprochen. Dort ist der Kohleausstieg etwas, ohne den man diese Debatte nicht führen kann. Das würde allein in Bremen auf einen Schlag ungefähr 20 Prozent ausmachen.

Es ist auch das Thema Netzausbau und es ist auch das Thema Anhebung des Ausbaudeckels für die erneuerbaren Energien, eine extrem schädliche Maßnahme. Wir spüren das hier in Bremen doppelt, weil wir mit der Off-Shore-Windenergie nicht vorankommen. Das schadet uns bei der Industrie und das schadet uns auch bei unserem eigenen Erreichen unserer Klimaziele.

Wir dürfen nicht die Herausforderung für die Zukunft vergessen. Die ist noch viel größer, als nur zu schauen, wie wir diese 40 Prozent schaffen, die wir uns vorgenommen haben. Das dürfen wir bei all dem nicht aus den Augen verlieren. Deswegen macht es auch keinen Sinn, zu schauen, ob man sich das schönrechnen kann, ob es für unsere Bilanz gut ist, wenn wir sagen: Wir weiten das auf Niedersachsen aus, weil Niedersachsen bei bestimmten Effekten davon profitiert, dass wir mehr tragen an Lasten. Das reicht nicht aus.

Es reicht auch nicht aus, nur leere Versprechungen zu machen, indem man die Ziele immer höher setzt, aber nicht sagt, wie man die Lücke, die sich dadurch vergrößert, füllen will. Damit müssen wir

uns jetzt auch befassen. Ich möchte Ihnen an einem Beispiel, bei dem wir gute Steuerungsmöglichkeit haben, darstellen, wie wir das in den letzten Jahren gemacht haben. Das ist die GEWOBA, unsere Wohnungsbaugesellschaft, die Bremen zu 75 Prozent gehört. Die GEWOBA hat durch kontinuierliche Energiemaßnahmen, Wärmedämmmaßnahmen und Maßnahmen an der Energieversorgung der Gebäude schon heute gegenüber dem Jahr 1990 mehr als 50 Prozent CO₂ vermieden. Sie hat auf meine Anregung ein erstes Mehrfamilienpassivhaus gebaut, hat Erfahrungen damit gesammelt, arbeitet jetzt weiter im Niedrigstenergiestandard. Sie hat eine Tochtergesellschaft gegründet, die Blockheizkraftwerke baut, um die Wohnanlagen effizient zu versorgen, und sie geht auch zunehmend dazu über, wir haben demnächst wieder eine Grundsteinlegung, bei Mobilitätsangeboten für die Mieterinnen und Mieter mit Carsharing und dergleichen auf den Umweltverbund umzustellen.

Die GEWOBA hat auch vor mehr als einem Jahr auf meine Anregung hin begonnen, sich mit einer Klimaschutzstrategie für das Jahr 2050 zu beschäftigen. Die GEWOBA beschäftigt sich heute damit, wie sie im Jahr 2050 die 90 Prozent CO₂-Verringerung erreichen will. Wir haben das folgendermaßen gemacht. Wir haben im vergangenen Jahr zwei Challenger-Workshops durchgeführt. Wir haben uns von den besten Fachleuten des Landes im Bereich Energie in der Immobilienwirtschaft herausfordern lassen. Wir hatten Leute aus Karlsruhe vom Technologie-Institut, vom ifeu-Institut in Heidelberg, vom Fraunhofer-Institut. Wir haben die alle eingeladen und haben denen gesagt: Kritisiert alles, was die GEWOBA schon macht, und sagt uns, was wir mehr machen können. Damit setzt man sich im Moment intensiv auseinander. Dort kommen eine Reihe von Vorschlägen, die wir noch bis zum Sommer in der GEWOBA, auch im Aufsichtsrat, als konkrete Programme beschließen wollen, konkrete Investitionsmaßnahmen für die nächsten Jahre. Ich bin sicher, damit wird die GEWOBA ein ganzes Stück vorankommen.

Warum erzähle ich das hier so ausführlich? Weil ich allen Bremer Unternehmen empfehle, sich in ähnlicher Weise mit Zukunftsstrategien zu beschäftigen. Das können wir nicht überall gesetzlich vorschreiben. Es gibt eine Gesetzgebung, dass Energiebilanzen vorzulegen sind. Was die Firmen damit machen, da können wir in Bremen Empfehlungen geben, wir können beraten, aber wir können es gesetzlich nicht erzwingen. Es macht aber Sinn.

(Glocke)

Vizepräsidentin Dogan: Sie sind schon bei elf Minuten, daran wollte ich erinnern.

Senator Dr. Lohse: Oh, Entschuldigung, ich bin gleich fertig.

Die Bundesregierung bereitet ein Klimaschutz- und Energiegesetz vor, mit dem die Ziele, die man international auch unterschrieben hat, sektoral heruntergebrochen werden sollen. Dort wird überlegt, diese Ziele auf den Transportsektor, auf den Immobiliensektor, auf den Industriesektor herunterzubrechen. Das wird am Ende Geld kosten, es wird Geld kosten, die Zertifikate zu kaufen, die man international braucht, um die internationalen Verpflichtungen einzuhalten. Vor dem Hintergrund, und damit komme ich zum Schluss, ist es ein verheerendes Signal, dass heute der Presse zu entnehmen ist, dass der Bundesverkehrsminister die Klimaschutz-AG im Mobilitätsbereich abgesagt hat, weil es ihm nicht passt, welche Vorschläge dort gemacht werden. So kann man doch nicht arbeiten, meine Damen und Herren, wenn man an diesen Themen ernsthaft arbeiten möchte.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Der Bremer Senat, und das ist mein letzter Satz, hat sich entschieden, es anders zu machen. Er hat diese neuen Maßnahmen beschlossen, die Energieberichte über unsere Aktivitäten, den Klimafonds und auch die ressortübergreifende Arbeitsgruppe, mit der man sich den Fragen stellt. Das ist der richtige Weg und ich empfehle, dass man diesen Weg auch in der Zukunft weitergeht. – Herzlichen Dank für Ihre Geduld!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dogan: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) für eine Mittagspause bis 15.05 Uhr.

★

Vizepräsident Imhoff eröffnet die Sitzung wieder um 15.05 Uhr.

Vizepräsident Imhoff: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich einen Orientierungskurs des Aristoteles-Institutes Bremen.

Seien Sie herzlich willkommen!

Wir setzen die Tagesordnung fort.

Feststellungen und Bewertungen des staatlichen Controllingausschusses zur Veräußerung der bremischen

Anteile an der Bremer Landesbank

Bericht des staatlichen Controllingausschusses

vom 20. August 2018

(Drucksache [19/1776](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Linnert.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Gottschalk.

Abgeordneter Gottschalk, Berichterstatter¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte als Berichterstatter, als Vorsitzender des Controllingausschusses Land beginnen, der sich mit diesem Thema befasst hat und in dessen Bereich die Bewertung geschrieben worden ist.

Meine Damen und Herren, mit Wirkung zum 1. Januar 2017 sind die Anteile der Freien Hansestadt Bremen an der Bremer Landesbank an die Mehrheitseignerin, die Norddeutsche Landesbank, die Nord/LB, übertragen worden. Am 31. August 2018 wurde die Bremer Landesbank dann gelöscht. Nach ziemlich genau 90 Jahren einer bremischen Staatsbank, einer bremischen Landesbank hat damit die Geschichte dieser Bremer Landesbank ein Ende gefunden.

Wir debattieren die Bewertung zu einem Zeitpunkt, zu dem wir wissen, dass die Mehrheitseignerin, die die Anteile übernommen hat, selbst wiederum in ähnlichen, vielleicht sogar schlimmeren Zuständen ist. Wie die Zukunft der Nord/LB aussehen wird, wissen wir noch nicht genau. Es wird sich aber zeitnah entscheiden. Was sich abzeichnet, ist zumindest, dass auch die Nord/LB ihre Eigenständigkeit verlieren wird. Was am Ende für Niedersachsen übrig bleiben wird, das dürfte vermutlich nicht sehr viel sein, denn der Sparkassenverband

als der andere verbliebene große Eigentümer an der Nord/LB hat seine Anteile an dieser Bank vollständig abgeschrieben, das heißt, sie gehen davon aus, dass diese Beteiligung nichts mehr wert ist.

Bremen ist es im Vergleich dazu deutlich besser ergangen. Es gibt durchaus Stimmen, die sagen: Da haben wir noch einmal Glück gehabt, zum richtigen Zeitpunkt herauszukommen. Trotzdem – und das ist der Punkt, warum wir hier heute debattieren – ist der Verlust der Beteiligung an der Bremer Landesbank natürlich ein schmerzhaftes Ergebnis, ein schmerzhaftes Ereignis hier für Bremen gewesen. Das verdient auch eine Aufarbeitung. Der Controllingausschuss hat sich deshalb von September 2016 bis März 2018 in insgesamt sechs nicht öffentlichen und vertraulichen Sitzungen mit der Bewertung der Vorgänge um die Bremer Landesbank befasst. Wir haben in diesen sechs Sitzungen zweimal die Senatorin für Finanzen, Karoline Linnert, angehört, die von 2007 bis 2016 die Vorsitzende des Aufsichtsrats der Bremer Landesbank war. Wir haben Dr. Stephan-Andreas Kaulvers angehört, der von 2006 bis 2016 der Vorstandsvorsitzende der Bremer Landesbank war, und wir haben Dr. Thomas Christian Buchbinder angehört, der der Vorstandsvorsitzende von 2003 bis 2006 war.

Im Kern ging es dabei um drei Fragen. Erstens, wie erklären sich eigentlich die wirtschaftlichen Probleme und der Niedergang der Bremer Landesbank? Zweitens, hätte es Möglichkeiten gegeben, durch rechtzeitiges und richtiges Handeln diese Probleme zu lösen, die Bremer Landesbank wieder zu stabilisieren und unsere Beteiligung zu erhalten? Drittens, da dies alles nicht gelungen ist, die Frage, wer eigentlich die Verantwortung an diesem Niedergang, an diesem Verlust der bremischen Landesbank trägt. Um die Antworten auf diese Fragen haben wir im Controllingausschuss sehr intensiv gerungen. In diesem Ringen um diese Antworten haben wir auch mehrfach darum gestritten, welche Befugnisse und welche Rechte eigentlich ein Controllingausschuss hat.

Der Controllingausschuss ist seit 2016 dafür zuständig, die parlamentarische Kontrolle unserer Beteiligungen, der Eigenbetriebe, der Museumsstiftungen und der Anstalten öffentlichen Rechts zu leisten. Für diesen Ausschuss war das natürlich auch Neuland und ein Suchen nach seinen Arbeitsweisen und auch das Austesten der Grenzen seiner Zuständigkeiten. In diesem Ringen um Antworten auf diese Fragen, die ich Ihnen skizziert habe, hat es die gesamte Zeit hindurch unterschiedliche Bewertungen gegeben, und deshalb sehen Sie ja auch,

dass letztendlich die schriftlichen Bewertungen kein einheitlicher gemeinsamer Bericht sind, sondern unterschiedliche Bewertungen dieser Vorgänge um die Bremer Landesbank.

Zu diesen unterschiedlichen Bewertungen werden wir gleich debattieren. Ich möchte nur einen Punkt noch ansprechen, der mir wichtig erscheint. Wenn wir hier über die Verantwortlichen bei den Banken debattieren und wenn wir über die Verantwortlichkeit der Politik debattieren, dann sollten wir im Auge haben, dass damit nicht der gesamte Kreis derjenigen angesprochen ist, nach deren Verantwortung wir eigentlich fragen müssen. Gerade wenn wir über Bremen hinaus schauen und sehen, dass das ja auch ein Thema für mehr Banken war, für mehr Landesbanken, aber auch private Banken, dann kommen wir nicht darum herum, eigentlich auch die Frage zu stellen, welche Rolle eigentlich die Reeder gespielt haben, welche Mitverantwortung sie haben. Das ist ein Thema, das hier in Bremen eigentlich nur rund um die Person Stolberg diskutiert worden ist. In Hamburg ist das ganz anders diskutiert worden, und es ist auch durch die Medien gegangen, und die obere Schlagzeile war: Gier frisst Hirn. Ja, wir Reeder haben auch unseren großen Mitanteil an Schuld, an dem Niedergang, an den Problemen der Branche.

Es gibt noch eine zweite Gruppe, die viel zu wenig mit betrachtet wird. Liebe Kolleginnen und Kollegen, rund um die Schifffahrtskrise sind in einer Größenordnung von über 50 Milliarden Euro private Beteiligungen an Schiffen vermittelt worden. Damit hat man sehr viel dummes Geld in diesen Bereich gepumpt, und es war eine der Bedingungen dafür, dass am Ende überhaupt eine solche Überproduktion in diesem Bereich geschehen konnte. Diese beiden Gruppen haben wir nicht mit ansprechen können, da sind wir an den Grenzen eines Controllingausschusses. Das hätte dann schon ein Untersuchungsausschuss machen müssen. Wir haben die nicht mit dabei gehabt, aber jeder, der sich mit der Frage befasst, bei wem die Schuld lag, bei wem die Mitverantwortung lag, sollte dies auch im Hinterkopf haben.

So weit meine Einführungen in diesen Bereich. Ich hoffe, dass wir jetzt in der weiteren Diskussion eine Debatte haben werden, die nicht allein davon geprägt sein wird, wer Recht hat, sondern auch von der Frage, was wir eigentlich daraus lernen. – Danke schön!

(Beifall SPD)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abgeordneter Röwekamp (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Gottschalk, ich bin mir nicht ganz sicher, ob Sie, insbesondere im letzten Teil Ihrer Berichterstattung, für den gesamten Ausschuss gesprochen haben. Denn das, was Sie am Schluss gesagt haben, über, wenn ich das richtig verstanden habe, dummes Geld der Anleger, ist nicht Gegenstand der Beratungen im Controllingausschuss und deswegen von Ihnen auch nicht zu berichten gewesen, aber ich nehme den Ball einmal auf. Ich meine, wenn Sie den Privatanlegern vorwerfen, sie hätten dummes Geld in die Schiffsbeteiligungen gesteckt, dann frage ich mich ehrlicherweise, was Sie dann der Senatorin sagen, die über die Bremer Landesbank ein Vielfaches von diesem Geld in die Schiffskredite gestellt hat.

(Beifall CDU, BIW)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mit Ihnen gar nicht in die detaillierte Diskussion darüber eintreten, wer wann was vor dem Jahr 2012 über die Schifffahrtskrise gewusst hat. Ich denke, aus dem Bericht des Controllingausschusses geht eindeutig hervor, dass auch vor dem Jahr 2012, wen überrascht es, die Schifffahrtskrise am Markt bereits latent vorhanden, teilweise angekommen, war. Dass die Beteiligung an Schiffen und die Gewährung von Schiffskrediten kein bombensicheres Geschäft ist, glaube ich, allen Beteiligten auch schon vor dem Jahr 2012 hinlänglich bekannt gewesen.

(Beifall CDU, BIW)

Ich sage auch ganz offen, die Bremer Landesbank hat dieses Geschäft in ihren unterschiedlichen Beteiligungsstrukturen mit betrieben, und deswegen müssen die jeweiligen Vorstände und Aufsichtsräte aus dieser Zeit, die Verantwortung dafür übernehmen, dass am Ende die Bremer Landesbank auf einem riesen Klumpenrisiko, wie es auch im Bericht heißt, sitzen geblieben ist, das sich tatsächlich über viele Jahre und nicht über Nacht aufgehäuft hat.

Die Frage, die wir mit dem Bericht aus meiner Sicht heute zu beantworten haben und auch einen Ausblick zu geben haben, ist: Haben wir als Parlament und hat der Senat als Landesregierung in der Phase der Krise der Bremer Landesbank, eigentlich alles richtig gemacht? Also, haben wir alles richtig gemacht, und hat der Senat alles richtig gemacht? Da,

Herr Gottschalk, unterscheiden wir uns schon sehr. Diesen pauschalen Freispruch für den Senat, kann ich für die Fraktion der CDU nicht erteilen. Ein solches Drama um die Bremer Landesbank, an deren Ende steht, dass wir außer einem architektonisch interessanten Gebäude in Bremen von unserer ursprünglichen Landesbank, die wir benötigt haben, um mittelständische Kredite zu finanzieren, die wir als Dienstleister vor Ort genutzt haben, die ein großer Arbeitgeber in unserer Region gewesen ist, die eine maßgebliche Beteiligung von Bremen verwaltet und übrigens hervorragend verzinst hat, von diesem Kreditinstitut ist am Ende des Prozesses nichts mehr übrig.

Herr Gottschalk, ich glaube, es ist einfach zu kurz-sichtig zu sagen: Schuld haben nur die anderen. Nein, ich finde, wer in dieser Zeit in Bremen Verantwortung getragen hat, ob im Parlament oder im Senat, ob im Vorstand oder im Aufsichtsrat der Bremer Landesbank, der hat die Verantwortung für den Niedergang dieser Bank, für den Verlust der Arbeitsplätze und für den Verlust von Hunderten Millionen öffentlicher Gelder, und diese Verantwortung, finde ich, muss man auch benennen, denn sonst kann man den zweiten Teil, den Sie angesprochen haben, nämlich, was wir daraus lernen können, überhaupt nicht betrachten. Wenn Sie sagen, es ist nichts falsch gemacht worden, Herr Gottschalk, dann brauchen Sie sich die zweite Frage, was wir daraus lernen und was wir in Zukunft besser machen können, gar nicht mehr zu stellen.

(Beifall CDU – Abgeordneter Gottschalk [SPD]: Darüber habe ich doch gar nicht gesprochen!)

Wir als CDU sagen: Ja, es ist etwas falsch gemacht worden, und wir müssen es in Zukunft besser machen.

Der Senat hat, in Person der Finanzsenatorin, auch im Jahre 2012 eine Bewertung unserer Beteiligung an der Bremer Landesbank vorgenommen und uns, dem Parlament, damals empfohlen, die bis dahin gehaltene festverzinsliche stille Einlage von 480 Millionen Euro, in haftendes Eigenkapital zu überführen und umzuwandeln. Wir haben hier im Parlament darum gerungen, die dabei waren, werden sich daran erinnern. Diejenigen, wie ich, die am Ende gesagt haben, wir als Fraktion der CDU stimmen auch zu, weil wir dieses Institut langfristig an den Standort binden wollen, haben an der einen oder anderen Stelle kritische Anmerkungen zum Verhandlungsergebnis gemacht. Damals, ich kann mich noch gut erinnern, wurde das als Schwarzmalerei gesehen, und geäußert: Da sitzt jemand, der

die Bremer Landesbank schlechtreden will. Kritik an dem damals von der Finanzsenatorin ausgehandelten Ergebnis war nicht erwünscht.

Mit dem Blick von heute kann man sagen, diese Kritik war sogar erforderlich. Sie war vielleicht noch zu gering, sage ich jetzt auch selbstkritisch an meine Adresse und die meiner Fraktion. Vielleicht hätten wir im Jahr 2012 auch als Parlament, das den Staatsvertrag gebilligt und die haushalterischen Beschlüsse gefasst hat, doch näher hinschauen und uns ein selbstständigeres Bild von der Lage der Landesbank verschaffen sollen, als wir das tatsächlich getan haben.

(Beifall CDU)

Die Finanzsenatorin und der Senat haben uns damals in der Vorlage, die das Parlament, zur Umwandlung der stillen Einlage, erreicht hat, mitgeteilt, dass, ich zitiere: „Ausgangspunkt war eine Chancen- und Risikoabwägung“, die der Senat vorgenommen hat, und zwar in seiner Sitzung am 31. Januar 2012. Die klare Definition der Interessen des Landes Bremen, so hat sie die Senatorin damals formuliert, lautete erstens: Erhalt und Stärkung der BLB in ihrer heutigen Funktion, zweitens: Sicherung und Stärkung des Einflusses auf die zukünftige Entwicklung der BLB, drittens: Sicherung des finanziellen Engagements des Landes und des daraus erwachsenden Ertrags und viertens: Minimierung finanzieller Risiken für das Land und seinen Haushalt.

Meine Damen und Herren, das war damals, im Jahr 2012, die Strategie des Bremer Senats. Ich sage, wenn Sie das Ergebnis betrachten, das uns heute vorliegt, nämlich die Aufgabe der Beteiligung gegen Abschlagszahlung von 180 Millionen Euro und Übertragung von einigen weiteren Beteiligungen, die übrigens bis heute noch nicht vollständig vollzogen sind, muss man sagen, diese Strategie und diese Chancen- und Risikoabwägung des Senats sind vollkommen misslungen.

(Beifall CDU, BIW)

Keines der damals verfolgten Ziele ist tatsächlich erreicht worden.

Die Frage der Verantwortung haben wir als Fraktion der CDU hier im Parlament bereits vor zwei Jahren zur Entscheidung gestellt, indem wir uns damals entschlossen haben, aufgrund dieser Umstände einen Misstrauensantrag gegen die Finanz-

senatorin und Bürgermeisterin einzubringen. Dieser Antrag wurde mehrheitlich, insbesondere durch die Stimmen der Koalition, abgelehnt. Deswegen möchte ich gar nicht mehr so viel Zeit auf die Frage verwenden, wer persönlich in der Verantwortung steht. Für uns, als Fraktion der CDU, ist die Frage mit einem Satz klar beantwortet: Natürlich trägt die Bremer Finanzsenatorin in ihrer Funktion als Senatorin, als Mitglied in der Trägerversammlung und selbstverständlich auch über viele Jahre als Aufsichtsratsvorsitzende die operative und politische Verantwortung für den Niedergang und das Desaster bei der Bremer Landesbank. Daran ändert auch der vorliegende Bericht nichts, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU, BIW)

Was hätte man, mit dem Wissen von heute, eigentlich besser machen können? Ich glaube, es wäre richtig gewesen, dass der Aufsichtsrat und auch die Aufsichtsratsvorsitzende vor der Krise der Bank, also vor dem Jahr 2008, Strategien entwickelt hätten, wie man das damals schon große, einseitige und risikoanfällige Geschäft der Schiffsfianzierung strategisch reduziert.

Es haben auch in der Zeit nach der Schifffahrtskrise noch Kreditprolongationen stattgefunden. Mit dem Wissen von heute muss man sagen, das war damals eine völlige Fehleinschätzung. Wie ich überhaupt der Auffassung bin, dass die Bremer Landesbank alles unternommen hat, um die Öffentlichkeit und nicht zuletzt auch Sie und mich, meine sehr verehrten Damen und Herren, über die wahre Lage ihres Kreditinstituts im Unklaren zu lassen.

Ich möchte daran erinnern, dass die Prüfung der EZB über die Passgenauigkeit der Risikovorsorge, insbesondere bei den Schiffsfianzierungen im Herbst 2015 begonnen hat. Spätestens zu diesem Zeitpunkt wussten Vorstand und Aufsichtsrat davon, dass hier ein latentes, auch Bewertungsrisiko, also ein existenzielles Risiko für die Bremer Landesbank schlummert. Aber selbst in dem angepassten Jahresabschluss für 2015 stellt die Bremer Landesbank, obwohl sie die Risikovorsorge erhöht, in Aussicht, dass sich, in Anbetracht einer möglichen Besserung der Marktlage für Schiffe, eine Reduzierung des Risikos ergeben könnte.

Mit der Vorlage des Jahresabschlusses 2015 haben Vorstand und Aufsichtsrat die Öffentlichkeit und auch das Parlament nicht nur über die tatsächliche Lage bei der Bremer Landesbank im Unklaren ge-

lassen, ich gehe soweit und sage, sie haben sie bewusst über die tatsächliche Lage der Landesbank getäuscht.

(Beifall CDU)

Dass trotzdem in der Phase vor der Sonderprüfung durch die EZB die erkannten Schiffsrisiken auch aus der Schifffahrtskrise des Jahres 2008/2009 nicht hinreichend abgebaut worden sind, hat sicherlich auch darin seine Begründung, dass die Anteilseigner natürlich ein Interesse an der Ertragslage des Unternehmens hatten. Auch wir, als Freie Hansestadt Bremen, hatten ein Interesse daran, unsere Kapitaleinlage verzinst zu erhalten. Selbstverständlich haben wir im Rahmen der Umwandlung der stillen Einlage auch hier im Parlament darüber gesprochen, wie wir in Zukunft mit dem Ertragsausfall bei der Garantieverzinsung und der Dividende umgehen. Ja, in diesem Moment war vielleicht der kurzfristige Blick auf stabile Erträge der Fehler, den wir gemeinsam gemacht haben. Vielleicht wäre es in dieser Zeit richtiger gewesen, die Risikolage der Bremer Landesbank besser, marktgerechter einzuschätzen und zulasten der Erträge eine höhere Vorsorge für die bestehenden Risiken zu bilden, wie es im Übrigen auch andere Kreditinstitute am Markt getan haben.

Der zweite Fehler, der aus meiner Sicht gemacht worden ist, liegt strukturell in der Frage: Wie geht die öffentliche Hand eigentlich mit dem Risikomanagement ihrer Beteiligungen um? Hier gibt es auch in Bremen zahlreiche Erfahrungen. Ich will nur die letzten nennen: Ich glaube, man kann an dieser Stelle sagen, dass das Beteiligungsmanagement in Bezug auf unseren kommunalen Klinikverbund GeNo, sowohl was die Errichtung des Teilerersatzneubaus als auch was die Ertragslage betrifft, nicht optimal gewesen ist. Wir haben die Situation, dass wir neben der Bremer Landesbank und der GeNo auch in anderen öffentlichen Beteiligungen, zuletzt im Übrigen bei der Frage der Rekommunialisierung, als Politik Risiken nicht oder nicht richtig eingeschätzt haben.

Ich glaube, dass wir an dieser Stelle mit dem Controllingausschuss parlamentarisch ein gutes Gremium geschaffen haben, um die Tätigkeit der Stadt, als Gesellschafter von Unternehmen, auch parlamentarisch hinreichend zu kontrollieren und zu beobachten.

Lassen Sie mich aber das am Schluss dieser ersten Runde sagen: Ich finde das Beteiligungsmanagement, insbesondere von so großen und komplexen

Beteiligungen wie an der Bremer Landesbank, aber auch wie an einem Konzern wie der GeNo, bedarf eines professionellen Beteiligungsmanagements. Es ist keine Nebensächlichkeit, Gesellschafter von so risikoträchtigen und großvolumigen Unternehmen zu sein.

Deswegen kann man, egal, wie man die Frage beantwortet, ob der Staat der bessere Unternehmer ist oder nicht, eine solche Verantwortung nur übernehmen, wenn man ein permanentes, gut ausgestattetes, fachlich gut aufgestelltes Beteiligungsmanagement hat, das kontinuierlich die Entwicklung solcher Gesellschaften und mögliche Fehlentwicklungen überwacht. Das auch in der Lage ist, externen Sachverständigen von Wirtschaftsprüfern einzuschalten, wenn es Zweifel hat. Auf jeden Fall hat das Beteiligungsmanagement auch an dieser Stelle versagt, ich mache niemandem einen persönlichen Vorwurf, sondern weil wir es einfach nicht gut aufgestellt und auch nicht gut ausgestattet haben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abgeordneter Rupp (DIE LINKE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute den Bericht des Controllingausschusses zu der Frage, wie es zur Krise der Bremer Landesbank, zu dem Verkauf und den damit zusammenhängenden Umständen kommen konnte. Ich möchte mit zwei, drei Vorbemerkungen beginnen. Die erste Vorbemerkung ist: Dieser Controllingausschuss hat sich in meinen Augen bewährt. Es ist natürlich ein Gremium unterhalb eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der viel weiter reichende Kompetenzen hat, aber unter dem Strich haben die Kompetenzen dieses Ausschusses ausgereicht, um zumindest mir und meiner Fraktion bei den Fragen, wie es dazu kommen konnte und wer möglicherweise verantwortlich ist, weiterzuhelfen.

Diese Weiterhilfe war dringend nötig. Ich teile die Einschätzung des Kollegen Röwekamp, dass es in all den Jahren, in denen wir hier über die BLB sprechen, über die Wandlung von stillen Einlagen, wie eigentlich die Lage ist, wie es sich entwickelt hat, so war, dass auch mich ein Vorstandsvorsitzender, Herr Dr. Kaulvers, getäuscht hat. Er hat glaubhaft versichert, dass die Lage nicht so dramatisch ist, dass sie das alles kontrollieren können, dass sie ein konservatives Geschäftsmodell haben, dass sie von

diesem Gier-frisst-Hirn-Virus nicht infiziert sind. Sie haben das glaubhaft versichert, als es darum ging, dass sie an dieser Hypothekenblase, die 2007/2008 die weltweite Finanzkrise ausgelöst hat, nicht beteiligt waren. Das hat er glaubhaft versichert, und es stimmte auch. Hinter dieser Versicherung hat er jedoch verschwiegen, dass sie in einem ganz anderen Feld, nämlich der Frage der Schiffskredite, von einem ähnlichen Virus infiziert waren.

(Beifall DIE LINKE)

Ich teile die Einschätzung im Bericht der Fraktion der SPD, dass dort Reeder, Vermittler und Banken gespeist aus Anlagegeldern aus Schiffsfonds eine riesige Party gefeiert haben, nach dem Motto Gier frisst Hirn. Dem konnte sich offensichtlich die Bremer Landesbank nicht entziehen. Im Endeffekt gab es nach der Wirtschaftskrise und nach der Erholung die Situation, dass es ein Überangebot an Transportkapazitäten gab, was nicht mehr durch tatsächlich notwendige Transportkapazitäten gedeckt war. Demzufolge hat es eine Krise bei der Finanzierung von Krediten gegeben.

Letzte Vorbemerkung! Es wurde in dem Bericht geschrieben, dass man Bankfachmann sein muss, um das alles zu verstehen. Das bezweifle ich. Es reichen die drei Grundrechenarten Dreisatz, Prozentrechnung und Mengenlehre, um einen Eindruck davon zu vermitteln, an welcher Stelle und wann mit diesem Geschäft etwas missglückt ist, und ich werde das im Detail im Folgenden zu beweisen versuchen. Im Zweifel kann man es in dem Bericht nachlesen.

Erstens: Jeder muss wissen, dass Banken viel mehr Geld verleihen dürfen, als sie eigentlich haben. Also hat man irgendwann gesagt, dass sie zumindest ein bisschen haben müssen. Heute ist es so, dass sie acht bis zehn Prozent – früher waren es eher acht, heute sind es eher zehn Prozent – Eigenkapital haben müssen. Das muss in irgendeiner Weise belastbar vorhanden sein. Dann dürfen sie 100 Millionen Euro verleihen. Diese Eigenkapitalquote ist eigentlich notwendig, und sie spielt eine ganz wichtige Rolle.

Zweitens: Die Banken machen Folgendes: Wenn sie jetzt beispielsweise 1 000 Schiffe finanzieren – so war der Stand 2008, glaube ich, ungefähr 1 000 Schiffe –, dann werden die Kredite dafür beurteilt. Ein bisschen wie nach Schulnoten, eins bis sechs. Die haben jetzt andere Ratings und andere Nummern, aber es ist so, dass es Kredite gibt, von denen

man sicher ist, dass man sie bekommt. Es gibt Kredite, die schon irgendwie gehen werden, kein Problem; und dann stuft sich das herunter bis dahin, dass es Kredite mit hohem Risiko gibt, bei denen man richtig schauen muss. Es gibt Kredite mit sehr hohem Risiko, das ist schon dicht am Ausfall, und es gibt Kredite, die sind eigentlich gar nicht mehr eintreibbar.

Jetzt haben wir uns im Gegensatz zu dem Kollegen Röwekamp nicht gefragt, wie aus der Sicht von heute zu beurteilen ist, was in der Zeit passiert ist, sondern wir haben uns die Frage gestellt: War eigentlich zum Zeitpunkt der Krise schon sichtbar, gab es da schon Indizien, dass das, was uns die Bremer Landesbank jedes Mal versichert hat, dass sie das kontrollieren können, dass das alles ein Auf und Ab ist und spätestens nächstes Jahr wieder ganz wunderbar ist, dass dem nicht so ist? Ich kann Ihnen sagen, das ist so.

Es gibt im Geschäftsbericht und in den Risikobetrachtungen der Bremer Landesbank immer so nette Tabellen. Darin steht dann, wie viele Prozent Kredite gut sind, ganz gut, ausreichend, fünf, sechs, fallen aus. Und wenn man sich diese Tabellen anschaut – und Sie finden eine solche Tabelle in den Unterlagen – und sich dann den Zeitraum 2008 bis 2013 vornimmt, dann ist es so, dass die Kredite, die mit hohem Risiko und Ausfall belastet waren, im Jahr 2008 722 Millionen Euro betragen. Das ist von insgesamt knapp 6,5 Milliarden Euro Schiffskrediten noch nicht so viel. Fünf Jahre später, im Jahre 2013, waren es schon 4,6 Milliarden Euro. Das ist ein Anstiegsfaktor 6,4, also 6,4 mal ein höheres Risiko als 2008. Die sogenannten non-performing Loans – das Schöne ist ja, wenn man sich mit Banken beschäftigt, ist es ein bisschen so wie mit Computern, man lernt jede Menge englische Wörter, deren Bedeutung man zunächst gar nicht begreift –, also solche Kredite, die ausgefallen sind, die nicht mehr performen, davon gab es 2008 282 Millionen Euro. Das ist bei dem Gesamtvolumen eher wenig. 2013 waren es 2,5 Milliarden Euro. Das ist Faktor 9.

Das ist doch ein erstes Zeichen dafür, dass es diesmal mit hoher Wahrscheinlichkeit – und darüber muss man sich im Klaren sein – nicht ein Auf und Ab geben wird, sondern ein permanentes Ab, vor allen Dingen weil die Transportkapazitäten immer noch viel zu hoch waren für den konkreten Bedarf.

(Beifall DIE LINKE)

Es ist ein bisschen schwierig, ich mute Ihnen jede Menge Zahlen zu, aber ich kann gar nicht anders,

weil ich so erbost über die Erkenntnisse bin, die ich gesammelt habe. Ich muss sie einfach einmal herauslassen. Jetzt ist die Frage: Wie reagiert denn eine Bank auf solch eine Situation? Neunmal höhere Kredite fallen aus. Die Banken sind dann angehalten, den Wert dieser Kredite zu berichtigen: Nun ja, das bekommen wir nicht. Die stehen noch als Zahl in den Büchern, man muss aber eingeben, muss sie also herausstreichen, und das hat Auswirkungen auf die Bilanz. Das sammelt sich an. Also wenn man jedes Jahr 50 Millionen Euro herausstreichen muss, hat man nach fünf Jahren 500 Millionen Euro Wertberichtigung, nein, 250 nach fünf Jahren. Kopfrechnen schwach, Religion sehr gut.

Jetzt habe ich mal geschaut, 2008 war eine Wertberichtigung von knapp 100 Millionen Euro bei Krediten im Wert von fast 300 Millionen Euro, die ausfallbedroht waren. Das ist ungefähr ein Drittel. Scheint eine vernünftige Marge zu sein. Fünf Jahre später war diese Einzelwertberichtigung auf 500 Millionen Euro gestiegen. Das ist ja ganz einleuchtend, das Risiko ist auch gestiegen, interessanterweise aber nicht im gleichen Maße. 2013 waren nur noch 20 Prozent der Kredite, die man schon abschreiben muss, durch Wertberichtigung abgesichert. Das ist keine angemessene Reaktion auf eine sich zuspitzende Krise, das ist eine Sache, an der deutlich wird, dass das Risiko auf jeden Fall nicht bewusst war oder dass dieses Risiko bewusst in Kauf genommen war.

(Beifall DIE LINKE)

Das ist die Verantwortlichkeit der Gremien. Die interessante Frage, die sich mir dabei stellt, ist, wie man mit einer solchen Situation umgegangen ist. Dann kommen wir zu der Abteilung Tricks und Kniffe. Jetzt hat man festgestellt: Wenn wir weiter wertberichtigen, dann geht das auf unsere Eigenkapitalquote und wir verlieren möglicherweise unsere Lizenz. Im Jahr 2015, nach insgesamt sechs Jahren Krise und einem noch weiter ansteigenden Problem, was die Risiken angeht, hat man Experten gefragt: Wie wird sich das in Zukunft entwickeln? Diese Experten haben gesagt, das ist gar kein Problem, in euren Krediten, die in hohem Maße risikobehaftet sind, gibt es ein Werterholungspotenzial. Als ich das das erste Mal gelesen habe, habe ich es nicht geglaubt. Da hat jemand gesagt, in der Größenordnung eines hohen dreistelligen Millionenbetrags könnt ihr ein Werterholungspotenzial in eure Bilanz hineinbuchen, und damit hat man die Bilanz geschönt. Ich sage, das ist dicht an der Grenze von Täuschung.

(Beifall DIE LINKE)

Es ist einfach nicht nachvollziehbar, woher diese Experten eine solche Summe haben. Haben die gewürfelt, ausgerechnet? Ich weiß es nicht, ich habe es auch nicht herausbekommen. Es ist auch unverständlich, dass man solch einen Wechsel auf die Zukunft, solch eine Luftbuchung – –. Das ist ungefähr wie der Kanzlerbrief. Da hat man jährlich auch immer wieder neue Summen hineingebucht. Das hat geklappt, natürlich, das Geld ist ja auch irgendwann gekommen.

Der zweite Trick ist auch schön. Da hat jemand zu viel Pirates of the Caribbean geschaut. Da gibt es eine Black-Pearl-Solution, also nicht schwarze Perle, sondern das ist dieses Gespensterschiff, das hat auch ein bisschen mit dem Trick zu tun. Da hat man gesagt: Gut, wir haben jetzt Schiffe, die sind alt und nicht mehr gut. Die Kredite dafür können wir abschreiben. Die sind sechs, schlecht beurteilt. Was machen wir? Wir geben einen Kredit für ein neues Schiff. Dieses neue Schiff wird zunächst als gut beurteilt. Es ist ein neues Schiff, es läuft vielleicht gut, die Kosten sind vielleicht geringer. Dann nimmt man dieses neue Schiff und das alte Schiff, also 100 Millionen Euro von hier, 100 Millionen Euro von da, bringt sie zusammen und hat 200 Millionen Euro. Diese 200 Millionen Euro sind dann auf einmal nicht mehr sechs, sondern drei plus, also in der Mitte geratet.

Dann erreicht man, dass schlechte Ratings einfach hochgezogen werden. Ich weiß nicht, ob Banker Mengenlehre verstehen. Wenn es ein Überangebot von Schiffen gibt und man weitere Schiffe baut, dann die Hoffnung zu haben, dass sich der Markt erholt, diese wunderbare Transportkapazitätsvermehrung habe ich nicht verstanden. Es hat sie auch nicht gegeben, und es hat sich hinterher herausgestellt, dass dieser Trick auch nicht funktioniert hat.

(Beifall DIE LINKE)

Ich stelle jetzt noch einmal kurz die Frage: Hätte es die Möglichkeit gegeben? Ja! 2013, bin ich der Meinung, hat man das Risiko unterschätzt. Es war in der Verantwortlichkeit der Gremien, in einem abgestimmten Maß von keine Gewinnausschüttung, Risikominimierung, Einzelwertberichtigung zumindest die Maßnahmen zu ergreifen.

Ich gehe in der zweiten Runde noch einmal auf die Frage ein, ob dann die 700 Millionen Euro, die wir

hier diskutiert haben und – ich bin auch darauf hereingefallen – von denen behauptet wurde, das wäre über Nacht gekommen, –

(Glocke)

ob die wirklich über Nacht gekommen sind. Dazu sage ich noch etwas. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit bisher!

(Beifall DIE LINKE, CDU, BIW)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Saxe.

Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Über Werterholungspotenziale und Black Pearl habe ich auch nachgedacht und muss sagen, dass ich bei Schwierigkeiten in kleineren Betrieben so ähnliche Sachen auch erlebt habe. Man hat irgendwie einen Wechsel auf die Zukunft aufgestellt oder versucht, ein schlechtes Geschäft mit einem guten zu verbinden, um dann zu verdecken, dass es ein schlechtes Geschäft gewesen ist. Das habe ich tatsächlich schon öfter erlebt, und ich muss sagen, da wird viel Aufhebens um nichts gemacht, was auch gerade von den Vorständen gesagt worden ist. Entscheidend ist aber jetzt auch, Fehler sind gemacht worden. Ich glaube, das würde auch Herr Gottschalk in der nächsten Runde auch ganz klar sagen, dass dort Fehler gemacht worden sind.

(Abgeordneter Dr. vom Bruch [CDU]: Da sind wir gespannt!)

Die Frage ist nur, Herr Dr. vom Bruch, welche Fehler konnte man zu dem Zeitpunkt erkennen? Dass man hinterher immer ganz schlau sein und sagen kann, das weiß ich jetzt sowieso alles besser, das ist doch auch vollkommen naheliegend. Ich möchte mit einer Feststellung anfangen, und das betrifft eigentlich das Ende. Die CDU bezweifelt, dass das ein wirklich gutes Ergebnis gewesen ist, das wir dort erzielt haben. Die anderen beiden Fraktionen sehen das, glaube ich, etwas anders. Die FDP hat sogar das Wort Glück in ihren Bericht geschrieben. Ich glaube, es ist ein gutes Ergebnis gewesen, das wir am Ende erzielt haben. Andere Landesbanken und andere Landesregierungen haben viel schlechtere Ergebnisse erzielt. Ich würde sagen, wir sind mit einem blauen Auge davongekommen, andere haben leider zwei blaue Augen bekommen.

Trotzdem stellt sich die Frage nach der Verantwortung. Die CDU benennt in ihrem Bericht, muss man

sagen, namentlich nur eine Person in der Verantwortung, und das ist Karoline Linnert. Sie schreibt, dass sie eine Mitläuferin war, dass sie keine kritische Reflexion hatte, dass sie keine Führungsstärke und eine Strategie sowieso nicht hatte. Ich habe sie so bisher nicht kennengelernt, als eine Frau, die all das hat. Die CDU konstatiert und behauptet das aber. Ich finde es auch ein bisschen extrem, dass sie so nicht über Vorstände, über Wirtschaftsprüfer und über andere, die dort auch eine Rolle gespielt haben, über die Bankenaufsicht, redet. Diese werden fast nicht namentlich erwähnt, sondern über Seiten wird die Verantwortung der Finanzsenatorin formuliert.

Die Nord/LB spielte bei der ganzen Geschichte eine große Rolle. Die ganze Zeit stellte sie den Vorsitz des sehr wichtigen Risikoausschusses. Die Risikoüberwachung gerade der größeren Kunden fand im gruppenübergreifenden Risikomanagement der Nord/LB statt. Die Feststellung muss sein, durch die beherrschende Stellung, die die Nord/LB hatte, war das Schiffskreditgeschäft schon ein Teil der Nord/LB-Gruppe. Das alles zu trennen von den Interessen der Nord/LB, das wäre, glaube ich, ein Fehler. Deswegen bezweifle ich auch, dass es 2013 möglich gewesen wäre, noch das Konzept zu ändern. Dazu hätte man die Nord/LB mit im Boot haben müssen, das Bild passt, die hätten das aber zu dem Zeitpunkt meiner Ansicht nach niemals gemacht.

Das Schiffsportfolio der Bremer Landesbank wurde lange vor der Zeit von Karoline Linnert auf sagenhafte 1 045 Schiffe aufgebläht. Das schien angesichts des Wachstums der Weltwirtschaft, staatlicher Förderung und guter Frachtraten eine Lizenz zum Gelddrucken zu sein. Das, was als Gier erwähnt worden ist, dass dort auch viele gierige Menschen waren, bei den Margen, die es dort gab, das teile ich vollkommen. Der Vorstand der Bremer Landesbank betonte mantramäßig, dass es sich nicht um ein Klumpenrisiko handelt, weil es dort einen kleinen Anleger gibt und dort einen kleinen und dort einen kleinen. Dass es zum Schluss ein Klumpenrisiko war, das wissen wir auch alle, denn es waren alles Schiffsfinanzierungen. In dem Bereich gab es einfach ein größeres Problem. Die Anzahl der zu finanzierenden Schiffe ist dann um 400 abgesenkt worden, das ist also nicht so gewesen, und um 1,8 Milliarden Euro, glaube ich, an Werten. Da kann man sagen, das war vielleicht viel zu wenig, das kann schon sein, das hätte man schneller machen können. Hätte man das wirklich schneller machen können?

Im Jahr 2012 hat die CDU das Thema dann auch erkannt. Sie haben sich dann mit den anderen Fraktionen, den norddeutschen Fraktionen getroffen. Nur das, was Herr Röwekamp da erzählt hat, hörte sich ganz anders an. Da wurde die Bundesregierung aufgefordert, ganz massiv tätig zu werden. Da wurde gesagt, die Kredite müssen ausgesetzt werden, den armen Reedern muss geholfen werden, weil sie am Markt keine Kredite mehr bekommen. Also die Strategie zumindest, die die CDU 2012 hatte, war „Weiter so!“, nicht herunterfahren, sondern wir müssen die Reeder ganz stark dabei unterstützen. Ich glaube nicht, wenn die CDU damals die Aufsichtsratsvorsitzende oder den Aufsichtsratsvorsitzenden gestellt hätte, dass tatsächlich im letzten Moment der Kurs berichtigt worden wäre, sondern man hätte versucht, sich mit der Bundesregierung zu arrangieren.

Ich habe festgestellt, als ich die Berichte des Risikoausschusses gelesen habe, da wurde davon fabuliert, dass es am Horizont wieder einen Silberstreif geben und alles besser werden würde. Das war wirklich so, wie ich es tatsächlich bei Insolvenzen schon erlebt habe. Alle haben gedacht, das wird schon gut werden, haben aber nicht begriffen, dass in dieser Zeit der Goldgräberstimmung, die ganz eindeutig geherrscht hat, ein riesiges Maß an Überkapazitäten geschaffen worden ist.

Es ist davon gesprochen worden, dass etwa 30 Prozent der Schiffe, die damals gefahren sind, nicht mehr rentabel oder sehr unrentabel gewesen waren. Daran sehen Sie, welche Unwucht es tatsächlich in der ganzen Geschichte gegeben hat. Jetzt stellt man sich die Frage, die Reeder, die hätten das doch wenigstens merken müssen. Sie hätten doch merken müssen, dass da etwas im Argen liegt. Michael Vinnen, der damals der Vorsitzende des Bremer Rhedervereins gewesen ist, hat in einem Bericht und in einem Zitat im „Weser-Kurier“ gesagt, auf diese lang anhaltende Baisse waren die Marktteilnehmer nicht vorbereitet und konnten es wohl auch nicht sein.

Der Containermarkt, wie gesagt, gab damals vollkommen nach, 30 Prozent der Schiffe galten als Notleidend. Jetzt ist die Frage, und die Frage stellt sich wirklich, an welchem Punkt hätte man denn tatsächlich einmal etwas ändern können? Sie haben vollkommen recht, das konnte man sehen, dass die schlechten Kredite, die sehr schlechten Kredite und die faulen Kredite immer mehr wurden. Das habe ich, als ich das durchgelesen habe, auch so gesehen. Das hat auch jeder in der Bank gemerkt. Aus

dem Grund ist auch die Anzahl der Kredite tatsächlich heruntergefahren worden. Wie gesagt, im Risikoausschuss wurde wieder irgendein Silberstreif entdeckt, oder man hatte dann plötzlich einmal ein Jahr lang wachsende Frachtraten und hat immer wieder auf dieses Prinzip Hoffnung gesetzt.

Jetzt muss man selbstkritisch sagen, wir hier im Parlament hätten auch sagen können, jetzt muss Schluss sein mit dem, was dort gemacht wird. Wir haben alle auch darauf gesetzt, dass sich das wieder erholen wird, dass das, was scheinbar ein Naturgesetz zu sein schien, nämlich dass es Zyklen gibt, dieser Zyklus dauerte dann schon sechs Jahre, in denen es sich dann automatisch erholt.

Das ist aber nicht passiert, weil wir längst eine strukturelle Krise hatten. Ich glaube tatsächlich, dass das auch alle gemerkt haben. Nur habe ich nicht die Stelle erkennen können, an der man das Konzept hätte ändern können. Man hätte ganz stark versuchen können, noch weiter von diesen Schiffsfinanzierungen herunterzukommen. Ich glaube aber, dass man dann zu dem Zeitpunkt damals den Stein in Bewegung gesetzt hätte, der, möglicherweise dieses ganze wacklige Kartenhaus dann zum Einsturz gebracht hat. Zu den Schlussfolgerungen, die ich habe, komme ich in der zweiten Runde. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Gottschalk.

Abgeordneter Gottschalk (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie alle haben schon aus den bisherigen Ausführungen gehört, dass das Kernproblem natürlich darin lag, dass sich die Bremer Landesbank ein Klumpenrisiko im Schiffsfinanzierungsgeschäft aufgebaut hat, an dem sie sich am Ende verschluckt hat und untergegangen ist und dass dieses Kreditrisiko nicht nur die Bremer Landesbank betroffen hat, sondern im gleichen, noch in größerem Maße auch die Nord/LB, die Norddeutsche Landesbank, betrifft. Wenn man also nachfragt, was wir aus der Geschichte lernen, dann können wir nicht so tun, als wäre dieses Kreditrisiko, Herr Röwekamp, irgendwie in den Markt geschlichen oder irgendwo vom Himmel gefallen, sondern wir müssen einmal anfangen nachzufragen, wie es überhaupt entstanden ist. Wie konnte es eigentlich passieren, dass in diesem Bankenbereich solche überdimensionierten Klumpenrisiken aufgebaut wurden?

Herr Röwekamp, wenn Sie dann etwas weiter schauen, werden Sie feststellen, dass das nicht nur ein Problem der Bremer Landesbank war. Die Bremer Landesbank hatte in ihren Hochzeiten am Ende Schiffsfinanzierungen von rund sieben Milliarden Euro. Das war fast ein Drittel der Kredite der Bremer Landesbank, für sie sehr viel. Die anderen Landesbanken und Privatbanken haben aber insgesamt in der gleichen Zeit Kredite in Höhe von 100 Milliarden Euro in diesen Markt gepumpt. Herr Röwekamp, sie hatten nicht alle eine Aufsichtsratsvorsitzende namens Karoline Linnert.

Wenn wir der Frage nachgehen, wie ist es denn überhaupt gekommen, dass man in so einem hohen Maße solche Kredite aufgebaut hat, wird man drei hauptsächliche Faktoren finden. Der erste Faktor war, dass seit Ende der 1990er-Jahre die Globalisierung sehr stark angezogen ist und mit ihr die weltweiten Handelsströme. Die große Hoffnung war, dass dies ein langfristiger Wachstumsprozess ist, der dazu führen wird, dass die Schiffskapazitäten auf den Weltmärkten enorm anwachsen werden und dass das ein langes großes Geschäft ist. Das war die große Hoffnung der Banken, die dort eingestiegen sind.

Der zweite Punkt war: Insbesondere die Landesbanken haben diese Geschichte gern geglaubt. Sie haben nämlich Ende der 1990er-Jahre ihre sogenannte Gewährträgerhaftung verloren. Diese Gewährträgerhaftung bestand darin, dass die Länder letztendlich für die Verbindlichkeiten der Landesbanken eintreten mussten, falls etwas passiert. Aufgrund dieser Gewährträgerhaftung konnten sie sich ihr Geld konkurrenzlos günstig besorgen. Indem man diese Gewährträgerhaftung abgeschafft hat, war das bisherige Geschäftsmodell der Bremer Landesbank oder überhaupt der Landesbanken kaputt. Sie mussten sich nach Neuem umschauchen. Was alle Landesbanken gemacht haben, in der Übergangsfrist haben sie sich erst einmal mit zusätzlichem Geld vollgesogen, was sie aufgenommen haben. Der größte Teil der Landesbanken hat das in die USA in den Subprime-Markt geschoben. Die Bremer Landesbank war dafür viel zu klein. Sie hat hier auch solch ein Produkt versucht, nämlich so ein spekulatives Instrument von 20 bis 30 Millionen Euro anzulegen. Das war kleiner dimensioniert glücklicherweise, sodass sie am Ende mit einem blauen Auge davongekommen sind. Das ist nicht weiter aufgefallen. Da haben wir riesiges Glück gehabt, denn wenn das Gleiche wie bei den anderen Landesbanken passiert wäre, wäre das für ein Haushaltsnotlageland wie hier katastrophal geworden.

Die große Hoffnung der Landesbanken bestand aber in diesem Schiffsfinanzierungsgeschäft, denn dort hatten sie traditionell Erfahrung, in dem Bereich hatten sie traditionell gute Beziehungen, und dort haben sie geglaubt, das ist das Geschäftsmodell der nächsten Jahre. Der Anfang gab ihnen recht. Die höchsten Rendite, um die 20 Prozent, wurden in diesem Schiffsfinanzierungsgeschäft verdient. Dort spielte die Musik, und es gab den Anreiz, diese Musik so lange auch mit dem Tanz zu begleiten, wie sie noch gut zu hören war.

Dann kommt der dritte Teil, Herr Röwekamp, und da sind wir bei dem dummen Geld, mit dem ich nicht die dummen Anleger meine, sondern etwas anderes. Seit Ende der 1990er-Jahre gab es diese Schiffstonnagebefreiung im Steuerbereich, die von findigen Anbietern auf dem grauen Kapitalmarkt dazu benutzt worden ist, Beteiligungen für Privatanleger zu stricken. Steuervorteile ziehen gewissermaßen immer, und die Sachen haben sich verkauft wie geschnitten Brot. Darin lag eine enorme Dynamik, denn Sie müssen wissen – ich weiß das noch aus meinen Zeiten als Verbraucherschützer –, dort werden 15 bis 20 Prozent Provision bezahlt. Was glauben Sie, wie sich die Strukturvertriebe bemüht haben, das an den Mann zu bringen? Die haben insgesamt –ich habe es schon gesagt– 50 Milliarden Euro eingesammelt und in diesen Schiffsfinanzierungsmarkt gepumpt.

Jetzt werden Sie sagen, aber was wollen Sie mir denn damit sagen? Was hat das mit der Bremer Landesbank und den anderen Landesbanken zu tun? Herr Röwekamp, es hat Folgendes damit zu tun: Die Banken dürfen diese Schiffe nicht hundertprozentig mit ihren Krediten finanzieren, sondern sie gehen bis 60 oder 70 Prozent. Der Rest müsste an Eigenkapital aufgebracht werden, das wären die Reeder. Denen ist dies aber auch viel zu heikel. Also wird irgendjemand Dummes gesucht, der dort investiert. Das waren die eingesammelten Anlegergelder. Das waren nämlich die fehlenden 20, 30 Prozent für die Schiffsfinanzierungen, ohne die man diese vielen Schiffe überhaupt nicht hätte finanzieren können. Das war der entscheidende Punkt. Diese drei Sachen haben dazu geführt.

Jetzt kommt der zweite Teil. Wieso ist eigentlich diesen Bankern, die hochbezahlt sind, gar nicht aufgefallen, was sie für ein Risiko aufbauen? Der Punkt war wiederum die Erwartung eines langfristigen Wachstumsprozesses der Weltwirtschaft, der Globalisierung. Wenn Sie sich die Unterlagen angeschaut haben, haben Sie gesehen, die haben gesagt, natürlich wird es ein Auf und Ab geben. Das

kennen wir doch aus der Vergangenheit. Das ist ein volatiles Geschäft, aber das stehen wir durch. Warum haben sie geglaubt, dass sie das durchstehen? Wenn es Probleme gibt, hätten nämlich erst einmal die Anleger geblutet. Die hatten den riskanten Teil. Deshalb waren die Banker erst einmal alle ganz entspannt. Hinzu kam die Erzählung, die hier schon genannt worden ist, dass sie gesagt haben, wir haben doch eigentlich gar kein Klumpenrisiko. Wir haben viele tausend einzelne Schiffe. Das ist ein granulares Risiko. Wir haben unsere Risiken hervorragend verteilt. Das waren die Einschätzungen, auf deren Basis man geglaubt hat, dass dieser Bank und diesen Banken nichts passieren kann.

Dann sind wir bei dem dritten Punkt. Wo liegt eigentlich die Verantwortung für diesen Aufbau?

(Abgeordneter Dr. vom Bruch [CDU]: Beim dummen Geld!)

Wo liegt die Verantwortung? Wenn Sie sich die Unterlagen anschauen, werden Sie feststellen, dass eigentlich von niemandem in dem Aufsichtsrat wirklich einmal nachhaltig bezweifelt worden ist, ob man eigentlich auf einem gefährlichen Weg ist. Eine wirklich kritische Diskussion habe ich nicht entdecken können. Das gilt für alle Aufsichtsratsmitglieder sowohl aus der Politik, aus der Verwaltung, von den Bankern, aber auch aus dem gewerkschaftlichen Bereich. Niemand hat im Grunde genommen wirklich ernsthaft diese Risiken kommen sehen. Man muss sagen, das war die entscheidende Sache, die Erklärung der Risiken lag immer bei den Vorständen, und sie haben erklärt, es gibt das Auf und Ab, es gibt aber das granulare Risiko, wir haben diese Risiken im Griff. Diejenigen, die in diesem Bereich verantwortlich sind, Herr Röwekamp, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Vorstände einer Bank bekommen Gehälter von mehreren 100 000 Euro im Jahr, wenn nicht sogar Millionenbeträge. Sie werden für das operative Geschäft bezahlt, für die Steuerung der Banken, und die operative Steuerung einer Bank ist vor allem Risikosteuerung. Die Vorstände waren verantwortlich, die Risiken dieser Bank einzuschätzen. Dort haben sie gnadenlos versagt.

Verantwortlich muss man aber noch einmal differenzieren, was die Vorstände angeht. Da sind zum einen die Vorstände der Bremer Landesbank, aber – es ist hier schon angeklungen – das war ja nur eine Beteiligungsgesellschaft der Norddeutschen Landesbank. Der Konzern Norddeutsche Landesbank hatte die gesamte Risikosteuerung und Risi-

kouberwachung. Die Vorstände der Norddeutschen Landesbank saßen im Aufsichtsrat, bis 2006 an der Aufsichtsratsspitze, der Bremer Landesbank. Sie hatten eine 92,5-prozentige Beteiligung. Sie haben die gesamte Zeit in dem entscheidenden Gremium des Aufsichtsrats gesessen, nämlich der Risikosteuerung. Sie waren die Vorsitzenden des Risiko-Controllings.

Deshalb kann ich aus meinem Bereich nur sagen, die Verantwortung lag, ich sage nicht hundertprozentig, aber sie lag im Wesentlichen bei den Vorständen. Sie lag ganz entscheidend bei den Vorständen auf der Ebene der Norddeutschen Landesbank. Der große Fehler, den sie nicht gesehen haben, ist, dass ihre Risikoeinschätzung völlig falsch war. Sie haben geglaubt, es sei nur ein konjunkturelles Problem. Sie haben nicht gesehen, dass sie durch die Anlegergelder eine vollständige Überkapazität in diesem Bereich aufgebaut hatten und dass die Krise ganz anders eintreten würde als sie sich vorgestellt haben.

Die wird aber der zweite Teil meines Beitrags sein, nämlich die Frage, was man denn eigentlich noch hätte machen können und was gemacht worden ist. Soweit glaube ich zumindest für den ersten Teil eine Erklärung zu haben, gemeinsam mit unserem Koalitionspartner, warum wir eigentlich zu diesem Klumpenrisiko Schiffskredite gekommen sind. – Danke schön!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Steiner.

Abgeordnete Steiner (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht zwei Bemerkungen vorab. Verehrter Herr Kollege Gottschalk, ich habe jetzt Ihre Ausführungen zu dummem Geld immer noch nicht verstanden, ehrlich gesagt. Sie haben gerade gesagt, es würde sich nicht auf die Kapitalanleger beziehen, um aber am Schluss Ihrer Begründung zu sagen, dass die letzten Gelder doch von den Anlegern kommen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, wir befinden uns in einer Niedrigzinsphase, in der man gerade den kleinen Anlegern, von denen es nun einmal viele gibt, heute nicht vorwerfen kann, dass sie vielleicht auch gehofft haben, an der einen oder anderen Stelle noch ein paar Prozente mehr zu erhalten, die sie sonst nämlich nirgendwo bekommen.

(Beifall FDP – Zuruf Abgeordneter Gottschalk [SPD])

Die zweite Vorbemerkung! Es wurde ja gerade von einigen ein klares Bekenntnis zum Controllingausschuss abgegeben. Ich muss sagen, ich bin da anderer Meinung. Ich glaube, dass wir die Dinge, die wir im Controllingausschuss diskutieren, durchaus auch vernünftig im Haushalts- und Finanzausschuss hätten abhandeln können. Es passiert auch sehr oft, dass wir eine Doppelbehandlung von Themen haben, manchmal sogar eine Dreifachbehandlung in den Deputationen, in dem Haushalts- und Finanzausschuss, wieder im Controllingausschuss. Ich weiß nicht, ob das langfristig wirklich der richtige Ausschuss ist, den wir zusätzlich brauchen.

(Beifall FDP – Vizepräsidentin Dogan übernimmt den Vorsitz.)

Jetzt ist es ja so, dass wir heute noch einmal über die Bremer Landesbank diskutieren, die übrigens schon lange keine Landesbank und keine Bremer Landesbank mehr ist. Nicht einmal der Name ist noch bremisch, und trotzdem beschäftigen wir uns jetzt noch einmal mit den Nachwehen. Eigentlich sollte man meinen, dass sich das Thema Landesbank mit dem Verkauf an die Nord/LB so langsam erledigt hat. Denn Bremen konnte es in diesem Fall noch schaffen. Der Kaufpreis von sage und schreibe 262 Millionen Euro ist im Nachhinein genau genommen sogar ein Erfolg, zumindest nach jetzigem Kenntnisstand. Die Niedersachsen würden heute wohl keinen Pfennig mehr dafür bezahlen. Mit dem Wissen, das wir heute haben, hätten Sie ihnen die Bank schenken können, das hätten sie nicht angenommen. Des Weiteren waren die Zinsen, die die Bremer Landesbank jahrelang für die stillen Einlagen des Landes Bremen zahlte, nun einmal auch nicht unerheblich.

Summa summarum stellt das die Beteiligung Bremens nun einmal nicht als komplette wirtschaftliche Niederlage dar. Was für Bremen natürlich wirtschaftlich als Niederlage gewertet werden könnte, ist, und das ist schlimm genug, dass dadurch Arbeitsplätze verloren gegangen sind. Es ist schlimm, dass damit Wissen verlagert wurde, nämlich nach Niedersachsen. Es ist auch nicht gut, dass dadurch der Standort im Allgemeinen geschwächt wurde, ganz klar. Wenn wir uns die politische Bewertung noch einmal anschauen, dann, glaube ich, hat der Ruf Bremens in den letzten Jahren auch unter der Situation und der hitzigen Diskussion absolut gelitten. Was am Ende bleibt, ist, dass natürlich eine sehr traditionsreiche Marke und damit auch diese Strahlkraft für den Standort Bremen leidet und auch ein bisschen kaputtgeht.

Wir hätten uns an dieser Stelle tatsächlich eine offenere Zusammenarbeit mit unserer Senatorin für Finanzen gewünscht, in der wir Parlamentarier gemeinsam das Für und Wider gegeneinander besser abwägen können und dann zu guten Entscheidungen kommen. Die gewünschten Informationen – und ich glaube, da sind wir uns von der Opposition ziemlich einig – mussten wir uns nämlich häppchenweise erkämpfen. Es war nicht so einfach, da überall heranzukommen. Gerade die Zusammenarbeit war zumindest gefühlt eher von Hindernissen als von Konstruktivität geprägt. Ich erinnere mich noch daran, wie wir kämpfen mussten, um an die Akten zu gelangen – wir durften Akten von Hand abschreiben –, wie schwer es war, zusätzlich Personen für die Akteneinsicht zu ratifizieren und damit vor allem das Prozedere, verwertbare Informationen zu bekommen, einfach erschwert wurde. Das hätte man sicherlich auch im eigenen Interesse, nämlich dem Interesse einer lückenlosen Aufklärung, besser lösen können. Gleichwohl haben wir uns ausgiebig mit den Vorgängen beschäftigt. Wir konnten uns alles ansehen und dadurch am Ende ein klares Bild zeichnen.

Die ehemalige Bremer Landesbank reiht sich jetzt mit ihrem Ende in eine ganze Reihe von Landesbanken ein, die durch eigene Selbstherrlichkeit in den Abgrund gerissen wurden. Die Geschäftspraktiken, die nicht darauf ausgerichtet waren, dass Wachstum auch ein Ende haben kann, wurden hier von einer ganzen Branche gelebt. Diese Risiko-diversifizierung, die ja wichtig ist, wurde scheinbar nicht mehr konsequent praktiziert. Die Klumpenrisiken wurden hier schon mehrfach angesprochen und es wurde viel zu viel auf eine Karte gesetzt und das jetzt leider mit einem sehr unrühmlichen Ende. Die Nord/LB als jetzige Eigentümerin trägt nun die gesamte Verantwortung, der sie sich hätte von Anfang an hätte stellen müssen. Lange Zeit nämlich schon vor dem kompletten Verkauf war die Nord/LB Mehrheitseigentümerin der Bremer Landesbank und hatte damit auch maßgeblich Einfluss auf die Bremer Landesbank, ihre Geschäftspraktiken und damit auch auf ihr Management.

Im Juni 2016, als klar war, dass die Bremer Landesbank von der Nord/LB übernommen werden würde, glaubte der SPD-Mann Schneider immer noch fest daran, dass die völlig marode Bremer Landesbank auf verträgliche Art und Weise für die Nord/LB zu stemmen sei. Dann allerdings führten unter anderem die akut ausfallgefährdeten und damit faulen Schiffskredite der übernommenen Bremer Landesbank zu Milliardenverlusten bei der Nord/LB, und im Oktober 2017 wurde klar, dass die

Nord/LB frisches Geld brauchen würde. Damals sprach man übrigens noch von einer Milliarde Euro, heute steht die Nord/LB vor einer katastrophalen Krise. Es werden Diskussionen laut, in denen man um rund drei Milliarden Euro Kapitalbedarf diskutiert, und man diskutiert sogar über die Abwicklung der Nord/LB.

Würde das eintreten, wären die Konsequenzen wirklich heftig, und es könnten auch den beteiligten Sparkassen die Verbundprivilegien entzogen werden. Diese sehen unter anderem vor, dass Institute Kredite an andere Mitglieder der Finanzgruppe nicht mit Eigenkapital unterlegen müssen, und die Folgen für einen Entzug dieser Privilegien wären verheerend. Ich glaube, da sind wir uns einig, denn das heißt, das Hinterlegen von Eigenkapital für bisher befreite Kredite anderer Mitglieder der Finanzgruppe würde Milliarden Euro kosten und damit alle Beteiligten gänzlich gefährden. Damals in der verheerenden Lehman-Brothers-Krise haben Politiker geschworen, keine Steuergelder mehr aufzuwenden, um Banken zu retten. Wir Freien Demokraten hoffen, dass sich auch in Zukunft daran gehalten wird und dass dieses Versprechen Bestand hat.

(Beifall FDP)

Wir hoffen auch, dass das Thema mit dieser Debatte und dem abschließenden Bericht des Controllingausschusses zu den unrühmlichen Akten gelegt werden kann und endlich Ruhe findet. Unsere Bewertung, das merken Sie, weicht dabei ein wenig von der der übrigen Oppositionsparteien ab, weil wir es doch eher so sehen: Besser ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.

(Abgeordneter Rupp [DIE LINKE]: Die Welt ist voller Plattitüden!)

Ja, auch wir haben uns den Aufarbeitungsprozess proaktiver von Seiten der Senatorin vorgestellt und ja, auch wir sind der Meinung, dass die Aufsicht zu einer aufmerksameren Risikoaufsicht hätte beitragen können, ganz klar. Hinterher ist man aber immer klüger. Auch so fair muss man in dem Zusammenhang sein. Trotzdem sind wir nach wie vor der Meinung, dass der Verkauf eine gute Lösung war, die dem Haushaltsnotlageland Bremen weiteres Unheil erspart hat. Wir sind jedenfalls heilfroh, dass die Bremer Landesbank verkauft wurde und dass damit die Risiken nicht mehr auf unserem Bundesland Bremen liegen. Auch wenn es sicherlich viele Management-Fehlentscheidungen, Fehleinschätzungen und Aufsichtsfehler gegeben hat, sind wir

dieses Mal trotz allem gerade noch einmal davon-
gekommen.

(Beifall FDP)

Schade für Bremen, schade, dass wir keine Landes-
bank mehr haben, aber Gott sei Dank für die Steu-
erzahler, die dieses Milliardengrab jetzt jedenfalls
nicht mehr fürchten müssen. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dogan: Bevor ich den nächsten
Redner aufrufe, möchte ich auf der Besuchertri-
büne recht herzlich eine Gruppe Jusos der SPD-
Landesorganisation Bremen begrüßen.

Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete
Rupp.

Abgeordneter Rupp (DIE LINKE)': Frau Präsi-
dentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe
Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte ja angedroht,
dass ich zu der einen oder anderen Frage noch ein-
mal Stellung nehmen will. Erstens hält sich hartnä-
ckig das Gerücht, dass der Dollarkurs mit dafür ver-
antwortlich ist, dass man der Krise nicht Herr ge-
worden ist. Ich habe hingeschaut, zwischen den
Jahren 2008 und 2013 gab es so gut wie keine Ver-
änderungen des Dollarkurses.

Dann ist die Frage, gab es eine Möglichkeit, diese
Krise abzuwenden? Ich bin der Meinung, dass man
durch einen Verzicht auf Gewinnausschüttung, Ri-
sikoversorge, Einzelwertberichtigung zumindest
die Chance hätte bewahren können, das zu tun. Ob
es am Ende gereicht hätte, ist Spekulation. Ich
neige auch nicht dazu, nach dem Motto, hinterher
ist man immer schlauer, zu argumentieren. Ich
habe mir ganz bewusst die Zahlen von 2013 her-
ausgesucht, zu einem Zeitpunkt, an dem sich alle
Beteiligten des Risikos hätten bewusst sein können
und bei dem bestimmte Beihilfavorschriften auf eu-
ropäischer Ebene noch nicht so streng waren. Man
hätte in der Tat mit einer konzertierten Aktion, bei-
spielsweise des Landes Niedersachsen und des
Landes Bremen möglicherweise durch eine Eigen-
kapitalerhöhung etwas machen können. Das aber
hat alles nicht stattgefunden.

Wir erheben das Fazit, der eigentliche Verkauf war
nicht mehr zu verhindern.

Ach so, ich wollte noch etwas zu der EZB sagen:
Wir haben die Diskussion, 700 Millionen Euro ka-
men über Nacht. Wenn man den Bericht aufmerk-
sam liest, gab es im Dezember schon eine Prüfung
durch die Bankenaufsicht und dann im Januar noch
einmal. Die Größenordnung der Einzelwertberich-
tigung, die gefordert ist, ergibt sich aus der Höhe
des Risikos. Das ist auch eine Ohrfeige für alle Wirt-
schaftsprüferinnen und Wirtschaftsprüfer, die die-
sen Betrieb vorher geprüft haben. Es ist eine Ohr-
feige für die Politik der Vorstände sowie für die Po-
litik der Aufsichtsräte, denn zu dem Zeitpunkt hat
nämlich irgendjemand gesagt, jetzt ist es genug mit
der Trickserei, jetzt ist es genug mit Black Pearl,
jetzt ist es genug mit Werterholungspotenzial, jetzt
müsst ihr Klartext reden, wir brauchen Einzelwert-
berichtigungen, sonst läuft das nicht mehr.

Die Frage ist – und ja, ich stimme dem zu –, für die
Nord/LB war die Bremer Landesbank immer so et-
was wie eine Milchkuh. Sie hatte nur ein ganz ho-
hes Interesse daran, möglichst hohe Gewinnaus-
schüttungen zu erringen, auch noch zu einer Zeit,
bei der die Krise absehbar war und bei der sie dann
ein Ausmaß angenommen hat, bei dem man sagen
könnte, ob sich das erholt, ist fraglich.

Das Problem ist nur, ich kann mich nicht erinnern,
dass wir das Maß an Risiko jemals in einem der Be-
richte des Herrn Dr. Kaulvers oder der Finanzsena-
torin im Haushalts- und Finanzausschuss hätten re-
alisieren können. Es hieß immer, das bekommen
wir alles in den Griff. Die konkreten Zahlen, die zu
dem Zeitpunkt auf dem Tisch lagen, haben wir
nicht gesehen. Das ist etwas, was es im Übrigen zu
der GeNo unterscheidet, dort haben wir die kon-
kreten Zahlen, dort können wir unterschiedliche
Einschätzungen auf der Basis von Zahlen nachvoll-
ziehen und nicht auf der Grundlage von Verspre-
chungen, so wie bei den Kollegen Vorstandsvorsit-
zenden.

(Beifall DIE LINKE)

Last, but not least: Wenn die FDP froh ist, dass die
BLB verkauft ist, teile ich diese Ansicht ausdrück-
lich nicht, aus ganz unterschiedlichen Gründen. Ich
bin deutlich der Meinung, wenn wir über die Zu-
kunft von Banken diskutieren – wir haben auch
noch einen Antrag, wie wir Bankenpolitik eingren-
zen können –, dann diskutieren wir über Banken
mit Gemeinwohl, mit Gemeinnutz. Wenn wir einen
öffentlichen Einfluss auf die Landesbanken der
Bundesrepublik Deutschland verlieren und viel-
leicht danach auch die Sparkassen in einem Domi-
noeffekt umkippen, dann haben wir in dieser Frage

nichts gekonnt, dann haben wir einen ganz wesentlichen Einfluss auf Banken und Sparkassen in diesem Land verloren, und wir sind dann noch weiter davon entfernt, für Banken im Allgemeinwohl und für Banken, die transparente Politik machen, als wir es jetzt sind.

(Beifall DIE LINKE)

Ich komme vorläufig zum Schluss! Wir müssen deutlich hinschauen, an welcher Stelle wir uns bestimmte Risiken, die öffentliche Beteiligungen angehen, noch einhandeln. Ich bin auch der Meinung, dass wir das, was der Controllingausschuss dargestellt hat, in vielen Fragen verstetigen und auch noch schärfen müssen, damit wir nicht noch einmal, wie in Sachen Bremer Landesbank, von verschiedenen Menschen an der Nase herumgeführt werden. Das darf nicht wieder passieren. Dieses Parlament und diese Ausschüsse müssen in der Tat über Risiken von Beteiligungen in einer Weise informiert werden, dass wir uns eine Meinung bilden können und dass wir gegebenenfalls auch politisch aktiv werden können.

Es ist doch zum Zeitpunkt 2013 auch möglich gewesen, auf politischer Ebene diese Frage zu thematisieren und unter Umständen mit dem Ministerpräsidenten von Niedersachsen und dem Präsidenten des Senats hier in Bremen einmal darüber zu reden, ob und inwieweit wir die Nord/LB und die Bremer Landesbank vielleicht in einer Weise stützen, bevor es endgültig im Niedergang untergeht. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schäfer.

Abgeordneter Schäfer (LKR): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Hinterher ist man immer schlauer, und so sehr es mich reizen würde, die Finanzsenatorin für irgendwelche Fehleinschätzungen in der Vergangenheit an das Kreuz zu nageln, möchte ich einfach einmal daran erinnern, wie es eigentlich war, damals vor Lehman, in der Welt und in dem Bremen, in dem wir lebten.

Wir lebten in einer Welt des Wachstums. Die Bevölkerung ist von den Sechzigerjahren bis zum Jahr 2009 von drei Milliarden auf sieben Milliarden Menschen gewachsen. Die Schwellenländer erlebten ein Wirtschaftswachstum ohnegleichen. China wurde in der Weltwirtschaft immer bedeutender. Unsere eigene Wirtschaft wuchs. Der Kalte Krieg

war beendet. Wir waren auf einem Weg, in dem die Globalisierung uns allen eine fette Rendite einbrachte.

Wir in Bremen waren ganz vorn dabei. Wir hatten Bremerhaven, es gab hier die Häfen, wir hatten unsere Schifffahrtsindustrie, unsere Reeder. Einmal ganz im Ernst, wenn wir jetzt die Uhr zurückdrehen, wer von uns würde sagen, also jetzt reden wir über Klumpenrisiken? Wir hier in Bremen, wir wollen doch jetzt nicht einseitig auf die Schifffahrt setzen, wir machen doch jetzt – keine Ahnung – Schweinezucht oder so etwas. Das haben wir nicht gemacht, wir haben auf die Schifffahrt gesetzt. Wir haben festgestellt, das funktioniert nicht.

Es war ehrlicherweise nicht ein einzelne Bank in Amerika, die das Kartenhaus zum Einstürzen gebracht hat. Lehman-Brothers war ein einzelnes Ereignis, das eine grundsätzliche Unwucht auf die Tagesordnung gebracht hat. Solch eine grundsätzliche Unwucht besteht heute noch und diese beschäftigt uns in allen unseren Diskussionen, die wir die ganze Zeit führen, auch heute Morgen. Diese Unwucht, dass in einer begrenzten Welt, auf einem begrenzten Planeten, unbegrenztes Wachstum nicht möglich ist. Wachstum geht nicht in einer Welt, die nicht mitwachsen kann, auf der wir immer mehr Menschen haben, da können wir nicht gleichzeitig das Klima schützen, die Ressourcen gerecht verteilen und alle Menschen mit Wohlstand bedenken. Diese Erkenntnis, vor der wir uns alle so fürchten und die wir alle so nach hinten schieben, die hat uns nicht nur damals gehindert, die Risiken bei der Bremer Landesbank oder bei der Nord/LB zu sehen. Das betrifft das Geschäftsrisiko unseres Geschäftsmodells unserer Republik Deutschland, unseres Geschäftsmodells Europäische Union oder unserer gesamten globalen Zivilisation. Wir laufen hier auf viel grundlegendere Probleme zu als auf die Frage, ob eine Bank Schiffsbeteiligungen im Portfolio hat, die sie nicht mehr bedienen kann.

Die Prämisse, die wir voraussetzen, dass unser gesamtes Wirtschaftssystem und unsere Gesellschaft auf Wachstum aufgebaut sind, kann nicht funktionieren. Dieser Erkenntnis müssen wir uns stellen. Das ist eigentlich das, was wir aus einem relativ begrenzten Schaden, wie es diese Landesbanken betrifft, so schmerzlich er sein mag, lernen müssen. Das ist die Lektion, die wir lernen müssen, dass wir nicht an diesen lieb gewonnen Illusionen festhalten können, dass alles immer so läuft, wie wir es wollen. Wir leben in einer begrenzten Welt. Wir werden wirtschaftliche Verwerfungen haben. Wir werden unseren Wohlstand nicht halten können. Wir

werden uns unglaublich ins Zeug legen müssen, unsere Umwelt – das betrifft nicht nur das Klima – irgendwie im Griff zu halten.

Wir tun immer so, als ob irgendeine Anlageanalyse oder irgendeine Vorstandsentscheidung oder irgendein Aufsichtsrat das lösen könnte. Das kann er nicht. Unser Geschäftsmodell ist grundsätzlich desolat, und wir werden in Zukunft lernen müssen, ein neues zu entwickeln. Die Ansätze dazu sehe ich, ehrlich gesagt, noch nicht, aber wir sind ja noch jung. – Vielen Dank!

(Beifall BIW)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Gottschalk.

Abgeordneter Gottschalk (SPD)¹⁾: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der zweite Teil meines Beitrags wird sich mit der Frage beschäftigen, was man denn eigentlich noch hätte machen können, nachdem diese Krise offenkundig geworden ist, nach der Finanzmarktkrise, nach dem zutage treten, dass die Bremer Landesbank auf einem großen Berg fauler Kredite saß.

Einer der Punkte, die hier auch diskutiert worden sind und die auch strittig diskutiert worden sind, ist ja die Frage: Hätte die Bremer Landesbank nicht sehr viel früher in Abschreibungen gehen müssen? Hätte sie nicht sehr viel früher faule Engagements kündigen müssen, um aus diesen Problemen herauszukommen? Diese Frage stand im Raum. Ich kann dazu sagen, nach meiner Einschätzung hätte die Bremer Landesbank für sich betrachtet, Spielraum dafür gehabt. Sie hat noch zwei Jahre Dividenden bezahlt, die man auch hätte gebrauchen können, um Abschreibungen abzufedern.

Des Weiteren war der Haupteigner der Bremer Landesbank ja die Nord/LB. Hätte man rote Zahlen gehabt, wäre das im Wesentlichen zulasten des Aktionärs gegangen. Wir sind zwar auch darin mit unseren stillen Beteiligungen, aber es gehörte damals in den ersten Jahren bei den Landesbanken überhaupt noch nicht zur Praxis, die Verluste auch den stillen Beteiligungen anzulasten. Also hätte es Spielraum und Anlass für uns gegeben, da schneller Abschreibungen vorzunehmen.

Der Punkt hat aber zwei Widerstände. Der eine ist, hätte man schneller gekündigt und abgeschrieben, dann hätte man Reedern die Kreditverträge kündigen müssen. Dies hätte in dieser Region natürlich

einigen Aufschrei gegeben. Es ist schon zitiert worden, auch die CDU hat ja sehr frühzeitig vor allen Dingen davor gewarnt, dass die Banken ihrer Verantwortung nicht gerecht werden, dass sie sich aus dem Kreditengagement herausstehlen, und das sollten sie nicht machen. Also von Ihrer Seite, Herr Röwekamp, war dieser Lösungsweg doch nun schneller, vielleicht die Risiken abzubauen wurde ja schon bekämpft.

Der zweite Teil aber war natürlich weitaus wichtiger als die Bremer CDU. Der zweite Teil lag darin, dass natürlich dieser Gesichtspunkt, ob die Bremer Landesbank Abschreibungen trifft, vor allen Dingen unter dem Blickwinkel von Hannover, von der Norddeutschen Landesbank betrachtet wurde. Diese gehörte zu den Banken, die direkt nach der Finanzmarktkrise am tiefsten nach der HSH mit in der Bredouille waren. Die haben selbst so schnell wie möglich versucht, ihre Bewertungen und ihre Abschreibungen wieder zu stoppen, um Normalität zu demonstrieren. In dieser Situation, Herr Röwekamp, in der den Mehrheitsaktionären das Wasser bis zum Hals stand, versucht sie selbst, ihre Bilanzen so gerade ohne rote Zahlen hinzubekommen, und da sollte die beherrschte Minderheitstochter genau das Gegenteil machen und tatsächlich in die Abschreibungen gehen? Nein, das ist nicht gegangen. Deshalb wurde diese Chance hier auch gar nicht genutzt. Sie hat auch nie auf dem Programm gestanden, aber vor dem Hintergrund der wahren Machtverhältnisse, selbst wenn man das gewollt hätte, wäre das gegen die Nord/LB nie gelaufen.

Wir haben ja auch im weiteren Bereich dann gesehen: Was konnte gemacht werden? Sie haben es angesprochen, wäre man im Jahr 2012 vielleicht nicht kritischer gewesen und hätte die Umwandlung nicht gemacht? Ja, das habe ich mich auch häufiger gefragt aufgrund des Zahlenwerkes, das ich dann auch in den Unterlagen gesehen habe, die Erwartungen. Herr Röwekamp, auch in dem Bereich muss ich jedoch anführen, die Chance zu sagen, wir machen die Umwandlung nicht mit, die hätte uns mit in den Abgrund gerissen, weil die Nord/LB diese Umwandlung brauchte und ohne sie von der Finanzmarktaufsicht die Rote Karte gezeigt bekommen hätte. Sie hätten uns mit in die Haftung genommen. Zum damaligen Zeitpunkt standen wir noch mit 350 Millionen Euro in der Gewährträgerhaftung. Wenn damals etwas passiert wäre, wäre der Schaden für uns immens höher gewesen. Ich glaube nicht, dass wir wirklich die Chance gehabt hätten, damals Nein zu sagen.

Die wesentliche Strategie ist am Ende gewesen, zu hoffen, dass die Krise irgendwann vorbeigeht. Da hat sich natürlich gerächt, dass man eine völlig falsche Einschätzung in dem Bereich hat.

(Glocke)

Dass es nämlich eine schnell auslaufende Krise ist, das ist nicht eingetreten. Zum Schluss hat die sich zudrehende Schraube der Finanzaufsicht dazu geführt, dass die Bremer Landesbank am Ende war.

Erlauben Sie mir ein abschließendes Wort! Ich bin nicht glücklich darüber, dass das passiert ist. Wir sind zwar selbst mit mehr als einem blauen Auge herausgekommen, wir haben 180 Millionen Euro plus die Beteiligungen bekommen, aber die Leidtragenden sind die Beschäftigten, die im Wesentlichen die Folgen tragen müssen, die tun mir leid. Ich bin wütend auf all diejenigen, die Verantwortung hatten und heute mit hohen Pensionen in den Bergen und auf den Seen dieser Welt ihre Pensionen genießen, während die anderen die Folgen tragen müssen.

(Beifall SPD)

Ich sage noch eines, das mir leid tut, Frau Präsidentin, das sei mir gestattet: Die Landesbanken waren einmal gedacht als das Instrument von Ländern, um auch Strukturpolitik, Landespolitik zu betreiben. In der heutigen Zeit, in der man wieder sieht, wie in der Breite von Ländern, im ländlichen Raum und dergleichen Strukturen kaputtgehen, braucht man eigentlich solche Banken. Dass das jetzt mit der Bremer Landesbank untergegangen ist, ist ein sehr trauriges Ereignis, und es wird lange dauern, bis wir uns wieder ein ähnliches Instrument geschaffen haben. Deshalb keine Freude. Ja, Erleichterung, dass wir noch relativ gut herausgegangen sind. Das Gesamtergebnis kann uns aber nicht befriedigen. Ich bleibe dabei, ja, wir müssen uns immer fragen, ob wir eine Chance gehabt hatten, aber ich bin überzeugt, die Probleme liegen jetzt genau dort, wo die Hauptverantwortung auch liegt. – Danke schön!

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abgeordneter Röwekamp (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, Herr Gottschalk, wir haben

ganz unterschiedliche Vorstellungen von Verantwortung, um das an dieser Stelle einmal zu sagen. Das beginnt schon damit, dass Sie die Nachfrage von Frau Steiner bis jetzt noch nicht beantwortet und erklärt haben, was Sie eigentlich mit den dummen Anlegern oder dem dummen Geld der Anleger gemeint haben. Jetzt haben Sie am Ende gesagt, die Banken konnten die Kredite doch nur geben, weil es Anleger gab, die das Eigenkapital sichergestellt haben. Ich glaube, umgekehrt wird ein Schuh daraus. Ich glaube, kein privater Anleger hätte sich in dieses Risikogeschäft begeben, wenn es nicht aus seiner Sicht solvente Banken in staatlicher Trägerschaft gegeben hätte, die dieses Produkt auch tatsächlich vertrieben haben.

(Beifall CDU, FDP)

Der Verbraucher hat vertraut und nicht umgekehrt. Sie haben in Ihrer Rede ja eine Vielzahl an Verantwortlichkeiten gefunden, die Einzigen, die völlig unverantwortlich für dieses am Ende schlimme Ergebnis für Bremen gewesen sind, sind die Bremer. So habe ich es bei Ihnen herausgehört. Die Nord/LB hat schuld, die Anleger haben schuld, der Weltkapitalismus hat schuld, also alle haben schuld, nur Bremen nicht. Wir haben aus Ihrer Sicht eigentlich alles richtig gemacht, nur leider mit einem falschen Ergebnis, so habe ich Ihre Rede für mich zusammengefasst.

Ich finde das an sehr vielen Stellen ganz schwierig. Dass Sie sagen, dass die Nord/LB federführend in der Verantwortung für die Geschehnisse bei der Bremer Landesbank war, da gebe ich Ihnen recht. Sie waren bis 2012 überwiegender Mehrheitsanteilseigner, die Niedersachsen. Natürlich tragen sie auch die Verantwortung, aber haben Sie in irgendeinem der Protokolle von vor 2012 gesehen, dass die Vertreter Bremens im Aufsichtsrat oder in der Trägerversammlung nur einmal, nur ein einziges Mal, diese Gesamtbankstrategie der Nord/LB, die sie bei der Bremer Landesbank durchgesetzt haben, auch nur kritisch hinterfragt haben? Sie haben sich um Spendenberichte und um Gleichstellungsberichte und um alles andere gekümmert, nur die Gesamtstrategie und das Risikomanagement, das haben die Vertreter Bremens im Aufsichtsrat vor 2012 und auch nach 2012, als wir mit 41,5 Prozent fast auf Augenhöhe beteiligt waren, nicht ein einziges Mal hinterfragt, sehr geehrter Herr Gottschalk. Die Schuld immer nur bei anderen zu suchen, ist vielleicht eine sozialdemokratische Antwort, sie ist aber in diesem Fall völlig falsch, in Anbetracht der Verhältnisse bei der Bremer Landesbank.

(Beifall CDU)

Dann auch noch zu sagen, die Vorstände der Nord/LB, die ja im Aufsichtsrat gesessen haben, sind die Schuldigen, weil die ja ihre Taschen mit Vorstandsgehältern gefüllt haben! Im Aufsichtsrat, Herr Gottschalk, wird nicht danach unterschieden, wer in welcher Funktion wie viel Geld bekommt, sondern dort wird danach unterschieden, wer im Aufsichtsrat sitzt, der trägt eben am Ende eine Verantwortung, und die Verantwortung heißt auch, nicht bedingungslos alles zu glauben, was der Vorstand Ihnen vorlegt. Ja, wir sind uns einig, die Hauptverantwortung liegt beim Vorstand. Der hat das operative Geschäft zu verantworten. Der hat dieses Klumpenrisiko erzeugt, der hat zu spät reagiert. Ich frage mich aber, wozu wir eigentlich einen Aufsichtsrat haben, wenn er dem Vorstand immer willfährig folgt und ihn einfach machen lässt, ohne auch nur eine einzige kritische Frage zu stellen, auch in der dann schon entstehenden Krise nach 2015. Das war, glaube ich, der große Fehler. Wir haben Aufsichtsräte um zu kontrollieren, und wir brauchen keine Aufsichtsräte nur um Entscheidungen des Vorstandes abzunicken. Das ist eine falsche Vorstellung von Kontrolle, sehr geehrter Herr Gottschalk.

(Beifall CDU, DIE LINKE)

Damit bin ich bei der Frage – –. Ich glaube schon, man hätte vieles anders machen können im Aufsichtsrat, in der Trägerversammlung. Am Ende zu sagen, wir sind ja noch mit einem blauen Auge davongekommen, ich meine, das blaue Auge – –. Das will ich nur noch einmal sagen, Frau Kollegin Steiner, im Jahr 2012 hat die Finanzsenatorin bei der Umwandlung der stillen Einlage die 480 Millionen Euro in die Bücher genommen, übrigens zum Anschaffungspreis, 480 Millionen Euro durch die Umwandlung, und bewertet unseren 7,5 Prozent-Anteil mit 50 Millionen Euro. Am Ende war unser Anteil im Jahr 2012 nach Einschätzung der Finanzsenatorin 530 Millionen Euro wert. Davon bekommen wir 260 Millionen Euro wieder. Ich finde, die Hälfte wiederzubekommen ist natürlich besser als nichts wiederzubekommen, aber die Hälfte der öffentlichen Mittel, von 530 Millionen Euro nur gute 260 Millionen Euro und damit die Hälfte, wiederzubekommen, ist keine Erfolgsgeschichte. Deswegen kann ich auch nicht sagen, dass wir mit einem blauen Auge davongekommen sind, wir haben einen großen Verlust von Steuergeldern zu verzeichnen, weil die Bank mit all ihren Organen, mit dem Vorstand, mit der Trägerversammlung und mit dem Aufsichtsrat schlecht gewirtschaftet hat. Das ist das

bilanzielle Ergebnis für unsere öffentlichen Aufkäufe, sehr geehrte Frau Steiner.

(Beifall CDU, DIE LINKE)

Ich will sagen, dass sich die Fehler fortgesetzt haben, anstatt, nachdem die EZB, die ja übrigens, Herr Gottschalk, das haben Sie auch gesagt, am Ende – –. Der Zustand der jetzigen Nord/LB zeigt ja, dass die Einschätzung der EZB im Herbst 2015 nicht falsch war, sondern die Bewertung, ihr habt zu wenig Risikovorsorge für eure Schiffskredite, die war ja offensichtlich nicht nur richtig, vielleicht war sie sogar mit dem Wissen von heute noch ein bisschen zurückhaltend. Wie haben aber der Vorstand, wie der Aufsichtsrat sowie die Aufsichtsratsvorsitzende eigentlich auf den Hinweis reagiert? Die haben noch bis März 2016 versucht, statt darauf zu reagieren, zu fragen: Wie gehen wir jetzt mit dieser Krise um? Wie erreichen wir es, vielleicht als gemeinsame Träger dieser Landesbank, eine Lösung für die zusätzlich zu bildende Risikovorsorge zu schaffen? Stattdessen hat man sich darauf konzentriert, durch teuer bezahlte Gutachten zu ermitteln, dass die Auffassung der EZB falsch ist.

Sehr geehrter Herr Gottschalk, was ist das eigentlich für ein Krisenmanagement? Da sagt mir jemand, ihr seid fast pleite, weil ihr nicht genug Risikovorsorge geschaffen habt, und ich diskutiere über Wochen und Monate und gebe viel Geld dafür aus um zu widerlegen, dass die EZB recht hat. In dieser Phase hatte man noch eine Gestaltungsmöglichkeit in der Bremer Landesbank. Wenn man da auch im Aufsichtsrat und Vorstand eben nicht nur versucht hätte, die EZB vom Gegenteil zu überzeugen, hätte man die Zukunft dieser Bank auch in dieser Phase, das ist meine feste Überzeugung, noch gestalten können, sehr geehrte Damen und Herren!

(Beifall CDU – Abgeordneter Gottschalk [SPD]: Können Sie auch sagen wie?)

Deswegen glaube ich, abschließend kann man sagen, dass Vorstand, Aufsichtsrat, Trägerversammlung, Wirtschaftsprüfer, alle bis zum Sommer 2016 die Dimensionen dieses Risikos nicht erkannt haben. Dieses Nichterkennen des Risikos ist natürlich ein Fehler, den die zu verantworten haben, die in diesen Gremien gesessen haben, um das so deutlich zu sagen. Ich glaube schon, dass es Alternativen gegeben hätte.

Am Ende, will ich sagen, steht jetzt diese Debatte, aber ehrlicherweise muss man auch sagen, irgendwie ist es symptomatisch, wie das Parlament eigentlich überhaupt auf diesen Vorgang aufmerksam geworden ist. Nicht durch Beteiligungsberichte, nicht durch Informationen des Finanzressorts vor März 2018. Hätte der Kollege Eckhoff als Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses nicht wegen der Beteiligungsberichte und der Haushaltsaufstellung im Frühjahr 2016 den Vorstandsvorsitzenden der Bremer Landesbank in den Haushaltsausschuss eingeladen, hätte dieses Parlament wahrscheinlich erst durch die Ad-hoc-Meldung, die dann irgendwann im Sommer 2016 erfolgte, von der Krise dieser Bank erfahren. Weil Herr Dr. Kaulvers in dieser Haushalts- und Finanzausschusssitzung einmal eben zufällig erklärt hat, dass die Bank in einer Krise ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer dann sagt, wir bräuchten aus diesem Desaster keine Schlussfolgerungen zu ziehen, der, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, nimmt seine Verantwortung auch als Parlamentarier nicht richtig ernsthaft wahr. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Saxe.

Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn man ganz oft das Wort „ehrlicherweise“ benutzt, höre ich immer ganz genau hin. Das habe ich gerade sehr viel gehört. Ich stimme dem mit den Wertberichtigungen so weit zu. Ich glaube auch, dass die EZB nicht völlig verkehrt gelegen hat. Natürlich war da ein Risiko in einem ganz großen Umfang vorhanden. Nur muss man aber auch schauen, irgendjemand muss das auch mitgehen. Dass natürlich auch die Finanzsenatorin erkannt hat, dass diese Masse von Schiffsfinauzierungen, die dort von der Bremer Landesbank vorgenommen wurde, ein Problem ist und dass das auch besprochen worden ist, das zeigt doch schon ganz deutlich, dass es um 400 Schiffsfinauzierungen abgenommen hat, in der Zeit, in der sie Verantwortung getragen hat.

Nur vollkommen richtig, ich sehe das mit den Wertberichtigungen auch so, das hätte man anders machen können und vielleicht auch anders machen müssen. Völlig klar ist auch, dass das Risikomanagement in all den Banken, nicht nur in der Bremer Landesbank, was Schiffsfinauzierungen angeht, meiner Ansicht nach nicht funktioniert hat. Man könnte auch sagen, es hat versagt. Da würde

ich schon sagen, das ist für mich –. Ich habe meine eigene Firma, für solche Sachen bin ich als Geschäftsführer selbst verantwortlich, dann zu sagen: Hier, da haben wir ein Problem und, meine Mitgesellschafter, darüber müssen wir einmal reden. Das ist ganz eindeutig eine Sache der Vorstände gewesen, und es war auch ganz eindeutig eine Sache der Leute aus der Nord/LB. Es ist von Arno Gottschalk richtig gesagt worden, für die Nord/LB war die Bremer Landesbank eine Milchkuh.

Natürlich hätten wir, darauf habe ich gerade keine Erwiderung bekommen, das möglicherweise im Jahr 2014 mit all dem hinbekommen, noch einmal das Steuer herumzureißen, aber nur, wenn die Nord/LB das mitgetragen hätte. Das ist doch auch vollkommen klar. Das hätten die zu dem Zeitpunkt nicht gemacht, denn sie hätten weder ein Interesse an diesen veränderten Wertberichtigungen gehabt noch hätten sie ein Interesse daran gehabt, dass die Bremer Landesbank fortbesteht. Von daher war dieses Steuer dieses Schiffes zu dem Zeitpunkt schon längst blockiert, und da konnte meiner Ansicht nach nichts mehr gemacht werden.

Ich glaube aber, vollkommen klar ist, dass alle miteinander nicht immer ehrlich gewesen sind, die Vorstände, die große Shows gemacht haben – auch vor Parlamentariern –, die Gänse-Essen gehabt haben, natürlich sind wir auch hinter das Licht geführt worden und haben uns vielleicht auch bereitwillig hinter das Licht führen lassen wollen, weil wir das nicht wahrhaben wollten. Die Einschätzung des Risikos dieser Schiffsfinauzierungen ist falsch gewesen. Wir haben ein Klumpenrisiko gehabt, wir hatten es ganz eindeutig mit einer systemischen Krise zu tun und haben uns alle miteinander von diesen Vorständen anlügen lassen, die gesagt haben: Das ist alles wieder nur eine zyklische Krise, der Silberstreif am Horizont, der kommt da schon.

Wir haben uns hinters Licht führen lassen. Ich glaube, da muss man auch einmal darüber nachdenken, wenn man Beteiligungen hat, ob die Instrumente, die man hat, tatsächlich ausreichend sind, um das richtig einzuschätzen. Nur glaube ich, am Ende, wie gesagt, das blaue Auge ist vielleicht ein albernes Bild, sind wir wirklich im Vergleich zu anderen Ländern noch ziemlich gut dabei weggekommen. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Gottschalk.

Abgeordneter Gottschalk (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich noch einmal wegen zwei Punkten gemeldet. Zum einen hat Herr Röwekamp ja noch einmal darauf hingewiesen, dass ich die Frage von Frau Steiner nach dem Begriff „dummes Geld“ nicht beantwortet habe. Vielleicht hätte ich den Ausdruck nicht gebrauchen sollen.

(Zuruf CDU: Stimmt!)

Ich will es noch einmal darstellen. Es ist kein Werturteil über die Anleger. Dieser Begriff „dummes Geld“ ist im Grunde genommen eine Insiderfloskel aus diesen Finanzmärkten. Sie haben das damals vielleicht schon gehört, als die Landesbanken in den USA untergegangen sind, in den Subprime-Geschäften. Dort haben die amerikanischen Investmentbanker von „stupid german money“ gesprochen, nämlich von Anlegern, die überhaupt nicht begriffen haben, welches Risiko sie eingegangen sind, weil sie gar nicht professionell genug waren. Daher kommt der Begriff. Ich habe ihn übernommen, weil er auch hier für diesen Anlegerbereich gebraucht worden ist.

Schauen Sie, es sind Privatanleger mit dem Versprechen von Steuerersparnissen und tollen Renditen geworben worden. Man hat ihnen aber nie gesagt, dass sie den riskantesten Teil der Schiffsfinauzierungen eingehen, dass sie in dem Moment, in dem der Markt nach unten geht, diejenigen sind, die am ehesten und am meisten bluten, weil sie überhaupt keine Sicherheiten haben. Insofern waren sie vergleichbar mit diesem „dummen Geld“, das es in den USA gab, denn sie sind ein Risiko eingegangen, das sie nicht verstanden haben.

Wir von den Verbraucherzentralen haben damals sehr frühzeitig gesagt: Das ist grauer Kapitalmarkt. Dort wird mit Provisionen von 15 bis 20 Prozent gelockt. Lasst die Finger davon! Ich glaube, wir waren mit die einzigen, die das so frühzeitig gesagt haben, aber ohne ein Publikum zu beschimpfen, sondern mit dem Interesse aufzuklären.

(Abgeordneter Bensch [CDU]: Ich habe nachgesehen. „Dummes Geld“ gibt es wirklich. Es gibt ein Buch darüber. Haben Sie daran mitgewirkt?)

Ja, Herr Bensch, immer diese Anmerkungen! Stellen Sie sich doch hier hin und erklären einmal etwas, wenn Sie es verstanden haben! In Ordnung, bei dieser Qualität von Einwänden mag ich nichts mehr dazu sagen.

(Beifall SPD – Zurufe CDU)

Der andere Punkt, Herr Röwekamp, Sie haben gesagt, wäre man frühzeitiger ehrlicher, kritischer gewesen, hätte man noch etwas unternehmen können, davon seien Sie überzeugt.

(Abgeordneter Leidreiter [BIW] meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke)

Vizepräsidentin Dogan: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Leidreiter?

Abgeordneter Gottschalk (SPD): Ja, gern!

Vizepräsidentin Dogan: Bitte, Herr Leidreiter!

Abgeordneter Leidreiter (BIW): Vielen Dank, Herr Kollege Gottschalk! Die Bremer Landesbank ist ja regelmäßig von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften geprüft worden, von renommierten Wirtschaftsprüfungsgesellschaften. Es gab auch Lageberichte. Wie sahen die Lageberichte aus? Hat man im Nachhinein auch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften noch einmal herangezogen, wenn es dort Fehleinschätzungen gab, warum es Fehleinschätzungen gab? Die sind ja auch alle gut versichert. Eventuell lag ja sogar eine Falschberatung vor. Ist das einmal geprüft worden?

Abgeordneter Gottschalk (SPD): Herr Leidreiter, ich habe natürlich auch versucht, in den Unterlagen der Bank, in den Akten, die wir einsehen konnten, zu schauen, wo denn einmal kritische Anmerkungen waren. Bei den Wirtschaftsprüfern habe ich sie nicht gefunden. Man muss nun sehen, dass Gutachter, die die Werte der Schiffe bewertet haben, eine sehr große Rolle gespielt haben. Diese Gesellschaft, die am Anfang fast alles bewertet hat, ist nach meiner Erinnerung in den Akten nachher sehr kritisch betrachtet worden, und es gab die Frage, ob deren Gutachten nicht systematisch falsch gewesen seien. Ich glaube, dort liegt ein Punkt, an dem ich am ehesten suchen würde.

Ein zweiter Punkt, den Sie aber mit ansprechen, den ich auch benennen muss: Ich habe ja gesagt, hier in dem Bereich ist etwas passiert, diese Kredite der Bremer Landesbank in Höhe von sieben Milliarden Euro sind sieben Prozent von den 100 Milliarden Euro gewesen, die alle Landesbanken und privaten Schiffsfinauzierungsbanken dort investiert haben. Dass dort in dem Markt etwas faul ist, hätte eine Institution sehen müssen, nämlich die Bankenaufsicht. Sie hat in diesem Bereich vollstän-

dig versagt. Nicht ohne Grund hat man der deutschen Bankenaufsicht die Aufsichtskompetenz entzogen und sie auf europäischer Ebene angesiedelt. – So weit meine Antwort!

(Glocke)

Vizepräsidentin Dogan: Herr Gottschalk, Ihre Redezeit ist jetzt zu Ende.

Abgeordneter Gottschalk (SPD): Ich möchte nur noch einen letzten Satz sagen. Herr Röwekamp, auch ich habe mich natürlich gefragt, was man noch hätte machen können. Sie haben gesagt, ich glaube, man hätte noch etwas machen können. Ich denke, gehört haben wir von Ihnen nichts, was man hätte machen können. Ich habe nur gesehen, mir selbst ist, nachdem die Zeitbombe explodiert ist, nichts eingefallen, was man noch hätte tun können. Die Abschreibungen hätten nicht gereicht. Es war ein Spielen auf Zeit, das verloren gegangen ist, weil die Schraube der Aufsicht immer härter angezogen wurde. Wenn Sie eine Idee hätten, was man hätte unternehmen können, erläutern Sie mir das gern noch einmal im privaten Gespräch. – Danke schön!

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Linnert.

Bürgermeisterin Linnert¹⁾: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Erstes will ich etwas zu der Frage der Haltung dieser Sache gegenüber sagen. Ich habe so gedacht: Nach dem, was bei der HSH-Nordbank und Nord/LB passiert, könnte ja vielleicht auch in Bremen ein bisschen mehr Nachdenklichkeit einkehren über die großen Gewissheiten, die schnellen Urteile, und zwar bei den vielen selbsternannten Bankenexperten in der Öffentlichkeit, in den Medien und auch ansonsten überall. Das wäre vielleicht ganz gut.

Nachdenklichkeit über das schnelle Urteil, über die Frage, wie viel Wertschätzung und Respekt man anderen Menschen entgegenbringt, die dort in der Bank gearbeitet haben. Natürlich, am Ende, das weiß ich auch, unterliegt das einer politischen Bewertung. Die haben Sie auch vorgenommen. Ich weiß auch, dass 80 Millionen Schiedsrichter wissen, wie das Fußballspiel gepfiffen werden soll. Ich weiß zudem natürlich auch, dass man sich des Beifalls zurzeit ganz sicher sein kann, indem man auf der dummen Politik, das sowieso, vor allen Dingen, wenn sie auch nur Psychologie studiert hat, wenn

man auf den Bankern herumtrommelt. All das finde ich eigentlich eher befremdlich.

Ich kann Ihnen nur sagen, auch wenn das nicht gut ankommt und nicht der allgemeinen Bedarfslage und Vorurteilsstruktur entspricht: Ich habe in der Bremer Landesbank auf allen Ebenen, auf denen ich zu Menschen Kontakt hatte, niemals den gierigen Banker, die Leute, die tricksen, täuschen, lügen oder was hier sonst noch alles erzählt wurde, gefunden, sondern Menschen, die für gutes Geld gute Arbeit geleistet haben. Die meisten von denen waren über alle Maßen engagiert für ihr Unternehmen, haben gehofft, dass sie es schaffen, es aus der Krise zu führen, haben sich dafür angestrengt, dass die Probleme, die man vorfindet, gesetzeskonform gelöst werden. Die allermeisten haben für Bremen gebrannt und haben versucht, die Bank über Wasser zu halten, gerade um dem Standort Bremen zu dienen. Ich habe dort ernsthafte, kluge, für Bremen brennende Menschen kennengelernt, und von mir können Sie das nicht erwarten, dass ich mich jetzt im Nachhinein, vielleicht auch um meine eigene Haut zu retten, umdrehe und die Geschichte von den gierigen, lügenden, täuschenden, tricksenden, zynischen Bankern erzähle. Ich finde das einfach unwürdig.

Das waren Menschen, die wir bezahlt haben, und zwar einige von denen auch ziemlich gut, und sie haben, davon bin ich bis heute überzeugt, im Wesentlichen ihre Arbeit gut gemacht: Das gilt insbesondere auch für die niedersächsischen Kollegen. Ich war lange zusammen mit dem Kollegen Möllring, den ich sehr geschätzt habe, danach zusammen mit Peter-Jürgen Schneider Aufsichtsratsvorsitzende beziehungsweise stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende und auch auf die beiden hat, völlig unabhängig von der Parteizugehörigkeit, das nicht zugetroffen, was hier zum Teil als Bild über die dort tätigen Menschen gezeichnet wurde.

Ich habe das verstanden, dass es ganz viele gibt, die sich dem Trend, dass man mit Landesbanken Geld in den Haushalt schaufeln kann –. Ist es, ehrlich gesagt, wirklich so unmoralisch, dass man versucht, für seinen Standort beziehungsweise für sein Bundesland das meiste herauszuholen? Ich kenne jetzt viele Leute, die sich natürlich dem Trend der 90er-Jahre tapfer widersetzt hätten. Sie hätten sich den Gewinnanforderungen der Nord/LB widersetzt, indem sie mit Selbstverbrennung gedroht hätten. Sie hätten die stillen Einlagen nicht gewandelt. Sie hätten nicht auf den regionalen Markt gesetzt, und der ist ja nun einmal ein Schifffahrtsmarkt, meistens finden wir das auch ganz gut und

ich auch eigentlich immer noch. Sie hätten auch, Herr Rupp, öffentliches Geld hineingesteckt in einer Zeit, in der wir schon gewaltig mit der Sanierung zu tun hatten. Ich kann nur sagen, ich wünsche Ihnen bei dem allen, was Sie dann da besser und richtig machen können, gute Verrichtung. Nur so viel Selbstbewusstsein möchte ich auch einmal haben.

Ich kann nur sagen, vielleicht wissen das einige von Ihnen, ich bin die Tochter eines mittelständischen Unternehmers, und das, was ich da gelernt habe, war: Es kann auch einmal missglücken. Das kann mit Fehlern zusammenhängen und mit Fehleinschätzungen, es kann aber auch andere Ursachen haben, und die sind natürlich interessant. Aber gut, das hat mir auch nicht viele Sympathien eingefahren. Wie langweilig ist doch die Suche nach den Schuldigen und wie interessant die Suche nach den Strukturen und Problemen, die der ganzen Sache zugrunde liegen. Die ganze Geschichte wird mit unglaublich vielen Legenden ausgestattet, und daran will ich mich doch jetzt noch einmal ein bisschen abarbeiten.

Die erste, und sie wird immer wiederholt, vor allen Dingen von Herrn Röwekamp: Ab dem Jahr 2007 hätte man das Schiffsengagement nicht erkannt und hätte es noch erhöht, und wir hätten das nicht erkannt, wie groß das Klumpenrisiko ist und wie groß das Risiko mit den vielen Schiffen ist. Nichts von dem können Sie belegen. Im Gegenteil! Bei meinem ersten Gespräch – das habe ich auch schon mehrfach dem Controllingausschuss gesagt – mit Herrn Dr. Kaulvers bei seinem Antrittsbesuch hat er gesagt: Frau Linnert, wir haben ein Schiffsrisiko, das Engagement ist nach heutigen Gesichtspunkten zu hoch, und wir müssen sehen, wie wir in den nächsten Jahren da herunterkommen. Das ist ja zum Teil auch gelungen. Von 1 000 auf 650 Schiffe und immerhin 1,9 Milliarden Euro wertberichtigt, das ist auch nicht wenig. Dass es nicht genug war, das weiß ich auch, aber die Behauptung, dass eine ganz Gruppe von Aufsichtsratsmitgliedern, Bankern, Aufsichtsgremien oder wer da nicht aufgepasst hat, bis dann 2012 oder so irgendwann endlich einmal jemand Alarm geschrien hat –. Diejenigen, die sich die Akten anschauen konnten und das auch wollten und getan haben, konnten doch sehen, dass es in jeder Sitzung des Aufsichtsrats und des allgemeinen Kreditausschusses und des Risikoausschusses Schiffsportfoliodarlegungen im Überfluss gab, bis hin zu jedem einzelnen Schiff und welche Bank mitfinanziert hat und welche Risikokasse. Glauben Sie denn wirklich, dass man

das dann zum Spaß macht? Das hat den Aufsichtsrat und alle Gremien der Bank seit 2007 unablässig und als Hauptproblem beschäftigt. Das ist auch nachweisbar, das zieht sich durch alle Unterlagen.

Es ist in der Tat richtig, Herr Röwekamp, dass nicht in jedem Aufsichtsrat noch einmal extra erwähnt wurde, wie furchtbar es ist, sondern wir uns an unsere Arbeit gemacht haben, die Unterlagen und die Ergebnisse bewertet haben und versucht haben zu schauen, wie man sozusagen unter Vermeidung von zu großem Flurschaden, dazu sage ich gleich noch einmal etwas, das Schiffsportfolio verringern kann.

Die zweite Legende ist: Aufsichtsvorsitzende – jetzt haben Sie es so nicht mehr gesagt, aber das war ja eine ganze Zeit lang zentraler Bestandteil Ihrer Kritik an mir – haben Gestaltungsmacht. Ich sage Ihnen das noch einmal, kein Gesellschaftsrecht Deutschlands lässt das zu, dass sie sich in das operative Geschäft einmischen. Das habe ich nicht getan, das werde ich auch nicht tun. Ich habe in aller Regel mit Vorständen zu tun, die ihre Rolle kennen und wissen, dass sie dafür bezahlt werden, dass sie ihre Arbeit machen, und sie nicht von Aufsichtsräten machen lassen. Diese gestaltende Rolle, die Sie mir da gern zuschreiben, die hat man schon gar nicht bei Minderheitsgesellschaften.

Ob man als Lehre daraus ziehen sollte, dass es keine gute Idee ist, wenn man keine über 50-prozentige Beteiligung an einer Gesellschaft hat, den Aufsichtsratsvorsitz zu stellen, darüber habe ich schon häufiger nachgedacht. Das ist ja damals von Herrn Dr. Nussbaum als besondere Zugabe für Bremen ausgehandelt worden und ich habe das dann übernommen. Für mich war das auch klar, dass man sich dieser Verantwortung stellen muss. Ob das aber in der Gemengelage mit einer sehr mächtigen und mit eigenen Problemen sehr stark beschäftigten Nord/LB eine gute Idee war, da habe ich in der Tat selbst, auch im Nachhinein, Fragezeichen an der ganzen Sache.

Die Legende Nummer drei ist: Bei der Wandlung der stillen Einlagen hätten wir die Entwicklung stoppen müssen. Ich kann mich ziemlich gut daran erinnern, an den ganzen Vorgang, weil es mir auch nicht gut damit ging. Es gab aber keine Wahl. Wenn wir uns damals geweigert hätten, wäre die Bank schon da kaputt gewesen, und was hätten Sie denn dann erzählt? Dass wir die Chance nicht nutzen, die es nach Ansicht aller Experten gegeben hat, dass die Bank sich erholt, dass wir das Schiffsportfolio zurückgefahren bekommen und dass die

Krise, anders als alle anderen Krisen vorher, nicht noch länger dauert, sondern irgendwann ein Ende hat. Dann hätte man sozusagen, weil man nicht an die Zukunft glaubt, die Arbeitsplätze und diese Bank vernichtet, das wäre die Alternative gewesen. Das können Sie doch nicht ernsthaft als politische Option darstellen, die man damals gehabt hätte.

Die Legende Nummer vier ist: Gier frisst Hirn. Natürlich gibt es so etwas. Übrigens glaube ich, dass das der Mainstream unserer Zeit ist, und es ist bestimmt nicht nur auf Banker beschränkt, dass man denkt, man muss immer mehr haben. Dass das aber das Problem bei der Bremer Landesbank gewesen ist, dass Gier Hirn frisst, obwohl man das ja gern hören möchte, das ist ja so schön nach draußen –. Ich glaube das nicht. Niemand konnte damit rechnen, dass in Abweichung zu allen anderen Schiffsfahrtskrisen, die wir uns regelmäßig analytisch angeschaut haben und über die wir uns die Haare gerauft –. Nein, es hat auch niemanden gegeben, der das vorher wusste. Ich kenne denjenigen gar nicht. Im Nachhinein, da kenne ich jetzt ganz viele. Niemand konnte voraussehen, dass diese Schiffskrise deutlich über acht Jahre dauert, und niemand konnte voraussehen, dass die EZB aufsetzend auf diese Krise zu dem Ergebnis kommt, dass man mit deutlich höheren Eigenkapitalanforderungen die Krise im Grunde verstärkt und dass man nicht weiter über Zuwarten, so wie es am Anfang funktioniert hat, versucht, der Bremer Landesbank über einen behutsamen Prozess der geringen Ausschüttung oder auch mit gar keiner Ausschüttung zu helfen, die Eigenkapitalausstattung zu verbessern. Das konnte niemand wissen, und das hat mit Gier frisst Hirn nichts zu tun, sondern mit der Tatsache, dass da Menschen am Werke sind, die genauso viele oder wenige prophetische Fähigkeiten besitzen wie der Rest der Welt.

Es ist auch nicht richtig – Herr Rupp hat sich gemeldet –, dass wir getäuscht wurden, mit Tricks Werteholungspotenzial konstruiert haben, sondern ich kann nur sagen: Jedes Schiffsengagement wurde von zwei Schiffsbeurteilungsinstituten geprüft, MSI und Marsoft. Es hat Prüfungen der EZB, der Bankenaufsicht allerorten und der Betriebsprüfer gegeben. Wenn man davon ausgeht, dass ein Schiff nicht mehr viel wert ist, weil es im Moment nichts zu tun hat, wenn man sich dann überlegt, dass es ja die Möglichkeit gibt, zu sagen, Schluss, Feierabend, das Schiff muss verschrottet werden, den Schrottpreis kennt man, den Rest schreibt man ab – es hat ja auch Fälle gegeben, in denen die Landesbank das gemacht hat –, wenn man dann überlegt – und das tut man ja auch nicht alleine, das

wurde ja gerade kritisiert, wie viel Geld für Gutachten ausgegeben wurde –, dass man dann mit Heranziehung externen Sachverständes einmal schaut, wie es eigentlich aussieht und was wir eigentlich glauben: Ist dieses Schiff, das jetzt gerade verschrottet werden soll, vielleicht im nächsten Jahr oder im übernächsten Jahr beschäftigt und halten wir das so lange aus, weil wir dann wieder Geld verdienen können? Das ist eine völlig normale, legitime, notwendige unternehmerische Entscheidung und hat mit Tricks oder Werterholungspotenzial, jemanden täuschen, überhaupt nichts zu tun.

Die Alternative, wenn man solche Abwägungen nicht oder immer nur in die eine Richtung trifft, nämlich wir verschrotten das Schiff, ist, dass man das Unternehmen dann ruiniert. Das kann man natürlich auch machen. Keine der uns bekannten Prognosen, keine, die Sie in den Unterlagen gefunden haben, keine, die in der Öffentlichkeit diskutiert wurde, hat das, was es dann als Schiffskrise und über diesen so langen Zeitraum hinweg gegeben hat, voraussehen können, und auch das muss man dann irgendwann einmal zur Kenntnis nehmen.

Dann kommt noch Black Pearl! Das hört sich ja ganz mysteriös an. Mit Black-Pearl-Finanzierungen sind solche gemeint, bei denen man alte und neue Schiffe so zusammenfasst, dass sie gemeinsam eine Rendite erwirtschaften, damit man in der Tat den Reeder nicht zwingen muss, die alten Schiffe zu verschrotten, was den im Prinzip oft in den Abgrund gezwungen hätte, sondern ihm mit neuen Schiffen hilft, wirtschaftlich zu fahren. Das waren Black-Pearl-Finanzierungen. Die haben wir im Vollbesitz unserer geistigen Kräfte entschieden. Das ist auch nichts, was unüblich ist, die Frage, wie man das hinbekommt, also die besondere Stellung der Bremer Landesbank in dieser maritimen Wirtschaft in Bremen und mit den besonders guten Kontakten zur Schiffsfinanzierung. Wir mussten versuchen, das als Kundenstamm zu halten und nicht auch noch dadurch, dass wir als Bank zu sehr die Reißleine ziehen, die Reeder, die es sowieso sehr schwer hatten, in den Abgrund zu reißen. Solche Überlegungen haben selbstverständlich eine Rolle gespielt und das finde ich auch im Nachhinein richtig.

Es ist auch nicht richtig, dass Anteilseigner und Öffentlichkeit getäuscht wurden. Es ist so, und das können Sie ja für sonderbar, naiv oder anderes halten: Alle Menschen, die mit der Bank zu tun hatten, mit denen ich zu tun hatte, haben bis fast zuletzt

daran geglaubt, dass die Bremer Landesbank das schaffen kann. Deshalb ist es nicht richtig, dass Herr Dr. Kaulvers Ihnen die Unwahrheit gesagt hat oder ich Ihnen die Wahrheit verschwiegen habe oder so ähnlich. Als gewiss war, dass wir 700 Millionen Euro zusätzliche Wertberichtigung von heute auf morgen durch die BaFin bekommen, was 400 Millionen Euro mehr Kapitalbedarf benötigt hätte, war klar, wir können es nicht schaffen. Aber bis zu dem Tag habe zumindest ich, und ich bin mir auch ziemlich sicher, dass es dem Vorstand auch so ging, geglaubt, gehofft, dass man es schaffen kann, über diese Krise hinwegzukommen, mit guter Arbeit, Nerven bewahren und einem guten Portfolio, was die Bremer Landesbank darüber hinaus auch hatte. Es waren ja nicht alles nur Schiffsfinanzierungen, wir haben in anderen Bereichen auch Geld verdient.

Das wird hier nicht diskutiert. Das ist auch schwierig, wenn man sich da ganz stark im Bereich der Spekulation bewegt. Sie können jedoch auch davon ausgehen, dass das Agieren der Bankenaufsicht mit eigenen politischen Vorstellungen, wie die Bankenlandschaft in Europa aussehen soll, nichts, aber auch gar nichts zu tun hat und dass es dort Akteure gibt, denen Landesbanken so richtig ein Dorn im Auge sind. Insofern hat da jemand bei der Sache mitgespielt, der auch eigene Vorstellungen hatte. Ich bleibe dabei, weder – bei der HSH ist es anders, die war nicht zu retten – für die Bremer Landesbank noch für die Nord/LB ist es bankenpolitisch erforderlich gewesen, diesen Weg zu gehen, man hätte auch einen anderen Weg gehen können. Schon aus diesem Grund ist es nicht richtig zu sagen, man hätte das alles absehen können. Dass es keine einfache Lage war, das habe ich ja gesagt, das war mindestens seit 2007 jedenfalls mir bekannt. Dass es aber am Ende ein Agieren einer Bankenaufsicht gibt, die in die Krise hinein Auflagen macht, die die Bank zwingen, aufzugeben, zu fusionieren oder die es den Landesbanken unmöglich machen, zu überleben, das in der Tat konnte man nicht voraussehen.

Es ist auch nicht richtig, dass wir dann eine zögerliche Aufarbeitung mit der Sache hatten. Frau Steiner ist jetzt gar nicht mehr da, das hat sie gerade gesagt.

(Abgeordnete Steiner [FDP]: Doch, ich stehe hier!)

Entschuldigung, ich habe Sie nicht gesehen. Ich wollte nur noch einmal sagen, das wissen Sie sehr genau, dass das nicht meiner Haltung entspricht, vor Abgeordneten Dinge zu verbergen oder bei

Akteneinsichten irgendwie zu schummeln oder Ihnen da unnötige Hürden aufzubauen. Nein, es ist nicht so. Wir hatten bisher einen Fall, bei dem man hier tief in Unternehmensakten – –, die einer Geheimhaltungspflicht unterliegen und bei dem das Plaudern aus dem Aufsichtsrat eine Straftat ist und bei dem jede Bemerkung in der Öffentlichkeit dazu dienen kann, ein Unternehmen in den Abgrund zu reißen. Zusammen haben wir es dann auch geschafft, Regeln zu finden, aber dass die nicht von heute auf morgen vom Himmel gefallen sind, da will ich noch einmal sagen, das ist ja nicht besonders verwunderlich. Die Haltung, die wir hier als Senatorin für Finanzen an den Tag gelegt haben, Sie können da alles ansehen, und dann bilden wir uns unsere Meinung und reden über das, worüber man öffentlich reden darf, ohne weiteren Schaden anzurichten, die Haltung haben wir durchgetragen, und das sehe ich auch jetzt noch so.

Es ist auch nicht richtig, was meine Rolle betrifft, dass ich dem Vorstand willfährig gefolgt bin. Es gibt dort keine Protokolle, in denen steht: Herr Dr. Kaulvers sagt das, Frau Linnert sagt das, Herr Dr. XY sagt das. So etwas gibt es in der Tat nicht, aber die Art der Protokollführung bei der Bank ist anders. Sie können aber ziemlich sicher sein, das Hauptinteresse war nicht Linnert gegen Dr. Kaulvers oder umgedreht, sondern das Hauptinteresse war, wie wir das im Interesse der Bremer Landesbank hinbekommen, dass ein ständiges Bedrängen und Usurpieren von Seiten der Nord/LB uns dazu gebracht hat, erstens in Schwierigkeiten zu kommen, zweitens mehr Gewinn auszuschütten, als der Bank gutgetan hätte. Das war das Interesse und nicht, ob ich Herrn Dr. Kaulvers willfährig gefolgt bin oder er mir.

Ich kann nur zum Abschluss darum bitten, dass Sie bei allem politischen Geschäft, was man auch noch gern erledigen möchte, zumal vor der Wahl, mit in Ihre Überlegungen einbeziehen, dass die Frage der parlamentarischen Kontrolle von Unternehmensabläufen eine andere ist als von Staatshandeln, und dass man sich, wenn man in der Öffentlichkeit erzählt, der Bank gehe es schlecht, oder der könne es vielleicht schlecht gehen, dann in einem Bereich bewegt, in dem man mit massiven Folgen für die Ertragslage und auch für die Arbeitsplätze rechnen kann. Jemand, der dann von den Verlusten der Bremer Landesbank fabuliert und das auch noch öffentlich, löst Effekte aus, die man nicht kalkulieren kann, bis hin zu der Frage, warum das Plaudern aus Aufsichtsratssitzungen oder Gesellschafterversammlungen eine Straftat ist.

Ich wünsche mir, nachdem wir das jetzt hier überstanden haben, einen politischen Konsens zurück, in dem wenigstens das gemeinsam akzeptiert wird, dass wir, wenn wir weiter wollen – manche wollen das ja vielleicht auch gar nicht –, aber wenn wir hier gemeinsam wollen, dass der Staat Unternehmen hat, die Gewinne machen und sich auf dem Markt bewegen – davon haben wir auch noch welche –, dass man dann mit einer anderen Haltung als in diesem normalen Spiel zwischen Parlament und Regierung miteinander umgehen muss.

Ich glaube das auch, dass wir, ob mit oder ohne Controllingausschuss – das ist ja Ihre Angelegenheit –, die Instrumente da weiterentwickeln müssen, aber dass Sie in der Art und Weise, wie Sie mit Problemen oder auch schönen Sachen, was Gesellschaften betrifft, umgehen und wie Sie Probleme aufarbeiten, eine ganz hohe Verantwortung dafür tragen, wie es dem Unternehmen geht und ob es in Zukunft überhaupt noch gelingen kann, dass der Staat als Eigentümer von sich operativ auf dem Markt bewegendem Unternehmen tätig wird. Das will ich Ihnen schon auch noch mit auf den Weg geben. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abgeordneter Rupp (DIE LINKE): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr verehrte Finanzsenatorin Linnert! Ich habe mich doch noch einmal gemeldet, weil ich mit zwei, drei Vorwürfen, die Sie erhoben haben – –. Sie haben gesagt: Sie machen Vorwürfe, die nicht stimmen. Ich habe sie aber nicht erhoben! In meiner Rede habe ich zu keinem Zeitpunkt behauptet, dass im Jahr 2013 die zukünftige Entwicklung des Jahres 2013 hätte vorausgesehen werden können. Wenn jemand das kann, dann soll er in der Tat Lotto spielen, davon hat er vielleicht mehr.

Ich habe erstens versucht nachzuweisen, was eigentlich zwischen den Jahren 2008 und 2013 war, und wenn das Maß der Einzelwertberichtigung von Ausfallkrediten von 30 auf 20 Prozent zurückgeht, dann ist das für mich ein Zeichen, dass auf den herrschenden Zustand nicht adäquat reagiert worden ist. Da muss man nicht in die Ferne sehen, sondern da muss man nur schauen, was man auf dem Papier hat. Wenn ich feststelle, dass nicht mehr 30 Prozent der ausfallenden Kredite abgesichert sind, sondern nur noch 20 Prozent, ist, meines Erachtens, nicht richtig reagiert worden.

(Beifall DIE LINKE)

Zweitens: Ich glaube, wir haben unterschiedliche Begriffe von Tricks und Kniffen. Es mag natürlich sein, dass es vollkommen üblich ist, dass man versucht, in irgendeiner Weise zu schauen, ob die Krise vielleicht irgendwann zu Ende ist und ob vielleicht die Schiffe dann wieder mit Gewinn fahren und dann eine Buchung vornimmt, die das Unternehmen kurzfristig vor dem Verlust der Banklizenz rettet. Das finde ich schwierig, weil es auf der anderen Seite einen davon enthebt, andere Maßnahmen zu treffen, die vielleicht nachhaltiger gewesen wären. Solch eine Nummer, wie die Black Pearl, dass man einen schlechten und einen guten Kredit zusammenlegt, das ist vielleicht auch üblich und vielleicht auch rechtlich zulässig, ist aber trotzdem ein Trick, der ein Unternehmen nicht nachhaltig rettet, und das ist in der jetzigen Situation bewiesen worden.

(Beifall DIE LINKE, CDU)

Ich bestreite überhaupt nicht, dass die Kolleginnen und Kollegen, Vorstände, Mitarbeiter der Bremer Landesbank, der Aufsichtsrat, der Risikoausschuss nicht mit aller notwendigen Energie, mit aller notwendigen Ernsthaftigkeit an dem Problem gearbeitet haben, aber sie hatten keinen Erfolg, und das ist ein Maßstab. Wenn man funktionierende staatliche Unternehmen will, dann ist man, genau wie ein privates Unternehmen, ein Stück weit zum Erfolg verdammt. Wenn das nicht funktioniert und man damit keinen Erfolg hat, dann muss man sich eingestehen, dass man seine Arbeit zwar mit sehr viel Liebe, sehr viel Hingabe und jeder Menge Herzblut gemacht, aber dass man es im Endeffekt nicht geschafft hat, ein solches Unternehmen gesund zu machen und dann wieder auf die Beine zu stellen.

(Beifall DIE LINKE, CDU)

Letzte Frage! Noch einmal diese 700 Millionen Euro. Ich bin kein Bankkaufmann, das habe ich gesagt, aber ich habe bei Wikipedia nach Basel III geschaut, weil ich wissen wollte, was das ist. Da steht, dass die im Jahr 2010 schon den Entwurf hatten, was sie 2013/2014 vorhaben, und da war die Erhöhung der Eigenkapitalquote mit Übergangsbeihilfen durchaus schon ein Thema. Wenn man sich die Bilanzen von 2010, 2011, 2013 anschaut, dann konnte man an den Geschäftsberichten erkennen, dass diese Bank an dieser Stelle völlig dünn ist und dass man da Handlungsbedarf hat, und diesen

Handlungsbedarf bekommt man nicht durch Werteholungspotenziale oder Black Pearl-Vorhaben, sondern durch Eigenkapitalerhöhung.

(Beifall DIE LINKE)

Das kam eben nicht zufällig, nicht aus dem blauen Himmel, sondern es war durch diese Geschichte programmiert. Letztendlich gibt es für mich – irgendwann können Sie mir vielleicht erklären, an welcher Stelle ich falsch abgebogen bin – aber zwei Dinge, die wichtig sind: Wir müssen vielleicht noch einmal darüber reden, ob es richtig war, Parlamentarier nicht mehr in Aufsichtsräte zu entsenden. Möglicherweise wären Vertreterinnen und Vertreter aus der Opposition in der Lage gewesen, zumindest einen anderen Blickwinkel darauf zu haben und andere Fragen zu stellen. Das ist das, was ich mir aus dem Studium der Risikoberichte und aus dem, was ich heute vorgetragen habe, erlaube.

Ich sage es noch einmal, wenn wir in der Tat wollen, dass Landesbanken und Sparkassen weiter existieren, habe ich mir die Frage gestellt: Als es um Banken ging, die sich in Hypothekenblasen verspekuliert hatten, gab es da einen bundesweiten Rettungsschirm.

(Glocke)

Die interessante Frage ist, warum nicht, wenn es um konkrete Arbeitsplätze in Europa, in Deutschland geht und wenn da sogar noch Schiffe sind, die fahren können, warum dann nicht auch darüber diskutiert wird, die Landesbank in einer Weise zu unterstützen, wie es über den Rettungsschirm denkbar gewesen wäre. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dogan: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Controllingausschusses Kenntnis.

Fürsorgepflicht für Polizeibeamtinnen und -beamte endlich ernst nehmen – Sofortprogramm „Überstundenabbau bei der Polizei“ auf den Weg bringen!

Antrag der Fraktion der FDP vom 17. Januar 2019 (Drucksache [19/2001](#))

Dazu als Vertreter des Senats Senator Mäurer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat die Abgeordnete Frau Steiner das Wort.

Abgeordnete Steiner (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! 337 000 Überstunden, so viele Stunden gab es bei der Polizei im Jahr 2018. Rechnerisch hat damit jeder Beschäftigte bei der Polizei Bremen und bei der Polizei Bremerhaven 136 Überstunden. Wenn wir jetzt einmal davon ausgehen, dass jeder Beschäftigte eine 40-Stunden-Woche hat, bedeutet das, dass jede Polizeibeamtin und jeder Polizeibeamte knapp vier Wochen freinehmen müssten, um das wieder auszugleichen. Das ist absolut unverantwortlich und, sowohl für die Polizei, als auch für die Gesellschaft, untragbar.

(Beifall FDP)

Seit langem haben wir nun schon das Problem. In den Jahren 2013, 2014 wurden keine Überstunden abgebaut und in den Jahren 2015, 2016 wurde gerade einmal 800 000 Euro gezahlt, das ist, gelinde gesagt, überhaupt nichts. Hier muss jetzt endlich etwas passieren und es kann nicht immer nur bei Ankündigungen bleiben. Sie sind auch gegenüber den Beschäftigten der Polizei in der Fürsorgepflicht. Die Herausforderungen, das wissen Sie selbst, werden immer und täglich größer. Es gibt schwindenden Respekt vor der Polizei, sie müssen sich anspucken und beleidigen lassen, sogar die Gewalt gegenüber den Beamten nimmt immer weiter zu. Es ist eine kräftezehrende und mitunter auch lebensgefährliche Arbeit. Eine Arbeit, für die seitens der Gesellschaft oft nicht einmal gedankt wird.

Wir sind der Meinung, dass die Polizistinnen und Polizisten mehr verdient haben. Unser Vertrauen ist überhaupt nicht umstritten und voll umfänglich, ganz klar ist auch, gutes Zureden durch den Dienstherrn allein, reicht nicht aus. Und ich war schockiert und enttäuscht von Ihnen, Herr Senator Mäurer, als Sie im Jahr 2017 sagten, den Kollegen ging es nicht um die Ausbezahlung, sondern darum, einmal im Monat ein Wochenende frei zu haben. Glauben Sie das allen Ernstes? Was ist denn das für eine Auffassung? Die meisten Menschen haben nämlich zwei, aber mindestens einen Tag in der Woche frei und nicht nur einmal im Monat. Ganz ehrlich, wer hat denn unter diesen Umständen noch Lust, Polizist zu werden. Auch Ihr SPD-Kollege, Herr Senkal, redete den Überstundenberg

klein, weil er der Auffassung war, Überstunden seien ein typisches Element des Polizeidienstes, –

(Abgeordneter Senkal [SPD]: Ja! Das ist bei mir im Büro auch so!)

und es hätte nichts mit Wertschätzung zu tun, Überstunden auszubezahlen. Für ihn sei das Teil des Arbeitsvertrags. Wenn das so wäre, warum zahlen Sie nicht endlich? Warum setzen Sie Ihre Worte nicht einmal um? Ich differenziere übrigens auch klar zwischen Rot und Grün, denn Herr Fecker steht zur Polizei.

(Unruhe)

Verehrte Sozialdemokraten – ja, so sieht es aus – wollen Sie mich eigentlich zum Narren halten? Sie unterstellen den Unternehmen in Bremen häufig Ausbeutung und schlechtbezahlte Arbeitsplätze. Ganz ehrlich, ich kenne kein Familienunternehmen, das seine Mitarbeiter so schlecht behandelt, wie Sie Ihre Polizisten.

(Beifall FDP, CDU, BIW)

Es ist schon bemerkenswert, dass ausgerechnet die Sozialdemokraten die Polizisten derart ausbeuten, wie es die Industriellen des 19. Jahrhunderts kaum bei Arbeitern geschafft hätten.

(Beifall FDP, CDU, BIW)

Wo ist denn Ihr Engagement für die arbeitende Bevölkerung geblieben? Herr Liess hat im Jahr 2017 sogar gesagt und das zitiere ich: „Ich will hier aber auch nicht irgendwie Augenwischerei betreiben, ich will deutlich sagen, dass wir den gesamten Berg der Überstunden nicht werden finanzieren können. Das wird nicht gehen. Dieses Geld sehe ich schlichtweg nicht. Das gehört zu den unangenehmen Wahrheiten, die man auch einmal verkünden muss.“ Ganz ehrlich, das ist eine grausame Wahrheit und ich denke, Sie sind hier am Werk und Sie könnten es ändern und das sollten Sie auch dringend tun.

(Beifall FDP)

Überstunden können einmal entstehen, darüber müssen wir nicht reden, aber dann muss auch dafür gesorgt werden, dass sie in ruhigeren Zeiten wieder ausgeglichen werden. Ganz ehrlich, wer nicht in der Lage ist, die Personalplanung so zu gestalten, dass unerträglich viele Überstunden vermieden werden, der darf kein Innensenator werden.

(Beifall FDP)

Wir fordern vom Innensenator ein ganz klares Bekenntnis zur fairen Bezahlung, für einen fürsorglichen Umgang mit den Beamten und wir erwarten, dass der Überstundenabbau endlich ernsthaft begonnen wird. Ja, wir wissen, das Modell aus Auszahlen und Freizeitausgleich ist nicht neu, aber es scheint ja nicht umgesetzt zu werden, sonst würden nicht immer mehr Überstunden hinzukommen. Es ist klar, dass es mit Freizeitausgleich allein nicht getan ist, weil dann das Personal an anderer Stelle fehlt, aber deshalb fordern wir ein Konzept, das aus Auszahlen der Überstunden und zusätzlich aus Gewährung von Freizeitausgleich besteht.

Wie bereits in den Haushaltsberatungen fordern wir deshalb auch die Zielzahl für die Polizei, auf 2 900 für Bremen und 520 für Bremerhaven, zu erhöhen. Um diese Zielzahlen zu erreichen, müssen natürlich auch die Ausbildungskapazitäten bei der HfÖV dringend ausgebaut werden. Bereits jetzt haben wir doppelt so große Ausbildungsjahrgänge, wodurch Probleme entstehen und wir brauchen hier eine deutlich bessere räumliche, sachliche und auch personelle Ausstattung. Nur so können wir eine vernünftige Ausbildung gewährleisten.

Wir können nur hoffen, dass wir endlich gemeinsam anpacken und aktiv werden, denn die innere Sicherheit zu gewährleisten, ist Kernaufgabe unseres Staates. Die Bürgerinnen und Bürger brauchen das Vertrauen in den Staat, dass er die Sicherheit garantieren kann. Wir finden, dass die Polizistinnen und Polizisten sich auf das Vertrauen ihres Dienstherrn verlassen können und wissen müssen, dass sie in guten Händen sind und dass Sie die Fürsorgepflicht ernst nehmen, Herr Mäurer. Tun Sie uns einen großen Gefallen, seien Sie dieses Mal mutiger als letztes Mal und brechen Sie Ihr Schweigen, denn die Polizei braucht Ihren Rückhalt. – Danke!

(Beifall FDP, CDU)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Timke.

Abgeordneter Timke (BIW): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die FDP-Fraktion legt uns heute einen Antrag vor, mit dem ein Sofortprogramm zum Überstundenabbau bei der Polizei gefordert wird. Außerdem sollen die Anzahl der Polizeibeamten erhöht und die Ausbildungskapazitäten verbessert werden.

Lassen Sie mich gleich zu Beginn meines Vortrags klarstellen, dass wir Bürger in Wut diesen Antrag selbstverständlich unterstützen werden. Die Arbeitsverdichtung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ortspolizeibehörden von Bremen und Bremerhaven und die daraus resultierenden Überstunden haben ein Ausmaß angenommen, das nicht mehr vertretbar ist. Innensenator Ulrich Mäurer als Dienstherr der Polizei muss sich schon die berechnete Frage gefallen lassen, ob er seinen Fürsorgepflichten gegenüber den Beschäftigten der Polizei noch nachkommt. Wir Bürger in Wut haben da so unsere Zweifel.

Meine Damen und Herren, die Mitarbeiter der Polizeibehörde in Bremen haben mittlerweile 337 000 Überstunden. Im Jahr 2015 waren es noch 320 000, also 17 000 Überstunden weniger. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ortspolizeibehörde Bremerhaven haben derzeit 32 000 Überstunden, die noch nicht vergütet oder durch Freizeitausgleich abgebaut werden konnten. Das sind 12 000 Überstunden mehr als noch vor vier Jahren.

Die hohe Zahl der Überstunden spiegelt die prekäre Personalsituation bei den Ortspolizeibehörden unseres Bundeslandes wieder. In den letzten Jahren sind in der Verantwortung des rot-grünen Senats zu wenige Polizeianwärter eingestellt worden, um die zunehmende Arbeitsverdichtung zu kompensieren. Das rächt sich nun. Die steigende Zahl der Überstunden zeigt auch, dass der Bremer Senat überhaupt kein Konzept hat, wie man die zeitliche Mehraufwendung der Mitarbeiter auf ein erträgliches Maß reduzieren will.

Für uns Bürger in Wut ist dabei klar, Überstunden müssen die Ausnahme bleiben und dürfen nicht zur Regel werden. Das gilt auch und gerade für den öffentlichen Dienst. Ist Mehrarbeit nicht zu vermeiden, muss der Dienstherr die Überstunden möglichst rasch abbauen. Das kann durch Freizeitausgleich oder durch eine finanzielle Vergütung erfolgen. Da hat der Senat in den letzten Jahren zu wenig Anstrengung unternommen, um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ortspolizeibehörden in Bremen und Bremerhaven diese finanzielle Vergütung anzubieten und auszuzahlen.

Ich will an dieser Stelle auch noch einmal klarstellen, dass die Auszahlung von Überstunden kein vom Staat gewährter Bonus ist, sondern eine Selbstverständlichkeit und zugleich Wertschätzung für die von der Polizei tagtäglich unter schwierigen Bedingungen geleistete Arbeit. Überstunden sind ein zeitlicher Kredit, –

(Beifall BIW)

den die Polizeibeamten dem Staat gewähren und nicht umgekehrt, meine Damen und Herren!

(Beifall BIW)

Dieser Kredit muss irgendwann abgelöst werden, was bislang weder in Bremen noch in Bremerhaven in einem Maße geschehen ist, so dass der Überstundenberg auch tatsächlich abgebaut wurde. Deshalb ist der hier vorliegende Antrag auch richtig und wichtig und wird von uns Bürgern in Wut unterstützt.

Die heutige Vorlage beinhaltet neben der Forderung nach einer Auszahlung der Überstunden auch eine Personalaufstockung bei den Ortspolizeibehörden unseres Bundeslandes. Da stoßen Sie, Frau Steiner, bei uns Bürgern in Wut nicht auf Widerstand. Es ist schon bemerkenswert, wie viele Parteien in diesem Haus, jetzt, kurz vor den anstehenden Bürgerschaftswahlen, ihr Herz für die Polizei entdeckt haben. In den letzten vier Jahren haben insbesondere die Oppositionsparteien in diesem Haus, immer wieder auf die prekäre Personalsituation bei der Polizei hingewiesen. Der rot-grüne Senat hat andere politische Schwerpunkte gesetzt, das kann man machen, dann muss man sich aber im Nachhinein nicht wundern, wenn die Rechnung nicht mehr aufgeht. Nun will man in Bremen bis zum Jahr 2020 die Anzahl der Polizeibeamten aufstocken und auch Bremerhaven soll jetzt plötzlich mehr Ordnungshüter bekommen. Das ist löblich, kommt aber viel zu spät, wie die steigenden Überstunden jetzt auch zeigen.

Wir Bürger in Wut wollen eine deutliche Personalaufstockung bei den Ortspolizeibehörden in Bremen und Bremerhaven, –

(Vizepräsident Imhoff übernimmt den Vorsitz.)

auch über die Zielzahl von 2 800 Vollzeitbeamten hinaus, und deshalb begrüßen wir diese Forderung in dem Antrag.

Der dritte Punkt in dem heute vorliegenden Antrag, wird auch von uns begrüßt. Darin wird gefordert, dass die Hochschule für öffentliche Verwaltung als Ausbildungsstätte für die angehenden Polizeibeamten räumlich, personell und sachlich in die Lage versetzt wird, eine größere Zahl an Auszubildenden als bisher aufzunehmen. Die Innenpolitiker werden sich erinnern, Herr Senkal, in der vorletzten Sitzung der Innendeputation, hatten wir

Deputierte die Gelegenheit, die Schulungs- und Sporträume der Bereitschaftspolizei zu besichtigen,
–

(Abgeordneter Senkal [SPD]: Da bin ich bei Ihnen!)

die auch von den Auszubildenden der Polizei genutzt werden. Ich war, ehrlich gesagt, schockiert, meine Damen und Herren, unter welchen schlechten Bedingungen angehende Polizeibeamte im Bundesland Bremen studieren müssen. Ich will nun nicht von der Bestuhlung oder von den Tischen aus den 80er Jahren reden, ich will nicht davon reden, dass die Wände beschmiert waren, die vielleicht noch den einen oder anderen neuen Anstrich brauchen. Nein, was mich schockiert hat, war die technische Ausrüstung bei der Polizei oder sollte ich vielleicht sagen, die mangelnde technische Ausrüstung bei der Polizei.

(Zuruf Abgeordnete Bösch [SPD])

Ich wusste bis zu meinem Besuch in der Polizeischule beziehungsweise in der Bereitschaftspolizei nicht, dass es noch Tageslichtprojektoren gibt. Ich dachte eigentlich, dass die nach meinem Ausscheiden aus der Schule 1988 entsorgt wurden und eventuell noch im technischen Museum zu finden sind. Bei der Polizei gibt es sie aber immer noch. Dafür gibt es aber keine Beamer bei der Polizei, meine Damen und Herren, die man aber dringend bräuchte, um vielleicht einmal eine Vorlage über den PC, über den Laptop an die Wand zu projizieren. WLAN gibt es auch nicht, das mittlerweile schon in jedem Schnellrestaurant in Bremen und Bremerhaven Standard ist.

Meine Damen und Herren, wenn wir motivierte Polizeianwärter für Bremen und Bremerhaven gewinnen wollen, und in dieser Frage stehen wir natürlich in unmittelbarer Konkurrenz zu unseren Nachbarländern, dann müssen wir auch gute Rahmenbedingungen für die Ausbildung schaffen, sonst bewerben sich die Schulabgänger lieber bei den Polizeien in Niedersachsen, Hamburg oder Schleswig-Holstein. Wer bei der Polizei eine qualifizierte Berufsausbildung anbieten möchte, und das muss ja mindestens auch der Anspruch des rot-grünen Senats sein, der muss auch die technischen Möglichkeiten vorhalten. Hier hat die Bremer Landesregierung noch ordentlichen Nachholbedarf.

(Glocke)

Ich komme zum letzten Satz. Fazit: Der uns vorliegende Antrag würde bei einer Umsetzung die Zahl

der Überstunden reduzieren, den Personalkörper bei den Ortspolizeibehörden Bremen und Bremerhaven erhöhen und die Rahmenbedingungen für die Ausbildung angehender Polizeibeamter verbessern. Das sind drei wichtige Aspekte für eine gut aufgestellte Polizei im Land Bremen und deshalb stimmen wir Bürger in Wut diesem Antrag auch zu. – Vielen Dank!

(Beifall BIW)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Senkal.

Abgeordneter Senkal (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem Thema der Überstunden innerhalb der Polizei mussten wir uns in diesem Rahmen leider schon sehr oft beschäftigen.

(Zuruf Abgeordnete Vogt [DIE LINKE])

Es ist insbesondere in Anbetracht der Zahlen ein sehr ernstes Thema, –

(Abgeordneter Prof. Dr. Hilz [FDP]: Reden allein reicht da nicht!)

Herr Kollege, dem wir nachgehen müssen und genau das tun wir in der Deputation als auch anderswo immer wieder und stetig mit und ohne Antrag der Fraktion der FDP.

Es wurde schon von vielen Seiten genau dargelegt, welche Konsequenzen erhebliche Überstunden haben können. Und ja, selbstverständlich muss es Möglichkeiten geben, diese Überstunden in Freizeitausgleich zu bekommen oder wenn es wirklich nicht möglich sein sollte, muss es die Möglichkeit geben, sich diese geleisteten Überstunden auszahlen zu lassen. Alle Fraktionen werden sich daran messen lassen, wenn es darum geht, in den Haushaltsberatungen 2020/2021 genau das zu sagen, was Sie hier in blumigen Worten dargelegt haben.

(Abgeordnete Steiner [FDP]: Wir haben das letztes Mal schon gemacht!)

Genau da wird der Ort sein, an dem man sich dafür dann auch darstellen muss und das mit Zahlen und mit Geld nachlegen muss. Anders wird es nicht gehen.

Das Erste ist aufgrund der angespannten Personalsituation nicht in Gänze möglich.

(Abgeordnete Steiner [FDP]: Sie können unsere Anträge nehmen!)

Das wissen Sie. Das Zweite gestaltet sich aufgrund der angespannten Haushaltslage nicht leicht. Da werden wir alle sehen, wie Sie sich in den Haushaltsberatungen verhalten.

(Abgeordnete Steiner [FDP]: Sie haben das abgelehnt!)

Dort wo es möglich ist – –.

(Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP]: Sie haben doch gesehen, welche Anträge wir gestellt haben! Da hätten Sie doch mitmachen können!)

Herr Dr. Buhlert, ich habe nur fünf Minuten, ich würde meine Rede gern zu Ende bringen. Natürlich könnte nach dem von der FDP ausgerechneten Durchschnittswert von 136 Stunden, nicht jede Beamtin und jeder Beamte plötzlich drei Wochen frei nehmen. Das wäre nämlich der Fall. Das wäre auch dann der Fall, wenn man die Zielzahlen anheben würde. Was ich im Übrigen für gut und richtig halte, ich schließe mich dabei meinem Innensenator voll umfänglich an, ist, die Erhöhung der Zielzahl auf 2 900 Polizistinnen und Polizisten.

Es wurde nicht nur das Aufgabenspektrum stetig erweitert, nein, auch die altbekannten Aufgaben haben oftmals an Komplexität zugenommen. Dafür brauchen wir mehr Personal, das ist nur mit einer erhöhten Einstellung, einer weiteren Erhöhung der Zielzahl zu bewältigen. Gleiches gilt für die Auszahlung. Wir werden nicht an einen Punkt kommen können, einhundert Prozent der auf diesem hohen Niveau angefallenen Überstunden auf einmal auszahlen. Das wird aber auch nicht gewünscht.

Kurz zu den Beschlusspunkten: Sie wollen ein unbürokratisches Auszahlen. Ich bin mir nicht sicher, was Sie meinen? Ein Auszahlen ohne Antrag? Ich halte das jetzige Vorgehen mittels Antrag für genau und richtig. Der zu stellende Antrag ist nicht kompliziert und wie soll es denn sonst gehen? Nicht jede Beamtin und jeder Beamte wünscht die Auszahlung und falls doch, in welcher Form? Bis jetzt haben Sie deshalb auch noch kein einziges Konzept bezüglich der Art und Weise dargelegt.

(Abgeordnete Steiner [FDP]: Haushaltsanträge zum Beispiel!)

Zur Zielzahl habe ich bereits Stellung bezogen. Wir können aber an der Stelle nicht derartige weitreichende haushaltsrelevante Entscheidungen treffen, das wissen Sie auch ganz genau. Das war Ihnen auch klar, als Sie diesen Antrag formuliert haben.

2 900 Polizistinnen und Polizisten sind aus meiner Sicht eine Zielzahl, die nicht abwegig ist, sondern gebraucht wird, um den schon jetzt gestiegenen Herausforderungen entgegenzutreten. Ich wünsche mir, dass dieser Bedarf dann auch in einem Koalitionsvertrag der Regierung der 20. Legislaturperiode festgeschrieben wird, vollkommen egal, wer an dieser Regierung beteiligt ist. Ich scheue mich nicht, mich für diese Zielzahl ganz und gar einzusetzen und dafür brauchen wir Ihren Antrag nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP.

(Abgeordnete Vogt [DIE LINKE]: Ich verstehe Dich nicht!)

Bezüglich der Hochschule für Öffentliche Verwaltung hat der Senat nun seinen Maßnahmenplan vorgelegt. Ich finde diesen, insbesondere im Hinblick auf die angespannte Lage und das hohe Kostenvolumen, für angemessen.

Herr Timke, Sie haben vollkommen Recht. Ich habe es mir auch angeschaut und es erfolgt ja gerade die Prüfung, ob man das sanieren oder eigentlich komplett abreißen muss, um dann neu zu bauen. Aber da bin ich auch der Meinung, dass man diese Immobilie eher abreißen und dann komplett neu gestalten müsste, damit die Hochschule mit einem Gesamtkonzept arbeiten kann. Das ist aber ein kostenintensives Unterfangen. Da bin ich bei Ihnen, ich gehe eher davon aus, dass es sinnvoller ist, diesen Bereich komplett neu zu bauen und zu gestalten. Auch dafür werden wir Haushaltsberatungen brauchen und einen Plan, der das auch darstellt, wie man dieses Unterfangen in den nächsten fünf Jahren finanziert. Ich war genauso überrascht und auch teilweise erschrocken wie Sie. Da gebe ich Ihnen vollkommen Recht. Ich finde, da muss auch etwas gemacht werden.

(Beifall BIW)

Als ich den vierten Punkt Ihres Antrages gelesen habe, musste ich ein bisschen schmunzeln. Sie schreiben: „Der Deputation für Inneres binnen drei Monaten zu berichten.“ Sie wissen, dass in drei Monaten auch die Wahl ist. Sehr geehrter Herr Zenner oder liebe Frau Steiner, Sie glauben doch nicht, dass alle diese Punkte, die hier dargestellt

worden und schon in Planung sind, wie zum Beispiel die Umgestaltung der Hochschule, dazu führen, dass die Polizei und der Senator für Inneres sofort die Konzepte in die Schublade legen und jetzt ein neues Konzept erstellen, nur weil Sie einen Antrag eingereicht haben. Ich glaube, das ist nicht richtig und Sie wissen auch ganz genau, dass dieser Antrag nicht die Intention hat, überhaupt etwas zu verändern, sondern einfach nur als Wahlkampf für Sie dient, um zu sagen: Wir als Fraktion der FDP wollen dies und die anderen wollen es nicht.

(Abgeordnete Steiner [FDP]: Wir hatten schon öfter darüber geredet, aber von Ihnen kommt nichts! Es werden immer mehr Überstunden, aber es passiert nichts!)

Aus den genannten Gründen wird die Fraktion der SPD diesen Antrag ablehnen, das dürfte Sie aber auch nicht verwundern.

(Abgeordnete Steiner [FDP]: Wäre ja auch neu, wenn Sie einmal einen Antrag von uns annehmen würden.)

Das war klar. Das war aber auch klar, als Sie Ihren Antrag formuliert haben. Alle hier vertretenen Fraktionen haben die Möglichkeit, ohne diesen Antrag, in den Haushaltsberatungen 2020/2021 ausreichend Geld für die hier aufgestellten Forderungen bereitzustellen, denn da gehört es hin und sollte uns nicht drei Monate vor Ende dieser Legislaturperiode hier vorgelegt werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Vogt.

Abgeordnete Vogt (DIE LINKE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Steiner, Sie haben uns ja hier schon das eine oder andere Mal mit Überzeichnungen überrascht. Ich meine ganz ernsthaft, wir haben hier so oft über die Bedingungen bei der Polizei, über die Personalunterdeckung und alles Mögliche diskutiert. Ich finde es aber nicht redlich, die Situation der Polizei mit den Bedingungen zu vergleichen, die wir vor 150 Jahren hatten, als Kinder in kleinen Stollen Bergarbeit leisten mussten. Ich finde wirklich, mäßigen Sie sich einmal in Ihrer Tonwahl.

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen)

Solche Überzeichnungen mache ich nicht.

Wir diskutieren das Thema Überstunden, da komme ich jetzt wieder einmal, tatsächlich nicht das erste Mal, zu dem Antrag. Unter anderem hatte unsere Fraktion bereits drei Initiativen eingebracht, und zwar nicht erst drei Monate vor dem Wahlkampf, sondern schon zu Beginn der Legislaturperiode. Die CDU hatte vor drei Jahren ebenfalls eine Initiative auf den Weg gebracht.

Die Überstunden sind natürlich dem Personalmangel geschuldet. Bei rund 2 500 Polizeibeamten, die wir im Moment haben, gibt es 330 000 Überstunden. Ich habe das hier schon einmal vorgerechnet, vor drei Jahren, rechnerisch ist das ein Gegenwert von über sechs Millionen Euro. Das ist nach wie vor ein unverzinstes und unfreiwilliges Darlehen der Beschäftigten an die Finanzsenatorin, und das geht meines Erachtens so nicht.

(Beifall DIE LINKE)

Polizeibedienstete können ihre Überstunden theoretisch über den Freizeitausgleich abgelten oder sie sich auszahlen lassen. Die meisten, wurde uns hier mitgeteilt, würden den Freizeitausgleich bevorzugen, der aber regelmäßig nicht stattfinden kann, weil dann das absolute Minimum an Personal unterschritten wäre. Es gibt plastische Beispiele, die Bereitschaftspolizei wäre dann nicht mehr einsatzfähig. Auf Antrag können Überstunden auch ausgezahlt werden, der Senat kann das aber nicht pauschal verordnen, sondern es erfolgt auf Antrag der einzelnen Beschäftigten. Das finden wir richtig, weil der Vorrang des Freizeitausgleichs Sinn ergibt und die Mitbestimmung gemäß Personalvertretungsgesetz auch für solche Überstundenberge gilt.

Wir finden, dass ausreichend Geld bereitsteht, um den Anträgen auch nachzukommen. Deshalb haben wir seit dem Jahr 2015 schon dreimal entsprechende parlamentarische Anträge gestellt, auch in den Haushaltsberatungen. Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Überstunden wieder gestiegen. Deswegen habe ich eine Frage an den Innensenator, der ja heute anwesend ist: Wurden im vergangenen Jahr alle Anträge auf Auszahlung bei der Polizei Bremen bewilligt? Ich hoffe, Sie können uns das hier gleich sagen.

Der Antrag hat aber noch weitere Punkte, die sich in der Überschrift nicht wiederfinden. Die Zielzahlen, also das Personalsoll der Polizei, soll in Bremen von aktuell 2 600 auf 2 900 Vollzeitstellen erhöht werden und bei der Ortspolizei Bremerhaven auf

520. Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, soweit ich mich erinnere, hat der Innensenator das eigentlich schon längst besprochen, beschlossen und verkündet.

Ich habe jedoch mit Ihrem Antrag eher ein fachliches Problem: Erstens haben wir nach wie vor eine Personalunterdeckung, trotz der Zielzahl von 2 600. Der reale Personalbestand entspricht nicht der aktuellen Zielzahl. Das heißt, die aktuelle Zielzahl muss erreicht werden, und erst danach macht es eigentlich Sinn, die zukünftigen Größenordnungen zu avisieren. Deswegen haben wir übrigens seit dem Jahr 2011 auch regelmäßig höhere Ausbildungsjahrgänge beantragt.

Zweitens müssen wir uns die Ausbildungskapazitäten und die Lage an der Verwaltungshochschule anschauen, das steht auch in Ihrem Antrag. Da fehlt es mittlerweile an Räumlichkeiten und teilweise auch an Lehrpersonal, und wahrscheinlich, und deswegen greift Ihr Forderungspunkt da überhaupt zu kurz, wird perspektivisch auch ein moderner Neubau möglich sein. Man kann die Ausbildungsjahrgänge, so wie die Situation an der Verwaltungsfachhochschule sich jetzt darstellt, einfach nicht beliebig erhöhen, und das ist ein Problem, wenn wir höhere Zielzahlen erreichen wollen.

Ich finde eine höhere Zielzahl, ohne konkret zu benennen in welchem Umfang die Ausbildungsjahrgänge erhöht werden, ist eher ein Fantasiewettbewerb, und ich finde das nicht richtig, weil das tatsächlich auch den Polizeibeamten Sand in die Augen streut, denn es ist eine Debatte, in der man nicht erklärt, so wie Sie das machen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, wie man diese Zielzahl erreichen will. Wir schlagen vor, die Debatte tatsächlich vom Kopf auf die Füße zu stellen. Es gibt die Strukturreform bei der Polizei, die läuft gerade, es gibt bald, nicht aktuell, die real 2 600 Vollzeitstellen, die auch im Haushalt stehen. Ich finde, danach sollten wir unbedingt eine Aufgabenanalyse vornehmen, die Überstunden umrechnen, die Aktenberge zählen und daraus den tatsächlichen Personalbedarf ermitteln.

Parallel kann man die Kapazitäten der Hochschule für Öffentliche Verwaltung auf ihre Zukunftsfestigkeit, und, wie ich finde, die Machbarkeit eines modernen neuen Standorts prüfen. Deswegen greift Ihr Antrag da zu kurz.

(Beifall DIE LINKE)

Es ergibt sich ja dann daraus, wie groß die Ausbildungszahlen dauerhaft überhaupt sein können, ohne dass die Qualität des Studiums leidet. Daraus ergibt sich dann auch der jährliche Personalzuwachs. All das zusammen kann die neue Zielzahl ergeben, ob diese bei 2 800 oder 2 750 oder 2 900 oder 3 000 liegt, lässt sich aus meiner Sicht heute überhaupt nicht seriös beurteilen, dafür fehlen diese, von mir genannten, Machbarkeitsstudien.

Den Ansatz zu den Überstunden finde ich richtig. Die Vorfestlegungen, die Sie treffen, ohne zu sagen, wie man die neuen Zielzahlen angeben soll, halten wir für falsch. Wir werden uns bei dem Antrag enthalten.

Frau Steiner, abschließend noch, weil der Kollege Herr Senkal sich gerade nicht dazu geäußert hat: Ich weiß nicht, worauf Sie Ihre Eingangsbemerkungen bezogen haben. Falls Sie sie auf die Berichterstattung im „Weser-Kurier“ zur Aktuellen Stunde beziehen, über die ich ehrlich gesagt ziemlich verwundert war, denn ich weiß nicht, ob Sie dieser Aktuellen Stunde gefolgt sind, das war eine sehr sachliche Debatte über den Umgang mit Obdachlosen. Es war gar keine Polizeidebatte, denn dabei ging es um ein Konzept des Senates, von dem nur der eine Teil umgesetzt worden ist. Es betraf den Teil, der jetzt durch das Sozialressort oder in Absprache mit dem Sozialressort umzusetzen wäre, zum Beispiel diesen Unterstand mit den Toiletten zu liefern und dass dies noch nicht erfüllt wurde.

(Glocke)

Wir haben hier keine Polizeidebatte geführt. Wenn Sie Ihre ersten Einwürfe gegenüber meinem Kollegen Herrn Senkal darauf bezogen haben, dann muss ich sagen, waren Sie gestern entweder nicht im Raum, oder Sie sind einer Berichterstattung über eine Debatte aufgesessen, die es so nicht gegeben hat. Das tut mir leid. – Danke!

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Fecker.

Abgeordneter Fecker (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Entwicklung der Überstunden bei der Polizei ist wahrlich ein Problem, das will ich hier auch nicht leugnen. Im Jahr 2018 sind bei der Polizei Bremen 356 114 Überstunden angefallen, bei der Ortspolizeibehörde Bremer-

haben sind es 33 905. Das ist das Ergebnis der Personalsituation bei der Polizei und der Entwicklung des Einsatzgeschehens.

Unbestritten sind diese Zahlen zu hoch und eine Aufforderung an uns, als politisch Verantwortliche, zu handeln. Weder zur Feststellung des Problems, noch zu Maßnahmen dem entgegenzusteuern, bedarf es einer Unterstützung. Gleichwohl gibt es mir die Möglichkeit, auf die bereits getroffenen Maßnahmen und die Anforderungen, die wir an die Behörden stellen, einzugehen:

Erstens ist es aus unserer Sicht wichtig, diesen Berg nicht weiter anwachsen zu lassen. Dazu haben SPD und Grüne gemeinsam mit dem Senat die notwendigen personellen Maßnahmen ergriffen und die Anzahl der Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter deutlich erhöht, 160 Stellen im Jahr 2018 und für das Jahr 2019 sind 200 Stellen geplant. Damit ist die Zielrichtung deutlich und klar. Wir wollen und wir werden die Polizei weiter personell stärken. Wir werden die Fehler der Vergangenheit, das sage ich auch sehr deutlich, nicht wiederholen. Dieser Weg ist aus unserer Sicht auch der nachhaltige, um dauerhaft zu gewährleisten, dass kaum noch zusätzliche Stunden entstehen und gleichzeitig die bestehenden Überstunden als Freizeit ausgeglichen werden können. Das muss unser Ehrgeiz sein, dieser Ausgleich in Freizeit. Finanzielle Ausgleichszahlungen können immer nur ein temporäres Mittel sein. Für die Gesundheit der Beschäftigten muss der Freizeitausgleich das erste Mittel der Wahl sein.

Dieses Ziel ist kurzfristig jedoch nicht zu erreichen und deswegen haben SPD und Grüne auch gemeinsam veranlasst, dass im Jahr 2018 wieder Überstundenauszahlungen erfolgten. Eine hohe Summe, die aber in Betracht der Gesamtsumme wiederum nur einen kleinen Beitrag darstellen kann.

Die Innenbehörde zahlt also bereits heute Überstunden aus und gleichzeitig wird die Anzahl der Beschäftigten erhöht. Gleichzeitig, das wurde jetzt nicht beantragt, sollte aber in der Debatte noch erwähnt werden, dass durch die zahlreichen Hebungen das Gefälle zwischen den Stellenbewertungen und den jeweiligen Stelleninhabern minimiert wird. Das ist auch ein kontinuierlicher und kein kurzfristiger Weg, aber ein Weg, der aus unserer Sicht alternativlos ist und den wir gehen müssen.

Zur Frage der Hochschule ist schon Vieles richtig gesagt worden. Ich sage sehr deutlich, dass wir die

Idee des Campus an einem anderen Standort, die aufgeworfen wurde, favorisieren. Wir können uns sowohl für das jetzige Gelände, als auch für ein zukünftiges Gelände etwas vorstellen. Ich glaube, dass es Sinn macht, kein unnötiges Geld mehr aufzuwenden um dort etwas Neues zu bauen, sondern dass man sich tatsächlich die Zeit nimmt, zu schauen, ob ein Campus an einer anderen Stelle realisierbar ist oder nicht.

Abschließend möchte ich noch ganz kurz etwas zu den verwaltungsinternen Abläufen sagen, weil auch das schon Gegenstand der Diskussion war. Wir brauchen aus meiner Sicht klare und transparente Regularien und zwar auch im Sinne der Polizistinnen und Polizisten, aber auch im Sinne des Haushaltsgesetzgebers. Diese hatte der Innensenator bereits angekündigt und unsere Erwartungshaltung ist schon, dass die beteiligten Behörden, die Innen- und Finanzbehörde, diese Regularien auch zeitnah vorlegen. Ich möchte nämlich gern klare Vereinbarungen haben, auf die sich dann die Beamtinnen und Beamten verlassen können.

Die Beamtinnen und Beamten der Polizei sind mit ihrer Arbeit in Vorleistung getreten. Das ist mir sehr bewusst und deswegen müssen wir auch die finanziellen Spielräume nutzen, um diesen Vertrauensvorschuss zu rechtfertigen. Dabei hilft uns der Antrag der FDP heute allerdings nicht weiter. In einem beschlossenen Haushalt einfach so Millionen von Euro zu finden, die nicht benötigt werden, von einer Partei, die doch im Bereich der Haushalts- und Finanzpolitik so seriös sein möchte, das lässt mich ein wenig an der Ernsthaftigkeit ihres Antrages zweifeln. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hinners.

Abgeordneter Hinners (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nicht erst im Jahr 2019, wie hier mehrfach behauptet worden ist, und wie im Antrag der FDP-Fraktion dargestellt wurde, ist bekannt geworden, dass bei der Polizei Bremen deutlich zu viel, gegenwärtig 337 000 Überstunden aufgelaufen sind. Frau Vogt hat darauf hingewiesen. Wir haben dieses Thema in den letzten Jahren mehrfach behandelt.

(Abgeordnete Vogt [DIE LINKE]: Diverse Male!)

Diesen unsozialen und der inneren Sicherheit auch nicht zuträglichen Zustand gibt es aus unserer Sicht sogar seit mindestens zehn Jahren – mit zunehmender Tendenz! Verantwortlich dafür ist die völlig verfehlte Personalpolitik des Bremer Senats und der Koalition – übrigens einschließlich Herrn Fecker –

(Abgeordneter Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hat Sie sehr getroffen, ich weiß!)

und damit in erster Linie des Bremer Innensensors.

Meine Damen und Herren, noch einmal zur Erinnerung: Die große Polizeireform 2004/2005 unter dem damaligen Senator Röwekamp ist zu dem Ergebnis gekommen, dass bei der Polizei Bremen mindestens 2 600 Mitarbeiter erforderlich sind. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Polizei Bremen 2 637, lag also knapp darüber. Jetzt bietet sich natürlich die Frage an, wie sich die Anzahl der Mitarbeiter seitdem entwickelt hat. Unter der Regierungsverantwortung von Rot-Grün – mehrfach wurde das hier angedeutet – wurde die Anzahl der Mitarbeiter in der Polizei Bremen seit 2007 ohne sachliche Begründung systematisch auf gegenwärtig ungefähr 2 500 reduziert. Der tiefste Punkt lag vor einigen Jahren schon einmal bei 2 300 Mitarbeitern. Wir haben diese Themen hier schon mehrfach debattiert und immer wieder darauf hingewiesen.

Gegenwärtig verfügt die Polizei, wie gesagt, über ungefähr 2 500 Mitarbeiter. Das schwankt je nach Monat des laufenden Jahres, weil ja nur einmal im Jahr Nachwuchs eingestellt wird. Also haben wir bei der Polizei Bremen auch heute noch mindestens 100 Beamte weniger als 2005. Damit hat der rot-grüne Senat die Polizei und damit die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sehenden Auges vor die Wand gefahren.

(Beifall CDU, FDP)

Das, meine Damen und Herren, wenn man sich die Statistik der letzten Jahre anschaut, bei steigenden Einsatzzahlen und erheblich größerer Aufgabenvielfalt für die Polizei im Land Bremen! Unschwer erkennbar ist der Personalmangel und die völlige Überlastung der Polizei, wenn man sich den Überstundenberg anschaut. Bei einer verantwortlichen Wahrnehmung seiner Aufgaben hätte der Senat und hier natürlich der verantwortliche Senator für Inneres einen kontinuierlichen Personalaufbau bei der Polizei Bremen auf heute – das sage ich ganz

deutlich – 2 800 Mitarbeiter in Bremen und in Bremerhaven auf 520 Mitarbeiter betreiben müssen.

Meine Damen und Herren, seit kurzem versucht der Senator für Inneres durch hektische Betriebsamkeit, die Anzahl der Auszubildenden bei der Polizei zu erhöhen. Wir haben das heute auch von den Sprechern der Koalition gehört, dass das vor ganz kurzer Zeit – der 26. Mai 2019 lässt grüßen – ganz offensichtlich auf die Agenda gekommen ist. Der Senator für Inneres verspricht öffentlich sogar zukünftig 2 900 Mitarbeiter, verheimlicht dabei aber, dass diese Anzahl aufgrund der Pensionierungen bei der Polizei im Land Bremen in der nächsten Legislaturperiode selbst bei 200 Einstellungen – Herr Fecker hat darauf hingewiesen, dass das in diesem Jahr geplant ist – nicht erreicht werden kann, weil es pro Jahr natürlich maximal einen Zuwachs abzüglich der Pensionierungen gibt. Weil wir in den nächsten Jahren viele Pensionierungen haben werden, ist selbst bei 200 Einstellungen pro Jahr, im besten Fall erst 2023 mit ungefähr 2 800 Mitarbeitern zu rechnen.

(Abgeordneter Senkal [SPD]: Also wollen Sie keine Zielzahl festschreiben?)

Dabei muss darüber hinaus berücksichtigt werden, dass die räumlichen und personellen Kapazitäten der HfÖV – es wurde schon darauf hingewiesen – auf jährlich circa 70 Studenten ausgelegt ist und von heute auf morgen nicht so schnell geändert werden kann. Jetzt kommt hier von den Grünen, Herrn Fecker, der Hinweis, wir können ja einen Campus planen. Was glauben Sie denn, wie lange das dauert? Dann sind wir wieder vier, fünf Jahre damit beschäftigt. Wir brauchen jetzt Lösungen und nicht erst in Jahren.

Der Senat wird also auch seiner Verantwortung nicht gerecht, rechtzeitig genug zunächst die Rahmenbedingungen zu verbessern, also beispielsweise die räumlichen Voraussetzungen zu schaffen. Die Bereitschaftspolizei – wir haben es gehört – ist baulich in einem erbärmlichen Zustand. Und dann erst die Erhöhung der Einstellungen vorzunehmen! Das heißt, man hätte das alles schon viel früher, also Jahre vorher auf den Weg bringen müssen.

Damit, meine Damen und Herren, droht nämlich zusätzlich zu allen Problemen auch noch ein erhebliches Defizit in der Ausbildung der zukünftigen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Es ist natürlich klar, wenn man mehr einstellt, aber sowohl

im Lehrkörper als auch bei den räumlichen Kapazitäten die Bedingungen nicht geschaffen hat, kann das nicht funktionieren.

(Abgeordneter Senkal [SPD]: Also machen wir es lieber nicht?)

Diese Politik des Senats kann man abschließend nur als dilettantisch bezeichnen. Der Schaden für die innere Sicherheit ist offensichtlich. Dem Antrag der FDP stimmen wir bei Enthaltung zu Ziffer 2 zu, wir bitten deshalb um getrennte Abstimmung. – Vielen Dank!

(Beifall CDU, FDP)

Vizepräsident Imhoff: Als nächste Redner hat das Wort Herr Senator Mäurer.

Senator Mäurer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind im Wahlkampf angekommen, aber sehen Sie mir nach, dass ich mich daran nicht beteilige. Für Polizeibeamte gelten besondere Regelungen und jeder, der sich für diesen Beruf entscheidet, weiß von Anfang an, dass er gerufen wird, wenn andere ins Bett gehen und er weiß, dass er draußen Dienst machen muss, wenn andere feiern. Das heißt, wer zur Polizei geht, weiß genau, dass es keine regelmäßige Arbeitszeit gibt, der weiß genau, dass er nicht um 16 Uhr seinen Griffel fallen lässt, –

(Abgeordnete Steiner [FDP]: Darum geht es doch gar nicht!)

sondern es gelten andere Regeln. Daher ist es auch völlig konsequent, wenn im geltenden Beamtenrecht steht, dass der Polizeibeamte einen Anspruch auf Freizeitausgleich hat. Das ist das, was das Polizeiverhältnis prägt und wenn das nicht möglich sein sollte, kommt als schlechteste Lösung die Ausbezahlung von Überstunden in Betracht. Die Mehrzahl unserer Kolleginnen und Kollegen ist nicht daran interessiert, dass die Überstunden ausgezahlt werden, sondern ihr primäres Interesse ist es, dass sie auch einmal zu Hause bei ihrer Familie sind, dass sie nicht irgendwann Freizeitausgleich bekommen, sondern in einem überschaubaren Zeitraum. Das ist die Lage.

(Abgeordneter Prof. Dr. Hilz [FDP]: Das passiert aber nicht!)

Die Frage ist nun, wie erklärt sich dies. Sie haben es angesprochen, –

(Abgeordnete Bergmann [FDP]: Nein, wie löst sich das!)

die zentrale Frage ist: Wie viel Personal haben wir? Wenn man sich diese Entwicklung einmal anschaut, die Entwicklung der Überstunden und die Entwicklung des Personals in Bremen, dann muss man schon sehr blind sein, wenn man die Zusammenhänge nicht erkennen kann. Wir haben von 1996 bis 2017 insgesamt 13 Prozent des Personals bei der Bremer Polizei verloren, in Bremerhaven sieht es nicht viel besser aus. 13 Prozent, das heißt, es waren einmal hochgerechnet 2 773 Mitarbeiter, im Jahr 2017 waren es noch 2 424. Wir haben in diesem Zeitraum von 20 Jahren 349 Mitarbeiter verloren.

Diese Entscheidung ist nicht plötzlich gekommen, sondern sie hängt untrennbar mit der Entwicklung unserer Haushalte zusammen. Es ist das Ergebnis einer Haushaltsnotlage und es kennzeichnet die Sparmaßnahmen der verschiedensten Regierungen, die sich mit diesem Thema befasst haben. Man sieht auch genau, dass mit diesem Rückgang des Personals die Zahl der Überstunden kontinuierlich wächst. Wir haben in den letzten zehn Jahren in Bremen noch einmal einen Anstieg von über 100 000 Überstunden gehabt, von 250 000 auf 350 000. In Bremerhaven waren das circa weit über 10 000, die sind von 21 000 auf 34 000 gestiegen.

Das sind die Fakten, die wir auch nicht mehr verändern können. Was mich dann aber immer etwas ärgert, ist, dass man diese Geschichte schlichtweg ausblendet, wenn man sich diese Entwicklung der letzten 20 Jahre anschaut. Da haben wir verschiedene Regierungen gehabt. Ich sage noch einmal, –

(Unruhe FDP, BIW)

ich würde dieses Thema sehr niedrig halten, denn wenn man sich die Zahlen einmal genau anschaut, wie viele Auszubildende in den einzelnen Jahren eingestellt wurden, dann kann ich nur feststellen, dass in dem Zeitraum von 2004 bis 2008 – ich weiß nicht, wer damals Innensenator war –

(Heiterkeit SPD)

sage und schreibe 221 Auszubildende eingestellt worden. Ich schaue einmal auf die Zahlen der letzten drei Jahre von 2016 bis 2019, da waren es 660. Also man sollte da sehr bescheiden sein, vielleicht auch demütig. Wir waren alle daran beteiligt, diese Entwicklung zu gestalten und es war dieses Parlament, welches diese Haushalte beschlossen hat.

Wir sind uns darüber einig, dass dieser Prozess ein Ende haben muss und wir arbeiten daran. Der Senat hat in der letzten Woche entschieden, dass wir in 2019 zum ersten Mal wieder 200 Auszubildende einstellen, das ist das höchste Ergebnis in den letzten 20 Jahren und es knüpft an die Entscheidung der Vorjahre an, in denen wir von 140 auf 160 gegangen sind, langsam geht es voran. Ich bin davon überzeugt, wenn wir dieses Tempo beibehalten und kontinuierlich ausbilden, dann wird sich auch die Lage im Bereich der Überstunden nachhaltig verändern.

Es gehört mit zur Wahrheit zu sagen, dass wir nicht unbegrenzt ausbilden können. Wir haben mit 200 die maximale Kapazität der Hochschule erreicht, trotz der personellen Verstärkung, trotz der Erhöhung der Sachmittel für diese Hochschule. Mehr geht nicht, weil wir einfach nicht in der Lage sind, aus der Praxis heraus mehr Ausbilder abzustellen, auch dort stehen keine Kräfte in Reserve zur Verfügung, sondern das Gros der Ausbildung trägt die Polizei und deswegen sind wir mit 200 in der Tat ausgelastet. Das ist eine Herausforderung, die wir aber meistern werden.

Das heißt, es geht weiter und ich habe die klare Vorstellung, dass wir zukünftig wieder an das heranrücken müssen, was wir einmal an personeller Ausstattung hatten. Ich glaube, wenn man auch noch sieht, welche zusätzlichen Belastungen wir heute meistern müssen, was alles von der Polizei erwartet wird, dann sind 2 900 nicht überzogen, auch nicht 520 für Bremerhaven. Das ist eine realistische Zahl, die wir aber nicht kurzfristig erreichen, weil wir gleichzeitig auch mit dem Problem zu kämpfen haben, dass wir starke Jahrgänge haben, die in den Ruhestand gehen. Deswegen brauchen wir ergänzende Maßnahmen.

Wir müssen alles Mögliche tun, um insbesondere auch Angestellte im Bereich des Nichtvollzuges zu organisieren, dort müssen wir auf den Arbeitsmarkt und das geht auch. Deswegen kann ich mir sehr gut vorstellen, wenn das nächste Parlament beschließt, 2 900 in Bremen, 520 in Bremerhaven, dann können wir mit diesen Personalmitteln, die wir natürlich nicht sofort voll ausnutzen können, drei Dinge machen: Wir können erstens ausreichend neue Auszubildende aufnehmen, wir können die Quereinsteiger mitfinanzieren und wir können dann anfangen, mit diesem Geld diesen Berg von Überstunden abzubauen. Für mich ist es aber ganz entscheidend, dass wir an dieser Stelle die Dinge verändern.

Insofern bin ich auch mit Ihnen gnädig in Bezug auf das, was Sie gesagt haben. Die Forderungen sind in der Tat lesenswert, sie passen in die Zeit. Ich würde sie auch nicht wegwerfen, sondern ich würde gern im nächsten Herbst darauf zurückgreifen und ich hoffe, dass Sie sich dann auch daran erinnern können, was Sie dem Parlament heute versprochen haben. Das heißt, wir haben die Zahl, sie ist in der Welt und ich hoffe, dafür eine Mehrheit zu gewinnen. Wir brauchen kein großartiges Konzept, sondern wir brauchen nur mehr Personal, dann werden auch diese Überstunden abgebaut werden können. Wir brauchen natürlich auch etwas Barmittel, damit wir mehr auszahlen. Wir hatten in der Tat im letzten Jahr die Situation, dass wir die Anträge – Frau Vogt, zu Ihrer Frage – nicht alle bedienen konnten. Wir haben in den letzten Jahren ungefähr 3,8 Millionen Euro für Überstunden ausgezahlt. Wenig war das auch nicht. Es zeigt aber die Entwicklung und dieser Anstieg ist nur zu bremsen, wenn es uns gelingt, deutlich mehr Personal einzusteuern und daran arbeiten wir. – Schönen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat die Abgeordnete Steiner das Wort für eine Kurzintervention.

Abgeordnete Steiner (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident! Ich würde doch gern noch einmal gern klarstellen: Es geht überhaupt nicht um Wahlkampf oder darum, das hier auf irgendwelchen Schultern auszutragen, sondern, wenn wir die Diskussionen der letzten Jahre betrachten, dann haben wir im Jahr 2015 – da war der Wahlkampf vorbei – ausführlich darüber diskutiert, wir haben im Jahr 2017 auch darüber diskutiert und jetzt zwei Jahre später diskutieren wir wieder darüber. Ich glaube, das ist auch wichtig, dass wir hier ganz klar für die Polizei mit ihren immensen Überstunden kämpfen.

Herr Senkal, Sie haben uns gesagt, wir sollen jetzt einmal sagen, wie das gehen soll. Wir haben so viele Änderungsanträge zum Haushalt eingereicht, wir haben mehrfach gefordert,

(Zuruf Abgeordneter Senkal [SPD])

dass wir bei der HfÖV, bei der Hochschule für Öffentliche Verwaltung, eben mehr Personal bekommen. Wir haben Ihnen auch gesagt, wie man das gegenfinanziert. Wenn man aber alles immer nur

kategorisch ablehnt – das tun Sie hier –, dann müssen Sie sich nicht wundern. Ich erwarte, dass Sie die Vorschläge von uns vielleicht auch einmal ernst nehmen.

(Beifall FDP – Zuruf Abgeordneter Senkal [SPD])

Offensichtlich nicht! Ich kann nur sagen, ich bin dankbar, dass sich immer wieder Menschen für die Polizei entscheiden. Ich bin auch dankbar, Herr Senator Mäurer, dass Sie gesagt haben, es sei schwierig, dass jetzt so viele Menschen in Rente gehen. Ich kann nur sagen, wir müssen langfristig planen. Wenn jetzt erst einmal die Generation X und Baby-boomer-Generation in Rente gehen wird – das ist klar, wann das passiert – müssen wir uns schon jetzt überlegen, was für Stellen frei werden, um langfristig zu planen. Sie schieben die Schuld immer auf die Jahre vor Ihnen. Ganz ehrlich, wir werden jetzt seit zwölf Jahren in einer rot-grünen Koalition regiert. Ich finde, dann können Sie endlich einmal die Verantwortung tragen und hier für die Polizei kämpfen. Ich finde, das ist Ihre Pflicht!

(Beifall FDP, CDU)

Vizepräsident Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist getrennte Abstimmung beantragt worden.

Zunächst lasse ich über die Ziffer 1 des Antrags der Fraktion der FDP mit der Drucksachen-Nummer [19/2001](#) abstimmen.

Wer der Ziffer 1 des Antrags der Fraktion der FDP mit der Drucksachen-Nummer [19/2001](#) seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, DIE LINKE, FDP, BIW, Abgeordneter Schäfer [LKR], Abgeordneter Tassis [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Patrick Öztürk [SPD, fraktionslos])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Ziffer 1 des Antrags ab.

Nun lasse ich über die Ziffer 2 des Antrags der Fraktion der FDP mit der Drucksachen-Nummer [19/2001](#) abstimmen.

Wer der Ziffer 2 des Antrags der Fraktion der FDP mit der Drucksachen-Nummer [19/2001](#) seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür FDP, BIW, Abgeordneter Schäfer [LKR], Abgeordneter Tassis [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

(CDU, Abgeordneter Patrick Öztürk [SPD, fraktionslos])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Ziffer 2 des Antrags ab.

Nun lasse ich über die restlichen Ziffern des Antrags der Fraktion der FDP mit der Drucksachen-Nummer [19/2001](#) abstimmen.

Wer den Ziffern 3 und 4 des Antrags der Fraktion der FDP mit der Drucksachen-Nummer [19/2001](#) seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, FDP, BIW, Abgeordneter Schäfer [LKR], Abgeordneter Tassis [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

(DIE LINKE, Abgeordneter Patrick Öztürk [SPD, fraktionslos])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Ziffern 3 und 4 des Antrags ab. Meine Damen und Herren, damit wären wir an das Ende unserer heutigen Tagesordnung gekommen.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 18.00 Uhr)

Die mit *) gekennzeichneten Reden wurden vom Redner/von der Rednerin nicht überprüft.

Anhang zum Plenarprotokoll**Konsensliste**

Von der Bürgerschaft (Landtag) in der 75. Sitzung nach interfraktioneller Absprache beschlossene Tagesordnungspunkte ohne Debatte.

Nr.	Tagesordnungspunkt	Beschlussempfehlung
41.	Gesetz zur Änderung gesundheitsrechtlicher Gesetze Mitteilung des Senats vom 20. November 2018 (Drucksache 19/1922) 2. Lesung	Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.
44.	Bericht des Senats über die Aktivitäten der nordmedia – Film- und Mediengesellschaft Niedersachsen/Bremen mbH (nordmedia) für das Jahr 2017 Mitteilung des Senats vom 27. November 2018 (Drucksache 19/1936)	Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht Kenntnis.
51.	40. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz vom 16. März 2018 (Drucksache 19/1583)	Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem 40. Jahresbericht Kenntnis.
52.	Stellungnahme des Senats zum 40. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz Mitteilung des Senats vom 28. August 2018 (Drucksache 19/1801)	Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Stellungnahme des Senats Kenntnis.
53.	40. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz und Stellungnahme des Senats Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit vom 6. Dezember 2018 (Drucksache 19/1950)	Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt den Bericht des Ausschusses zur Kenntnis.
62.	Elektrifizierung des Eisenbahnnetzes zwischen Bremerhaven und Verden endlich vorantreiben Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, DIE LINKE und der FDP vom 21. Dezember 2018 (Neufassung der Drucksache 19/1969 vom 14. Dezember 2018) (Drucksache 19/1985)	Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.
65.	Gesetz für den Übergangszeitraum nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union – (Bremisches Brexit-Übergangsgesetz – BremBrexitÜG) Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2018	Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr.	Tagesordnungspunkt	Beschlussempfehlung
	(Drucksache 19/1972) 1. Lesung (2. Lesung)	
66.	Geschäftsbericht, Haushaltsrechnung und Abschlussbericht Produktgruppencontrolling des Landes und der Stadtgemeinde Bremen 2017 Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2018 (Drucksache 19/1973)	Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Geschäftsbericht, die Haushaltsrechnung und den Abschlußbericht Produktgruppencontrolling an den staatlichen Rechnungsprüfungsausschuss.
68.	Bericht über die Umsetzung der EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen für die 19. Legislaturperiode Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2018 (Drucksache 19/1975)	Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Mitteilung des Senats an den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit.
69.	Gleichen Lohn für gleiche Arbeit in Bremen verwirklichen Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2018 (Drucksache 19/1976)	Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
70.	Standortbestimmung Partizipation und Integration im Land Bremen – Teilhabe fördern und Diversität gestalten Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2018 (Drucksache 19/1977)	Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
73.	12. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit vom 16. März 2018 (Drucksache 19/1584)	Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem 12. Jahresbericht Kenntnis.
74.	Stellungnahme des Senats zum 12. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit Mitteilung des Senats vom 28. August 2018 (Drucksache 19/1802)	Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Stellungnahme des Senats Kenntnis.
75.	12. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit und Stellungnahme des Senats Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit vom 9. Januar 2019 (Drucksache 19/1986)	Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses Kenntnis.

Imhoff
Vizepräsident der Bremischen Bürgerschaft